

ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

VIERUNDDREISSIGSTER BAND

2005 – 2006

WALLSTEIN VERLAG

INTERNE HERBSTTAGUNG
DES ORDENS
VOM 24. BIS 27. SEPTEMBER 2005
IN ERFURT

LESUNG VON MARTIN WALSER

MARTIN WALSER

DAS PRINZIP GENAUIGKEIT

Über Victor Klemperer

Als ich im September und Oktober 1989 in Dresden in der Sächsischen Landesbibliothek in allen möglichen Saxoniae herumblättertete, weil ich, einer aus Dresden stammenden Romanfigur zuliebe, eine Ahnung von den Eigen- und Wesenheiten der sächsischen Geschichte erwerben wollte, hörte ich, daß in der Handschriftenabteilung die Tagebücher von Victor Klemperer lägen. Victor Klemperer habe, weil er mit einer nichtjüdischen Frau verheiratet war, den Krieg in Dresden überstanden. Durch sein Buch LTI (Lingua Tertii Imperii) kannte ich den Namen. Ich las mich ein und hinein in seine Handschrift, die er in seiner Autobiographie selber eine »entsetzliche« nennt. Meinen aufgekratzt von der Klavierstunde kommenden zwölfjährigen Romanhelden ließ ich dann dem unter Bewachung schneeschaufelnden und vom Schneeschaufeln erschöpften Juden Victor Klemperer begegnen.

Als Klemperer im Frühjahr 1897, sechzehnjährig, in Berlin in der Kurz- und Galanteriewarenhandlung Löwenstein und Hecht Lehrling wurde, soll es ihm wegen dieser »entsetzlichen« Handschrift nicht gelungen sein, sich aus den Lagerräumen heraus und ins Kontor vorzuarbeiten. Aber er wäre, auch wenn er eine dem Kontor-

anspruch genügende Handschrift gehabt hätte und als Kaufmann Karriere gemacht hätte, ein Schriftsteller geworden. In dieser Lehrlingszeit fing er an, Tagebuch zu schreiben. Mehr als sechzig Jahre lang hat er das fortgesetzt in seiner kein Wort besonders präsentierenden, sondern alle Wörter ins durchsichtige Liniengehege zurücknehmenden Handschrift. Noch während ich mich mit dieser Handschrift befreundete, wurde ich von einer Mitarbeiterin der Landesbibliothek beschenkt: In der Union, der Zeitung der Dresdner CDU, waren von 1987 bis 1989 Auszüge aus diesen Tagebüchern veröffentlicht worden. Der Redakteur, der das bewirkt hatte, war Uwe Nösner.

Von Dresden zurück, las ich gleich Klemperers Autobiographie, die gerade, in Leipzig gedruckt und zweibändig, zugleich bei Siedler und bei Rütten und Loening erschienen war. Dafür ist Walter Nowojski zu danken. Und jetzt die Tagebücher von 1933 bis 1945, wieder herausgegeben von Walter Nowojski, unterstützt von Hadwig Klemperer.

Bis in den Juni 1945 reicht dieses Tagebuch. Dem Satz, mit dem die Herausgeber schließen, stimmt man mit jenem vollen Gefühl zu, mit dem man den letzten Satz eines gutkomponierten Romans zur Kenntnis nimmt. Dort hatten sie, Eva und Victor Klemperer, ihr Haus gehabt, auf das Eva Klemperer, mindestens seit 1917, zugelebt hatte, mit Zeichnungen, Entwürfen, Plänen, das sie zu spät gebaut hatten, in den dreißiger Jahren nämlich; praktisch nur, um dann daraus vertrieben zu werden und dann immer noch einmal vertrieben, von einem »Judenhaus« zum nächsten.

Ich bin froh, daß ich noch einem danken kann, Günter Jäckel nämlich, der für den Dresdner Geschichtsverein jetzt noch die Tagebücher 1945, Juni bis Dezember, herausgegeben hat. Durch dieses Extraheft der Dresdner Hefte wird dieser Herbst vollends die Saison Victor Klemperers.

Es ist nicht leicht ein literarisches Lebenswerk denkbar, bei dem die Geschichte seiner Veröffentlichung so sehr zum Inhalt gehört wie bei Victor Klemperer. An die 3500 Seiten Autobiographisches in drei Erscheinungsformen: 1947 LTI, 1988 die Autobiographie, vom Ge-

burtstag 1881 bis zum Ende des ersten Weltkriegs; jetzt die Tagebücher 33 bis 45 und die vom Juni bis Dezember 45.

Im Sommer 1935 wurde Klemperer verboten, weiterhin als Romanist zu lehren. Im Oktober 35, Neuphilologen-Kongreß in Dresden. Klemperer notiert: »Nicht einer von all den romanistischen Kollegen hat mich aufgesucht; ich bin eine Pestleiche.« Ende 1937 wird ihm verboten, sich in den Lesesaal der Universitätsbibliothek zu setzen. Ende 1938: Er darf die Bibliothek überhaupt nicht mehr betreten. Der Beamte, der ihm das mitteilen muß, bittet ihn ins Hinterzimmer, ist hochoberregt, Klemperer muß ihn beruhigen. »Er streichelte mir immerfort die Hand, er konnte die Tränen nicht unterdrücken, er stammelte: ›Es kocht in mir.« Klemperer nennt es eine »absolute Mattsetzung«. Er hatte Bücher publiziert über Montesquieu, Die französische Literatur von Napoleon bis zur Gegenwart, über Moderne Französische Lyrik, zuletzt, 1933, über Corneille. Seitdem hieß sein großes Projekt: Dix-huitième. Das 18. Jahrhundert. Ende 36 war der erste Band druckreif, Ende 37 war das Rousseau-Kapitel, fast hundert Seiten, fertig, dann, also 1938, die »absolute Mattsetzung«. Jetzt bildet sich die Idee und wird rasch ein Plan: Da er ohne Bibliothek nicht wissenschaftlich arbeiten kann, wird er mit dem arbeiten, was er im Haus hat: Das sind seine Tagebücher von 1897 bis 1938. Der Titel Curriculum Vitae taucht jetzt in den Tagebüchern immer häufiger auf. Eigentlich sollte Klemperer in den Jahren 38 und 39 dringend Englisch lernen; er hat sich im Ausland beworben; hat durch Georg, seinen ältesten Bruder, und dessen Söhne, die alle schon in den USA sind, die Neffen schon Ärzte dort, durch sie hat er schon ein Affidavit, hat eine Quotennummer, also zwingt er sich, Englisch zu lernen; aber er tut es halbherzig. Im April 41 notiert er: »Vor USA graut mir. Abhängig von Georg oder seinen Söhnen, ohne Kenntnis der Sprache ...« Und statt sich »auf die englische Grammatik zu stürzen«, wie er sollte, notiert er: »Ich halte mich am Curriculum fest ...« Das sollen zwei Bände werden. Band 1: vom Geburtstag, dem 9. Oktober 1881 in Landsberg an der Warthe, bis zum Begräbnis des Vaters, der am 12. Februar 1912 in Berlin gestorben war. Band 2: von 1912 bis 1919. Der 3. Band sollte erzählen, wie Klemperer 1920

Professor in Dresden wurde, und sollte reichen bis 1933. Der 4. Band würde dann die Tagebücher nacherzählen, die er von 33 bis ... ja bis zum Ende der NS-Diktatur schreiben wollte. Falls er dieses Ende erleben würde. Aber auf jeden Fall würde er mitschreiben, was passierte. Am 9. Juni 1942 notiert er: »... vielleicht lasse ich das Mittelstück 1920-33 beiseite, bis ich »das Dritte Reich« fertig liegen habe. Vorderhand kann ich nichts tun als lesen und exzerpieren, was mir erreichbar ist, und das Tagebuch mit größter Genauigkeit führen. Was übrigens eine tapfere Handlung bedeutet und mir immer wieder Angst macht.«

Das ist doch ein Projekt: 1920 bis 1933 will er erst bearbeiten, wenn er das »Dritte Reich« fertig liegen hat! Er meinte im Jahr 1942, er werde dieses Dritte Reich darstellen in dessen Sprache. *Lingua Tertii Imperii* nannte er das Projekt, das dann 1947 erschien unter dem Titel *LTI*. So wie er 1938 bis 42 die Tagebücher von 1897 bis 1919 in die Autobiographie *Curriculum Vitae* verwandelte, so verwandelte er nach 1945 die Tagebücher 1933 bis 45 in das Buch *Lingua Tertii Imperii*. Aber dieses Buch ist, obwohl auch da das Tagebuch immer durchscheint, viel weniger autobiographisch als das *Curriculum*. *LTI* hat den Untertitel *Notizbuch eines Philologen*.

Victor Klemperer konnte im Jahr 42 sein *Curriculum* nicht fortführen, weil er die Tagebücher, die er dazu brauchte, in Sicherheit bringen mußte. Die Gestapo-Überfälle häuften sich. 11. Juni 1942: »Nach einem gipfelhaft furchtbaren Tag eine dauernde Verschlimmerung der Situation. Gestern mittag gegen halb zwei – ich hatte die Kartoffeln auf dem Feuer – wieder Gestapo, das vierte Mal in vierzehn Tagen.« Daß er nicht längst »evakuiert«, das heißt deportiert ist, hat er seinem Mischehen-Status zu verdanken und, eine Zeitlang, auch dem Umstand, daß er als Freiwilliger des ersten Weltkriegs gedient hat und mit dem bayerischen Verdienstkreuz ausgezeichnet worden ist. Ab 1942 befindet sich alles Notierte bei der Freundin Dr. Annetarie Köhler in Pirna, und alles, was er jetzt noch notiert, wird von seiner Frau Eva dorthin geschafft. Versteckt in Notenbüchern oder Bänden französischer Lyrik. Jedesmal, wenn Eva mit seinem Geschriebenen unterwegs ist, wartet er unruhig auf ihre Rückkehr.

Würde sie kontrolliert werden, würde man sein Geschriebenes bei ihr finden, würde in Pirna das Haus der beim Regime nicht gut angeschriebenen Dr. Annemarie Köhler durchsucht werden – dann würden alle drei, die Freundin, die Frau und er, getötet werden. Jedermal fragt der sich: Wofür exponiere ich Eva? Einmal nennt er, was ihn weiterschreiben läßt, »Berufsmut«. Als Frau Hirschel und ihr Mann deportiert werden – und das heißt: in Kürze ermordet werden –, notiert er: »Ich habe ihr sagen lassen – denn ich weiß, was ihr wohltut –, ich sei ihr für viele Anregungen Dank schuldig, und wenn ich noch einmal zum Publizieren käme, würde ihr Name in meinem Opus eine Rolle spielen.« (12. Juni 1943.)

Frau Hirschel hat ihm Bücher geliehen, hat ausgiebig mit ihm über Deutsche und Juden diskutiert, hat ihn wissen lassen, sie und ihr Mann, der der Vorstand der »Israelistischen Religionsgemeinde« in Dresden war, seien liberal jüdisch und fanatisch deutsch. Victor Klemperer klärt Frau Hirschel auf, daß »fanatisch deutsch« eine »contradictio in adjecto« sei, entweder ist etwas deutsch oder es ist fanatisch; »fanatisch« sei ein Lieblingswort Hitlers. Frau Hirschel versprach, »fanatisch« durch »leidenschaftlich« zu ersetzen. Also »liberal jüdisch« und »leidenschaftlich deutsch«: August 1942. Einmal sagte Frau Hirschel auch, die früher Assistentin des Literaturwissenschaftlers Oskar Walzel gewesen war, »... wir werden Goethe retten!« Klemperer kommentiert: »... betont nichtzionistisch, betont ästhetisch, goethedeutsch.«

Victor Klemperer hat den Hirschels und anderen Denkmäler beschrieben. In der Bemerkung, daß er wisse, was Frau Hirschel in dieser grauenhaften Situation wohltue, hat er, glaube ich, auch sein eigenes Motiv berührt. Die eher irrsinnige Hoffnung, durch Schreiben könne einem Verlauf, der vor bloßer Brutalität keine Sinnfrage mehr zuläßt, doch noch etwas entgegengesetzt werden: Das Verbrechen, das sich hier triumphierend aufführt wie für immer, wird beim Namen genannt. Und das, vielleicht, auch für immer. Daß der Frau, die gleich umgebracht werden wird, die Aussicht, in Klemperers Geschriebenem bewahrt zu werden, überhaupt etwas bedeuten konnte, das wußte Klemperer auch von sich selbst. Es ist ein durch keine ihm

angetane Gemeinheit zerstörbares Kulturvertrauen. Ein Verbrechen kann nicht die Geschichte beenden, die doch so lange unterwegs war, damit ein Verbrechen als solches erscheinen muß. Wenn es Zeugen gibt. Und so ein Zeuge wollte Victor Klemperer sein. Und er notiert, hält fest, was er »die märchenhafte Gräßlichkeit unserer Existenz« nennt. Er spürt, daß es auf alles ankommt, daß unter solchen Leidensumständen nichts zu gering und nichts zu gräßlich ist. Am 29. Oktober 1944 notiert er, daß Steinitz da war, der auf dem jüdischen Friedhof als Totengräber Dienst tat: »... er bringt Eva unfermentierte Tabakblätter mit von Pflanzen, die er auf dem Grabe eines jüdischen Tabakhändlers gezogen hat...« Aber sich selber beobachtet Klemperer genauso genau und konstatiert einmal »eine gewisse Wonne der Neugier und Befriedigung«. Befriedigung, weil er dabei ist, die Gräßlichkeit einen Zeugen hat. »... dann komme ich mir mutig vor, daß ich alles zu notieren wage.«

Angefangen hat sein Schreiben ganz harmlos. Eben als er Lehrling war, abends ins Theater ging und sich nachher fragte, was dieser Theaterbesuch für ihn bedeutet habe. Er war nach sechs Klassen Gymnasium in Berlin Kaufmannslehrling geworden. Die tüchtigen Brüder Georg, Felix und Berthold, zwei berühmte Ärzte, ein erfolgreicher Anwalt, redeten ihm ein, daß der Vater nur erfolgreiche Söhne ertrage. Also zurück auf die Schule, und zwar nach Landsberg an der Warthe, wo der Vater vor dem Umzug nach Berlin Rabbiner gewesen war. Dort wurde Victor Primus, spürte den Hang zur Literatur, betrieb ein florierendes Tagebuch, sein Motiv jetzt: Stoffsammlung für spätere Romane. Schon das zweite Motiv. Als er in den dreißiger Jahren diese Tagebücher auswertet, kommentiert er: Als er eingesehen habe, daß er keine Romane schreiben könne, sei das Tagebuchschreiben schon sosehr eine Gewohnheit gewesen, daß er es nicht mehr habe lassen können. Also schreibt der Student auch in München – zuerst Germanistik, dann Romanistik – Tagebuch. Dann schreibt der Student, der Dozent, der Soldat und der Professor Tagebuch: in Berlin, München, Genf, Paris, Bordeaux, Neapel, Flandern, Leipzig, Litauen und Dresden.

Im Gymnasium in Landsberg an der Warthe war Klemperer Primus, als solcher sollte er, dem Brauch nach, bei den Kneipen präsidieren, das hieß, mit dem Hieber auf den Tisch hauen, den Salamander kommandieren, die Lieder angeben und kräftig mittrinken. Aber an Festtagen kamen Verbindungsstudenten und Reserveoffiziere zu den Kneipen; ein Jude konnte weder Verbindungsstudent noch Reserveoffizier werden; was würden diese Gäste sagen, wenn ein Jude die obligate patriotische Rede am Sedanstag, die obligate Weihnachtsansprache hielt? Aber wenn er Amt und Ehre ablehnte, hieß das: als Jude aus Opposition einen deutschen Brauch ablehnen. Und da er seinem »Wollen und Denken nach auf die reindeutsche Seite« gehörte, nahm er das Amt an. Und begegnete, als ein betrunkenen Wirrkopf einmal ein Ergebenheitstelegramm an den Kronprinzen durchsetzen wollte, zum ersten Mal dem Antisemitismus. Aber er fühlte sich so sehr als Deutscher, was ging ihn da Antisemitismus an!

In der Mitgliederliste des »Bücherzirkels« wurde Vater Klemperer unter Beamten, Offizieren, Ärzten, Anwälten und Geistlichen geführt als »Prediger Dr. Klemperer«. So stand er neben dem »Prediger Schoeter«. Daß Schroeter Pastor war, Klemperer Rabbiner, sei, so erzählt der Sohn, weder von den Christen »als eine Verheimlichung, noch von den Juden als Verrat« gewertet worden, es war einfach, so der Sohn, »der Ausdruck seines Willens zum Deutschtum«. Dann wurde der Vater Rabbiner bei der jüdischen Reformgemeinde in Berlin; »einzigartig in der Welt«, sagt Victor Klemperer; eine Vernichtung des Judentums, sagten die Strenggläubigen. Die biographische Notiz in der Dissertation des Bruders Georg beginnt: »Ich bin als Sohn eines Landgeistlichen geboren.« Natürlich haben sich die älteren Brüder Georg, Felix und Berthold in Berlin gleich taufen lassen. Felix, zum Beispiel, wollte dadurch als Student in eine schlagende Verbindung aufgenommen werden. Und natürlich heirateten die erfolgreichen Brüder Mädchen aus wohlhabenden christlich-bürgerlichen Familien. Und natürlich verlangten die Brüder, daß die Schwester Recha von jetzt an Grete heiße. Die Schwestern heirateten allerdings nicht so konsequent ins Christliche wie die Brüder. Als

Victor Klemperer 1903 zum Militär soll, setzt Bruder Berthold unter fast abenteuerlichen Umständen ganz schnell noch Victors Sofort-Taufe durch. Einfach damit Victor, falls er Soldat wird, dann auch Reserveoffizier werden kann. Aber als Klemperer drei Jahre später die ostpreußische und christliche Bürgertochter Eva heiratet, gibt er als Konfession an »mosaisch«. Bertholds Taufmanipulation hat nicht gehalten. Aber als Victor Klemperer sich dann, nach einem aufgegebenen Studium und nach sieben Berliner Literatenjahren, im Jahr 1912 erneut immatrikuliert – wieder gedrängt von den erfolgreichen Brüdern, die einfach im Familienwappen noch einen Professor brauchen –, da greift er auf den Taufschein von 1903 zurück, widerruft den Trauschein von 1906, ist wieder protestantisch und bezeichnet das dann später als seine »konfessionelle Bigamie«. Die erträgt er um so eher, als er, sagt er nach 1938, »allen traditionellen Glaubensformen« »mit unterschiedslos gleicher Indifferenz und Kälte« gegenüberstand. 1906, bei der Trauung, habe er seine Taufe rückgängig gemacht, weil er sich »im schroffen Gegensatz zum Strebertum« seiner Brüder gefühlt habe. »Aber ich wußte jetzt (und er meint 1912) genauer und schwankungsloser als damals, daß ich ein Zentrales dieses Strebertums ganz und gar mit ihnen teilte: den Willen zum Deutschsein. Und ich hatte seit den Wiener und Prager Erfahrungen nicht mehr die feste Überzeugung, daß sich Judentum und Deutschtum unter allen Umständen miteinander vertragen könnten. Kam aber eine Wahl im geringsten in Betracht, so bedeutete mir das Deutschtum alles und das Judentum gar nichts.« Daß man gezwungen sein könnte, sich zwischen Deutschtum und Judentum zu entscheiden, geht zurück auf erste Erfahrungen mit dem Zionismus, die er, in journalistischer Mission in Prag und Wien, gemacht hatte. Daß dieses Bekenntnis zum Deutschtum, das er mitten im NS-Terror wieder und wieder formuliert, nicht als schaurig masochistischer Exzeß mißverstanden werde, sei ein Eindruck von außen zitiert. Der große Gelehrte Benedetto Croce schreibt im Januar 1915 aus Neapel an Karl Voßler in München, bei dem sich Klemperer im Jahr zuvor habilitiert hatte – und Klemperer war 1915 in Neapel, an seiner ersten akademischen Stelle: »Anscheinend ist er (Klemperer) mit fol-

genden drei fixen Ideen nach Italien zurückgekehrt. 1. daß jeder Italiener zu bekennen hat, daß Deutschland angegriffen worden ist und gegen seinen Willen den Krieg führt; 2. daß, sollte Italien nicht parieren, ich weiß nicht wie viele Armeekorps bereit stehen und in Italien einmarschieren werden ... Im übrigen ist Klemperer ein trefflicher und gescheiter Mann, und es ist nicht seine Schuld, wenn es ihm ein wenig an Takt und Geist fehlt. Daran fehlt es bei so vielen deutschen Professoren!« Also Klemperer ist nach dem Urteil des Universalgelehrten Croce nicht nur ein Deutscher, sondern sogar ein typischer Deutscher, und mehr noch: ein typischer deutscher Professor. Klemperer zitiert im Curriculum die Tagebücher seiner Wanderjahre oft genug mit dem Satz: »Das ist bei uns unmöglich!« Sehr viel deutscher kann man doch gar nicht sein. Und sehr viel preußischer auch nicht. Sobald er in München studiert, reagiert er auf hofbräuhaft Bayerisches so stereotyp preußisch, daß es, bei einem so gescheiten Mann, schon fast komisch wirkt. Aber in diesem antibayerischen Affekt erlebt er sich eben als Preußen, also als Deutschen. Heinrich Heine, 1828: »Ich bin in Bayern Preuße geworden.« Klemperer hält immer wieder fest, daß es zwischen Juden und Deutschen nichts derart Trennendes gebe wie zwischen Nord- und Süddeutschen, Protestanten und Katholiken, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Und als der alles regelnde Bruder Georg, Direktor des Preußischen Instituts für Krebsforschung, in der Todesanzeige für den Vater den Beruf wegläßt und nur meldet, daß da der Vater Dr. phil. Wilhelm Klemperer gestorben sei, bemerkt Victor, daß dieser Angleichungswille in ihm so lebendig ist wie in den drei erfolgreichen Brüdern. Nur, er muß darüber reflektieren, im Tagebuch, in der Autobiographie. In den drei erfolgreichen Brüdern dominiert der Wille, im sozusagen schwächeren Victor die Betrachtung. Er läßt sich nichts unbedacht durch.

Auch wenn er es zuerst nur eine Gewohnheit nennt, auf alles Vorkommende schriftlich zu reagieren, es ist auch eine Lebensart zu nennen. Dadurch, daß er schreibend auf das Erlebte antwortet, gemeindet er es sich ein, vermittelt er es für sich; erkennt er, was es für ihn bedeutet.

Als er mit den Eltern in Marienbad war, sah er zum ersten Mal galizische Juden, seine Reaktion: »Hätte mir jemand gesagt, ich gehörte mehr zu ihnen als zu meinen deutschen Mitbürgern, ich hätte ihn für wahnsinnig gehalten, und noch heute halte ich jeden für wahnsinnig, der so etwas behauptet.« Und mit diesem Heute sind gemeint die Jahre, in denen er das Curriculum schrieb, 1928 bis 1942. In Gershom Scholems Erinnerungsbuch Von Berlin nach Jerusalem erfährt man, daß das Erscheinen der osteuropäischen Juden auch ganz anders erlebt werden konnte. Der sechzehn Jahre jüngere Scholem, der in Berlin noch Gerhard hieß, aber ungetauft war, hatte Martin Bubers Legende des Baalschem gelesen, die Schrift über den sagenhaften Erwecker des Chassidismus. Scholem erinnert sich so: »In jedem Juden aus Rußland, Polen, Galizien, der uns begegnete, sahen wir etwas wie eine Inkarnation des Baalschem und jedenfalls des unverstellten und uns faszinierenden jüdischen Wesens.« 1918 wird Klemperer in Wilna – wo er als Zensor für die deutsche Militärverwaltung gearbeitet hat – in eine Talmudschule geführt: »... sie stieß mich wie mit Fäusten zurück.« »Ich gehörte nach Europa, nach Deutschland, ich war nichts als Deutscher, und ich dankte meinem Schöpfer, Deutscher zu sein.« Als er einmal im Juli 42 diese Tag- und Nachtfrage, ob man Jude sei oder Deutscher, mit Dr. Katz diskutiert – Dr. Katz sitzt im goldgerahmten Wartezimmerfoto in Uniform und mit EK 1 als Stabsarzt zu Pferd –, da sind sich beide darüber einig, daß »viel Schuld ... dem ungehinderten Zustrom des bloß geldsüchtigen Ostjudentums zukomme, und Klemperer formuliert einen Vorschlag, der zeigt, daß er bis zur Karikatur deutsch sein konnte: »Ich sagte, ich würde ein Bildungsexamen vor die Einwanderung setzen.« Nicht ohne Grund hat ihn der weise Benedetto Croce, der den jungen Lektor Klemperer in Neapel erlebte, in einem Buch einen »Deutschen im verwegensten Sinne des Wortes« genannt. Aber diesen Spott wiederum hat Klemperer selbst in der Autobiographie zitiert.

Wenn man wissen will, wie verschieden deutsche Juden dieses Deutschsein erleben konnten, vergleiche man Gershom Scholems, Victor Klemperers, Franz Kafkas, Ernst Blochs, Schmuël Hugo Berg-

mans Aufzeichnungen und Briefe am Anfang des ersten Weltkriegs. Den Ausbruch des Kriegs begrüßt Klemperer so enthusiastisch wie Thomas Mann und andere: »Der Krieg ist höchste Sensation und einzige dem Kulturmenschen noch gebliebene Katharsis.« Dazu scheint zu passen, daß ihm in dieser Zeit Schiller näher ist als Shakespeare. Aber die Kriegswirklichkeit holt ihn ein, stimmt ihn um, will ihn umstimmen, aber er wehrt sich, schämt sich »der Kritteleien und Müdigkeiten«, aber er meldet sich freiwillig, wird Kanonier. Als er in Berlin die Synagoge der Reformgemeinde besucht, zählt er achtundzwanzig Uniformierte, neun mit dem Eisernen Kreuz, fragt sich aber im Tagebuch: »Wofür kämpfen sie? ... Wirklich und ganz einfach für ihr Vaterland? Oder für die Erlangung eines Vaterlandes? Oder weil es sie »sehr stark in ihrer Laufbahn fördern« wird? Und ich selber? ... Ich wünschte, ich wäre erst im Felde. Danach werde ich mir kosmopolitische Ideale erlauben dürfen.« Und je schlechter es Deutschland geht, desto mehr fühlt er sich zugehörig. Aber nie ohne die Skrupel dessen, der seine Erlebnisgenauigkeit in keiner Niederschrift narkotisieren kann. »Wann und bei welchem Tun werde ich je ein reines Gewissen haben?« Scholem kann dieses Thema in seinem Tagebuch bei der Beschreibung der Musterungsprozedur slapstickhaft erledigen: »Dann soll ich einmal tief atmen, ich atme so schlecht ich irgend kann ...« Und: »Untauglich.« Auch Bloch war nicht scharf darauf, »tauglich« zu sein, er schreibt im September 1915 an Lukács, man hüte sich ja auch, »farbenblinde Lokomotivführer anzustellen«. Es sind aber auch Juden, wie man in Schmuël Hugo Bergmans Kriegstagebüchern lesen kann, begeistert gegen das zaristische Rußland marschiert und haben einander zugerufen: »Rache für die Pogrome.« Aber dann notiert Bergman: »... sie singen deutsche, singen tschechische Lieder. Wohin gehöre ich?« Und als Kafka mitten in der Menge steht, die ruft: »Es lebe unser geliebter Monarch, hoch!« notiert er dazu: »Ich stehe dabei mit meinem bösen Blick.« Bergman wurde praktisch, ab 1920 war er und blieb er in Palästina und übersetzte, zum Beispiel, Martin Buber ins Hebräische. Und Gerhard Scholem war dann, ab 1923, als Gershom Scholem auch in Palästina und wohnte zuerst bei Hugo Bergman, sah auf

dessen Klavier ein Bild Franz Kafkas und wurde Bibliothekar der hebräischen Abteilung der Nationalbibliothek. Scholem war in Berlin schon Mitglied von »Jung-Juda« gewesen, brannte geradezu darauf, Jude zu sein, lernte Hebräisch, in seinem Tagebuch kommt der Ausdruck »jüdischer Rassenstolz« vor. Diese Entwicklung hat Victor Klemperer nur in der ihn abstoßenden Herzlschen, der zionistischen Version kennengelernt.

Bevor er sich im Jahr 1912, nach dem Tod des Vaters, von den Brüdern zum Weiterstudieren nach München schicken ließ, traf er als recherchierender Literat in Wien und Prag auf Zionisten. Ein Prager Anhänger des Zionismus erzählt ihm, während der letzten Jahre im Gymnasium habe keiner der deutschen Mitschüler mit ihm und seinen beiden jüdischen Kameraden »... auch nur ein Dutzend Wörter gesprochen«. Die Zionisten verlangen von Klemperer, daß er, wenn er dort spreche, den »jüdisch nationalen, nicht den deutschen Standpunkt« vertrete, er antwortet: »... unsere Geistigkeit ist deutsch und nicht palästinensisch«. Er ist richtig erschrocken, als er im Ghetto in Prag so oft auf seinen Namen traf. In Berlin ist man eine deutsche Familie mit einem deutschen Namen. In Berlin angesehene Leute, »hier gehörten die Klemperers zum Ameisenhaufen der armeneligen Ghettohändler«. Aber, sagt er: »Ich wollte unsere Herkunft nicht verscharren, wie es meine Brüder taten, aber ich wollte mich doch mit jedem Gedanken und aller Herzenswärme zum Deutschtum bekennen.«

In Wien besucht er unter anderen die Dichter Beer-Hofmann und Arthur Schnitzler. Schnitzler, das hat er schon in Prag gehört, »zahlt den Zionisten regelmäßig seinen Beitrag«. Über dem Eingang zu Beer-Hofmanns Villa glänzt ein Davidstern, die Vorhalle wird beherrscht von einer Moses-Statue. Der Hausherr sagt, der »überkommene Blutstrom bedeute alles«. Seine Abstammung ist sein Stolz. »... wer habe eine bessere Ahnenreihe?« »Er sei Jude und gar nichts anderes ...« Klemperer: »... ich ging einigermaßen fassungslos fort.« Das ist auch der Romanist, der so reagiert, der Darsteller Montesquieu und Voltaires. Die Aufklärung kann doch nicht so wirkungslos gewesen sein, daß jetzt, im 20. Jahrhundert, wieder »der Blut-

strom«den Ausschlag gibt. Es dauert lange, bis er das Eigenschaftswort »jüdisch« ohne weiteres gebrauchen kann. Eine Zeitlang verwendet er dafür »orientalisch«. Das Jargonwort nebbich, das Gershom Scholem von einer Tante gehört und sofort in Gebrauch umgesetzt hat, schreibt Klemperer einmal mit griechischen Buchstaben. Ist das Mimikry oder Verfremdung? 1933 erlebt der Liebhaber und Kenner des Dix-huitième dann wirklich als einen Rückfall ins Mittelalter. Judenverfolgung, Hexenverbrennung – wann war das zum letzten Mal in Mitteleuropa? Und er lernt etwas dazu über Deutschland. »Alles was ich für undeutsch gehalten habe, Brutalität, Ungerechtigkeit, Heuchelei, Massensuggestion, bis zur Besoffenheit, alles floriert hier.« Als einer der Schicksalsgenossen ihn im Jahr 1935 daran erinnert, wie assimiliert Klemperer doch war, antwortet Klemperer: »War?! Ich bin für immer Deutscher ...« Der andere: Das würden die Nazis nicht zugeben. Klemperer: »Die Nazis sind undeutsch.« Jetzt beginnt dieses Hin und Her. Hier bleiben, emigrieren? Deutscher sein, Jude sein ...? Nach den Brutalitäten der sogenannten Kristall-Nacht notiert er: »Wir müssen fort.« Im April 41: »Früher hätte ich gesagt: Ich urteile nicht als Jude ... Jetzt: Doch, ich urteile als Jude ...« Hitler habe ihm die jüdische Sache ins Zentrum gerückt. Aber wenn er mit den Schicksalsgenossen diskutiert, bekennt er sich doch wieder zum »Deutschtum«. Das glaubt ihm keiner mehr. Er notiert: »Es handelt sich nicht darum, was die anderen von mir glauben, über mein Deutschtum entscheidet allein mein Gewissen.« Dann kommt der schlimmste Tag für ihn, den er auch nach Kriegsende als den »schwersten Tag der Juden in den zwölf Höllenjahren« bezeichnet: der 19. September 1941. »Von da an war der Judenstern zu tragen.« Er notiert in den nächsten Jahren, wie er als Sternträger nicht nur Kränkung erlebt, sondern fast genausooft Sympathiebezeugung; aber den Stern tragen zu müssen war doch nichts als »Tortur«. So aus seinem Deutschtum ausgestoßen zu werden! Im Mai 42 notiert er: »Den schwersten Kampf um mein Deutschtum kämpfe ich jetzt. Ich muß daran festhalten: Ich bin deutsch, die anderen sind undeutsch; ich muß daran festhalten: Der Geist entscheidet, nicht das Blut. Ich muß daran festhalten: Komödie wäre von

meiner Seite der Zionismus – die Taufe ist nicht Komödie gewesen.« Auch wenn Victor Klemperer hier mitten in Not und Grauen seine Taufe verklärt – er und seine Frau Eva sind ja nach 1945 ohne große innere Bewegung aus der evangelischen Kirche ausgetreten –, eine Taufe war und ist doch schon an und für sich geistige Handlung, mit ihr soll der Bindungsanspruch des Blutes überwunden werden; das ist, unabhängig von jedem religiösen Inhalt, ein Akt der Emanzipation. Ein Versuch in Humanismus auch. Gershom Scholem, in Berlin in einer Familie geboren und aufgewachsen, in der man dem Reformjudentum Vater Klemperers näher stand als der Orthodoxie, Scholem hat aber von Anfang an anders reagiert: Er hat den Weg zurück gesucht. Er meldet nicht ohne Stolz, in den Familien Scholem und Hirsch habe es zwischen 1831 und 1933 nur zwei Taufen gegeben. Und Scholems Vater gehörte doch dem »strikt antizionistischen« »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« an, zu dessen Vereinslokalen in ganz Deutschland Victor Klemperer in seiner Literatenzeit zwischen 1905 und 1912 als Vortragsreisender unterwegs war. Assimilation predigend. Scholem hat dafür nur eine Qualifikation: »Selbstbetrug«. Während Victor Klemperer jede antisemitische Gemeinheit als Rückfall ins Mittelalter qualifiziert, während er, der Adept Montesquieus und Voltaires, fest darauf vertraut, daß dieser doch ganz und gar reaktionär daherkommende Antisemitismus durch die Aufklärung längst überwunden sei, also keine historische Chance mehr habe, sagt Scholem, »der allgemeinen Erfahrung des wachsenden Antisemitismus« »konnte sich nur ein imaginäres Wunschdenken verschließen«. Das ist Auskunft NACH Auschwitz. Ich möchte mich dieser Auskunft auch NACH Auschwitz lieber nicht anschließen. Daß die Ungeheuerlichkeit der Entwicklung dazu führt, bei allem, was vorher war, nur noch daran zu denken, daß nachher Auschwitz stattfand, ist zwar verständlich, trotzdem wehre ich mich gegen diese Sicht. Victor Klemperer erwähnt einmal eine Hitlerrede, in der Hitler gesagt habe, ohne 1918 hätte er 1933 nicht geschafft. Klemperer fand das wohl auch. Golo Mann hat den ersten Weltkrieg die »Mutterkatastrophe« genannt. Ohne diese Katastrophe hätte die noch schlimmere zweite nicht stattgefunden.

Hätte das deutsch-jüdische Zusammenleben unter zivilen und zivilisatorisch normal sich weiterentwickelnden Verhältnissen zu nichts als zur schlimmsten Katastrophe führen müssen? Ganz sicher nicht. Ich habe für diese Art Wunschdenken sonst wenig Gelegenheit, aber Klemperers Schriften, in denen acht Jahrzehnte dieses Zusammenlebens festgehalten und nacherzählt werden, zwingen einem dieses nachträgliche Wunschdenken förmlich auf. Und ich überlasse mich ihm nur zu gern. Viel lieber als dem, was nachher Wirklichkeit wurde. Wer alles als einen Weg sieht, der nur in Auschwitz enden konnte, der macht aus dem deutsch-jüdischen Verhältnis eine Schicksalskatastrophe unter gar allen Umständen. Das kommt mir absurd vor. Abgesehen davon, daß es dann kein deutsch-jüdisches Gedeihen in Gegenwart und Zukunft gäbe. Dem widerspricht aber schon die Einwanderungsstatistik. Deutschland ist, auch wenn das die Verklärer des häßlichen Deutschen nicht wahrhaben, ein Einwanderungsland, auch für Juden.

Klemperer nimmt sich um 1942 vor zu studieren, wie es zum Zionismus und wie es zum Nationalsozialismus kommen konnte. Da er in der Entwicklung einer jüdischen Nationalität eine Art anderen Rassismus sah, entdeckt er in Zionismus und Nationalsozialismus eine Verwandtschaft. Aber je härter der tägliche Gestapo-Terror wurde, desto mehr billigte er dem Zionismus, wie er das nannte, mildernde Umstände zu.

Klemperer erleidet, wie hundert Jahre vorher Heinrich Heine, dieses quälende Schwanken zwischen deutschem und jüdischem Selbstbewußtsein. Und wie bei Heinrich Heine zerreibt dieses Schwanken beide Arten von Selbstbewußtsein, so daß am Ende nichts als das Nichts zu bleiben droht. Klemperer sagt einmal, die Unsicherheit sei die *faculté maitresse* des Juden. Während Heine dann dem braven alten Bibelgott in seinen Versen immer freundlichere Stellen bereitet, tritt Victor Klemperer im November 45 in die KPD ein. Heinrich Heine hatte sich lange genug geweigert, Jude zu sein. Ihm sei das Deutsche das, »was dem Fische das Wasser«, sei, er könne aus diesem »Lebenselement« nicht hinaus, »... meine Brust ist ein Archiv deutschen Gefühls ...«. Klemperer notiert im Februar 1943: »Welch ein

Wahnsinn der Nationalsozialisten war und ist es, die Juden aus ihrem Deutschpatriotismus herauszudrängen.« Es kann nicht alles, was zwischen dem Hardenbergschen Edikt und der Nürnberger Rasse-Schmählichkeit versucht, gedacht und erträumt wurde, nur »Selbstbetrug« sein. Wahrscheinlich haben alle, die an diesem deutsch-jüdischen Versuch beteiligt waren, die zivile, die gesellschaftliche Wirkung, den emanzipatorischen Effekt der Taufe überschätzt. Man kann den Eindruck haben, die, die sich taufen ließen, haben mehr verloren, als sie hinzugewannen. Jakob Wassermann: »... sie gewinnen Christus nicht, sie verlieren nur sich.« Der vorurteilslose Dolf Sternberger schrieb über Heines Taufe, daß ohne die jüdische Religion »auch die Identität des Volkes zerfallen« müsse. Wahrscheinlich kann diese Frage nur ein Jude beantworten. In Mitteleuropa möchte man inzwischen lieber glauben, daß »Volk« und »Religion«, wie auch immer sie früher verbunden oder aufeinander angewiesen sein mögen, inzwischen ohneeinander auskommen sollten. In einem Aufsatz von Uri Avnery konnte man in diesem Herbst, nach der Ermordung Rabins, lesen, daß die Frage, ob ein Jude ohne jüdische Religion noch einer sei, in Israel immer noch peinlich akut ist. »... welche Gesetze sollen bei uns gelten?« fragt Avnery, die »Gesetze der demokratisch gewählten Knesseth, durch Mehrheitsbeschluß verabschiedet? Oder die Gesetze Gottes, die vor 3200 Jahren am Berge Sinai ein für allemal und für ewig unveränderlich verkündet worden sind?« Die staatliche Legalität ist nichts, gilt nichts, wenn die Rabbiner entscheiden, sie sei nicht mit dem religiösen Gesetz vereinbar. »... Mord inbegriffen ...«, schreibt Avnery.

Ich zitiere diese Problemlage, weil sie uns ahnen läßt, wovon deutsche Juden sich von 1812 bis 1933 emanzipieren wollten. Schon Heinrich Heine sah sich als arme deutsche Nachtigall, die ihr Nest gebaut habe in die Perücke des Monsieur Voltaire. Und Klemperer, der leidenschaftliche Erklärer der französischen Aufklärung, war nicht nur im »Selbstbetrug« befangen, sondern eben auch in einem Kulturvertrauen, in einer Tradition, die er, ihrer rechtlichen Ge- gründetheit wegen, für unerschütterlich hielt. Halten durfte. Er hat,

als er ab 1942 die Geschichte der Juden studierte, bemerken müssen, wie dünn und brüchig der Boden war, auf dem die Juden in den letzten hundert Jahren in Deutschland lebten. Klemperer hat die Katastrophe des Assimilierten bis zur unsäglichsten Bitterkeit durchlitten. »Die Umkehr der Assimilierten-Generation –«, notiert er im Mai 42, »Umkehr, wohin? Man kann nicht zurück, man kann nicht nach Zion. Vielleicht ist es überhaupt nicht an uns zu gehen, sondern zu warten: Ich bin deutsch und warte, daß die Deutschen zurückkommen; sie sind irgendwo untergetaucht.« Oder einen Monat später, in einer Diskussion mit dem Leidensgenossen Seliksohn, der ihn für den Zionismus gewinnen will: »Und wenn ich auch Deutschland haßte, ich würde deshalb nicht undeutsch, ich könnte mir das Deutsche nicht ausreißen.« Er möchte, notiert er dazu, »hier wieder aufbauen helfen«. Aber dann fragt ihn im Mai 1944 eine Frau, die keine Jüdin ist, mit der er in der Papierfabrik gut zusammenarbeitet: »Haben Sie eine deutsche Frau?« Klemperer: »Mich erschüttert das mehr als das Fremdwort ›arisch‹. Es zeigt, wie sehr die ›totale Abschnürung‹ der Juden im Volksbewusstsein geglückt ist.« Das ist für ihn die am weitesten gehende Vertreibung, die aus dem lebenslänglich angestrebten Deutschtum. Auch noch nach 1945 gibt es jüdische Aussagen, die die Assimilation nicht nur als »Selbstbetrug« werten; Jurek Becker über seinen Vater: »Einmal sagte er, daß es ihm nie im Leben eingefallen wäre, sich für einen Juden zu halten, wenn es keine Antisemiten gäbe.«

In dem jetzt in den Dresdner Heften gedruckten Tagebuch der zweiten Hälfte 1945 steht: »Ich möchte an den linken Flügel der KPD ... Und andererseits: Freiheit, die ich meine.« In der abstrusen Verwaltungsrealität des Jahres 45 mußte, wer im russisch besetzten Gebiet als »Opfer des Faschismus« anerkannt werden wollte – und diese Anerkennung war für die ausgezehrten, verfolgungser schöpften Klemperers eine Bedingung des Überlebens –, der mußte in eine Partei eintreten. Da die KPD die Partei war, die das, was Klemperer »ausmisten« nannte, am glaubwürdigsten betrieb, kam für ihn nur die KPD in Frage. In seinem Aufnahmeantrag steht, daß er sich früher »gesinnungsmäßig und als Wähler zu den Freisinnigen gehal-

ten« habe: »Wenn ich ohne eine Änderung dieser Tendenz, was die philosophische und besonders geschichtsphilosophische Grundanschauung anlangt, dennoch um Aufnahme in die Kommunistische Partei bitte, so ...« Und jetzt folgt der Ausdruck der Angst, es könne wieder, wie nach dem ersten Krieg, die »geistige Reaction« um sich greifen. Im Tagebuch, dem Ort des genauesten Textes zur Selbstvergewisserung, steht, es sei ihm in »egoistischer wie ideeller Beziehung gleich fraglich«, ob er sich richtig entschieden habe.

Das ist das schlechterdings Fabelhafte der Prosa-Existenz Victor Klemperers: seine unter gar allen Umständen gleichbleibende Genauigkeit, die sich oft genug auswächst zu einer Unerbittlichkeit gegen ihn selber. Das ist geradezu die Klemperersche *faculté maitresse*, diese durch gar nichts zu trübende Genauigkeit. Auch durch kein Interesse. Das einzige Interesse, das sich auf diesen 3500 Seiten unablässig manifestiert, ist das Interesse, genau zu sein. Ehrlich sein möchte vielleicht jeder. Jeder, der schreibt. Ehrlich sein ist eine Tugend, genau sein eine Fähigkeit. Eine Ausdrucksfähigkeit. Und der Grad der so erreichten Ausdrucksfähigkeit bestimmt den Grad der Glaubwürdigkeit, der Vertrauenswürdigkeit. Womit endlich der wirkliche Wert aller Schriften Victor Klemperers beim wirklichen Namen genannt ist. Vertrauenswürdigkeit von Geschriebenem oder seine Brauchbarkeit oder Willkommenheit kann ja, so hart das klingen mag, nie in seinem Inhalt begründet sein, sondern ganz allein in der Art der Mitteilung. Das Erlebte ist uns nur so wichtig und so nahe, wie uns der Erlebende ist. Und das ist er uns nur durch seine Erlebnis- beziehungsweise Mitteilungsart. Klemperers Art, sein Erlebnis mitzuteilen, ist von Anfang an von Fragezeichen begleitet. Einmal zitiert der Romanist auch einen Franzosen, der erklärt hatte, das Fragezeichen sei das wichtigste Satzzeichen. Klemperer glaubt sich etwas nicht schon deshalb, weil es ihm so und so vorkommt. Welche Skrupel, ja Ängste muß er schriftlich reflektierend überwinden, als er in den dreißiger Jahren sein geliebtes *Dix-huitième* nicht weiter erforschen und darstellen darf und deshalb zum Autobiographen wird. »Ich ... stamme aus mittleren Verhältnissen und habe Mittleres geleistet«, da konnte eine Autobiographie, glaubt er, »als

lächerliche Anmaßung empfunden werden«. Kann jemand, der Montesquieu, Voltaire und Corneille dargestellt hat, auch sich selber darstellen? Wird sein Stil nicht nur ein Widerschein dessen sein, was er sich als Philologe angelesen hat? Im Curriculum zitiert er selber eine Tagebuchstelle aus der Pariser Studienzeit, also etwa 1904: »Ich leide an literarischem Verfolgungswahn.« Er hatte damals begonnen, Novellen und einen Roman zu schreiben. Er kommentiert diese Stelle dreißig Jahre später: »... immer mußte ich mißtrauisch grübeln, was mich beeinflußt haben könnte, immer quälte mich die Furcht vor Unselbständigkeit, vor Anlehnung oder Kopie.« Ich zitiere diese literarischen Skrupel als ein Beispiel für Klemperers Hang und Zwang, sich nichts einfach durchgehen zu lassen. Alles muß einen jede bloße Empfindung versehrenden Zaun von Fragezeichen passieren. Jedermal, wenn Eva Klemperer krank wird – ob 1910 oder 1940 –, wirft er sich vor, daß er zu wenig teilnehme: »... schlimmer als meine Unfähigkeit zu helfen, empfand ich meine Stumpfheit und Leere ... Und noch widerwärtiger als diese Apathie empfand ich, daß mir gegen meinen Willen ständig Dinge durch den Kopf gingen, an die jetzt zu denken mir niedrig und herzlos schien.« Und erspart sich nicht die Frage: »Wie hoch würden die Dokorkosten werden?« Man möchte am liebsten Humanismus und Realismus erst mit der Fähigkeit, so zu fragen, beginnen lassen. Erst wenn diese Fragefähigkeit entwickelt ist, erst durch solchen Zweifelzwang hört die Hörigkeit dem jeweils routinemäßig Gebotenen und Anerkannten gegenüber auf. Ein Beispiel dafür, wie diese Genauigkeit jeweils erreicht wird: 1912, der Tod des Vaters wird erlebt beziehungsweise beschrieben. »Ich dachte: ›Wenn nur das Röcheln aufhörte. – Ich brauche einen Zylinder zur Beerdigung – ... Hat er mich noch erkannt? – Trauerkleidung für Eva – Hat er sich noch um mich gesorgt? – Stimmt der Vergleich zwischen Kino und Schatten-spiel? – Warum habe ich immer versagt? – Er wäre doch so gern gerade auf mich stolz gewesen – Warum fühle ich jetzt keine Trauer, warum kommen mir keine Tränen? – Man sollte über das Weinen in den verschiedenen Epochen und Literaturen schreiben – Immer Literatur und nicht einmal jetzt ein unmittelbares und ganzes Gefühl

– Ein Dichter hätte das Recht, so zu beobachten – Ich bin keiner – Ich müsste jetzt an Vater denken – Wie lange wird er noch röcheln? ...«
Wer denkt da nicht an Kafkas Tagebuchsatz von 1913: »Für Familienleben fehlt mir ... jeder Sinn außer dem des Beobachters im besten Fall.« Aber diese ununterdrückbaren Zweifel an der eigenen Empfindungsart und -fähigkeit können es mit jedem nichts als warm oder ungebrochen strömenden Mitgefühl aufnehmen, was Menschlichkeit angeht. Ein Beobachter, der nicht auch ein Beobachter seiner selbst ist, kann doch gar nicht recht glaubwürdig werden. Und wie liebenswürdig wird einem Victor Klemperer, wenn er als klassizistisch befangener Professor entscheidet, daß er kein Dichter sei, und sich als Prosaist bei ebendieser Entscheidung deutlich voraus ist. Und zum Glück ist der Prosaist in ihm ursprünglicher als der klassizistische Professor. Also ausschlaggebend. Auf diese Realismusleistung beim Erzählen der Sterbestunde des Vaters folgen noch Sätze, die sanft über das eben Geleistete hinausgehen, und zwar durch Zurücknahme, durch Relativierung, eben durch Genauigkeit: »Nach irgendeiner endlosen Zeit, ich kann also doch nicht so genau beobachtet haben, obschon ich immer noch im Türrahmen zum Salon lehne, ist Georg im Zimmer; ... Ich registriere bei mir: ›Im Roman-klichee heißt das: Er stand in Schmerz versunken; aber ich war ja auch in die Kosten des Zylinders und in den Kinoaufsatz und in ein Dutzend anderer Dinge versunken.« Georg schiebt die Decke ein wenig zurück, legt das Hörrohr an und sagt zu sich: ›Vielleicht noch dreißig Minuten.« Das ist der Schriftsteller Victor Klemperer, gleichgültig, ob er beschreibt, wie in Landsberg an der Warthe der Salamander gerieben, wie in Flandern der vorderste Graben erreicht oder in Dresden der Überfall der Gestapo ertragen wurde. In achtzig Jahren keine Privatsache. Das liegt eben an der Art der Mitteilung, an der Genauigkeit des Ausdrucks. Privatsache ist ja nur das, was im Ausdruck nicht das Licht der Welt erreicht. Erst am 27. November 1938, also fast drei Wochen nach der Pogrom-Nacht des 9. November, ist er imstand zu erzählen, was am 11. November – sie wohnten noch in ihrem Haus in Dölzchen – passierte. Ich habe mich gewehrt, in der Verhaftungsszene in Kafkas Prozeß-

Roman eine prophetische Gestapo-Szene zu sehen, umgekehrt aber erreicht Victor Klemperer, der ganz offensichtlich Kafka nicht kannte, in der Schilderung einer Durchsuchungsszene kafkaische Wirkungen. Jetzt kann man sagen: Es ging in Wirklichkeit so zu wie bei Kafka. Aber nicht nur wegen der Uniformen und der unfaßbaren Willkür der staatlich legitimierten Terroristen, sondern wegen der grauenhaften Komik, mit der eine solche Szene bei Kafka und bei Klemperer abläuft. Die drei Eindringlinge bei Klemperer durchsuchen das Haus am 11. November nach Waffen; Klemperer weiß nicht mehr, wo im Haus Säbel und Seitengewehr aus dem ersten Weltkrieg herumliegen könnten; also wird alles durchwühlt und aufgebrochen. Eva Klemperer will natürlich behilflich sein, diese harmlosen Waffen zu finden, um sie los zu sein. »Als Eva einmal ein Handwerkszeug holen wollte, lief der junge Gendarm hinter ihr her; der ältere rief: ›Sie machen uns mißtrauisch, Sie verschlechtern Ihre Lage.« Diese Kafka-Komik muß heute keinem mehr erklärt werden. Nur, hier stammt sie direkt aus dem realen Terror. Allerdings bedarf es, daß die im Gräßlichen vorhandene Komik offenbar werde, des Schriftstellers.

Vier Epochen deutscher Geschichte hat der Schriftsteller Victor Klemperer so erfahren und so ausgedrückt. Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich, DDR. Kaiserreich und Drittes Reich liegen jetzt vor. 1919 bis 1933 fehlt noch. Wie er die DDR erfuhr, können wir dank der Dresdner Hefte und dank einiger Nuancen in dem 1947 erschienenen LTI schon erleben. Im November 45 sieht er auf dem Albrechtplatz in Dresden das Bild des »Marschalls Stalin« und notiert: »Es könnte auch Hermann Göring sein.« Und, auch noch im November 45: »Schauderhaft die Identität der LTI und LQI (Lingua Quartii Imperii, also die Sprache des Vierten Reichs), des sowjetischen und des nazistischen ... Liedes! Das drängt sich von Morgen bis Mitternacht überall auf und durch! In jedem Wort, jedem Satz, jedem Gedanken...Unverhülltester Imperialismus der Russen!« Und doch hat Klemperer die DDR nicht verlassen. So wenig Emigration wie zwischen 33 und 45. Wer heute sein LTI von 1947 liest, kann sich wundern über ein paar Stellen, in denen den Russen und

der Sowjet-Idee geopfert wurde. Die Tagebücher sind die erwünschte Ergänzung zu diesen Stellen. Soweit sie jetzt vorliegen, sind sie ein Beleg dafür, daß Victor Klemperer der Schriftsteller blieb, der er wirklich von Anfang an war. In diesem Versuch, die Sowjet-Ideologie erträglich zu finden, wirkte die Angst nach, Weimar könne sich wiederholen. Heinrich Heine hatte ein Jahr vor seinem Tod formuliert: »Aus Haß gegen die Nationalisten könnte ich schier die Kommunisten lieben.«

Es hat sich in Deutschland eine neue Kritiksparte etabliert, und sie blüht krasser als jede andere Kritiksparte. Zur Literatur-, zur Theater-, zur Film-, zur Kunst-, und zur Musikkritik haben wir jetzt die Biographiekritik bekommen. Frau X und Herr Y beschäftigen sich mit der Biographie eines Toten oder noch Lebenden und stellen fest und beweisen, der und der hätte so nicht denken oder schreiben dürfen. Es ist klar, daß diese Lust zur Biographiekritik eine Folge dieses deutschen Katastrophenjahrhunderts ist. Noch nie war Rechthaben in Deutschland so wichtig wie in diesem Jahrhundert. Und noch wichtiger: Rechtgehabthaben. Das hat mit dem Zwist zwischen Heinrich und Thomas Mann angefangen und kann mit dem, was uns seit 1989 moralisch vorgeturnt wird, von Mal zu Mal zu Mal immer wieder kein Ende finden. Meistens zeigen uns unversucht gebliebene Nachgeborene, wie sich die Väter, Großväter, Urgroßväter hätten benehmen müssen, damit sie vor dem moralischen Besserwissen der gänzlich Unversuchten bestehen könnten. Manchmal kann man meinen, heute gebe es überhaupt keine aktuelle Möglichkeit mehr, sich moralisch-politisch zu bewähren, deshalb inszenierten die morallüsternen Nachgeborenen ihr Bessersein ausschließlich auf den kataalaunischen Feldern von gestern und vorgestern. Vielleicht erfahren sie einmal durch ihre Enkel, welche Bewährungsgelegenheiten sie zu ihrer Zeit, also heute, versäumt haben. Sie müßten dann antworten: Das haben wir nicht gewußt. Dieser Text ist ja bekannt. Allen Biographiekritikern seien die Aufzeichnungen Victor Klemperers empfohlen. Am meisten denen, die eine Berufung empfinden, anderen einen angemessenen Umgang mit unseren Vergangenheiten zu empfehlen. Bei Victor Klemperer kann

man lernen, mit dem eigenen Gewissen umzugehen, statt auf das der anderen aufzupassen. Wer die Klemperersche Schule der Genauigkeit durchläuft, wird Mitleid haben mit denen, die es sich zur Lebensaufgabe machen, den Opfern des NS-Terrors ein sichtbares Denkmal zu setzen. Kann es einen heftigeren Kontrast geben als den zwischen dem Glauben, daß dem Ausmaß des Grauens durch gigantische Dimensionen entsprochen werden müsse, und der unwiderstehlichen Genauigkeit dieser in der Sprache aufgehobenen Grauensmomente? »Kranzabwurfstellen« hat die scharfsichtige Beobachterin Jane Kramer diese geplanten monströsen Hauptstadtmonumente genannt. Abgesehen davon, dieser Versuch, das Hinschauen, das Bemerkende, das Darandenken durch Monumentalität zu erreichen, kann auch einen Wegschauzwang bewirken; in Jugendlichen, die sich herostratisch tummeln wollen, auch Schlimmeres. Womit dann fort und fort dafür gesorgt wäre, daß Deutschland aus den schlimmsten Nachrichten nicht mehr herauskäme. Sinnvoll wäre, dafür zu sorgen, daß Klemperer überall gegenwärtig wäre, daß er zu einer wichtigen Auskunftswelt über diese Epoche deutscher Geschichte werden würde. Ich kenne keine Mitteilungsart, die uns die Wirklichkeit der NS-Diktatur faßbarer machen kann, als es die Prosa Klemperers tut. Film, Photographie, Tonband, Fiktion, Geschichtsschreibung – alles, was ich bisher an Zeugnis oder Beschreibung der NS-Diktatur kennengelernt habe, ist mir weniger eindringlich vorgekommen als die Aufzeichnungen Victor Klemperers. Nirgends sonst habe ich den Verbrecherstatus der damaligen Machthaber und Funktionäre so erleben und erkennen können wie in diesen Tagebüchern. Daß es die Bevölkerung gab und eine Bande von Verbrechern als Machthaber. Wie sich diese Kriminalität einnistete konnte im Legalen. Wie der staatlich produzierte und legalisierte Haß die einen zur reinen Bösartigkeit, andere aber zur reinen Menschlichkeit motivierte. Wieder andere zum Wegschauen.

Es ist zwar kein Trost, aber eine Art Ermutigung, daß das Medium, in dem dieses Zeugnis erscheinen kann, die Sprache ist. »Gegen die Wahrheit der Sprache gibt es kein Mittel«, hatte Klemperer im März 42 notiert. Der Satz hätte auch Gershom Scholem gefallen, der zu

Walter Benjamins Geburtstag im Juli 1918 95 Thesen über Judentum und Zionismus entwarf, und die 24. These lautete: »Das Gesetz der talmudischen Dialektik: Die Wahrheit ist eine stetige Funktion der Sprache.« Das ist das Ermutigende. Die Sprache ist zwar als Herrschafts- und Propagandamittel mißbrauchbar, aber sie ist dann auch schon das Gericht. Klemperers Kulturvertrauen hat ihn nicht getäuscht. Sein »Berufsmut« war sinnvoll.

Schon während des ersten Weltkriegs hat Klemperer notiert, daß er aus diesem Krieg zurückkehren werde mit dem Zweifel an jeder Position. Und das ist seine lebenslängliche Textbewegung: Jede Position, in die er sich zur Selbstvergewisserung hineinschreibt, wird dadurch, daß er sie hat, verlassenswert. Er selber erlebt nur Zweifel, Unruhe, Unsicherheit, lebenslängliche Selbstungewißheit; aber dadurch erleben wir in den so erschriebenen Texten einen Menschen von vollkommener Vertrauenswürdigkeit. Und unversehens wird eben daraus auch Liebenswürdigekeit. Eine Liebenswürdigekeit, die nichts von sich weiß. Ich weiß nicht, was Schiller dazu sagen würde, aber mich hat einigermaßen ergriffen die moralische Schönheit dieses Victor Klemperer.

Zitate aus: Martin Walser »Leseerfahrung, Liebeserklärung – Aufsätze zur Literatur« Werk in zwölf Bänden. 12. Band, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1997.

ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

EINE DISKUSSION

LEITUNG: HORST ALBACH

MIT BEITRÄGEN VON:

GERHARD CASPER, RALF DAHRENDORF,
HERBERT GIERSCH, EBERHARD JÜNGEL,
HUBERTUS VON PILGRIM, ROBERT M. SOLOW

A. Einführung

Auf der Ordenstagung in Wien (Jahrbuch Band 32) hat Lord Dahrendorf Gedanken über Entwicklungstendenzen der Beschäftigung vorgetragen. Herbert Giersch hat seine Thesen aus der Sicht des Ökonomen kommentiert. Dabei wurde deutlich, daß der Soziologe an Formen der Beschäftigung denkt, an die Handarbeit, an die Bedienarbeit und die Kopfarbeit.

Diese Formen der Beschäftigung haben sich im Laufe der Jahrhunderte unterschiedlich entwickelt. Beschäftigung in der Landwirtschaft spielt heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Zudem ist aus der Handarbeit in der Landwirtschaft mit zunehmender Mechanisierung Bedienarbeit geworden. Industriearbeit gewann durch die industrielle Revolution zunehmend an Bedeutung. Heute wird der größte Teil des Bruttosozialprodukts von den Dienstleistungen erwirtschaftet. In diesem Bereich arbeiten die meisten Menschen. Beschäftigung ist nicht gleich bezahlter Arbeit. Der Ökonom versteht unter Beschäftigung die Gesamtzahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Für ihn ist Arbeitslosigkeit die Gesamtzahl derjenigen, die Beschäftigung suchen, zu den am Arbeitsmarkt geltenden Löhnen jedoch keine Arbeit finden.

Zu den Beschäftigten im weiteren Sinne gehören auch die Selbständigen, die als Unternehmer im umsatzsteuerlichen Sinne tätig sind. Ihre Arbeit wird durch den am Produktmarkt erzielten Gewinn entgolten. Ein besonderes Segment dieses Arbeitsmarktes sind die Existenzgründer im Bereich des e-Commerce. Die Ökonomen haben diesen Markt in den letzten Jahren besonders intensiv untersucht.

Künstler sind immer beschäftigt, erhalten für ihre Arbeit jedoch

nicht immer einen Lohn. Sie erzielen mit ihren Produkten nicht immer einen Gewinn.

Ehrenamtliche Arbeit ist in vielen Bereichen der Gesellschaft unverzichtbar. Gleichwohl wird sie nicht als Beitrag zum Sozialprodukt gemessen. Auch Hausarbeit geht nicht in die Berechnung des Sozialprodukts ein.

B. Vorbereitende Texte

I. Vorbemerkung

Für die Diskussion in Erfurt standen die Texte von Ralf Dahrendorf und Herbert Giersch zur Verfügung. Sie sind im Jahrbuch des Ordens Band 32 (2004) abgedruckt.

Ralf Dahrendorf hat für die Podiumsdiskussion ein kurzes Thesenpapier verfaßt, das in diesem Abschnitt »Vorbereitende Texte« abgedruckt ist. Auch Herbert Giersch hat seine Thesen in einer etwas längeren Stellungnahme noch einmal erläutert und ergänzt.

Für die Vorbereitung auf die Diskussion lagen den Mitgliedern des Ordens Stellungnahmen von Eberhard Jüngel, Robert Solow und Hubertus von Pilgrim vor. Eine Besinnung auf das biblische Verständnis von Arbeit gemäß dem Text von Eberhard Jüngel schien angesichts der Vielfalt der disziplinären Aspekte von Beschäftigung, Arbeit und Arbeitslosigkeit sinnvoll.

II. Zur Debatte über die Zukunft der Arbeit

RALF DAHRENDORF

1. Die Debatte über die Zukunft der Arbeit, die durch die Beiträge von Herbert Giersch und mir ausgelöst wurde, leidet bisher am Fehlen einer gemeinsamen Fragestellung. Während es mir in meinem ursprünglichen Beitrag um einige soziale Veränderungen in der modernen Arbeitswelt ging, befaßt Herr Giersch sich mit den makro-

ökonomischen Voraussetzungen der Verringerung der Arbeitslosigkeit. Im Prinzip könnten wir beide recht haben, was aber für den unbefangenen Zuhörer enttäuschend wäre, der gerne verstehen würde, ob denn die (deutsche) Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann und was zu diesem Zweck zu tun ist.

Damit ist eine Fragestellung beschrieben. Herr Giersch gibt in seinem zweiten Papier (siehe Seite 14) eine Antwort: »Ja«, sagt er, »die (deutsche) Arbeitslosigkeit läßt sich beseitigen.« Am geeignetsten wäre dafür eine Abwertung der Währung. Da diese für einzelne Mitglieder der Eurozone nicht mehr möglich ist, muß ein komplizierter Umweg gefunden werden, der dennoch das (deutsche) Lohnniveau auf längere Sicht so feststellt, daß nur mehr ein Kernbestand von »echten« Arbeitslosen, eine Art »Normalniveau« der Arbeitslosigkeit übrigbleibt.

Andere mögen erörtern, ob die von Herrn Giersch zu diesem Zweck vorgeschlagenen Maßnahmen theoretisch zulänglich und politisch realistisch sind. Der Diskussion im Pour-le-mérite-Kreis ist es vielleicht dienlicher, wenn ich bei meiner nicht im technischen Sinn ökonomischen Perspektive bleibe und die Frage aufnehme: Welche Hindernisse wären auch dann noch zu überwinden, wenn Herrn Gierschs Programm realisiert würde? Dazu einige Thesen:

2. Die Beziehungen zwischen Wachstum und Beschäftigung sind komplizierter geworden, als traditionelle Theorien dies nahelegen. Die Wachstumsschwelle, von der an Arbeitsplätze geschaffen werden, liegt höher. Es gibt das Phänomen des sogenannten jobless growth. Wachstum alleine reicht offenbar nicht.

3. Dabei ist eine neue Spaltung des Arbeitsmarktes besonders folgenreich, die ich (in meinem ursprünglichen Papier) mit Adair Turner als die zwischen High-tech- und High-touch-Tätigkeiten beschrieben habe. High-tech-Stellen sind in der »Wissengesellschaft« zahlreich und wichtig, aber keineswegs unbegrenzt gefragt. Andererseits gibt es eine wachsende Nachfrage nach einfachen Handreichungen, von der Gastronomie bis zur Altenpflege. Nur solche Niedrigqualifikations- und Niedriglohn-Tätigkeiten sind prinzipiell unbegrenzt verfügbar.

4. In vielen Ländern, und ausgeprägt in Deutschland, sind High-touch-Stellen unbeliebt. Sie gelten als erniedrigende Dienstleistungen und werden Zuwanderern oder auch zwangsweise Tätigen (Wehrersatzdienst) überlassen. Eine nicht geringe Zahl zieht die Arbeitslosigkeit vor. Nur bei einem totalen Abbau der Unterstützung von Arbeitslosen wäre hier Änderung wahrscheinlich.

5. Eine weitere Spaltung des Arbeitsmarktes liegt in der allmählichen, aber deutlich spürbaren Reduktion von »Normalarbeitsplätzen«. Sogenannte »sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze« nehmen stark ab; über eine Million sind in Deutschland in den letzten fünf Jahren verschwunden.

Damit werden andere Formen der Beschäftigung die Regel: Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Scheinselbständigkeit, Schwarzarbeit. In manchen sozialen Gruppen ist damit eine Arbeitswelt entstanden, die sich der traditionellen Arbeitsmarktanalyse entzieht und zugleich neue Fragen der Sozialpolitik aufwirft.

6. Die deutsche Arbeitskultur, die in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, unterscheidet sich dramatisch von vertrauten Annahmen über »deutschen Fleiß«, »deutsche Genauigkeit« und dergleichen. In meinem ursprünglichen Papier zu dieser Debatte habe ich die deutsche Arbeitsunlust beschrieben: Kurze Arbeitstage, kurze Arbeitswochen, kurze Arbeitsjahre, kurze Arbeitsleben. Gewisse Veränderungen – wie ein sinkender Krankenstand – sind heute erkennbar, aber die kulturelle Abkehr von der Arbeitsgesellschaft bleibt deutlich.

7. Auch sonst hilft die deutsche Wirtschaftskultur der raschen Reduktion der Arbeitslosigkeit nicht. Das paradoxe Gemisch von Reisen und Sparen schafft jedenfalls im eigenen Land keine Arbeitsplätze.

8. Einige der Folgen solcher Tendenzen habe ich in meinem ursprünglichen Text andeutungsweise beschrieben. Diese machen es jedenfalls nicht völlig abwegig zu sagen, daß der Arbeitsgesellschaft

die Arbeit ausgeht. Zumindest geht der durch Normalarbeitsplätze strukturierten Gesellschaft die nötige Menge an Erwerbsarbeit aus. Immer häufiger hört man daher, daß Sozialleistungen von Arbeits-einkommen entkoppelt werden müssen, weil sonst die verbleiben-den Besitzer von Normalarbeitsplätzen unvertretbar zur Kasse ge-beten werden. Der Arbeitsplatz im traditionellen Sinne ist also nicht mehr das Zentrum der sozialen, ja sogar der sozialökonomischen Position von Menschen. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind selbst ein großes Thema. Dieses Thema war übrigens der Gegen-stand meines ursprünglichen Papiers.

9. Eine Fußnote noch zu der hier für Zwecke der Diskussion zuge-spitzten Fragestellung einer effektiven Beschäftigungspolitik: Häu-fig wird heute die Erfahrung verschiedener Länder verglichen. Da-bei ist die Gegenüberstellung von Deutschland und Großbritannien besonders beliebt. Dann wird vom »Thatcherismus« und der »neo-liberalen Politik« von Herrn Blair gesprochen. Neuere Untersuchen-gen zeigen jedoch, daß der Hauptgrund für die niedrige Arbeits-losenrate in Großbritannien nicht in allgemeinen Lohnsenkungen, auch nicht in größerer Flexibilität liegt. Er liegt vielmehr in der Schaffung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen im öffent-lichen, meist staatlichen Bereich. Auch die zusätzlichen privatwirt-schaftlichen Stellen (vor allem in der Bauindustrie) sind eine Funk-tion der Expansion des öffentlichen Sektors. Keynes redivivus? Jedenfalls scheint es, als ob die Hindernisse auf dem Weg zu größe-erer Beschäftigung nicht nur ein deutsches oder auch deutsch-franzö-sisches Phänomen sind.

Über die Rezepte wird weiter zu reden sein.

III. Arbeit durch Wachstum?

HERBERT GIERSCH

1. Ärgerliche Anlässe

Haben oder Nichthaben, statt des soziologischen Sein, das ist bei Arbeit und Lohn für den Ökonomen immer noch die bewegende zentrale Frage. Zum Nachdenken über das Haben und Nichthaben von Arbeit und über Arbeitslosigkeit als persönliches Pech und als wirtschaftspolitisches Ärgernis gab es für den Verfasser seit seinen Jugendtagen mancherlei hautnahen Anlaß. Eindrucksvoll und interessant war es zu sehen, wie die Anstöße aus den Zeitumständen entstanden und wie sie später ihren Niederschlag in der Berufswahl fanden. Doch das ist hier nicht die zentrale, alles bewegende ökonomische Frage.

Mit einigem Entsetzen und Unbehagen registrierte der heranwachsende Sohn:

- die desperate Erwerbslosigkeit des Vaters im Krisenjahr 1930,
- die Warteschlangen der »Stempler« vor den Arbeitsämtern auf dem Schulweg vom schlesischen Weberdorf in die krisengeschüttelte Textilstadt am Fuße des Eulengebirges,
- die Wahlsiege Hitlers im Gefolge der Weltwirtschaftskrise,
- die Popularität der Arbeitsbeschaffung unter Schacht 1934,
- den Kontrast zwischen der entwürdigenden Praxis und der heuchlerischen »Spatenideologie« rund um den »Adel der Arbeit« im gesetzlichen Reichsarbeitsdienst 1939,
- die aktive Arbeitsplatzsuche nach der Kriegsgefangenschaft 1946.

2. Definitionen, Maße und Maßstäbe

2.1 Die populäre Sprechweise sagt: »Wachstum« auch dann, wenn sie nur den kurzfristigen »Zuwachs« von Input, Output und Produktivität im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung meint. Wachstum – im Kontrast zum »Zuwachs« – zielt auf das nachhaltige

An- und Aufwachsen der Gebilde und Populationen in einem langfristigen Prozeß, meist im Verein mit einem Wandel ihres Äußeren und ihrer inneren Struktur. Wir beziehen den Input auf den Output, um die Produktivität zu ermitteln: Die Arbeits- oder Kapitalproduktivität, die Produktivität je Person oder je Arbeitsstunde, die tatsächliche wie die potentielle Wertschöpfung.

Qualitatives Wachstum steht im Kontrast zu den Müllhalden des quantitativen Wachstums, das auf Ressourcenverschwendung hinausläuft. Zum Produktionspotential gehört die Kapazitätsauslastung. Eine Kapazitätsauslastung von hundert Prozent bedeutet »Vollbeschäftigung«, ein Nachfragedefizit heißt nach einem angesehenen Konjunkturforscher »Okun Gap«.

2.2 Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des wachsenden Produktionspotentials. Sie ergeben sich meist aus der Labilität der Investitionsausgaben, die ihrerseits mit den Fortschritten der Wissenschaft korreliert sind. Man kann in diesem Prozeß viel Arbeit einsetzen oder arbeitssparende Ergebnisse erzielen. Zum Einsparen zwingen oder ermutigen der Zins als Preis für die Nutzung von Kapital und der Lohn als Preis der Arbeit, bezogen auf den Wert des Grenzprodukts. Ein Fortschritt ist neutral, wenn er den Kapitalzins nicht berührt. Entsprechend kann ein forcierter Anstieg der Löhne ein übermäßiges Einsparen von Arbeitskraft bewirken. Man spricht dann auch von Fehlrationalisierung, technologischer Arbeitslosigkeit und »jobless growth«. Ähnlich läßt ein Wachstum, das mit dem Kapitalangebot kollidiert, den Realzins steigen. Es ist dies ein Signal zum Strecken oder gar zum Vertagen von Vorhaben im Interesse der monetären und finanziellen Stabilität. Ein Anstieg der Reallöhne über den Zuwachs der Arbeitsproduktivität hinaus bedeutet Gefahr für die Beschäftigung, weil er den Arbeitgebern grünes Licht für das Einsparen von Arbeitsplätzen gibt. Wo immer sich eine Entwicklung abzeichnet, die die Interessen des Faktors Arbeit in Mitleidenschaft zieht, sollte man die Frage nach der Unbedenklichkeit des Lohnanstiegs in der jüngsten Vergangenheit nicht unter den Tisch fallenlassen.

2.3 Ein Wachstum in der Größenordnung von drei Prozent könnte man als sozialverträglich ansehen, wenn es gelänge, den Arbeitsmarkt so zu reformieren, daß er den wachstumsbedingten Strukturwandel ohne größere Friktionen mit hoher Arbeitslosigkeit bewältigt. Selbst für die Konsumenten sind Vorgaben und Ziele mit drei Prozent Wachstum nicht allzu ehrgeizig; sie sind auch individuell erstrebenswert. In Phasen des Wiederaufbaus nach einem verheerenden Krieg schafft man mehr. Dies zeigt das dritte Quartal des 20. Jahrhunderts, das noch durch den Schwung des Wiederaufbaus nach dem Kriege gekennzeichnet war. So scheint es nicht zu ehrgeizig, ein solches Dreiprozent-Tempo vorzugeben und anzustreben.

2.4 Kennzeichnend für das Wachstum in neuerer Zeit sind Begriffe wie nachhaltig, exportintensiv, marktkonform, kapitalsparend, arbeitssparend. Die Kosten der Kommunikation sinken und begünstigen die Arbeitsteilung über weite Distanzen. Die Märkte sind offen, so daß die große Mobilität der Güter wie der Produktionsfaktoren zu einem allseitig lebhaften Gerangel führt. Wer die Möglichkeiten der Mobilität nutzen kann, wird zu den Gewinnern zählen. Einbußen an Wert erleiden in diesem Prozeß der Marktexpansion die immobilen Ressourcen, die im Boden verwurzelt sind. Der Triumph fällt sozusagen den Unsoliden in den Schoß, den Zugvögeln, den Wandergesellen, den Glücksrittern und den Spekulanten. Wenn dies keinen Ärger hervorrufen sollte, wäre es verwunderlich. Der Wettbewerb in den erweiterten Räumen scheint härter zu werden, als es im Lehrbuch steht.

2.5 Man begreift das Gerangel, den Wettstreit aller mit allen überall, am besten als ein Streben nach Erfolg an allen Standorten, als grenzenlosen Standortwettbewerb; es ist eine Sicht, die den staatlichen Gebilden strenge Maßstäbe vorgibt, so als wäre der mobile Bürger zum Schiedsrichter der kommunalen Wirtschaftsdynamik bestellt.

2.6 Drei Prozent war die Zahl, die im Jahrhundert der Industrialisierung in England und auf dem Kontinent vor dem ersten Welt-

krieg für das Wachstum typisch zu sein schien.¹ Ähnliche Schlüsse legen auch die Daten des vierten Quartals nahe. Sie halten wir für die beste Setzung zum Abschätzen der Wachstumskräfte im 20. Jahrhundert, auch wenn wir konzедieren, daß die Zeit nach 1945 nur eine ausgleichende Korrektur für das Desaster oder Manko der Weltwirtschaftskrise brachte. Wer diese Grundannahme bestreitet, mag argumentieren, daß wir zu optimistisch oder zu ungeduldig sind.

2.7 Drei Prozent des Bruttosozialprodukts ist die magische Zahl für gesundes Wachstum in einer freiheitlich verfaßten Ordnung, sie ist auch nützlich als Richtschnur für ein maßvolles Zurückführen des Anteils, den der Staat vom Produktionspotential beansprucht.

2.8 Das natürliche Wachstum schließt für den einzelnen ein Durchschnittsverhalten ein, das nicht über die Anforderungen an einen Staatsdiener und Wirtschaftsbürger hinausgeht. Wer mehr verdienen oder schneller vorankommen will, muß größere Flexibilität oder Mehrarbeit anbieten und bereit sein, die Masse zu überholen.

3. Lohnzuwächse für Arbeitsplätze

3.1 Im weltweiten Wettbewerb der offenen Arbeits- und Kapitalmärkte, der die Globalisierung dieses Jahrhunderts kennzeichnet, hat sich Deutschland vielfach Respekt und Resonanz verschafft, so als Weltmeister im Export gediegener Güter und Leistungen, als zuverlässiger Hersteller innovativer Qualitätserzeugnisse und als angesehenen Kredit- und Ratgeber im Bereich der internationalen Investitionen.

3.2 Ähnlich wie nach 1945 leidet das Land unter einem Manko in seiner industriellen Struktur. Während ein erfreulich großer Teil des Produktionsapparats den modernsten Stand der Technik verkörpert und sich als hochgradig effizient erweist, fehlt es für fünf Millionen Arbeitskräfte an Sachkapital, Unternehmertalent und einem Mindestmaß an komplementärem Humankapital und Erfahrungswissen. Diese Angebotslücke ist nicht, wie es 1945 der Fall war, die Folge physischer Zerstörungen; sie ist vielmehr die Konse-

quenz einer langjährigen Investitionsschwäche. Fünf Jahre ist nach groben Schätzungen der Zeitraum, der zur Rehabilitation durch eine temporäre Wachstumsbeschleunigung eingeplant werden müßte. Es könnte das Sozialprodukt dann ein halbes Jahrzehnt lang um vier statt um zwei Prozent wachsen. Ob es in diesem Zeitraum möglich wäre, das West-Ost-Gefälle auszugleichen, muß offenbleiben.

3.3 Die deutsche Wachstumsmalaise ähnelt in mancher Hinsicht der englischen Krankheit, die vor der neoliberalen Thatcher-Reformation Anfang der achtziger Jahre diagnostiziert wurde. Sie zeigt die für eine Hochlohnregion typischen Merkmale der klassischen Arbeitslosigkeit und eines Kapitalmangels, der die Investitionsschwäche der letzten Jahre und Jahrzehnte widerspiegelt.

3.4 Als Deutschland wiedervereinigt wurde und wirtschaftlich unbedingt zu den Kerngebieten von Euroland gehören wollte, schlug die Lohndynamik voll auf die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze durch, vor allem in Ostdeutschland. In der Größenordnung liegt das Niveau der tariflich vorgegebenen Mindestlöhne derzeit real gerechnet wohl irgendwo bei rund zehn Prozent über dem Hochbeschäftigungsniveau. Was Deutschland makroökonomisch brauchte, wäre demnach eine Abwertung seiner Währung, also des Außenwerts der Löhne, Preise, Kosten und Bodenwerte um diese zehn Prozent. Ersatzweise wäre Lohnzurückhaltung zu empfehlen. Andernfalls gälte es, überzogene Lohnforderungen als das zu bezeichnen, was sie sind: Verkaufte Arbeitsplatzsicherheit.

3.5 An dieser Stelle wird die Parallele zur historischen Diskussion um eine Abwertung zu Beginn der 1930er Jahre deutlich. Damals forderte die deutsche Industrie – unterstützt von ausländischen Ökonomen wie Keynes und Sprague – eine Abwertung. Jedoch: »Ein Hindernis für eine solche Politik war die völkerrechtlich bindende Vertragsverpflichtung zur Beibehaltung der Goldeinlösepflicht für die Mark.«² Da eine klassische Abwertung heute illusorisch ist, kommt nur eine Ersatz-Abwertung in Betracht, das heißt: Eine Abwertung des deutschen Lohnniveaus im Vergleich zum erzielbaren

Fortschritt der Arbeitsproduktivität. Praktisch bedeutete dies fünf Jahre Stillstand und Frieden an der Lohnfront. Statt des Lohndrucks, der ins Maßlose führte, gäbe es dann einen deflationsähnlichen Druck zur Senkung der Preise, fühlbar vor allem dort, wo der Produktivitätsfortschritt überdurchschnittlich ist.

3.6 Da wir an diesem Punkt mangels nützlicher Erfahrungswerte allzuleicht politökonomisch irren können, sei als Variante eine Wette zur Diskussion gestellt: Eine Tariflohnpause wird ausgehandelt. Sie entsteht am korporatistischen Verhandlungstisch und endet automatisch, wenn die Zahl der Arbeitslosen auf vier oder drei Millionen zurückgegangen ist. Wenn dies nicht gelingt, endet der Versuch mit der Entscheidung des Wahlvolks, daß sowohl Flächentarif wie das Doppelmonopol des Streiksystems zu den unentbehrlichen Bestandteilen der sozialen Marktwirtschaft deutscher Prägung gehören.

3.7 Deutschland hat aller wirtschaftspolitischen Phantasielosigkeit zum Trotz noch diese eine, vielleicht letzte Chance im Gehege des Korporatismus. Wir dürfen sie nicht außer Betracht lassen, erspart sie uns doch vielleicht eine Radikalreform am Rande des Grundgesetzes. Das Minimum wäre – wie gesagt – ein lohnpolitisches Stillhalte-Abkommen mit dem Ziel, die tariflichen Mindestlöhne real, also inflationsbereinigt und indexiert, festzuschreiben, bis die Arbeitslosigkeit auf eine Million echte Arbeitslose gesunken ist. Dann können die Unternehmen ihre Produktivitätsfortschritte anteilmäßig voll weitergeben: in niedrigeren Preisen, in höheren Leistungslöhnen und in Gewinnausschüttungen. Das läge auch im Interesse der Standortattraktivität.

3.8 Die Arbeitnehmer werden einsehen, daß sie im Standortwettbewerb nur dann gewinnen können, wenn sie im Kapitaleigner nicht den bösen Buben oder Nachbarn sehen, sondern den Partner in einer lokalen oder regionalen Wertschöpfungsgemeinschaft. Der Standortwettbewerb ersetzt die Legende vom ewigen Klassenkampf, indem er den Lokalpatriotismus weckt. Fünf Millionen Arbeitslose nach fünf Jahrzehnten Ludwig Erhard? Soll das so bleiben? Lohn-

kämpfe mit fünf Millionen Arbeitslosen als Kombattanten? Da ist es höchste Zeit, den lohnpolitischen Bildungsnotstand auszurufen.

3.9 Wo kommt, so hört man die loyalen Bürger zweifelnd fragen, bei allem Lamento die Nachfrage her, die das zusätzliche Angebot an Gütern und Diensten hervorlockt? Vom Staat, von den Kommunen? Aus dem Ausland? Was bewirkt die Initialzündung? Ganz so dramatisch, wie es sich anhört, stellen sich die Fragen nicht; denn wir starten ja nicht bei null. Und sollte es nicht die Not sein, der wir gehorchen, so geschieht es aus eigenem Triebe, und sei es auf der Angebotsseite.

3.10 So oder so werden hier und da zusätzliche Ausgaben anfallen – im Unternehmensbereich, beim Staat, in den öffentlichen und privaten Haushalten. Viele werden gezwungen sein, sich zusätzlich zu verschulden, obwohl es heißt, sie seien ohnehin überschuldet. Wie passt es zusammen, daß man potentiellen Sparern Zinsen versprechen kann, während die bisherigen Kreditnehmer unter der Zinslast stöhnen? Muß da nicht erst in einer großen Krise eine Entschuldung stattfinden? Vielleicht, aber nicht notwendig! Denn es kann durchaus reichen, daß man im kollektiven Hochgefühl eine Neubewertung der Aktiva vornimmt, zum Beispiel mit Hilfe der Kursnotizen an der Wertpapierbörse. Der Konjunkturfrühling kommt oft über Nacht, wenn es so richtig kaum jemand bemerkt.

4. Wunschezettel Agenda 2005

4.1 Wenn die Deutschen den Wohlstand in ihrem Lande mehren wollen, müssen sie mehr arbeiten; sie könnten auf zwei Tage der feierlichen Vergangenheitsbewältigung verzichten und einen Tag der Zukunftsgestaltung widmen.

4.2 Ein Festtag am Ende des Fastens für eine Abnahme der Staatsquote machte das Zurückdrängen des Staatsanteils populärer, es wäre wirksamer als die Maastricht-Defizitregel, die es den Staaten nahelegt, die Steuersätze zu erhöhen, wenn es eng wird.

4.3 Staatliche Haushaltsdefizite sollten nur durch Emission wert-

stabiler Anleihen finanziert werden, also immer über den Kapitalmarkt und das von diesem ausgeübte Kontrollverfahren, nie durch die Notenbank.

4.4 Statt die Steuern zu erhöhen, sollte der Staat im Zuge des Steuerwettbewerbs jene Steuern senken, die sich als besonders schädlich für die Arbeitsteilung, den Arbeitsmarkt und das Überleben junger Unternehmen erwiesen haben. Gemeint ist auch die sonst so beliebte Mehrwertsteuer, die die aktiven Arbeitslosen in die Schattenwirtschaft vertreibt.

4.5 Investitionen, vor allem junger Unternehmen, lassen sich fördern, indem der Staat durch liberale Abschreibungsregeln dahin wirkt, daß die Anfangsgewinne im Unternehmen verbleiben oder als Kreditbasis dienen können (handelbare Steuergutscheine). Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ist besser als Mitbestimmung.

4.6 Ein Tariflohn-Moratorium, bis die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf eine Million gesunken ist, wäre angemessen als Signal der lohnpolitischen Moderation. Die Kostenersparnis, die der Produktivitätsfortschritt mit sich bringt, fände ihren Niederschlag in niedrigeren Preisen, die den Absatz steigern.

4.7 Humankapital-Investitionen auf Kreditbasis kommen in Betracht, soweit es darum geht, den Produktionsfaktor Humankapital zur zentralen Antriebskraft der Wachstumspolitik zu machen.

4.8 Der Staatsschuld stehen Vermögenswerte gegenüber, auch fiktive Forderungen des Staates an das Staatsvolk. Was das Volk dem Staat und der Staat dem Volke schuldet, sollte einmal bilanziert werden, damit nicht die Diskussion über solche Fiktionen den Staat daran hindert, sich seinen produktiven Zukunftsaufgaben im Bereich der Sicherheit zu widmen, auch der sozialen Sicherheit.

4.9 Eine innovative Lösung liegt in der Konversion der Staatsschuld in Titel, die dem zunehmenden Bedarf an privater Altersvorsorge entgegenkommen.

4.10 Wachstum verlangt, daß wir mehr Höherwertiges tun und schaffen, erwerben und verbrauchen, genießen und bewahren. Warum eigentlich zögern wir? Brauchen wir, weil es uns die Sprache verschlägt, vielleicht ein verbales Substitut dafür? Ein anderes Vokabular?

5. Einwände und Antworten

5.1 Zugegeben: Die Zahlen sind zu vage und haben keinen Informationswert. Aber sie erscheinen plausibel. Dann kann gelten: No argument without a number.

5.2 Begrifflich ist klarzustellen: Mit Mindestlöhnen meinen wir einfach Tariflöhne, die vereinbarungsgemäß über-, aber nicht unterschritten werden dürfen. Das Problem der Umverteilung ist grundsätzlicher Natur: Wieviel Umverteilung verträgt eine Partnerschaft, eine Kleingruppe, eine Hausgemeinschaft, eine Volksgruppe, eine Kommune, ein Volk, eine Nation? Umverteilung verlangt Abgabenzwang beim Beschaffen der Mittel, Selbstbeherrschung beim Anlegen des Vermögens, Eigenverantwortlichkeit beim Hilfsempfänger, Vor- und Rücksicht auf schädliche Nebeneffekte beim Verbrauch (moral hazard, Sucht).

5.3 Moralpredigten, »moral suasion«, als Mittel sprechen für sich. In dem Bericht einer Expertengruppe der OECD (McCracken Report) aus dem Jahre 1977 findet sich unter dem Titel »Towards full employment and price stability« die bemerkenswerte Empfehlung »If there is a problem arising from a persistent tendency for labour costs to rise too much in relation to output prices, ... one approach would be to try to reach consensus on the need for higher profits and investment among the government, labour and management in the framework of some form of price and incomes policies.«

5.4 Weiter heißt es: »We support the idea that governments should discuss regularly with the organisations representing business and labour the ... wages which should be aimed at over the coming year

or so, consistent with achieving or maintaining high employment levels ... They cannot follow demand management policies which would accommodate high inflation rates.« (S. 214)

5.5 In meinem Minderheitsvotum zu dem OECD-Bericht heißt es: »The co-ordination model embodied in the Report is in my view too much based on ideas that prevailed when the world was believed to live under a regime of fixed exchange rates and convertibility limited to current account transactions ... Under floating rates stability always begins and ends at home, and the level of employment in any one country as in any region or firm will remain to depend essentially on whether or not real wages are in line with productivity« (S. 248). Dies ist noch heute meine Position in bezug auf die Frage, was die Beschäftigung in einem Standort bestimmt: Die Lohnsteigerungen müssen sich im Rahmen der Produktivitätssteigerung halten, wenn die Arbeitsplätze wettbewerbsfähig bleiben sollen.

5.6 Die hier angebotene Lösung sei zu radikal, zu einfach, zu elegant, zu clever, zu aufwendig, zu theoretisch, zu praxisfern. All dies ist nicht von der Hand zu weisen, aber korrigierbar. Der Einwand wird weniger bedeutsam erscheinen, nachdem sich die speziellen Interessengruppen mit ihren Belangen zu Wort gemeldet haben. Am Schluß erst wird bilanziert: Dann vergleichen wir.

5.7 Man muß damit rechnen, daß auf dem Boden der Tatsachen oder Machtverhältnisse die politischen (im wesentlichen verteilungspolitischen) Gesichtspunkte zum Tragen gebracht werden. Auf den Standard-Einwand, daß die Lösung zu Lasten des kleinen (armen) Mannes gehe, ist zu antworten, daß es Verteilungskämpfe und ganz konkrete Streiks waren, die den Reallohn im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität nach oben gedrückt haben – auf Kosten der Kapital- und Gewinneinkünfte der mobilen Unternehmen und Aktivitäten. Macht kann Lohnerhöhungen erzwingen, aber nicht ohne das komplementäre Kapital zu verschrecken. Das kostet hochproduktive Arbeitsplätze. Exportweltmeister wird man scheinbar auch dadurch, daß man die Zelte im Inland abbricht und das, was als mobiles Kapi-

tal deklariert werden kann, jenseits der Grenze wieder in Betrieb nimmt.

IV. Was sind die Fragen?

ROBERT SOLOW

1. There are a few important distinctions that must be maintained, or clarity disappears. The first is between unemployment (Arbeitslosigkeit) and inactivity (außerhalb des Arbeitsmarktes). The unemployed are actively seeking work; the inactive are not, although they may have worked in the past, and might, in some circumstances, seek work in the future. The amount of unemployment can fluctuate from quarter to quarter or year to year; the amount of inactivity moves more slowly.

2. There are two distinct kinds of unemployment. »Classical« unemployment arises when there are jobs available that the unemployed can actually perform, but that they will not accept because they insist on higher wages than employers offer. One must be careful here: it is probably true, but certainly an empty truth, that everyone could find work if wages were close to zero. Relevant wage rates should bear a relation to productivity, as Herbert Giersch points out. Herbert seems to think that essentially all German unemployment today is classical, and that it would require a wage reduction of about 10 percent to eliminate it. I am sceptical in two respects: I do not know where the 10 percent estimate comes from; and I believe that a substantial fraction of German unemployment is not classical.

The second kind of unemployment is usually called »involuntary,« which sounds vague; but it has a precise meaning. Involuntary unemployment occurs when a worker is prepared to accept a job that he or she can do, at the current wage being paid for that kind of work, but no such jobs are available. Work places are limited because there is no market for the extra product that additional workers would produce. (And firms are reluctant to reduce their prices). I think there is

a non-trivial amount of involuntary unemployment today in Germany, France, and elsewhere. Ask yourself this question: suppose that there should be, for any reason, an increase in the world's desire to buy German exports. Would German employers regard this as a disaster? I think they would happily hire more workers, with negligible increase in wages, and meet the demand profitably. The same thing could be accomplished with an increase in internal demand, that could be brought about through policy. Why does it not occur? I think that German officials and economists have accepted a false view of the way a modern industrial capitalist economy works. One can find in the utterances of the old Bundesbank and of the Sachverständigenrat suggestions that there is something insubstantial or false about policy-induced expansions of internal demand. I have not understood the reasoning unless it is blind faith that the modern German or American economy is the sort of atomistically competitive, flexible economy that Adam Smith described. One also hears it said that the »natural« rate of unemployment in Germany is very near 10 percent, meaning that any reduction in it would create accelerating wage inflation. I think that the argument for this view is flimsy, but I can not say more here. The same argument was made in the U.S. (with six or seven percent replacing 10 percent), but the past decade has been a living refutation of it.

3. Inactivity is a different matter, although it has been found in the U.S. that many people »leave the labor force,« and become statistically inactive instead of unemployed, simply because they are convinced that there are no jobs to be had at current wages; they return to activity when the labor market improves. Nevertheless it is surely the case that much inactivity derives from the availability of alternatives to income from work: pensions, disability payments, unemployment insurance, and other welfare-state benefits. Difficult compromises are obviously necessary: we do not want sick and disabled people to be forced into working, but we do not want to encourage healthy people to pretend to disabilities. It is easy to improve the work-incentive aspect of otherwise desirable welfare-state programs

to relieve poverty. In the U.S. the Earned Income Tax Credit has become the largest anti-poverty program: it subsidizes those with very low productivity, and thus with low wages, but it is limited to those who actually work, and provides a powerful incentive to work instead of being inactive.

Participation in the labor force also changes with demography and with social attitudes. I have neither the German nor the American figures with me. My guess is that the participation rate of working-age men has diminished during the past 50 years, as a result of earlier retirement, longer schooling, and other factors. The participation rate of working-age women has certainly increased dramatically for well-known reasons. Taking all people of working age together, I doubt that there has been a clear reduction in availability for work in the relevant age-group. A case can be made that the reduction in hours of work in Germany is at least partially induced by a tax system that extracts a large fraction of the last few hours' earnings.

Another way to measure the »disappearance of work« is to count income rather than people. In the U.S. wage income (including benefits paid for by employers) amounts to about 70 percent of all incomes. (Transfers from government amount to 15 percent). There seems to be no current trend in this proportion, neither up nor down. There was a time when income from work was 75 percent of all incomes, but not recently. The labor share in Germany may be a bit lower, mainly because medical care is not privately paid for, and employer-provided pensions are fewer. In terms of the sources of income, the disappearance of labor is at best a very slow process, and may not be visible at all.

Another distinction to be made: there has certainly been a continuing change in the nature of a »job«. Fewer workers can look forward to a stable career in what is recognizable as a single job. One cause of this major change is the rapid evolution of technology. Another is the fact of rising incomes. As people have more and more income to spend, they spend it on a widening variety of services and luxury goods. Preferences for these things are subject to rapid change, through fashion, satiation, and simple learning. Stability is not to be

expected. Something is disappearing here, even if it is not »work«; educational and economic institutions will have to change accordingly.

4. I do not know how it is in Germany, but in the U.S. one's job is the major determinant of one's social status. If you sit next to a stranger at a dinner party, that is the first question one is likely to ask. The common choice of words is interesting: What do you do for a living? Or even more simply: What do you do? Perhaps one's occupation is more important than the identity of one's employer. But even occupations may change rapidly in this kind of world. How will one answer that question at a dinner party?

Is it possible that automation, computerization, robots etc. should so drastically reduce the usefulness of human labor that market-determined wages would fall almost to zero? What would happen then? I suspect that this is the fear that drives much discussion of the disappearance of labor (as it has done for at least 200 years). I suppose the answer is that it could happen, in principle. No law of physics or economics excludes it. But we are very far from that state of affairs; if it will ever happen, it will be a long time from now. (Remember Ralf Dahrendorf's remarks about »high-touch« personal services, which may never be delegated to robots). That drastic outcome would then pose a deep and difficult question for society: through what mechanisms would we then distribute purchasing power to the members of the society? A similar question would arise if Herbert Giersch's wage reduction required to provide »Arbeit für alle« were to be 90 percent instead of 10 percent? (I think that realism is on Herbert's side here). This extreme, and extremely unlikely, case would pose Ralf's problem in the sharpest way.

C. Die Podiumsdiskussion

I. Vorbemerkung

Nicht zuletzt der Hinweis von Ralf Dahrendorf, daß wir gegenwärtig in einer Zeit leben, in der sich die Strukturen der Beschäftigung ändern, legt es nahe, die Podiumsdiskussion mit der Frage zu beginnen, was die Bibel unter Beschäftigung und Arbeit versteht. Vordergrundig ist es eine Welt von Handwerkern, Händlern und Konsumenten, in die uns die Bibel führt, eine Welt von Gastwirten und Geldverleihern. Aber die Bibel weist darüber hinaus. Lieber Herr Jüngel, darf ich Sie bitten, uns über Arbeit und Beschäftigung in der Welt der Bibel zum Auftakt unseres Gesprächs zu unterrichten?

II. Arbeit in biblischem Verständnis

EBERHARD JÜNGEL

Arbeitslosigkeit ist kein biblisches Thema. Allenfalls im Zusammenhang mit den in der Bibel mehrfach erwähnten Tagelöhnern kommt so etwas wie Arbeitslosigkeit in den Blick, zum Beispiel im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg, von denen einige bereits am frühen Morgen, einige aber erst Stunden später und wiederum einige sogar erst »um die elfte Stunde« Arbeit fanden, weil sie zuvor »niemand gedungen hatte« (Mt 20, 1-7).

Doch von einer arbeitsfreien Zeit ist in der Bibel verhältnismäßig oft die Rede, und zwar von einer iure divino arbeitsfreien Zeit. Das aber hängt damit zusammen, daß die Bibel das menschliche Leben als ein durch Arbeit gekennzeichnetes Leben kennt, in dem die von Aristoteles auf den Begriff gebrachte Unterscheidung eines bios praktikos und eines von der täglichen Arbeit freien bios theoretikos keinen Sitz im Leben hat. Das mag denn wohl auch der Grund dafür gewesen sein, daß mich der Ordenskanzler aufgefordert hat, mich an der heutigen Diskussion mit einigen Thesen – nun eben nicht zum Thema Arbeitslosigkeit, sondern – zum Phänomen der Arbeit aus biblischer Perspektive zu beteiligen, wohl wissend, daß zwischen dem, was wir

heute »Arbeit« nennen, und dem, was im Alten und im Neuen Testament so heißt, sozialgeschichtliche und kulturgeschichtliche Unterschiede von erheblichem Ausmaß bestehen. Schon diese Unterschiede, erst recht aber die Tatsache, daß mein Arbeitsfeld die Theologie ist, dürfte in kritischen Köpfen die Frage generieren, was denn ein Theologe, der es doch mit Gott, also mit dem Heiligen zu tun hat, zu einer so ganz und gar profanen Sache wie der menschlichen Arbeit zu sagen hat. Wie kommt die Kuh aufs Dach? – mögen sich viele fragen. Oder etwas biblischer ausgedrückt: Wie kommt denn Saul unter die Propheten?

Ich antworte, obwohl ich ein durch und durch evangelischer Theologe bin, mit einem mittelalterlichen Lehrer der Kirche, den die römisch-katholische Kirche sogar als Heiligen verehrt. Ich antworte mit Thomas von Aquin. Er hat behauptet, Gegenstand der Theologie sei alles, aber alles nur insofern, als es in Beziehung auf Gott erörtert wird: *omnia sub ratione dei*.

Sub ratione dei, in Beziehung auf Gott kann und muß also auch das Phänomen der Arbeit erörtert werden. Ich will das jedenfalls versuchen.

Ein theologisches Votum zum Thema Arbeit wird zunächst einmal an die biblische Wahrnehmung des Phänomens Arbeit erinnern müssen. Denn theologische Urteilskraft speist sich aus den biblischen Texten, wobei selbstverständlich die kulturgeschichtlichen und sozialgeschichtlichen Abstände zwischen jenen historisch sehr alten, aber theologisch keineswegs veralteten Texten und unserer Gegenwart hermeneutisch zu beachten sind. Ich werde deshalb in einer Reihe von Sätzen an diese Quelle theologischer Urteilskraft erinnern.

Zunächst ein Definitionsversuch:

Arbeit ist diejenige Tätigkeit, die unter einiger Anstrengung ein Ziel realisieren soll, das außerhalb des tätigen Aktes liegt und das für den Arbeitenden, aber nicht nur für ihn nötig, zumindest aber vorteilhaft ist. Arbeit ist also ein etwas hervorbringendes, ein bewirkendes Handeln. Gegenbegriffe sind das gar nichts hervorbringende, sondern etwas schon Seiendes darstellende Handeln, das Spiel, das Feiern,

die Muße, das Nichtstun. Ob man – mit Aristoteles – auch das Erkennen und Denken als Gegenbegriff zur Arbeit begreifen muß, sei jetzt dahingestellt, mag aber daran erinnern, daß Arbeit nur einen Teilbereich der menschlichen Tätigkeiten ausmacht.

In der biblischen Überlieferung wird Arbeit unter zwei sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten thematisch: unter dem Gesichtspunkt der Schöpfungsgemäßheit und unter dem Gesichtspunkt der selbstverschuldeten Mühsal der Arbeit.

1. Arbeitend entspricht der Mensch dem Willen seines Schöpfers, dessen schöpferisches Wirken seinerseits (nach Gen 1,1-2,4a) im Modell einer Arbeitswoche vorgestellt wird: einer Arbeitswoche, die allerdings die schöpferische Tätigkeit auf einen sie begrenzenden Ruhetag hin ausrichtet: »Und Gott segnete den siebenten Tag und heiligte ihn; denn an ihm ruhte er von all seinem Werk« (Gen 2,3). Arbeit und Zeit werden hier in einer bemerkenswerten Weise zueinander in ein Verhältnis gesetzt: in ein Verhältnis, das es dem Menschen verwehrt, seine ganze Zeit nur eben als Arbeitszeit zu verbrauchen. Der Mensch soll, er muß sich auch ausruhen von der anstrengenden Arbeit. Und in dieser »Ruhezeit« ist etwas anderes an der Zeit. Deshalb unterbricht der – an den Schöpfungsfrieden erinnernde – Sabbat, deshalb unterbricht der – auf das ewige Leben verweisende – Sonntag die Arbeitswoche. Aber Sabbat und Sonntag diskreditieren die Arbeit nicht.

1.1 Die durch die heilsame Unterbrechung des Sabbat begrenzte menschliche Arbeit ist eine schöpferische Tätigkeit. Sie gehört zwar nicht zur Gottebenbildlichkeit des Menschen, ist aber eine Folge derselben, insofern sie den Menschen zum dominium terrae bestimmt: »Seid fruchtbar und mehret Euch und füllet die Erde und machet sie Euch untertan und herrschet ...« (Gen 1,28).

1.2 Die Begrenzung der menschlichen Arbeit durch den Sabbat soll dem Menschen zugute kommen, aber zugleich das dominium terrae vor Mißbrauch und vor der Entstellung zum imperium terrae bewahren. Im dominium terrae herrscht der Mensch rücksichtsvoll,

nämlich so, daß er zugleich das Herrschen beherrscht. Im imperium terrae hingegen herrscht der Mensch über die Erde, ohne sein eigenes Herrschen zu beherrschen: er herrscht rücksichtslos.

1.3 Arbeit ist in biblischer Perspektive ursprünglich so etwas wie Dienst an der Schöpfung und als solche dem Menschen geboten (Gen 2,5.15; Ex 20,9; Dtn 5,13). Der homo faber ist nicht imperator, sondern dominus terrae und als solcher naturae minister et interpres (so – in hippokratischer Tradition – noch Francis Bacon, *Novum Organum* I, 1). Ziel dieser als Dienst an der Schöpfung begriffenen menschlichen Arbeit sind der Erwerb des Lebensunterhaltes (Existenzsicherung) und die Gestaltung des irdischen Lebens (Kultur und Fortschritt). Über die eigene Existenzsicherung hinaus dient Arbeit zugleich dem »gemeinen Nutzen« und setzt in die Lage, vom Arbeitsgewinn abzugeben (vgl. Eph 4,28).

1.4 Diese positive Bewertung der Arbeit wird durch zwei Gesichtspunkte verdeutlicht. Sowohl die paradiesische Existenz des Menschen בְּרֵאשִׁית (Gen 1,26.28; 2,15) als auch die Existenz der Gotteskommendes Reich verkündigenden Jünger und Apostel (vgl. Mt 9,37f.; 10,10; Lk 10,2.7; 1Thess 2,9; 5,12f.; Röm 16,12; 1Kor 15,58; 2Kor 10,15) ist nach biblischem Urteil die Existenz eines arbeitenden Menschen. Körperliche Arbeit wird gegenüber geistiger Arbeit nicht denunziert. Für das Judentum ist die Hochschätzung der Verbindung des Torastudiums mit – vorwiegend handwerklicher – Arbeit kennzeichnend. Der Apostel Paulus verdient sich als Zeltsattler seinen Lebensunterhalt (Acta 18,3). Sowohl die geistliche als auch die sie weltlich ermöglichende irdische Tätigkeit der Jünger und Apostel wird als harte Arbeit verstanden (vgl. 1Thess 2,9; 1Kor 4,12; 15,58).

1.5 Doch – und das ist entscheidend – bei aller Hochschätzung der menschlichen Arbeit kommt diese niemals als eine das Menschsein des Menschen konstituierende Größe in Betracht. Als eine das Sein des Menschen vor Gott und seine Anerkennung durch Gott konstituierende Größe wird wie jede Leistung so auch alle Arbeit dezidiert verneint (Röm 3,28). – Soviel über die als schöpfungsgemäß beur-

teilte Arbeit! Doch das ganze menschliche Leben und so auch die Arbeit sehen sehr anders aus, wenn das Geschöpf sich mit dem Schöpfer verwechselt oder auch nur sein will wie Gott.

2. Mit der selbstverschuldeten Verfehlung der religiösen Fundamentaldifferenz von Schöpfer und Geschöpf (vgl. Gen 3; Röm 1,18-3,20) verliert – wie das menschliche Leben seine so auch – die menschliche Arbeit ihre Eindeutigkeit. In der Biblia Hebraica wird dementsprechend auch sprachlich unterschieden zwischen positiven bzw. neutralen Bezeichnungen der Arbeit: עֲבֹדָה, מְלָאכָה (jiddisch: Maloche) und Bezeichnungen, die die Arbeit als Mühsal bzw. als Zwangsarbeit charakterisieren: עֲמָל, עֲצָבוֹן, מָס, סָבָל (vgl. Art. Arbeit, RGG, 4. Auflage Bd. 1, 679). Die Bewertung der Arbeit wird ambivalent: Sie kann als Gnade und als Strafe, als Lebenserfüllung und als Plage erfahren werden.

2.1 In der gefallenen Schöpfung wird die mit der menschlichen Arbeit verbundene Anstrengung zur Mühsal (vgl. Ps 90,10), der die Befristetheit der menschlichen Lebenszeit korrespondiert: »Mit Mühsal sollst Du Dich von ihm [dem Erdboden] nähren Dein Leben lang ... Im Schweiß Deines Angesichtes sollst Du Dein Brot essen, bis Du wieder zur Erde zurückkehrst, von der Du genommen bist« (Gen 3,17-19).

2.1.1 Die Folge davon ist die Pervertierung des dominium terrae zum imperium terrae und des minister et interpres naturae zum »maître ... et possesseur ... de la nature« (R. Descartes, Discours de la Méthode, P. VI, 2, 1960, 100).

2.1.2 Es gibt nun die gewaltsam erzwungene ununterbrochene Arbeit des Sklaven (vgl. Ex 1,8-14).

2.2 Die Befreiung Israels aus dem »Arbeitshaus« (Ex 20,2; Dtn 5,6) Ägypten durch Gott führt in Israel zu scharfer Kritik an jeder Fronarbeit (1Sam 8,11-18; Jer 22,13-19) und zur Einschärfung des jedem Menschen – auch dem Sklaven, ja auch der Tierwelt! – geltenden Sabbatgebotes: »Sechs Tage sollst Du arbeiten und all Dein Werk tun; aber der siebente Tag ist ein Ruhetag, dem Herrn, Deinem Gott,

geweiht; da sollst Du keine Arbeit tun, weder Du noch Dein Sohn noch Deine Tochter noch Dein Sklave noch Deine Sklavin noch Dein Rind noch Dein Esel noch all Dein Vieh noch der Fremdling, der innerhalb Deiner Tore ist, auf daß Dein Sklave und Deine Sklavin ruhen wie Du; und sei dessen eingedenk, daß Du selber Sklave gewesen bist im Lande Ägypten und daß der Herr, Dein Gott, Dich von dort herausgeführt hat mit starker Hand und ausgerecktem Arm. Darum hat Dir der Herr, Dein Gott, geboten, den Ruhetag zu halten« (Dtn 5,13-15).

2.2.1 Der Arbeiter droht nun um seinen Lohn gebracht zu werden – ein von den Propheten, aber nicht nur von ihnen scharf kritisierte Sachverhalt (vgl. Jer 22,13).

2.2.2 Die Produkte der eigenen Arbeit drohen nun zum Gegenstand quasireligiöser Verehrung (Götzendienst) zu werden (vgl. Jes 44,9 ff.; 46,6f.) – ein von Karl Marx scharfsinnig analysierter Sachverhalt!

2.2.3 Die Arbeit droht nun, statt dem Erwerb des Lebensunterhaltes und der Gestaltung des irdischen Lebens zu dienen, zum Medium menschlicher Selbstverwirklichung zu werden: Das menschliche Ich wähnt, sich durch Arbeit diejenige Anerkennung verschaffen zu sollen, die (nach G.W.F. Hegel) das Personsein des Menschen konstituiert.

3. Das den Menschen vor Gott definitiv anerkennende Evangelium von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnade und allein durch Glauben befreit das menschliche Ich von dem selbstverschuldeten Zwang, sich durch die eigenen Leistungen diejenige Anerkennung verschaffen zu müssen, die sein Personsein konstituiert. Das Evangelium setzt mich zu meiner eigenen Arbeit in das Verhältnis der Freiheit: *opus non facit personam, sed persona facit opus* (M. Luther, Zirkulardisputation de veste nuptiali. 15. Juni 1537, WA 39/I, 283,9).

3.1 In dem Maße, in dem reformatorische Theologie die das Personsein konstituierende Funktion von Arbeit bestreitet, wertet sie die

Arbeit als einen Akt vernünftigen Gottesdiensts im Alltag der Welt (vgl. Röm 12,1) auf. Die These vom allgemeinen Priestertum aller Gläubigen führt zur Hochschätzung des weltlichen Berufes und der zu ihm gehörenden Arbeit (vgl. WA 6, 234f.). Doch die Hochschätzung der weltlichen Arbeit lebt von der Einsicht, daß jegliche Arbeit von Zuständen kreativer Passivität unterbrochen werden muß, in denen wir aus Wirkenden und Habenden wieder zu Seienden werden.

3.2 Es entspricht theologischer Beurteilung der Arbeit, daß die Notwendigkeit, arbeiten zu müssen, die Freiheit impliziert, über die Gestalt der Arbeit situationsgerecht entscheiden zu können. Solche Freiheit impliziert allerdings auch Gefahren.

3.3 Die Forderung, daß aus »einem sozusagen noch eher naturwüchsigen Leben (z.B. mit starren Formen von Arbeit und Freizeit) ... immer mehr eine systematische Organisation ... des gesamten Lebenszusammenhangs werden« müsse (vgl. Günther Voß, *Der Arbeitskraftunternehmer, Ein neuer Typ von Arbeitskraft und seine sozialen Folgen*, in: *Wirtschaftsopfer oder Marktopfer?* Hg. H. Reichold u.a., 15-31), droht den Menschen zu einem »Mann ohne Eigenschaften« zu machen, der – wie bereits in der *Oratio De Dignitate Homini* des Pico della Mirandola (1486) vorgesehen – durch nichts vorherbestimmt ist als allein durch die mit der eigenen Arbeitskraft gegebene unbegrenzte Möglichkeit, sich selber zu bestimmen. Ein derart verstandener Mensch wäre die Karikatur des – seinerseits keineswegs eigenschaftslosen – Gottes und die Anmaßung einer – auch im Blick auf Gott zu Unrecht postulierten – *potentia absoluta*.

3.4 Die Freiheit vom Zwang, sich durch Arbeit selber verwirklichen und das eigene Sein selber verantworten zu müssen, feiert der Jude in der alttestamentlichen Tradition am Sabbat, der Christ in der neutestamentlichen Tradition am – der Auferstehung Jesu gedenkenden – Sonntag.

3.5 In der totalen Bestimmung menschlichen Lebens durch Arbeit lauert die Gefahr, daß der zur Leistung noch nicht oder nicht mehr fähige Mensch als nutzloses Wesen gesellschaftlich marginalisiert

wird. Doch gerade der Mensch, der für sich selbst und für andere noch nichts oder nichts mehr zu tun vermag, gerade das Kind und der alte Mensch, repräsentiert die unantastbare Würde der menschlichen Person (vgl. R. Spaemann, Personen. Versuche über den Unterschied zwischen ›etwas‹ und ›jemand‹, 1966, 261).

3.6 Die Arbeitslosigkeit des arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen ist dann zwar ein gesellschaftspolitischer Skandal; doch sie kann die Würde der menschlichen Person nicht in Frage stellen.

4. Arbeit macht müde. Beten baut auf. Deshalb: ora et labora, labora et ora!

Vielen Dank, Herr Jüngel. Ich bin überzeugt, daß alle hier Ihnen sehr dankbar sind für Ihre Analyse des biblischen Verhältnisses von Beschäftigung und Menschsein, von der Pflicht des Menschen, zu arbeiten und von der Arbeit zu ruhen, sowie von dem Recht, für die Arbeit einen gerechten Lohn zu erhalten.

Wenden wir uns nun dem Thema Beschäftigung und ihren strukturellen Veränderungen zu. Ich gebe Ralf Dahrendorf das Wort.

III. Beschäftigung im Wandel

LORD DAHRENDORF

Vielen Dank, Herr Ordenskanzler. Wir haben in Wien eine, wie ich meine, zunehmend interessante Debatte begonnen über soziale Veränderungen in der Arbeitswelt und die Folgen. Jedenfalls war das das Thema meiner kurzen Einführungsbemerkung in Wien, wobei ich angeknüpft habe an Hannah Arendts schwierige Frage »Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus«? Ich möchte das nicht alles noch einmal aufnehmen, aber doch als Hintergrund stehen lassen. Die Vorstellung, daß nach einer langen Zeit der Geschichte, in der

für die meisten Arbeit und Leben ein und dasselbe war, jedenfalls unmittelbar miteinander verbunden, nun eine andere Zeit gekommen ist, in der Arbeit getrennt wurde vom häuslichen Leben und sich oft kristallisierte in Berufen. Seitdem gibt es ein doppeltes Leben, das Leben im Beruf, in der Arbeitstätigkeit, oft auch in einer Umwelt, die entfernt war von der häuslichen Umwelt, und die Zeit zu Hause oder in der Freizeit oder was immer. Es spricht vieles für die Beobachtung, daß wir jetzt in eine Zeit geraten, in der weder das erste noch das zweite ganz stimmt und wo wir noch nicht ganz wissen, wie eigentlich Arbeit und Leben miteinander verbunden werden. Insbesondere wissen wir nicht, was aus der Arbeitsgesellschaft wird, also einer Gesellschaft, in der so vieles abhängt von der Berufstätigkeit. In aktuellen Begriffen formuliert, ist die Frage, wo wir hinkommen, wenn uns die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ausgehen. Darum scheint es ja im Kern zu gehen bei der Diskussion, die wir hier führen.

Meine eher philosophischen Überlegungen sind dann auf Kritik gestoßen, und zwar vor allem bei Herbert Giersch, der mit Recht argumentiert hat, daß bei einer solchen Betrachtung den ökonomischen Konstanten der Arbeitswelt zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird, insbesondere der Frage des Arbeitslohns. Und dann ist etwas passiert in dieser Diskussion, Herr Ordenskanzler, womit wir jetzt fertig werden müssen, nämlich: Wir haben uns dann eher konzentriert auf die Frage »Was tun gegen die Arbeitslosigkeit?« als auf die Frage »Wie ist eigentlich die Arbeitswelt selbst?«, »Wie hat die Arbeitslosigkeit selbst sich verändert?«. Das führt mich für die wenigen Minuten, die ich jetzt habe, in eine gewisse Schwierigkeit, denn ich möchte das Thema der Arbeitslosigkeit schon aufnehmen, obwohl mich im Kern mindestens ebenso sehr das interessiert, was Herr Jüngel gesagt hat und was Herr von Pilgrim und Herr Casper jetzt hier wahrscheinlich sagen werden. Wir haben drei Papiere. Herbert Gierschs Papier »Warten auf Wachstum« schlägt, wenn ich es sehr vereinfache, vor, daß ein Bündel von Maßnahmen gesucht wird, die das Äquivalent einer Abwertung der Währung darstellen, um auf

diese Weise die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, die durch Wachstum dann auch den Arbeitsmarkt beleben und damit jedenfalls das spezifische Problem der Arbeitslosigkeit abmildern, wenn nicht lösen. Dazu wird er sicher selber sprechen. Wir haben dann Bob Solows Papier. Was Solow im Grunde genommen sagt, ist: Die Methode der Senkung der Arbeitslöhne und die dadurch bewirkte Kräftigung des Arbeitsmarkts hat nur begrenzte Wirkung, und man darf nicht übersehen, daß es tiefgreifende Veränderungen in der Welt der Arbeit gibt, auch wenn für Bob Solow Arbeit nach wie vor der Kern des Selbstverständnisses von Menschen und ihrer gesellschaftlichen Position ist. Und wir haben mein Papier.

Ich möchte diese Frage aufnehmen und ein paar Bemerkungen zu dem Thema machen, was man tun kann, um Arbeitslosigkeit zu verringern oder zu beseitigen. Meine eigene Meinung ist, daß der Giersch-Vorschlag in der theoretischen Diskussion völlig plausibel ist, aber wenn Herr Giersch die Chance hätte, ihn zu realisieren, könnte es ihm passieren, daß das den Kirchhoff-Effekt hat, das heißt also, daß ein an sich höchst plausibler Vorschlag, für den sehr viel spricht, schon in den ersten Schritten der Umsetzung daran scheitert, daß er auf zu viele Interessen stößt. Dem widerstehen vielleicht auch so viele nicht kontrollierbare gesellschaftliche und politische Entwicklungen, daß am Ende von dieser brillanten Idee eines Äquivalents einer Abwertung nicht sehr viel übrigbleibt. Das mag man bedauern – ich persönlich bedaure es z.B. im Fall von Herrn Kirchhoffs Vorschlägen zur Steuerreform –, aber es ist eine Tatsache, die man einkalkulieren muß. Und was die Arbeit betrifft, so würde ich sagen, auch wenn man Schritte in die Richtung einer Belebung des Arbeitsmarkts durch Senkung der Lohneinkommen tut, bleiben einige zentrale Fragen, die dann auch Anknüpfungspunkte sind für die weiterführende Diskussion. Es ist schon eine merkwürdige Geschichte, daß wir heute in vielen Ländern der Welt das erleben, was man im Englischen »jobless growth« nennt, das heißt also, es gibt Wachstum, durch das eben keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Und es ist durchaus denkbar, daß man Wachstum stimuliert, aber mit

ebensoviel Arbeitslosigkeit endet, wie man sie vorher hatte. Jedenfalls scheint es einigermaßen deutlich zu sein, daß ein direkter Zusammenhang zwischen dem im Bruttosozialprodukt gemessenen Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen jedenfalls so nicht mehr besteht, wie er über viele Jahrzehnte angenommen werden konnte. Ich habe dann die Unterscheidung von Adair Turner aufgebracht, die ich für sehr wichtig halte, nämlich, daß es eine gewisse Spaltung auf dem Arbeitsmarkt gibt zwischen Stellen, Berufen, Tätigkeiten, die ein hohes Maß an Ausbildung und Kenntnis, auch Erfahrung voraussetzen, und anderen, die eher einfacher Natur sind und die wir doch dringend brauchen, bei denen in der Tat der Bedarf eher wächst. Dazu zählen z.B. viele Aspekte von Pflegeberufen, die ja ein wichtiger Teil der Problematik einer Gesellschaft sind, in der die Anzahl der Älteren zunimmt. Aber das ist nur ein Beispiel. Ich glaube, daß die Unterscheidung zwischen high-tech-Berufen und high-touch-Berufen darum wichtig und nötig ist, weil sie uns sagt, daß die Erhöhung des Ausbildungsstandes allein uns nicht hinführen wird zu einer Art von Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Bedürfnisse von Menschen – unsere Bedürfnisse – hinlänglich befriedigt werden. Das führt sofort zu den schwierigen Fragen der Einwanderung, der Ergänzung sozusagen des Arbeitsmarkts durch diejenigen, die nicht aus dem eigenen Lande kommen, und hat viele Konsequenzen, die nicht so einfach bewältigt werden durch mehr Wachstum. Ich habe dann darauf hingewiesen – und hier sind für mich die Untersuchungen von Meinhard Miegel immer besonders interessant gewesen –, daß eben die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gerade nicht in dem Maße zunehmen, in dem man sich das vielleicht erhofft hat. Miegel spricht in den Untersuchungen, die er für die Bayerische und die Sächsische Staatsregierung vor einigen Jahren gemacht hat, von »Normalarbeitsplätzen«. Die Zahl der Normalarbeitsplätze nimmt ab. Nicht dramatisch, aber kontinuierlich, und doch in einem Maße, das dazu führt, daß eine sehr große Zahl von Menschen Arbeit findet in einer Form, die nicht der traditionellen Vorstellung von der Stelle, geschweige denn vom Beruf entspricht. Damit entstehen in der Arbeitswelt Verwerfungen, die vielerlei Fol-

gen haben. Der Begriff »sozialversicherungspflichtig« zeigt nur eine der Folgen, denn das sind dann sehr oft Arbeiten, die nicht benutzt werden können zur Finanzierung der allgemeinen Bedürfnisse der Gesellschaft, also zur Finanzierung der sozialpolitischen Versprechungen, die Teil unserer Welt sind. Man könnte manches noch hinzufügen.

Für mich ist eine der wirklich faszinierenden und gerade im deutschen Kontext dramatischen Veränderungen der letzten Jahre das Verschwinden des Großunternehmens als Heimat. Das heißt also die Tatsache, daß viele der großen Unternehmen in der Welt, in der wir heute leben, zwar noch unter dem Namen des Unternehmens ihre Produkte verkaufen, aber zu 50, 60, 70, 80 % werden diese Produkte gar nicht mehr von diesem Unternehmen hergestellt, sondern sie werden durch verschiedene Formen des Outsourcing von kleineren Unternehmen an vielen Orten der Welt hergestellt. Diese kleineren Unternehmen sind oft sehr rasch austauschbar. Dazu gehört auch die Tatsache, daß das Großunternehmen von seinem kleinen Lieferanten in Tschechien wechselt zu einem Lieferanten in China, wenn es in Tschechien zu teuer wird. Dieses Verschwinden bzw. das Zurücktreten des Unternehmens als Lebenskontext der Mitarbeiter ist für mich eine der wichtigsten Veränderungen in unserer Arbeitswelt. Das Unternehmen, das auch noch für die Familie und für die Ferien und für Notfälle und für dies und jenes sorgt, das einem außerdem einen Jahreswagen gibt, verschwindet. Dadurch wird wieder ein Stück in diesem Fall durch Arbeit vermittelter Bindung gesellschaftlicher Art aufgelöst, und es entsteht eine sehr viel unsicherere Situation.

Meine These ist, daß der an sich plausible ökonomische Ansatz sich stoßen wird an sozialen Entwicklungen wie den hier angedeuteten. Daher wird auf jeden Fall, wenn man den Arbeitsmarkt beleben oder die Arbeitslosigkeit verringern will, eine ganz neue Mischung von Entscheidungen nötig sein. Das ist eine komplizierte Mischung von Maßnahmen, komplizierter in Kontinentaleuropa als vielleicht im angelsächsischen Kontext der Wirtschaftskultur. Ja, Flexibilität im Arbeitsmarkt wird nötig sein. Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle in

den ersten zwei, drei Tagen ist sicher keine geniale Maßnahme, wenn man den Arbeitsmarkt beleben will, um es vorsichtig auszudrücken. Und auch beim Kündigungsschutz ist, wie jeder weiß, der mit mittelständischen Unternehmern spricht, manche Veränderung nötig.

Es gibt aber auch andersartige Veränderungen. Bob Solow erwähnt sie. Niedrige Einkommen erträglich machen, lautet das allgemeine Ziel. Dazu gehört u.a. das nach meiner Meinung nicht uninteressante Programm der sogenannten »tax credits«. Das ist fast eine negative Einkommensteuer, wonach also diejenigen, die ein besonders niedriges Einkommen haben, vom Fiskus einen Zusatz zu ihrem Einkommen kriegen, um sie auf ein Minimal-Niveau zu heben. In Andeutungen ist das ja in Großbritannien inzwischen Politik.

Dann aber – ich erwähne das nur, um die Komplexität der Aufgabe zu schildern, vor der wir da stehen – ist wahrscheinlich doch ein Maß an staatlichen Eingriffen einschließlich von finanzierten Eingriffen nötig, wenn man ernsthaft darangehen will, die Arbeitslosigkeit stark zu reduzieren. Ich sage das mit großem Zögern. Ich gehöre zu denen, die vielfach und immer wieder gesagt haben: Schließlich schafft der Staat keine Jobs, sondern er kann nur andere ermuntern, sie zu schaffen. Ich bin da heute nicht mehr so sicher. Neulich hat mir ein britischer Ökonom vorgerechnet, daß von 800.000 neu geschaffenen Jobs in Blairs Großbritannien 500.000 direkt oder indirekt auf staatliche Finanzierung zurückgehen. Wenn ich sage, »direkt oder indirekt«, dann schließe ich z.B. die Tatsache ein, daß ein staatliches Programm des Krankenhausbaus natürlich Folgen für die Bauindustrie und für andere hat und daß auch Formen der Privatisierung – also beispielsweise, wenn die Mahlzeiten in Schulen nicht mehr von den Schulen selber zubereitet werden, sondern von einer Firma, die man damit beauftragt, das zu tun – eine verkappte staatliche Förderung darstellen, denn die Schulen bleiben staatliche Schulen. Die Finanzierung ist staatlich, auch wenn die Beschäftigten in privaten Anstellungsverhältnissen sind. Auch diese Art von Maßnahmen ist nötig, wenn man ernsthaft darangehen will, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Das alles aber ändert nichts daran, daß all solchen praktischen Prozessen eine Veränderung in der Einstellung zur Arbeit mit noch ungewissem Ausgang zugrunde liegt. Das war mein Ausgangspunkt, und ich bin ganz froh, daß die Zusammensetzung des Podiums hier uns in die Lage versetzen wird, auch darüber ein bißchen weiter zu reflektieren.

Vielen Dank, Lord Dahrendorf. Wenn ein Liberaler wie Sie von der Notwendigkeit staatlicher Finanzierung von Arbeit spricht, wird ein liberaler Ökonom natürlich etwas unruhig. Er denkt sofort an Lohnzuschüsse, Kombilohn, Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt und an die kontraproduktiven Signalwirkungen, die solche Formen des Eingriffs in den Arbeitsmarkt und in den Prozeß der Aushandlung von Tariflöhnen haben. Wenn ich recht verstanden habe, lautet Ihre zentrale These: Traditionelle ökonomische Ansätze zur Klärung der Ursache von Arbeitslosigkeit versagen angesichts der langfristigen strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt.

Lieber Herr Giersch, Sie haben die langfristigen strukturellen Aspekte der Arbeitsmarktpolitik in Ihre Forderung nach angebotsorientierter Wirtschaftspolitik in die Diskussion unter den Ökonomen eingebracht und sie als Mitglied des Sachverständigenrates in der Wirtschaftspolitik durchgesetzt. Sind alle Ökonomen letztlich Kirchhoffs, wie Lord Dahrendorf befürchtet?

IV. Die Rolle der Löhne

HERBERT GIERSCH

»Definitionen sind wichtig«, schreibt Robert Solow, und ich stimme ihm zu. Wir müssen wissen, was soll denn eigentlich wachsen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wir meinen ja mit Wachstum nicht eine kurzfristige Prosperität. Wir meinen Prosperität und Wachstum als Wachstum eines Objekts, nämlich des Sozialprodukts – des Bruttosozialprodukts – im Verlauf. Es ist die langfristige Entwick-

lung, die uns interessiert, wenn wir von Wachstum sprechen. Sonst ist es besser, man redet von Zuwächsen von einem Jahr zum anderen, aber die öffentliche Diskussion macht diese Unterscheidung nicht. Wachstum ist also ein langwieriger Prozeß. Wir sind gehalten, ihn anzuregen, soweit es geht, und wir bekommen die Quittung für scheiternde Versuche geliefert, dem Wachstum den richtigen Platz in der Gesellschaft zuzuordnen.

Wenn ich von Wachstum rede, so meine ich eigentlich immer das Wachstum des Angebots. Konjunktur ist, wenn von ihr die Rede ist, in meinem Verständnis meistens nur Nachfrage, so daß Konjunkturschwankungen Schwankungen der Nachfrage im Verhältnis zu dem wachsenden Produktionspotential sind. Bei Schwankungen nimmt die Kapazitätsauslastung des Produktionspotentials zu. Wann nimmt sie ab? Diese Schwankungen sind periodischer Art, wir werden sie nicht los. Sie sind Formen von Instabilität. Bei Bob Solow, das sollte ich jetzt doch erwähnen – kommt eine Kritik an deutschen Vorstellungen, meiner eingeschlossen, zum Ausdruck. Es ist eine Kritik an der deutschen Definition des Produktionspotentials. Solow sagt an einer Stelle seines Beitrags: Fragen wir doch einmal einen Unternehmer, ob er zusätzliche Lieferungen ins Ausland vornehmen kann. Er wird sagen, wir sind froh darüber, daß wir diesen Auftrag bekommen haben. Das heißt, wir sprechen über Reservekapazitäten. Bob Solow bringt in seinem Beitrag zum Ausdruck, daß wir offensichtlich die Reservekapazitäten zu gering einschätzen. Wenn denn die Wirtschaft abliefe, wie Adam Smith es beschrieben hat, dann hätte er recht, aber er läßt nicht ganz klar werden, was der falsche Ansatz ist. Meine Interpretation dessen, was er schreibt, ist zunächst grundsätzlicher und dann spezieller Natur.

Grundsätzlich gilt: In der modernen Industrie gibt es immer zusätzliche Möglichkeiten, zu produzieren. Da ist die Elastizität schon aufgrund der Auftragslage, wie wir sie heute haben, so, daß wir zusätzliche Aufträge leicht unterbringen können. Das Produktionspotential also wäre dehnbar. Die Deutschen und die anderen wie die Zentralbankfachleute sind offensichtlich nicht bereit, in dieser Hinsicht weit genug zu gehen mit der Einschätzung des Produktionspoten-

tials. Ich kann das nicht bestreiten. Aber ich erinnere an die wirtschaftspolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland über den Spruch: »Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit«. Die Annahme, mit Inflation könne man Wachstumshemmnisse beseitigen, ist fehlgeleitet. Sie führt in die falsche Richtung. Man muß natürlich versuchen, die Elastizität von Angebot und Nachfrage – insbesondere des Angebots – zu entwickeln und zu fördern. Dazu ist in der Rezession genausoviel Zeit wie in der Hochkonjunktur. Man muß Bob Solow folgendes antworten: Wenn eine Reservekapazität bereitsteht oder bereitstehen sollte, dann verschwindet ihr Charakter als Reservekapazität, wenn man sie nutzt. Wenn ich die Reservekapazität einbaue in mein normales Angebotsverhalten als Unternehmer – und ich unterstelle das –, dann kann ich nicht mehr argumentieren, daß dieses Produktionspotential besonders elastisch sei, weil Überkapazitäten vorhanden sind. Sie sind ja gerade in Anspruch genommen worden! Offenbar lautet Solows Kritik: die Deutschen trauen sich zu wenig zu, das Produktionspotential ist größer, als sie meinen. Wenn wir auf der Seite der Nachfrage expandieren, dann wird sich schon zeigen, wie groß die Elastizität ist. Das ist ja auch das deutsche innenpolitische Problem der Nachfragepolitik, die von sozialdemokratischer Seite propagiert wird. Auf gewerkschaftlicher Seite sagen natürlich diejenigen, die über Löhne zu verhandeln haben und in der Lohnpolitik involviert sind: Es wäre schön, wenn es mehr Nachfrage gäbe. Dann könnten wir die Löhne erhöhen, dann hätten wir größere Aktionsmöglichkeiten. Und wenn es der leichte Weg aus den Strukturveränderungen, die stattgefunden haben und die eigentlich zu bewältigen sind, wäre, um so besser. In der Tat: Ich wäre da auch optimistisch und würde sagen: Probieren wir es. Wir müssen aber rechtzeitig bremsen, wenn die Kapazitätsauslastung nicht mehr dehnbar ist, wenn also Kapazitätsengpässe auftreten. Ich habe, wie Lord Dahrendorf angedeutet hat, zu diesem Ärgernis der Arbeitslosigkeit – fünf Millionen sind es angeblich in Deutschland – einen Lösungsvorschlag gemacht. Ich finde, wenn wir eine Möglichkeit hätten, von den fünf Millionen Arbeitslosen herunterzukommen, etwa auf zwei Millionen oder sogar zu einer

Million, dann hätten wir eine größere Schlacht gewonnen. Uns ärgern ja die nicht freiwilligen Arbeitslosen, also diejenigen, die gerne arbeiten möchten, aber keine Stelle finden, auch darüber ist dann zu diskutieren. Was heißt »keine Stelle«? Muß denn alles fertig sein, damit die komplementäre Arbeit eingesetzt werden kann? oder baut derjenige, der arbeits- oder erwerbslos ist, selbst diese Stelle aus, indem er sich als Unternehmer betätigt und damit sein eigener Arbeitgeber wäre und nicht ein Arbeitnehmer.

Als Ökonom denkt man immer zuerst an die Lösung des Problems durch Preise. In der Tat, das sind die einzigen Signale, auf die wir vertrauen können. Den Preismechanismus dürfen wir nicht außer Betracht lassen. Es ist geradezu die Art der Diskussion in Deutschland ein Kennzeichen dafür, daß die Löhne von eminenter Wichtigkeit sind. Nach meinem Gefühl würden 10 % reale Senkung der Arbeitskosten uns substantiell helfen. Die Lösung bestünde darin, zu sagen: Laßt uns in Ruhe und Frieden an der Lohnfront für fünf Jahre warten oder für eine bestimmte Aufgabe der Senkung der Arbeitslosigkeit, z.B. um eine Million oder zwei Millionen, die Nominallöhne festhalten.

Jobless growth – das ist ein Stichwort, das ich gerne aufgreife. Es wird das Wachstum immer arbeitsfeindlicher, wenn die Löhne immer weiter künstlich hinaufgetrieben werden. Dann ist der Produktionsfaktor Arbeit teuer, und wenn er zu teuer ist, spart man ihn ein, und wenn man ihn einspart und die Technik so entwickelt, daß möglichst wenig Arbeit gebraucht wird, dann hat man ein Wirtschaftswachstum, das eben wenig Arbeit absorbiert, das »jobless« ist. Jobless growth ist abhängig davon, ob die Löhne in ihrem Bezug auf das Gleichgewicht verzerrt sind, und zwar auch in ihrer Struktur. In der Struktur sind Löhne deswegen verzerrt, weil eine Neigung besteht, die unteren Tätigkeiten niedriger zu bewerten, weil – und das stößt auf Widerstand – man nur dann arbeiten kann und will, wenn man einen bestimmten Mindestlohn bekommt oder erwirtschaftet. Dieser Mindestlohn soll ja auch eingeführt werden, so möchten es auch politische Kreise, damit Tarifverhandlungen, soweit sie in Richtung auf höhere Reallöhne gehen, leichter und erfolgreicher

von denjenigen geführt werden können, die für die Lohnerhöhungen sind.

Ich will damit nur sagen: Wenn wir die richtigen Signale finden, wenn die Signale nicht verfälscht sind, dann können wir es schaffen, in einer Reihe von Jahren – zehn Jahre ist eine optimistische Vorhersage – das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit fundamental zu lösen. Der deutsche Arbeitsmarkt weist Züge der Sklerose auf und muß elastischer und damit funktionsfähiger gemacht werden. Wenn wir uns darüber einig sind und wenn darüber noch der Mut vorhanden ist, durch Wachstum wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, dann sollten wir nicht zögern, in der öffentlichen Diskussion dafür zu wirken. Die Marktwirtschaft lebt auch davon, daß man sie versteht, daß man sie bejaht, weil sie besser ist als ihre Alternativen. Aber man muß auch den Tribut zahlen, daß man dem Diktat des Marktes folgt und die Anzeichen, die die Signale setzen, nicht ignoriert.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein paar Worte zu dem Beitrag von Robert Solow sagen. Es ist schade, daß er heute nicht bei uns sein kann. Robert Solow unterscheidet zwischen klassischer und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und argumentiert, daß die zweite Kategorie, die ich nachfragebedingt nennen möchte (auch: »keynesianisch«) in Deutschland größer ist, als ich schätze und als Bundesbank, Sachverständigenrat und andere deutsche Stellen anzunehmen geneigt sind. Die öffentliche Nachfrage sei per se nichts Abwegiges. Im Gegenteil: Infrastrukturinvestitionen oder die Bereitstellung von höherer Bildung beispielsweise substituierten nicht die Privatwirtschaft. Kapazitätsüberhänge gebe es, so Solow, in der Wirtschaft immer, weil wir nicht in der Welt von Adam Smith leben. Hier erkennt man eine Parallele zum Begriff der »Eurosklerose«, der sich mir vor zwanzig Jahren aufdrängte. Damals wie heute sind Unteilbarkeiten und Starrheiten der Märkte zu diagnostizieren. »Insider« haben die Türen und Tore gegen »Outsider« verriegelt und verrammelt. Endlich aber geschieht etwas dagegen. Die Hartz-Reformen waren erste Schritte. Nun setzen wir bei den Ursachen an, also auf der Angebotsseite. Das bedeutet, auf das Konzept offener Märkte und des Wettbewerbs zu setzen.

Über die Spielräume auf der Nachfrageseite wird zu diskutieren sein, auch im Kontext der Lohnpolitik und einer »Konzertierten Aktion«. Die deutschen Gewerkschaften sind wahrscheinlich noch recht machtvoll und verantwortungsbewußt, verglichen mit den amerikanischen Gewerkschaften einerseits und den französischen andererseits. Man sollte dies für eine Beschäftigungsoffensive in Deutschland nutzen. Im speziellen interpretiere ich Bob Solows Beitrag als eine von meiner Auffassung abweichende Beurteilung der Elastizitäten auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite.

Vielen Dank, Herr Giersch. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Löhne in ihrer Struktur verzerrt sind, »weil eine Neigung besteht, die unteren Arbeiten niedriger zu bewerten«. Es ist Ihre Antwort auf die im Referat von Lord Dahrendorf aufgeworfene Frage, ob der Markt für High-touch-Arbeiten funktionsfähig ist. Er ist es nach Ihrer Ansicht nicht. Sie haben zur Vorsicht gemahnt vor staatlichen Finanzierungshilfen auf diesem Markt, sei es nun ein »tax credit«, ein staatlicher Lohnzuschuß, oder ein Mindestlohn mit anteiliger staatlicher Finanzierung.

Sie haben eine eigene Lösung vorgeschlagen, eine 10 %ige Abwertung, in welcher Form auch immer, und Sie sind dabei nicht auf die Frage eingegangen, ob diese Lösung für eine offene Wirtschaft bei festen oder flexiblen Wechselkursen gelten soll. Vielfach wird ja in der wirtschaftspolitischen Diskussion die Sorge geäußert, daß eine solche Abwertung bei den Reallöhnen zu einer Reaktion bei den Wechselkursen führt, welche einen Teil der Arbeitsplätze wieder gefährdet. Aber wie das im einzelnen auch immer sei, Ihre These lautet: Die Preise und hier speziell die Löhne als Preis am Arbeitsmarkt entscheiden über Steigerung oder Senkung der Arbeitslosigkeit.

Wir wollen uns nun dem Thema »Beschäftigung und Arbeit« in einem Kontext zuwenden, der einerseits sehr speziell als »e-commerce-hype« bezeichnet wird, andererseits aber seit den Tagen von Joseph Alois Schumpeter als die »Welt des Schumpeter-Unternehmers bzw. des Pionier-Unternehmers« bekannt ist. Herr Casper wird

uns in diese Welt der Schaffung von Beschäftigung durch Pionier-Unternehmer im Silicon Valley einführen.

VI. Beschäftigung im Silicon Valley

GERHARD CASPER

1. Ich mache Herrn Jünger streitig, ein Saul unter den Propheten zu sein, er hat sich nämlich ganz eindeutig in die Reihe der Propheten eingereiht. Er ist von einem Saulus zum Paulus geworden, und der einzige Saulus, den es hier noch gibt, bin ich. Was ich jetzt vorzutragen habe, ist antithetisch fast zu allem anderen. Eine Dialektik wurde von unserem Kanzler heute morgen erzeugt, die nicht in einer Synthese irgendeiner Art enden wird. Ich bin hier nicht als Berufener, sondern als Gerufener vom Kanzler, der glaubte, ich sollte ein wenig darüber sprechen, was sich in Silicon Valley und in Kalifornien ereignet hat nach dem Abstieg der Wirtschaft um die Jahrtausendwende. Ich darf zunächst einmal sagen, wovon wir sprechen werden.

2. Silicon Valley ist natürlich kein geographischer Begriff. Silicon Valley heißt eigentlich Santa Clara Valley, benannt nach der heiligen Clara. Die Franziskaner haben Kalifornien missioniert und im Valley eine Mission eingerichtet, die nach ihr benannt wurde und in der sie verehrt wurde. Der Begriff ist sehr ungenau. Im Volksmund hieß diese Gegend, die wir jetzt Silicon Valley nennen, bis etwa zum Jahre 1970 »The Valley of Heavenly Delight«, das Tal des himmlischen Vergnügens: wegen seines angenehmen Klimas, wegen der Berge und der Obstbäume. Vor allem Aprikosen- und Mandelbäume wurden im Valley angepflanzt. Und dann hat 1973 nach der Gründung der »Garagenfirmen«, aus denen dann die großen Firmen der High-tech-Industrie hervorgingen, als das Valley sich völlig zu verändern begann, ein Journalist schon im Jahre 1973 den Begriff »Silicon Valley« erfunden. Ich glaube, meine Frau und ich finden immer noch, daß das Valley Aspekte des Heavenly Delight ausweist, aber davon nimmt niemand mehr Kenntnis in der Welt. Silicon Valley ist also etwa diese Gegend

(vgl. Abbildung 1). Es schließt San Francisco nicht ein. Mittelpunkt ist, obwohl es nicht genau im geographischen Mittelpunkt liegt, Stanford University. Aber wir müssen dabei berücksichtigen, daß Stanford bei weitem nicht die einzige wichtige und große Universität in diesem Gebiet ist. Auf der anderen Seite der Bucht finden wir die University of California in Berkeley, in San Francisco gibt es die University of California in San Francisco – beides ausgezeichnete Universitäten. In der näheren Umgebung gibt es noch die University of California Santa Cruz und eine Reihe anderer kleinerer Universitäten, z.B. die Santa Clara University.

Abb. 1: Silicon Valley



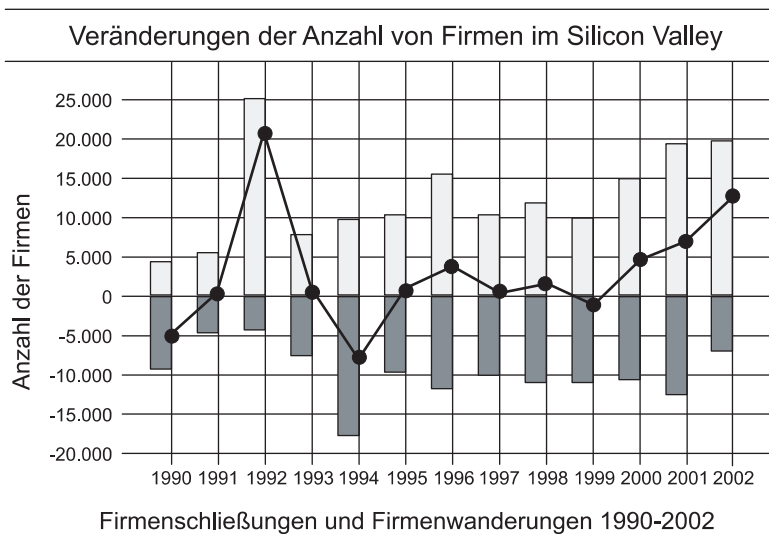
Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

3. Im Folgenden möchte ich Ihnen gerne einige Statistiken vorstellen und kommentieren, die uns zeigen, was sich in den letzten zwölf Jahren im Silicon Valley abgespielt hat.

3.1 Am wichtigsten für unsere Diskussion ist die Gründung von Unternehmen durch Absolventen der Hochschulen im Gebiet des Silicon Valley.

Jedes Jahr werden im Valley Tausende von neuen Unternehmen gegründet, Tausende müssen aber auch wieder schließen, weil sie die Wünsche des Marktes nicht treffen. Es kommt hinzu, daß Hunderte von Firmen ihren Sitz ins Valley verlegen, Hunderte aber auch aus dem Valley auswandern. Die jährlichen Bruttoeffekte sowie den Nettoeffekt dieser Bewegungen zeigt Abbildung 2.

Abb. 2: Brutto- und Netto-Effekte von Firmenwanderungen



Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

Eine Explosion fand bei der Anzahl der Existenzgründungen im Jahre 1992 statt. In diesem Jahr wurden 20.000 Firmen gegründet. Zwei Jahre später wurden 17.000 Firmen geschlossen. Das bedeutet eine im internationalen Vergleich sehr hohe »Säuglingssterblichkeit« unter den 1992 gegründeten »Start-up-Firms«.

Wichtiger aber ist der langfristige Nettoeffekt der Firmengründungen im Silicon Valley. Nimmt man den Zeitraum von 1990 bis 1994, dann zeigt sich: 49.000 Firmen wurden gegründet, 42.000 geschlossen. Netto überlebten – mit aller Vorsicht gegenüber Gründungsstatistiken sei es gesagt – 7.000 Unternehmen. In den Jahren 1998 bis 2002 wurden 77.000 Firmen gegründet und 51.000 Firmen geschlossen. Übrig blieben 26.000 Firmen.

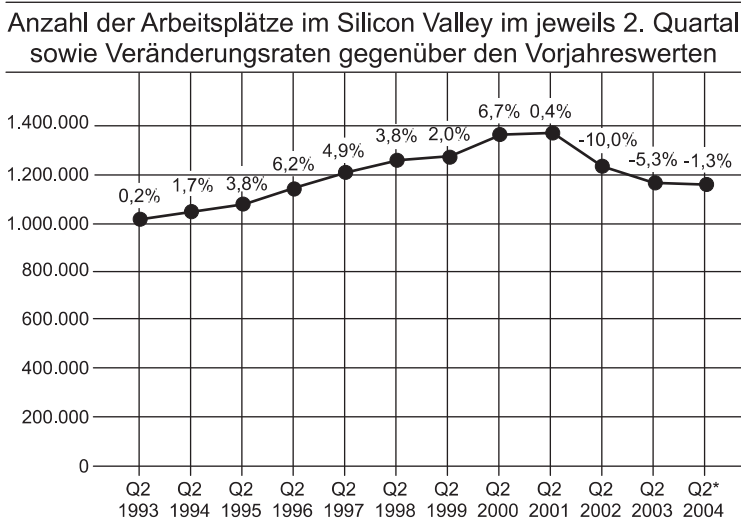
Im Ergebnis ist festzustellen: 162.000 vorwiegend junge Menschen gingen das Wagnis ein, eine Firma zu gründen. Sie wußten dabei um das hohe Risiko, das sie mit ihren Mitarbeitern auf sich nahmen. Wenn wir die 124.000 Firmenschließungen, die im gleichen Zeitraum durchgeführt werden mußten, zur Berechnung des Gründungsrisikos verwenden, dann betrug es in dieser Periode im Silicon Valley 77 %.

38.000 Unternehmer überlebten den »Kampf ums Überleben«. Wenn bei solchen Risiken eine Entscheidung zur Gründung rational sein soll, dann muß jeder Gründer erwartet haben, im Falle des Erfolgs das 4- bis 5fache eines vergleichbaren Angestellten zu verdienen. Wie immer dem auch sei: 38.000 Personen schufen innerhalb von 13 Jahren im Silicon Valley ihre eigene dauerhafte Beschäftigung.

3.2 Wir sehen uns nun die Statistiken an, die zeigen, welche Beschäftigungseffekte mit diesen Gründungen verbunden waren. Im Durchschnitt wurden die Firmen mit sieben Mitarbeitern gegründet. Auch die Mitarbeiter wußten, daß sie hochriskante Arbeitsplätze einnahmen. Sie mußten damit rechnen, mit 77 % Wahrscheinlichkeit ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Aber die Erwartung, daß die überlebenden Firmen nicht nur stark wachsen würden, sondern auch Löhne zahlen könnten, die weit über dem Niveau eines vergleichbaren Angestellten lagen, waren offenbar für die Mitarbeiter in den jungen Start-up-Firmen Anreiz genug, das Risiko einzugehen. Die Abbildung 3 zeigt optisch den Anstieg der Beschäftigung im Silicon Valley zwischen 1993 und 2004 von einer Million im 2. Quartal 1993 auf 1,4 Millionen im Jahre 2001. Seither sank sie stetig auf knapp unter 1,2 Millionen im 2. Quartal 2004. Da keine

Angaben über die Anzahl der Firmen insgesamt im Silicon Valley vorliegen, kann man nur feststellen, daß die Anzahl der Beschäftigten zwischen 1993 und 2000 um jährlich 4,9 % wuchs und während des gesamten Zeitraums von 1993 bis 2004 um durchschnittlich 1,8 % jährlich anstieg. Einem Zuwachs an Beschäftigung um jährlich 4,9 % im ersten Abschnitt der Periode steht also ein Verlust von Arbeitsplätzen von jährlich 3,8 % im zweiten Abschnitt gegenüber.

Abb. 3: Beschäftigung im Silicon Valley



Quelle: California Employment Development Department

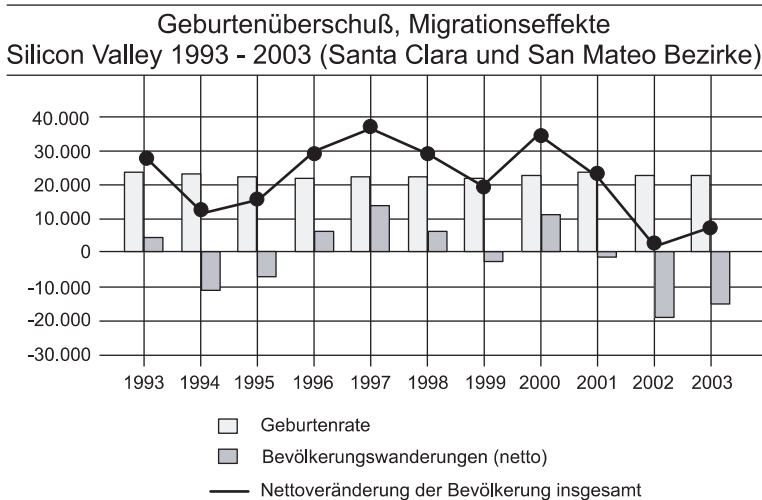
* Werte geschätzt auf Grundlage der Angaben des 1. und 2. Quartals 2004

3.3 Ich habe mir die Arbeitslosenzahlen für das Silicon Valley über die letzten Jahre hinweg angesehen. Sie sind sehr interessant. Im Februar 2001 lag die Arbeitslosigkeit im Silicon Valley bei 2,4 %. Interessanter aber ist die Entwicklung: Im Februar betrug, wie gesagt, die Arbeitslosigkeit 2,4 %. Im August war die Arbeitslosenquote auf 5,5 % gestiegen. Die Arbeitslosigkeit hatte sich also innerhalb weniger Monate mehr als verdoppelt. Im September 2002, also etwas mehr als ein

Jahr später, war sie bis auf 7,7 % gestiegen. Sie war in der Tat höher als im Rest von Kalifornien. Dann begann sie langsam wieder zu sinken. Im August 2003 war sie auf 6,9 % gefallen, und im August 2005 ist sie wieder bei 5,5 % angekommen, also genau dort, wo der dramatische Einbruch im Jahre 2001 erfolgte. Bei dem scharfen Anstieg der Arbeitslosigkeit spielt natürlich das amerikanische Arbeitsrecht eine große Rolle. Die Tatsache, daß Arbeitsverhältnisse einfach beendet werden können, wenn kein Bedarf mehr besteht, ist für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit natürlich ein bestimmender Faktor. Allerdings sollte man auch diese »hiring and firing«-Regeln nicht überschätzen, denn dieses Recht ist andererseits eingegrenzt durch scharfe Diskriminierungsverbote. Es darf zum Beispiel niemand entlassen werden wegen seines Geschlechts, seiner Rasse und seines Alters. Ab einem Alter von 40 Jahren ist man geschützt gegen Entlassung aus Altersgründen, so daß die Firmen, die jemanden entlassen wollen, häufig sehr komplizierte Kalkulationen durchführen müssen, um zu sehen, ob sie sich nicht einem Prozeßrisiko aussetzen, wenn sie jemanden entlassen, der älter als 40 Jahre ist. Es kommt auch häufig zu Abfindungszahlungen, wenn man jemanden nicht mehr braucht. Diese Abfindungszahlungen werden im allgemeinen individuell ausgehandelt.

Die Beschäftigungsentwicklung muß man vor dem Hintergrund einer sehr mobilen Bevölkerung im Silicon Valley sehen. Während der letzten zehn Jahre ist die Gesamtbevölkerung im Silicon Valley von 2,2 Millionen im Jahre 1993 auf 2,44 Millionen im Jahre 2003 gestiegen. Das ist im wesentlichen auf den Geburtenüberschuß zurückzuführen, der bei jährlich 1 % liegt (vgl. Abbildung 4). Demgegenüber fallen die Bevölkerungswanderungen in das und aus dem Silicon Valley statistisch kaum ins Gewicht. Dennoch sind sie sehr interessant. Aus ihnen geht nämlich eine »Migrationslust«, die den Amerikanern immer wieder nachgesagt wird, nicht hervor. Zwar stehen für den Beweis dieser Behauptung nur Nettozahlen zur Verfügung, aber Wanderungen von 0,2 % (1993), 0,5 % (1997) und 0,8 % (2002) sind eher Argumente für die hohe Anziehungskraft des Silicon Valley für die Menschen in den USA als für die Bereitschaft, Silicon Valley zu verlassen.

Abb. 4: Bevölkerungsbewegungen



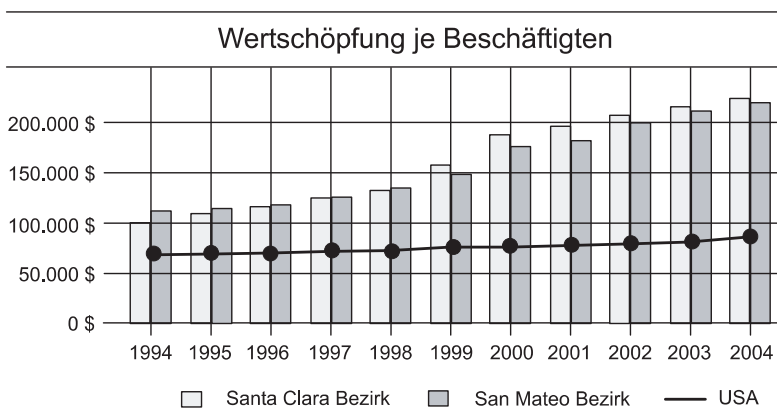
Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

Die Beschäftigungsentwicklung im Silicon Valley ist um so beeindruckender, als sie bei hohem Produktivitätswachstum stattgefunden hat (vgl. Abbildung 5).

Wie Abbildung 5 zeigt, ist die Wertschöpfung der Unternehmen je Beschäftigten von 100.000 \$ (Santa Clara Valley) in den zehn Jahren zwischen 1994 und 2004 auf knapp 225.000 \$ gestiegen. Bezeichnet man, wie es die amerikanische Quelle (hier: economy.com) tut, die Wertschöpfung je Mitarbeiter als Produktivität und die Veränderung dieser Produktivität als Produktivitätsfortschritt, läßt sich feststellen: Über die zehn Jahre der dargestellten Periode hinweg betrug der Produktivitätsfortschritt in der Santa Clara County 8,5 %. In der San Mateo County lag er bei 6,7 % Das ist bemerkenswert hoch. Konkret: Durch den technischen Fortschritt hätten jährlich 8 oder 9 von 100 Beschäftigten in der Santa Clara County eingespart werden können, ohne daß die Wertschöpfung der Unternehmen gesunken wäre. In der ersten Periode ist trotz dieses hohen technischen Fortschritts die Beschäftigung weiter gestiegen. Wie gezeigt, wuchs die

Beschäftigung um 4,9 % in den sieben Jahren der ersten Periode, und mithin hätte der rein rechnerische Beschäftigungsanstieg vor Produktivitätsfortschritt bei 13,3 % gelegen, wenn man den gleichen Wertschöpfungsanstieg ohne technischen Fortschritt hätte erzielen wollen. Im zweiten Abschnitt haben die Beschäftigungseffekte mit einer Rate von 3,8 % jährlich abgenommen. Bei der tatsächlichen Fortschrittsrate der Produktivität hätte die Beschäftigung um 8,45 % abgenommen. Der rechnerische Beschäftigungseffekt von jährlich 4,65 % hat also den Produktivitätseffekt deutlich abgebremst.

Abb. 5: Die Produktivitätsentwicklung im Silicon Valley



Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

Neben der hohen räumlichen Mobilität der Bevölkerung im Silicon Valley spielt die geistige Mobilität der Menschen in diesem Gebiet wohl eine noch größere Rolle. Die Statistik zeigt, daß die Bevölkerung sich im Jahre 1993 zu 60 % aus Weißen, zu 20 % aus Asiaten, zu 15 % aus Hispanos und zu 5 % aus Afroamerikanern zusammensetzte. Im Jahre 2003 hatten sich die Verhältnisse deutlich verschoben.

ben: nur noch 37 % waren Weiße, 36 % Asiaten und 24 % waren Hispanos. Der Anteil der afroamerikanischen Bevölkerung lag bei nur noch 2 %, und 1 % entfiel auf amerikanische Indianer. Da es zu Ghettobildungen im Silicon Valley nicht gekommen ist, spielt die interkulturelle Kommunikation eine beachtliche Rolle. Sie mag die geistige Mobilität in der Bevölkerung durchaus gefördert haben.

Welche Schlüsse sind aus den Erfahrungen im Silicon Valley zu ziehen?

- Die Universitäten im und um das Silicon Valley haben hervorragend ausgebildete Absolventen mit unternehmerischem Geist hervorgebracht. Die Umfeldbedingungen im Silicon Valley waren und sind für Existenzgründer besonders günstig.
- Die Gewinn- und Lohnsteigerungsraten in den Unternehmen der Existenzgründer waren offenbar besonders hoch. Sie überkompensierten das hohe Risiko eines Fehlschlags der Gründung.
- Firmengründungen regten weitere Existenzgründer an, Start-up-Firmen zu gründen. Die wachsende Anzahl der in Silicon Valley tätigen Firmen hatte selbst Beschäftigungseffekte. Die Anzahl der Selbständigen stieg über die gesamte Periode hinweg deutlich an.
- Die Erfolge der Start-up-Firmen hatten eine steigende Nachfrage nach angestellten Mitarbeitern zur Folge. Auch diese Beschäftigten gingen ein hohes Risiko ein, aber viele wagten den Schritt, und die Beschäftigung insgesamt stieg deutlich an.
- In Silicon Valley entstand eine Industrie mit hohem Beschäftigungszuwachs und hohem Produktivitätswachstum. Das sind die Wirtschaftszweige, die für die Vollbeschäftigung eines Landes von entscheidender Bedeutung sind.

Lieber Herr Casper, ich danke Ihnen herzlich für Ihren Beitrag zu unserer Diskussion über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. An dem Beispiel des Silicon Valley haben Sie aufgezeigt, wieviel Beschäftigung durch die Entscheidung für die Gründung eines Unternehmens entsteht. Der selbständige Unternehmer schafft sich seine Be-

schäftigung selbst und schafft darüber hinaus Arbeitsplätze für angestellte Mitarbeiter. Die Zugkraft des Erfolgs, verbunden mit der Attraktivität des Standorts, lösen weitere Beschäftigungseffekte aus. Liegen die Dinge bei Künstlern ähnlich? Sind ihre Beschäftigungsprobleme grundsätzlich andere als die selbständiger Unternehmer im gewerblichen Bereich und im Bereich der Dienstleistungen? Über die Besonderheiten von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf dem Künstler-Arbeitsmarkt berichtet uns nun Herr von Pilgrim.

VII. Beschäftigung in der Kunst

HUBERTUS VON PILGRIM

Herr Ordenskanzler, meine Damen und Herren, es ist natürlich außerordentlich belebend, wie das Karussell unserer Themen sich dreht und wie es doch wieder auf einen Kern, nämlich die Not und die Beschreibung der Gegenwart, zurückkommt.

Arbeit ist ein ambivalenter Begriff. Es ist für mich manchmal ein bißchen erstaunlich, wie leichtfertig man mit ihm umgeht, z.B. dadurch, daß man ihn ganz selbstverständlich mit Einkommen gleichsetzt. Das gilt für die Kunst so nicht. Das ist das erste, was ich feststellen muß. Das zweite ist, daß natürlich auch in der Kunst die Arbeit ein ambivalenter Begriff ist. Denken Sie an eine große Erscheinung, allen geläufig, Michelangelo, der mit seinen Sklavenfiguren sich auch immer selbst in diesen Sklavenfiguren sah, daß er also unter seiner Arbeit stöhnte und im Grunde doch mit größter Lust daran arbeitete. Das ist einfach eine Ambivalenz, die in künstlerischer Arbeit steckt. Also wenn ich an das biblische »im Schweiß deines Angesichts« denke, so gilt das für uns Künstler wohl nicht. Ich will hier nicht auf biographische Dinge eingehen, obwohl mich das verlocken würde, aber es ist gerade in diesen Tagen 60 Jahre her, daß ich als Heranwachsender mit meinem älteren Bruder in das Gefangenenlager eindringen konnte, wo mein Vater war. In der ganzen Katastrophe hatte ich den Eindruck, daß sie nicht arbeiten

konnten im Lager – mein Vater war im Offizierslager als Ingenieur –, und das war die größte Strafe damals. In der Folgezeit habe ich dann einen arbeitslosen Vater gehabt, der natürlich auch das Trauma genau aus der Zeit hat, die Sie, verehrter Herr Giersch, beschrieben haben. Ich bin natürlich von anderen Voraussetzungen ausgegangen.

Lassen Sie mich mein Thema »Beschäftigung in der Kunst« mit heiteren Versen beginnen:

Der Plastiker, der uns ergötzt,
weil er die großen Männer setzt,
grauschwäzlich, grünlich oder weißlich,
schon darum ist er lüb- und preislich,
daß jeder, der zum Beispiel fremd,
soeben erst vom Bahnhof kömmt,
in der ihm unbekanntten Stadt
gleich den bekannten Schiller hat.

Doch größern Ruhm wird der verdienen,
der Farben kauft und malt mit ihnen.

.....

Wer hat die Reihe deiner Väter
Seit tausend Jahren oder später
So meisterlich in Öl gesetzt?
Wer wird vor allen hochgeschätzt?
Der Farbenkünstler! Und mit Grund!
Er macht uns diese Welt so bunt.

Darum, o Jüngling, fasse Mut;
Setz auf den hohen Künstlerhut
Und wirf dich auf die Malerei;
Vielleicht verdienst du was dabei.

1. Ich will hier für ein Resumé der wirtschaftlichen Situation der heutigen Künstler diese lustigen Verse von Wilhelm Busch ernst nehmen. Denn was im 19. Jahrhundert in München galt, wo 1884 die Bildgeschichte »Maler Klecksel« niedergeschrieben wurde, trifft in einem krassen Erfolgs- und Armutsgegensatz noch heute zu. Einerseits blühte die Kunst und hat immer noch einen teilweise immensen Erfolg, der um so spektakulärer wirkt, als die soziale Herkunft der Künstler, seit wir mit dem Beginn der Neuzeit individuelle Lebensläufe verfolgen können, immer eine breite Streuung hatte. Ob sie ganz genau die Sozialstruktur der Gesamtbevölkerung spiegeln, sei dahingestellt. Der große Spannungsbogen der sozialen Herkunft gehört auch zur Lebendigkeit der Kunst. Ich kenne von meiner Akademietätigkeit her beispielsweise eine Habsburg-Tochter oder einen Heisenberg-Enkel. Andererseits kann ich zurückgehen bis zu Leon Battista Alberti. Das große Architekturgenie war unehelicher Herkunft – der berühmte »uomo universale« kam aus bedrängten sozialen Verhältnissen. Auffällig ist der Aplomb, wenn sich dann und wann ein Künstler ärmster Herkunft später als »Malerfürst« gerierte – analoge Fälle gibt es bis heute.

Dieser Glanz einiger weniger verdeckt die Misere vieler anderer. Auf der einen Seite können wir konstatieren, daß der längst globalisierte Kunstmarkt blüht. Auf der anderen Seite belegt ein »Künstlerreport« der Bundesregierung⁵ neben anderen Untersuchungen, daß nur vier oder fünf Prozent der Künstler von ihrer genuinen Arbeit leben können. Das wird in früheren Zeiten nicht anders gewesen sein, wie wir aus dem zweifelnden Unterton des »Ernüchterungsverses« à la Heine »Vielleicht verdienst du was dabei« schließen können. Die große Mehrheit der Künstler befindet sich also in einer erschreckend bedrängten Situation, ist nicht arbeitslos – eine für uns nicht so recht treffende Kategorie –, ist aber eben einkommenslos oder außerordentlich einkommensschwach. Diesen Befund zu analysieren stellt mich vor methodische Probleme.

2. Da ist zunächst die ungeschützte Bezeichnung »Künstler« zu definieren, was man pragmatischer versuchen könnte mit sachgerechten

Unterteilungen. Denn das Etikett »freier Künstler« traf oder trifft nicht für alle zu. Martin Warnke relativiert in seiner bedenkenswerten Untersuchung »Hofkünstler«⁴ die herrschende Lehrmeinung, daß »ein autonomes Kunst- und Künstlerbewußtsein als eine der großen Leistungen stadtbürgerlicher Kultur der Renaissance anzusehen sei«. Der Hamburger Kunsthistoriker argumentiert dagegen, daß der in der »Hoffreiheit«, nicht in bürgerlichen Zunftzwängen lebende Hofkünstler die Emanzipation des modernen Künstlers wesentlich bestimmte. Es ist hier weder der Ort noch meine Kompetenz, dieses von der Fachkritik ignorierte Werk zu referieren. Aber ich gebe eben grundverschiedene Dispositionen der künstlerischen Existenz zu bedenken und merke als ein Beispiel an, daß man als einen im Ursprung höfischen »Kunstintendanten« in der Neuzeit den Verpackungskünstler Christo ansehen könnte. Von dem Ware-Kunde-Verhältnis im Kunsthandelssinne kann da nicht mehr die Rede sein. Junge Kunststudenten reagieren darauf mit der Forderung, daß ihnen fundraising von Hochschullehrern beigebracht wird. Früher waren heute weitgehend abgeschaffte Studienfächer wie Maltechnik, Farbenlehre, Anatomie, Schriftgestaltung nicht nur für das künstlerische Hauptfach wie Malerei als konstitutiv angesehen, sie waren auch mit der Auffassung verbunden, Künstler könnten sich notfalls immer noch mit kunstnahen Handwerksberufen durchschlagen. Heute interessiert der Dreh, wie man die Mittel für ein event zusammenbringt, das ja für den Betrachter gratis ist, im Falle Christo sogar weltweit.

3. Auch die Wandlungen der Auftragskunst sind zu bedenken. Die Portraitmaler, die Busch auch mit seinen fröhlichen Reimen bedenkt, sind als gesonderte Gattung längst verschwunden, insbesondere da, wo sie sich speziell als Miniaturmaler etabliert hatten. Die Photographie hat sie grosso modo für die konventionellen Bedürfnisse brotlos gemacht. Aber die beweglichsten unter ihnen haben diese Bewegung selbst mitgetragen, indem sie sich der Photographie produktiv zuwandten. Der hohe künstlerische Standard der Photographien der Frühzeit beweist das. Louis-Jacques Daguerre, auf den

unser Orden so stolz sein kann, belegt diese Wandlungsfähigkeit, da er doch seiner Herkunft nach Maler, speziell Theatermaler, war, wenn auch nicht vom Range des gleichzeitig in den Orden aufgenommenen Ingres, aber eben doch auf seine Weise ein vorausweisendes Genie.

Die wirtschaftliche Lage der Auftragskünstler ist höchst uneinheitlich. Mir ist das betäubliche Beispiel des erfolgreichsten deutschen Münzgeldentwerfers im Sinn. Seinen Namen⁵ kannten nur die Experten, aber in den Händen aller waren vorbildlich gestaltete Umlaufmünzen. Manche seiner Gestaltungen von Sonderprägungen brauchen einen Antikenvergleich nicht zu scheuen. Sie spülten viel Geld in die Kasse des Fiskus. Aber der mit Abstand erfolgreichste, jedoch karg dotierte Geldgestalter lebte am Rande des Existenzminimums.⁶

Die auf dem freien Markt in selbständiger Existenz produzierenden Künstler sind und bleiben die sozialen Sorgenkinder. Denn das Grundproblem ist nicht analytisch erklärbar, nämlich die Bedarfsfrage. Ein junger Mensch, der sich zur Kunst entschließt, ist nun einmal nicht bedarfsorientiert, sondern richtet sich nur subjektiv auf sein individuelles Wollen. Aber selbst die auf ca. 15 % beschränkte Eignungsauslese der Akademien bewahrt ihn später selten vor großer Not.

4. Eine lakonische Feststellung, über den Erfolg im freien Beruf entscheidet der freie Markt, ist erörterungslos auf die Kunst nicht anwendbar. Gewiß kann man an einem Fallbeispiel wie Picasso etwa sagen, daß er das das XX. Jahrhundert prägende Genie war mit entsprechendem Markterfolg, auch über seinen Tod hinaus. Im Umkehrschluß braucht man einer nicht bezifferbaren Zahl von Kunstadepten, die im Orkus der Vergessenheit verschwunden sind, keine Träne nachzuweinen. Aber auch der in Kunstdingen nicht sonderlich bewanderte Laie kennt nicht nur die bis heute anrührende Kunst von van Gogh, sondern auch sein anrührendes Schicksal: Zu Lebzeiten kein einziges Bild verkauft, wobei heute jedes von ihm auf dem Weltmarkt Spitzenpreise erzielt! Das Beispiel dieses Holländers mag als besonders kraß gelten. Differenziertere Betrachtungen wür-

den kein anderes Resultat liefern. Nenne ich nur als Beispiel die so berühmten Zeitgenossen von Wilhelm Busch, Kaulbach und Lenbach – sie leben heute in München in erster Linie in Straßennamen fort – im Gegensatz zu Hans von Marées, der die Avantgardegeneration nach ihm nachhaltig, bis heute, beeindruckt hat. Er führte ein Malerleben oft an der Armutsgrenze, hatte keinen öffentlichen Auftrag, abgesehen von der privat finanzierten Ausmalung der zoologischen Station in Neapel – unser erster Nachkriegsprotektor, Theodor Heuss, hat einen Essay über diese epochalen Fresken geschrieben.

Wenn man nun der übersehenen großen Begabungen gedenkt, muß man in logischer Überkreuzargumentation, gewissermaßen »chia-stisch«, auch die Gruppe der zu Unrecht Hochgelobten aufzählen. Sie verdient oft nicht schlecht und genügt doch nur Buschs lapidarer Formel »der Farben kauft und malt mit ihnen«.

Daß diese Betrachtung nicht akademisch ist, lehrt uns das aufschlußreiche Beispiel einer gescheiterten Sozialutopie. Holland hat eine Weile seinen Künstlern einen Künstlersold gezahlt für eine jährlich zu erbringende Gegenleistung von zwei Werken. Das Projekt ist inzwischen untergegangen. Die Museumslager quollen über, das Geld wurde knapp, man mußte die Lager auflösen. Der Versuch, mit dem Verkauf von Bildern der »besseren« Künstler das so wohlgemeinte Unternehmen zu refinanzieren, scheiterte, sei es, daß daran die Marktüberschwemmung schuld war, sei es, daß sich ein naheliegender Verdacht bestätigte: Erfolgskünstler, die gleichmacherisch das »sichere Geld mitnahmen«, lieferten unter ihrem Marktpreis, angeblich aber auch unter ihrem Niveau.⁷

Da wir nun einmal bei Holland sind, will ich bei einem anderen holländischen Beispiel bleiben, das zwar nicht aus unserem Jahrhundert gegriffen ist, aber meiner Ansicht nach aktuell geblieben ist. Das 17. Jahrhundert gilt als ein Goldenes Zeitalter der Malerei. Der Soziologe Arnold Hauser listet in seiner »Geschichte der Kunst und Literatur«⁸ die hoffnungslos überbesetzte Zahl der bildenden Künstler auf, die er in Bezug setzt zu den überlieferten Simultanzahlen der Zunftberufe des täglichen Bedarfs wie Metzger oder Bäcker. Folglich mußten viele Künstler mit »fachnahen oder fachfremden

Nebeneinkünften« ihr Leben fristen, sei es, daß sie sich nebenher dem mehr und mehr aufkommenden Kunsthandel zuwandten, ihr Glück mit dem schon damals beliebten Züchten von Tulpen suchten oder einfach eine Kneipe aufmachten – jedenfalls, und das ist das eigentlich Mitteilenswerte, auch Maler großen Ranges wie Adriaen Brouwer oder Jan Steen. Arnold Hauser weist ausdrücklich auf das Paradox hin, daß es den niederländischen Malern jener Zeit oft wirtschaftlich schlechter ging, je besser sie künstlerisch waren. Jan Steen betrieb zeitweilig nebenher in Delft eine Brauerei. Geradezu exemplarisch erscheint, was biographisch in der Propyläen-Kunstgeschichte (Bd. 9, 17. Jh.) über Adriaen Brouwer zu lesen ist: »Trotz weiter Verbreitung und Anerkennung sowie hoher Preise seiner Bilder hat es Brouwer nicht zu geregelten Verhältnissen bringen können. 1631 siedelte er nach Antwerpen über; 1632 mußte er seinen ganzen Besitz dem Seidenhändler J. van der Borch übereignen. Danach scheint er ein unstetes Leben geführt zu haben. Wie Houbraken berichtet, hat sich Rubens für den vorübergehend in Haft gehaltenen Künstler eingesetzt.«

5. Das Verzögerungsmoment der künstlerischen Anerkennung bleibt eine Grunddisposition der künstlerischen Existenz – Baudelaire gebraucht das einprägsame Bild der nachgehenden Uhr des öffentlichen Geschmacks in bezug auf das zeitgenössische Genie.⁹ Es ist ja keineswegs so, daß heute nicht ein beachtlicher Teil des Bruttosozialproduktes für den Ankauf von Kunst oder für den Bau von Museen ausgegeben würde. Wie aber der Münchner Kunsthistoriker Walter Graskamp¹⁰ schon 1981 in seiner lesenwerten Sozialgeschichte der Museen dargestellt hat, sind Museen – vereinfacht zusammengefaßt – sowohl erstrebtes Ziel der Künstler wie wirtschaftlich ihr Feind, als sie eben viel kunstgerichtete Kaufkraft der Gegenwartskunst abziehen. Auch wenn die Wertschätzung vergangener Kunst nicht neu ist, vermutlich auch den Preis einiger Gegenwartskünstler mit hochzieht, so bleibt das Faktum, daß niemals in der Kulturgeschichte derart exorbitant hohe Geldsummen insgesamt für den Erwerb alter Kunst ausgegeben wurden wie in der Gegenwart.

Auf ein anderes gegenwartstaugliches Paradox muß ich mit einem Fallbeispiel kommen. Rembrandt war in der eben skizzierten Szene des 17. Jahrhunderts alles andere als ein verkanntes Genie. Er geriet in äußerste wirtschaftliche Bedrängnis durch seine Sammelleidenschaft. Er war ein Verschwender, konnte nicht haushalten. Aber vernünftig wirtschaften können wir Künstler mehrheitlich alle nicht. Wir gehen mit unseren Kräften verschwenderisch um, unterschätzen unsere Zeitpotentiale, oder wir geben, so wir es haben, leichtsinnig unser Geld aus!

Nun bitte ich Sie abschließend, der Stunde in Coburg vor zwei Jahren zu gedenken, als ich Ihnen einige handverlesene Graphiken zeigen durfte. Darunter war Rembrandts Radierung von der Löwenjagd – wie alle seine Graphiken unglaublich verlebendigt, beobachtungsnah, aber gleichzeitig geradezu abstrakt, oder allgemeingültiger gesprochen, überzeugend durch die Knappheit der Mittel. Anders gewendet: der Verschwender als Ökonom!

Mit dieser nicht auflösbaren Antinomie will ich meine Betrachtung schließen.

Vielen Dank, Herr v. Pilgrim, für Ihren Beitrag. Sie haben uns eine große Vielfalt von Formen der Beschäftigung aufgezeigt und auch ihren geschichtlichen Wandel erläutert. Auf der Anbieterseite sind es die freischaffenden Künstler, die von dem Verkauf ihrer Werke leben können, die sozialversicherungspflichtig in Unternehmen beschäftigten Graphiker und Photographen, die Studienräte für das Fach Kunst, die Bühnenbildner beim Fernsehen oder in städtischen Theatern, die nebenberuflich tätigen Museumspädagogen oder auch die Partner eines hauptberuflich Beschäftigten, der den Unterhalt für die Familie verdient.

Auf der Nachfrageseite sind es die Fürstenhäuser, die staatlichen oder privaten Museen und Kunstsammlungen, die die Nachfolge der Fürstenhäuser angetreten haben, und die privaten Sammler oder Spekulanten.

Der Künstler ist, so scheint es, durchaus ein Paradebeispiel für das allgemeine Phänomen, das Lord Dahrendorf beschrieben hat: den Strukturwandel der Beschäftigung.

D. Allgemeine Diskussion

Meine Damen und Herren, unsere Referenten auf dem Podium haben uns die Vielfalt der Probleme aufgezeigt, die mit dem Thema »Beschäftigung und Arbeitslosigkeit« verbunden sind. Die große Diversität der Probleme, unterschieden nach Berufen, nach Arbeitsformen, nach Arbeitszeit und Beschäftigungszeit, nach ehrenamtlicher und bezahlter Arbeit, nach Selbständigkeit und Sozialversicherungspflicht, nach Geschlecht, nach Alter, nach Beschäftigung im privaten und im öffentlichen Bereich, hat uns deutlich gemacht, daß einfache Lösungen für Probleme am Arbeitsmarkt nicht erwartet werden können. Deshalb kann diese Diskussion auch kein klares und einfaches Ergebnis haben, mit dem wir die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitiker erfreuen könnten. Vielleicht entspräche der Vielfalt unseres Ordens am ehesten noch die Empfehlung: »Versuche, der Diversivität und der Vielschichtigkeit der Probleme gerecht zu werden – ohne dabei die Grundprinzipien unserer marktwirtschaftlichen Ordnung zu verletzen oder gar aufzugeben.«

Um diese Vielfalt der Probleme deutlich zu machen, haben wir viel Zeit gebraucht. So bleibt nur noch wenig Zeit für Fragen der Ordensmitglieder. Die erste Frage kommt von Herrn Enzensberger.

HANS MAGNUS ENZENSBERGER: Ich habe neulich eine Äußerung eines Menschen vernommen, der, ich glaube, in der Unternehmensberatung arbeitet und die mir durch ihre Dreistigkeit aufgefallen ist mit dem Satz: »In Deutschland herrscht Vollbeschäftigung.« Er hat es damit begründet, daß er die Arbeitslosenzahlen verglichen hat mit einer Abschätzung der in Schwarzarbeit tätigen Leute. Natürlich sind diese Zahlen, wie wir wissen, sehr vage und schwer zu bestimmen, was Schwarzarbeit ausmacht. Aber es gibt ja Schätzungen,

Anteile am Bruttosozialprodukt usw., und daraus hat er also geschlossen, daß diese Zahlen einander entsprechen, d.h., die offizielle Arbeitslosigkeit werde aufgewogen durch die Tätigkeit, die nicht in diesen Statistiken der offiziellen Arbeitsämter usw. auftaucht. Ich möchte gerne wissen, ob da etwas dran ist.

HERBERT GIERSCH: Ich weiß die Antwort nicht. Ich glaube, daß die Aussage für Deutschland falsch ist. Schwarzarbeit wird in der Regel von Beschäftigten ausgeübt. So erklärt sich auch die Tatsache, daß dieser illegale Vertrag zustande kommen kann, ohne daß eine von beiden Seiten eine Erpressungsmöglichkeit hat. Nach meiner Kenntnis ist das einzige europäische Land, in dem Schwarzarbeit im großen Umfang von Nichtbeschäftigten ausgeübt wird, Spanien, das eine sehr hohe Arbeitslosenquote hat, aber wo offenbar Mechanismen funktionieren, die im übrigen Europa nicht funktionieren. Also: Schwarzarbeiter sind in der Regel Beschäftigte.

ERNST-JOACHIM MESTMÄCKER: Ich möchte ein paar ergänzende Bemerkungen im Anschluß an das, was Herr Dahrendorf und Herr Jüngel über die kulturelle Bedingtheit des Umgangs mit Arbeitsverhältnissen gesagt haben, machen. Die neukantianischen Sozialisten, die die geistigen Väter der demokratischen Arbeiterpartei sind, haben einen Kernsatz zu ihrem Programm gemacht. Im Anschluß an Kants: »Der Mensch darf nicht nur als Mittel betrachtet werden« haben sie die These aufgestellt, in der abhängigen Arbeit wird der Mensch nur als Mittel zum Zweck wahrgenommen. Deshalb die Organisation in Parteien und Gewerkschaften. Und gleichzeitig wurde die Gegenmachtvorstellung entwickelt. Die Unternehmen werden so ähnlich wahrgenommen wie der Staat, mit Herrschergewalt, so daß es nur vom guten Willen der Unternehmen abhängt, ob sie denn Arbeitsplätze schaffen oder nicht.

Diese Vorstellung hat die Einstellung der Menschen nachhaltig geprägt. Als ich in unser Institut in Hamburg kam, gab es dort eine Forschungsgruppe von Soziologen, die sich mit den Auswirkungen des Kündigungsschutzes beschäftigten. Ich habe mit dem Leiter

dieser Forschungsgruppe über die Frage gesprochen, ob wir zusammenarbeiten könnten. Ich habe ihn gefragt, was sie gegenwärtig untersuchen. Er sagte, wir untersuchen die Mißbräuche, die mit Kündigungsschutzbestimmungen dadurch praktiziert werden, daß die Kündigungsschutzbestimmungen nicht eingehalten werden, d.h. der Arbeitsplatz nicht garantiert wird, sondern statt dessen Abfindungen gezahlt werden. Schon die Vorstellung, daß der Arbeitsplatz zur Disposition stehen könnte, wurde von dieser Forschungsgruppe als ein mit der Würde der Arbeit unvereinbarer Mißbrauch angesehen. Das war etwa 1980. Ich glaube, das genügt, um deutlich zu machen, wie groß im Bewußtsein – speziell der deutschen Gewerkschaften – der Widerstand gegen die Flexibilität ist. Das ist das direkte Gegenstück zu dem, was uns Herr Casper vom Silicon Valley vorgeführt hat.

MANFRED EIGEN: Ich hätte gern noch zum letzten Vortrag von Herrn Casper etwas gefragt. Mir ist nicht ganz klar, inwieweit Silicon Valley für die Gesamtproduktion Amerikas beispielgebend ist. Wenn die Betriebe aus durchschnittlich sechs bis acht Mitarbeitern bestehen, dann kann man ruhig 1.000 Betriebe haben, aber immer noch nicht viel im Vergleich etwa zu Pfizer, zu Novartis und zu den großen Konzernen; da wird ja das große Geld produziert. Nichtsdestotrotz sind diese Firmen sehr wichtig. Warum? Sie sind darauf angelegt, daß sie nach einer bestimmten Zeit verkauft werden. Die Biotechnologie ist jetzt gar nicht mehr am stärksten in Silicon Valley. Da sind vielleicht ungefähr 120 bis 150 Unternehmen, von denen im nächsten Jahr, also ein Jahr später, allenfalls noch 80 existieren und entsprechend 70 neue entstehen, d.h. also, wenn sie etwas erarbeitet haben, sehen sie zu, daß sie an einen Großen verkauft werden – da bekommen sie das meiste Geld für ihr Unternehmen. So müßte man mal ausrechnen, wie sich das auf die Gesamtwirtschaft auswirkt. Bei uns käme, glaube ich, da ein ganz anderes Bild heraus.

GERHARD CASPER: Manfred, ich gebe dir natürlich völlig recht, daß die Firmen unter anderem relativ kurzfristig arbeiten, weil sie sehr viel neuen Wert schaffen in kurzer Zeit und dann den Verkaufs-

gewinn maximieren. Wir müssen dabei auch noch berücksichtigen, daß das, was für das Silicon Valley gilt oder was für Teile von Texas gilt oder was für andere Bereiche gilt, also etwa für Boston, Bereiche also, wo sehr viel intellektuelles Kapital vorhanden ist und auch aktiv genutzt wird, all das gilt natürlich nicht ohne weiteres für den Rest der Vereinigten Staaten. Ich habe keinen Moment geglaubt, daß ich ein repräsentatives Bild der USA gebe oder geben sollte. Die kalifornische Regierung sagt gerne, Kalifornien ist insgesamt vom Silicon Valley bis nach San Diego hin in vieler Weise einzigartig. Die kalifornische Regierung behauptet auch: Wenn Kalifornien ein unabhängiges Land wäre, von einem Präsidenten Schwarzenegger regiert, dann wäre es die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt. Damit habe ich mich beschäftigt. Für den Rest des Landes gilt, daß die Arbeitslosigkeit milde geblieben ist – unter anderem deshalb, weil der Staat eine keynesianische Politik betreibt. Er hält die Steuern niedrig und findet viele Wege, um das Geld, was er hat, auch auszugeben. So erhalten einerseits die Menschen, die mehr Geld in der Tasche haben, als sie eigentlich haben sollten, starke Anreize zu konsumieren. Andererseits gibt der Staat Geld für eine ganze Reihe von Programmen aus. Lord Dahrendorf sagte vorhin, daß er gehört habe, daß ein Großteil der neuen Jobs in England Regierungsjobs sind. Dasselbe gilt für die Vereinigten Staaten. Die Regierung Bush weist z.B. darauf hin, daß so viele neue Jobs geschaffen worden sind, und sagt, das ist ja großartig. Die meisten neuen Jobs sind Jobs für Regierungsangestellte, für Personen, die in irgendeiner anderen Weise vom Staat beschäftigt werden. Mit beiden Maßnahmen kann man die Nachfrage stimulieren, solange die Menschen nicht merken, daß sie auf Pump leben.

MANFRED EIGEN: Ich habe meine Frage hauptsächlich gestellt, weil wir ja etwas auch für unsere Republik lernen wollen. Da fällt mir jedenfalls auf, daß im Sinne der neuartigen Untersuchungen zu wenig investiert wird. Wir haben hier keine Investoren, und die, die es gibt, wollen nach wenigen Jahren mit Gewinn verkaufen und aussteigen.

GERHARD CASPER: Ich habe keine Zahlen für Deutschland vorliegen, aber gute Zahlen über die Investitionen in den USA, die weiterhin sehr, sehr hoch sind.

Ich hatte neulich eine Unterhaltung mit einem Freund in München, der auch in der Biotechnikindustrie tätig ist. Er beklagte sich bitter darüber, daß es so sehr schwer ist, Geld, vor allem venture capital, zu bekommen. München und Baden-Württemberg glauben, sie seien besonders aktive Regionen in dieser Hinsicht. Aber im Vergleich zum Silicon Valley ist das offenbar unzutreffend.

LORD DAHRENDORF: Ich möchte zwei kurze Punkte anmerken. Der eine geht auf den Hinweis von Gerhard Casper ein, daß die Zusammensetzung der Bevölkerung im Silicon Valley nach Rasse und Zugehörigkeit außerordentlich heterogen ist. Unterschiede der Wirtschaftskulturen werden bestehen bleiben und sind auch durchaus in einem bestimmten Rahmen erträglich. In der Tat ist eine der interessantesten Fragen, die man heute stellen kann, diejenige, wie groß die Variationsbreite erfolgreicher Volkswirtschaften in kultureller Hinsicht ist. Es gibt also sehr beträchtliche Unterschiede in der Haltung von Menschen zum Wirtschaften, zur Arbeit, übrigens zu Lohnnebenkosten, zur Staatsquote. Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß es wichtig ist, daß bei gegebenen Einstellungen und Haltungen ein Weg voran gefunden werden kann.

Mein zweiter Punkt knüpft an die Bemerkung an, die Sie, Herr Albach, im Anschluß an meinen Podiumsbeitrag gemacht haben. Sie haben mich da an einer wichtigen Stelle gepackt, nämlich beim Liberalen. Ich bin nun mal ein Grundausstattungsliberaler. Ich bin der Meinung, daß jeder Mensch ein bestimmtes Lebensniveau haben soll, und ich möchte alles tun, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Menschen sich dasselbe erwerben, aber wenn sie das nicht können, habe ich in der Tat sehr viel Sympathie für Maßnahmen, die diese Grundaustattung für jeden garantieren. Dazu gehören auch öffentliche Dienste, die in der Welt, in der ich lebe, eben besser sein sollen als in Kalifornien, und auch das gehört mit in den Rahmen der erträglichen Variationen von Marktwirtschaft, Kapita-

lismus und Arbeit. Aber das sind ganz dogmatische Bemerkungen zu weiteren großen Problemen im Rahmen unseres Themas.

HORST ALBACH: Gestatten Sie mir, einige abschließende Bemerkungen zu machen. Es kam vor allen Dingen darauf an, daß das Silicon Valley als ein Gebiet dargestellt wird, in dem eine Form der Beschäftigung, nämlich die selbständige unternehmerische Tätigkeit, besonders attraktiv ist.

Die Anreize, eine solche Beschäftigung aufzunehmen und auszuüben, sind groß, und zwar sowohl, was die Gewinnaussichten betrifft, als auch, was die Umfeldbedingungen angeht. Es gibt für die Mitarbeiter, die in diesen Unternehmer-Unternehmen angestellt sind, keinen Kündigungsschutz. Kündigungsschutz ist ja nichts anderes als eine staatlich regulierte Obergrenze für die Übernahme von Arbeitsplatzrisiken durch Mitarbeiter. Mitarbeiter in den Firmen des Silicon Valley, so haben wir gehört, sind aber bereit, viel höhere Arbeitsplatzrisiken einzugehen. Folglich verhindert die deutsche Gesetzgebung das Entstehen von Venture-Firmen. Daß tatsächlich die meisten Kündigungen gütlich und im Einvernehmen mit den Unternehmern erfolgten, spricht nicht für den Kündigungsschutz in diesem speziellen Bereich, sondern für mehr Freiheit in der Wahl des Arbeitsplatzrisikos.

Die Unternehmen im Silicon Valley sind folglich Unternehmen mit hohen Gewinnerwartungen und mit hohen Existenzrisiken. Das deutsche Umfeld ist sehr viel mehr auf Risikobeschränkung für die Mitarbeiter und hohe Beteiligung des Staates am Innovationserfolg ausgerichtet.

Die hohen Arbeitsplatzrisiken im Silicon Valley werden abgedeckt durch einen Arbeitsmarkt, der hohe Mobilität der arbeitssuchenden Personen fördert. Das heißt: ein Teil der Kosten des Arbeitsplatzverlustes wird kompensiert durch niedrige Kosten der Suche nach neuer Beschäftigung. Da der Wohnungsmarkt hoch entwickelt ist, sind die Mobilitätskosten kleiner als in Deutschland. Für das Silicon Valley gilt also: die hohe Mobilitätsfähigkeit eines Mitarbeiters in Silicon Valley senkt die Mobilitätswilligkeit der Mitarbeiter im Silicon Valley. Genau das hat uns Herr Casper in seinem Beitrag gezeigt.

Schließlich ist das Umfeld der Unternehmen im Silicon Valley geprägt durch eine inzwischen lange Tradition der Venturefinanzierung durch Business Angels und Venture Capitalists. Sie haben zu meist auch einen Sitz im Board des Wagnisunternehmens und damit direkten Einfluß auf das Management. Auf diesen sehr bedeutenden Unterschied zwischen Deutschland und den USA hat Herr Eigen in seinem Kommentar aufmerksam gemacht. Weder in den USA noch in Deutschland spielen die Gewerkschaften bei den jungen innovativen Start-up-Firmen eine Rolle. In diesem Bereich dürften kaum Unterschiede in der Flexibilität des Handelns der Unternehmer bestehen.

Lassen Sie mich zum Schluß Dank sagen: Dank den Ordensmitgliedern, die zur Vorbereitung aller Mitglieder auf diese Diskussion Papiere angefertigt haben. Dank den Teilnehmern an der Podiumsdiskussion, die ihre Statements vorgetragen und zur Diskussion gestellt haben. Dank schließlich denjenigen Mitgliedern, die sich durch Fragen an der Diskussion beteiligt haben, Dank aber auch all denen, die dieser etwas neuen Form der Podiumsdiskussion ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Mir bleibt, Ihnen allen hier herzlich zu danken. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich zum Schluß einen Text vorlese, der vielleicht nicht ganz zu dem paßt, was hier an ernsten Problemen diskutiert worden ist. Eine poetische Antithese sozusagen. Ich will ihn dennoch vorlesen: »Klaus Buch sagte, das Leben sei zu kurz, als daß man es mit Arbeit vergeuden dürfe«. Das steht bei Martin Walser. »Ein fliehendes Pferd«, S. 97.

Anmerkungen

- 1 Das »goldene Zeitalter«, 1950-1973, als das weltweite Pro-Kopf-Einkommen mit nahezu drei Prozent im Jahr wuchs (...)« (Angus Maddison, »Growth and Interaction in the World Economy«, *The Roots of Modernity*«, S. 6)
- 2 Vgl. Harold James: »Deutschland in der Weltwirtschaftskrise«, S. 370
- 3 Der Künstlerreport (Forbeck/Wiesand) Große Enquete f. d. Dt. Bundestag. München 1975. Gleichzeitig hat Volker Rattemeyer analoge Untersuchungen angestellt. Damals initiierte ich bei der Studienstiftung das Graduiertenprogramm für Künstler, das alsbald mit der testamentarischen Stiftung von Karl Schmidt-Rottluff Rang und Namen bekam. Leopold Reidemeister (Ordensmitglied) war der Testamentsvollstrecker von KSR.
- 4 Martin Warnke: *Hofkünstler – zur Vorgeschichte des modernen Künstlers*, Köln (Du Mont) 1985/1996. Im Vorwort der Neuauflage führt der Autor die Klage über die ausgebliebene Fachkritik
- 5 Rainer Heinsdorff 1923-2004
- 6 Als Beteiligter an dem Verfahren, das dem Augsburger Künstler einen bescheidenen Ehrensold zusprach, kann ich dieses bezeugen.
- 7 Über dieses Projekt unterrichtete mich der seinerzeit in Amsterdam lebende Kollege Gerhard von Graevenitz. Der kluge Freund kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben – so ist mir eine gerechte Insiderwertung nicht mehr möglich.
- 8 Arnold Hauser: *Sozialgeschichte der Kunst und Literatur*. Beck München 1953/75
- 9 »Le public est, relativement au génie, une horloge qui retard«, in: *Écrits sur l'art, sur Delacroix*. Gallimard, Paris 1971
- 10 Walter Graskamp: *Museumsgründer und Museumsstürmer. Zur Sozialgeschichte des Kunstmuseums*. Beck München 1971

VORTRAG VON BERNARD ANDREAE

BERNARD ANDREAE

DIE WAHRE SCHÖNHEIT KLEOPATRAS

Kleopatra VII (69-30 v. Chr.) ist eine der immer wieder faszinierenden Frauengestalten der Weltgeschichte. Es gibt aber einen bis heute unaufgelösten Widerspruch in ihrer Biographie. Unbestritten ist, daß sie durch ihre weibliche Anziehungskraft die beiden mächtigsten Politiker ihrer Zeit, den römischen Diktator Gaius Julius Caesar (100-44 v. Chr.) und den Triumvirn Marcus Antonius (82-30 v. Chr.) in ihren Bann gezwungen und nur von diesen beiden Männern Kinder empfangen hat: den ältesten Kaiserion (47-30 v. Chr.) von Caesar und die drei jüngeren, die Zwillinge Alexander-Helios und Kleopatra Selene (geb. 36 v. Chr.) sowie den jüngsten Ptolemaios Philopator (geb. 34 v. Chr.) von Marcus Antonius.

Obwohl also Kleopatra Caesar und Marcus Antonius, diese beiden auch als Frauenhelden bekannten Persönlichkeiten bis zu deren jeweiligem Lebensende an sich fesseln konnte und deshalb von großem Liebreiz gewesen sein muß, erklärt der sehr gut unterrichtete Historiker Plutarch (45-125 n. Chr.) in seiner fesselnden Biographie des Marcus Antonius 27: »Ihre Schönheit war, wie man sagt, an und für sich nicht ganz so unvergleichbar, noch von der Art, daß sie gleich beim ersten Anblick Aufsehen erregen konnte. Allein der genauere Umgang



Abb. 1: Bronzemünze der KLEOPATRA BASILISSA,
Alexandria ca. 49 v. Chr., Privatbesitz

mit ihr hatte einen unwiderstehlichen Reiz, und ihre Gestalt, verbunden mit der einnehmenden Unterhaltung und den in ihrem ganzen Betragen sich zeigenden feineren Sitten, machte immer einen tiefen Eindruck.« Wie soll man den Widerspruch von unwiderstehlichem Reiz und keineswegs aufsehenerregender Schönheit verstehen?

Zieht man die überlieferten Bildnisse Kleopatras heran, so möchte man Plutarch in gewisser Hinsicht recht geben. Die Münzbildnisse zeigen Kleopatra VII. als mannhaft Herrscherin (Abb. 1). Die Bildnisse ägyptischen Stils wie das Kalkstein-Köpfchen in Brooklyn (Abb. 2) oder die schöne Basaltstatuette in Sankt Petersburg (Abb. 9)



Abb. 2: Kalksteinköpfchen der Kleopatra VII. (69-30 v. Chr.)
H. 12,7 cm., New York, Brooklyn Museum of Art, Inv. 71,12,
um die Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr.

geben Kleopatra nicht mit ihren individuellen Gesichtszügen, sondern als ägyptischen Pharaos, als die gottähnliche Mittlergestalt zwischen den sterblichen Menschen und den unsterblichen Göttern wieder und als die zur Ausübung der Herrschaft Auserwählte. Von individuellen Zügen ist bei dem Köpfchen in Brooklyn (Abb. 2) höchstens die Form der Schaukellocken über der Stirn geblieben. Daß die Statue in Sankt Petersburg (Abb. 9) Kleopatra wiedergibt, beweist nur die Dreiheit der Uräusschlangen am Rand der Perücke, die für Kleopatra charakteristisch ist und auch beim Köpfchen in Brooklyn (Abb. 2) begegnet.

Schließlich sind aber auch wenigstens drei weitgehend realistische Marmorporträts von Kleopatra VII. überliefert, von denen dasjenige in Berlin (Abb. 8) besonders berühmt und gut erhalten ist. Es gibt Kleopatra als reife Frau von Ende Dreißig wieder. Die Schaukellocken unter dem Haaransatz sind mit der Brennschere aufgedreht und im Vergleich zum Köpfchen in Brooklyn (Abb. 2) schütter geworden. Auch bei der Betrachtung dieses Bildnisses in Berlin (Abb. 8) kann man Plutarch nicht schlechthin unrecht geben.

Man wüßte nicht zu sagen, wie Kleopatra es geschafft hat, Männer wie Caesar und Marcus Antonius, die nachweislich keine Kostverächter waren, in ihren Bann zu schlagen, wenn nicht vor einem halben Jahrhundert der angesehene Philologe Licinio Glori die Entdeckung vorgetragen hätte, daß die berühmte Marmorstatue der Venus vom Esquilin in den Comunalen Museen Roms (Abb. 4 und 6) nicht die griechisch-römische Liebesgöttin, sondern in Wahrheit die unbekleidete Kleopatra darstelle. Nach der durchaus überzeugenden Ansicht des Gelehrten ist die Statue vom Esquilin die antike Wiederholung eines berühmten Originals, das gemäß der Überlieferung der Historiker Appianus und Cassius Dio kein Geringerer als Caesar selbst im Jahr 45 als Verehrungsbild seiner Geliebten, der ägyptischen Herrscherin Kleopatra VII., in der Gestalt von Isis-Venus in dem von ihm ein Jahr zuvor geweihten Venustempel zu Rom hatte aufstellen lassen. Die bis auf ihre Sandalen unbekleidete, junge Frau hebt beide Arme, deren unterer Teil leider abgebrochen ist, um sich ein breites Band wie ein Diadem um den Kopf mit seiner Lockenpracht und dem Nackenschopf zu binden. Das Motiv der erhobenen Arme ist dem der Aphrodite Anadyomene, der aus dem Meer auftauchenden Liebesgöttin, verwandt, die sich ihre mit Wasser gefüllten Haare ausdrückt.

Allerdings konnte Licinio Glori für diese Hypothese nur einige Hinweise wie zum Beispiel die ägyptischen Elemente bei der Stütze neben der Frauengestalt heranziehen: die ägyptische Balustervase mit ihrem Dekor aus Palmblättern und die sich um die Vase ringelnde Cobra, das ägyptische Königstier, mit der durch die abgespreizten Rippen zu einem länglich ovalen Nackenschild verbreiterten Hals-

region. Diese Hinweise genügten den kritischen Kollegen jedoch nicht, und die Hypothese von Licinio Glori stieß in der archäologischen Wissenschaft auf allgemeine Ablehnung.

Den Beweis, daß es sich tatsächlich so verhält, wie Licinio Glori vermutet hatte, konnte erst neuerdings der Verfasser dieser Zeilen erbringen. Er beauftragte den bekannten Kunstfotografen und Verleger Albert Hirmer damit, unter dem gleichen Blickwinkel und in der gleichen Beleuchtung Fotografien des Kopfes der sogenannten Venus vom Esquilin in Rom (Abb. 7) und des Porträtkopfes in Berlin (Abb. 8) anzufertigen.

Die Nebeneinanderstellung der beiden Aufnahmen (Abb. 7 und 8) zeigt unmißverständlich, daß es sich in beiden Fällen um das Bildnis derselben Frau handelt, allerdings in verschiedenen Lebensaltern: Zu vergleichen sind der ovale Gesichtsumriß, die hochgeschwungenen Brauenbögen, die ungewöhnlich lange, schmale Nase, die in den Mundwinkeln hochgebogenen Hähchen und die charakteristische Form des Mundes mit der schmalen Oberlippe und der fülligen Unterlippe, ein Erbteil ihres Flöte spielenden Vaters, Ptolemaios XII. Auletes (ca. 107-51 v. Chr.), dessen Bildnis im Louvre zu Paris aufbewahrt wird.

Bestätigt wird diese Identifizierung durch die bei keiner anderen Frau der Antike begegnende Frisur mit den in ihrer Jugend noch vollen, in die Stirn fallenden Schaukellocken, die auch das Köpfchen in Brooklyn (Abb. 2) zeigt und die beim Berliner Bildnis (Abb. 8) im fortgeschrittenen Alter dünner geworden sind.

Wenn man aufgrund des Bildnisvergleiches auch nicht mehr hinwegdiskutieren kann, daß in der Statue vom Esquilin (Abb. 7) und im Bildniskopf von Berlin (Abb. 8) die gleiche Persönlichkeit, Kleopatra VII., dargestellt ist, so beginnen damit doch erst die eigentlichen Verständnisschwierigkeiten.

Die bisher als Venus gedeutete Statue vom Esquilin (Abb. 4 und 6) gibt Kleopatra als junge Frau von 24 Jahren in ihrer vollen Schönheit wieder. Diese Schönheit ist aber nicht von der idealen Form, wie sie die sicheren Statuen der griechisch-römischen Göttin der Liebe Aphrodite-Venus auszeichnen.



Abb. 3 und Abb. 5.: Venus von Kyrene, römische Marmorkopie aus dem 2. Jahrhundert n. Chr. nach einem späthellenistischen Original aus der Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr., H. 1,49 m, Rom, Museo Nazionale Romano, Inv. 72115



Abb. 4 und Abb. 6: Sogenannte Venus vom Esquilin, Bildnisstatue der Kleopatra VII., claudische Kopie der verlorenen Originalstatue, die der römische Diktator Gaius Julius Caesar 45 v. Chr. im Venustempel zu Rom gestiftet hatte. Marmor, H. 1,55 m, Rom, Musei Comunali, Inv. 1141



Abb. 5: Siehe Abb. 3



Abb. 6: Siehe Abb. 4



Abb. 7: Bildniskopf der Statue Abb. 4 und 6.,
Kleopatra VII. im Alter von ca. 24 Jahren

Das zeigt auf den ersten Blick ein Vergleich zwischen der ›Venus vom Esquilin‹ (Abb. 4 und 6) und einer späthellenistischen Statue der Aphrodite, wie sie in der unter dem Namen des Fundortes bekannten Venus von Kyrene im Römischen Nationalmuseum (Abb. 3 und 5) vor Augen steht. Man erkennt den großen Unterschied zwischen einer klassisch schönen Göttin und dem individuellen körperlichen Charme einer vom Bildhauer realistisch nachgebildeten jungen Frau.



Abb. 8: Bildniskopf der Kleopatra VII.,
Marmor mit Spuren der farbigen Fassung, H. 0,29 m, Berlin, Staatliche
Museen, Inv. 1976.10, späte dreißiger Jahre des 1. Jahrhunderts v. Chr.

Im Vergleich zur Statue vom Esquilin (Abb. 4 und 6) ist die Schönheit der Aphrodite von Kyrene (Abb. 3 und 5) vollendet, weil alle reizvollen Einzelheiten zur vollkommen harmonischen Gesamtdarstellung eines nackten Frauenkörpers gefügt sind. Nichts ist zu dünn oder zu dick, nichts zu lang oder zu kurz, nichts zu eng oder zu weit bei diesem gleichsam von Natur aus nackten, göttlichen Wesen, demgegenüber die nackte Frauenfigur vom Esquilin mit ihren Sandalen und ihrem Band um den Kopf eher absichtsvoll entkleidet erscheint.



Abb. 9: Ägyptische Basaltstatue der Kleopatra VII., H. 1,04 m,
Sankt Petersburg, Staatliche Ermitage, Inv. 3936, 51-30 v. Chr.
(Abbildungen nach Bernard Andreae, Skulptur des Hellenismus
(Verlag Hirmer, München 2001)

Wie anders fließend sind ihr gegenüber die Formen der Aphrodite. Die Kurve der weich abfallenden Schulterlinien ist nicht gebrochen, die Polster in den Achselzwickeln sind gerundet, die vollen Brüste sind nicht prall und halbkugelig voneinander abgesetzt, sondern sie wachsen aus dem ganzen Brustmuskel heraus, wobei sie ein Tal nur über dem Brustbein bilden. Die Brustwarzen sind nicht versenkt, sondern stehen spitz zu den Seiten. Der Umriß des ganzen Körpers läuft in einer melodischen Kurve von den Achseln bis zu den Füßen ohne Bruch herab. Der Leib zieht sich über den Darmbeinstacheln nicht zu kräftig ein und ist auch nicht so flach wie bei der anderen Statue, sondern wölbt sich unter dem Nabel zart heraus. Diese Wölbung wird nach unten nicht durch zwei, sondern durch eine einzige, nur eben angedeutete Furche aufgefangen. Die Inguinalfalten begrenzen einen breiten Venushügel, der bei der Statue vom Esquilin kleiner ist und tiefer zwischen die Schenkel eingezogen. Die Aphrodite von Kyrene preßt die schlankeren Oberschenkel auch nicht so stark zusammen wie jene. Sie erhebt sich, wie man treffend gesagt hat, »schlank und gerade und entfaltet in voller Freiheit ihren schönen Leib. Ihre Beine schließen sich eng zusammen, jedoch ohne einen unangenehmen Ausdruck von Scham«. Das ist bei der Statue vom Esquilin anders. Sie schiebt das linke Knie sogar ein wenig vor das rechte und hebt die Ferse des linken Beines ein wenig an, um die Schenkel dicht zusammendrängen zu können. Diese runden Schenkel sind um eine Spur zu breit, die Unterschenkel zu schmal, die Gelenke zu kräftig, wie auch die hohen eingezogenen Hüften, der ungewöhnlich große, eingetiefte Nabel, der kurze Oberkörper, die außerordentlich weit auseinanderstehenden, kleinen Brüste einem idealen Schönheitsideal nicht entsprechen.

Den gleichen Unterschied zwischen harmonischem Ausgeglichenheit und individuellen Reizen zeigt auch der Rückenakt der beiden Frauengestalten (Abb. 5 und 6). Derjenige der Statue vom Esquilin (Abb. 6) erscheint in personaler Eigenart gewachsen, derjenige der Aphrodite (Abb. 5) von übergeordneter Formschönheit geprägt. Der Rücken der Esquilin-Statue bietet jedenfalls individuelle Formen, die einem normativen Ideal weiblicher Schönheit schwerlich ge-

nügen dürften: Die tief ansetzenden, allzu straffen Glutäen, die von der Hüftlinie verhältnismäßig stark nach hinten abgeschrägte Trochantergrube, die breite Gürtelzone mit ihren Grübchen, welche mit dem Ansatz der Spalte zwischen den Glutäen die Figur einer asymmetrischen Raute bilden, die lange geschlängelte Furche des stark durchgedrückten Rückgrats, die eng stehenden Schulterblätter, die gebrochene Linie der im Grunde breiten, eckigen Schultern. Alle Körperlinien der Aphrodite von Kyrene sind demgegenüber der reine Wohllaut, sie sind nicht bei einem bestimmten weiblichen Körper abgeschaut, sondern vielen schönen Frauen, wobei der Künstler nur alles, was zu persönlich wirken könnte, in der allgemeinen Linienführung geglättet und abgerundet hat. So wie Häßlichkeit oder Individualität veristisch sein können, so erscheint hier auch die Schönheit – wenn auch gewollt und bewußt – veristisch, und das macht das der Statue vom Esquilin und der Aphrodite von Kyrene Gemeinsame aus. Diese wirkt auch nicht als eine unnahbare Göttin, sondern eher als die schönste Frau, die man sich als das anthropomorphe, wenngleich unerreichbare göttliche Vorbild weiblicher Individuen vorstellen soll, während die Statue vom Esquilin ein ganz bestimmtes Individuum in seiner unvollkommenen, aber nicht weniger reizvollen Nacktheit vor den Betrachter hinstellt.

Läßt sich durch diesen Vergleich der Widerspruch zwischen unwiderstehlichem Reiz und keineswegs aufsehenerregenden Schönheit in der Information des Plutarch (s.o.) verständlich machen? Eine aufsehenerregende Schönheit muß nach Meinung des Griechen Plutarch gewiß einem normativen Ideal entsprechen, wie es die griechischen Künstler in der Gestaltung der Göttin Aphrodite geschaffen haben, während der unwiderstehliche Reiz einer Frau auf deren individueller Erscheinungsform beruht.

Wenn dadurch deutlich wird, daß die Figur vom Esquilin nicht eine Göttin, sondern das Statuenporträt einer zur Zeit der Originalfassung noch lebenden Frau darstellt, die durch ihr Beiwerk auf eine ägyptische Herkunft verweist, wird die Frage, wer in dieser um 45 v. Chr. in Rom geschaffenen Statue dargestellt sein könnte, auf eine bestimmte, historische Persönlichkeit eingeengt, eben auf Kleopatra.

Doch sogleich trifft man auf eine neue Schwierigkeit: Aus soziologischen Gründen ist mit Sicherheit auszuschließen, daß ein Künstler der damaligen Zeit die Erlaubnis erhielt, den herrschenden, weiblichen Pharaon von Ägypten unbekleidet zu sehen und nach der Natur zu modellieren. Man muß deshalb die Frage stellen, wie der Künstler, dem die Herrscherin keinesfalls Modell stand, die Formen finden und gestalten konnte, die wir an der Statue vom Esquilin auch im erotischen Sinn als reizvoll empfinden und bewundern?

Diese Frage erweist sich als außerordentlich fruchtbar. Wenn man versucht, sich in die Lage des Bildhauers zu versetzen, der die unbekleidete Kleopatra nicht in seinem Atelier studieren konnte, kommt man zu dem Ergebnis, daß er als Vorbild für seine Gestaltung sinnvollerweise ägyptische Statuen Kleopatras heranziehen mußte, wie sie auch uns noch zum Beispiel in der berühmten schon erwähnten Basaltstatuette in Sankt Petersburg (Abb. 9) vor Augen stehen. Würde man nicht den Saum des ungemein feinen, eng anliegenden strechartigen Gewandes an den Handgelenken und Fußfesseln der Statue bemerken, könnte man die Figur auch für nackt halten. Vergleicht man sie nun im einzelnen mit der Statue vom Esquilin, so stellt man zu seiner Verblüffung fest, daß es gerade die Eigentümlichkeiten der unbekleideten römischen Statue sind, die mit denjenigen der ägyptischen Statue übereinstimmen: Die eckigen, hohen Schultern, die weitauseinanderstehenden, wie aufgesetzt wirkenden Brüste, der kurze Ober- und der lange Unterkörper, der herausgetriebene Bauchmuskel und vor allem der ungewöhnlich tief ausgehöhlte Bauchnabel, zu dem ein sich verbreiternder Kanal von oben nach unten herabführt; weiter die breiten Ober- und die schmalen Unterschenkel. Tatsächlich sind das alles Merkmale eines ägyptischen Schönheitsideals, die bei einer römischen Frauenstatue völlig unverständlich bleiben müßten, wenn diese nicht eine Ägypterin wiedergeben sollte. Zum Beispiel der tief ausgehöhlte Nabel, der bei den mit feinem, sich dem Körper eng anschmiegenden Stoff bekleideten ägyptisch-ptolemäischen Frauengestalten immer begegnet, findet sich bei keiner anderen griechisch-römischen Frauengestalt. Das bestätigt alle bisherigen Ergebnisse der Untersuchung in völlig uner-

warteter und deshalb nur um so nachdrücklicher überzeugender Weise. Da es in Rom das strechartige, ägyptische Gewand nicht gab, entschieden Auftraggeber und Künstler sich dafür, Kleopatra unbekleidet darzustellen, weil sie dadurch der römischen Venus und der ägyptischen Isis am ähnlichsten erschien.

Man muß zugeben, daß kaum noch eine Frage offenbleibt, es sei denn, wieso der Kaiser Augustus nach seinem Sieg über die zum Staatsfeind und zur Königin Hure erklärten Kleopatra deren Verehrungsbild im Venustempel zu Rom nicht beseitigt hat und wer nach dem Tode Kleopatras noch ein Interesse daran haben konnte, von dem Standbild im Venustempel eine Kopie anfertigen zu lassen.

Die letztere Frage läßt sich durch den Hinweis auf den Fundort der Statue auf dem Esquilin beantworten, wo sich die in den Besitz des Kaisers Claudius (41-54 n. Chr.) übergegangenen Gärten des Maecenas befanden. Claudius war ein Enkel des Marcus Antonius, und er könnte ein Interesse daran gehabt haben, eine Statue der bedeutenden Geliebten und letzten Gattin seines Großvaters in seiner Nähe zu haben. Schließlich war bekannt, daß Marcus Antonius in den Armen Kleopatras gestorben und mit ihr gemeinsam in Alexandria bestattet worden war. Auch daß Kaiser Claudius seinen Großvater, Marcus Antonius, besonders verehrte, ist überliefert.

Was den ersten der römischen Kaiser, Augustus (63 v. Chr.-14 n. Chr.), angeht, so berichten die Historiker, er habe von den ägyptischen Priestern eine Summe, die ausreichte, eine Legion ein Jahr lang zu besolden, entgegengenommen und sich dafür verpflichtet, die Statuen Kleopatras nicht zu zerstören, die ja wie Hatschepsut und Nofretete einer der wenigen weiblichen Pharaonen war. Es ist die Frage, ob Augustus sich hätte bestechen lassen, wenn es nicht auch in seinem eigenen Interesse lag, die Statue, die sein Adoptivvater Caesar gestiftet hatte, nicht zu beseitigen. Das wäre ein Akt mangelnder Pietät gegenüber dem vergöttlichten Caesar gewesen. Im übrigen hätten aber auch die Bürger von Rom nicht aus eigener Anschauung erfahren können, wie schön und reizvoll Kleopatra tatsächlich war und welche moralische Leistung es darstellte, daß Augustus sich nicht wie seine beiden Vorgänger von ihr hatte verführen

lassen. Es hieß zunächst, er wolle sie aus diesem Grunde in seinem Triumph in Rom den Bürgern vorführen, doch sie sei ihm mit ihrer Selbsttötung durch den Biß einer Cobra zuvorgekommen.

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang die von heutigen Toxikologen festgestellte Tatsache, daß der Biß einer Cobra, wenn überhaupt, erst nach Tagen eines qualvollen Leidens zum Tode führt und deshalb kein aprobatum Mittel zum Selbstmord ist. In der Tat gibt es auch keinen anderen bekannten Fall einer Selbsttötung durch Schlangenbiß. Dieser scheint vielmehr eine von Augustus oder seinen Beratern als eine geradezu mythische Todesform hingestellt worden zu sein, die eines ägyptischen Pharaos würdig war. Doch wer sich entschuldigt, klagt sich an. Man kann nicht umhin zu vermuten, daß Augustus selbst die Tötung der nicht mehr jungen, als Mutter von vier Kindern auch nicht mehr unbedingt verführerischen Kleopatra angeordnet und dann ihren Tod mythisch verbrämt hat, um als derjenige dazustehen, der ihren Verführungskünsten nicht erlegen ist.

Wie dem auch sei – und schon Plutarch hat seinen Bericht vom Tode Kleopatras mit dem lapidaren Satz beendet: »Wie es wirklich war, weiß niemand« –, als das wichtige Ergebnis dieser Untersuchung darf man festhalten, daß es uns endlich vergönnt ist, Kleopatra in ihrer ganzen verführerischen Schönheit betrachten zu können und die berühmte Statue vom Esquilin in völlig neuem Lichte zu sehen. Als Venus erschien sie interessanterweise schon einem ihrer ersten Betrachter, einem Leser der Gartenlaube zu Berlin im Jahr der Auffindung der Statue 1874, unverstündlich, und sie läßt sich auch tatsächlich mit keiner sichereren Aphroditestatue vergleichen. Als Nachbildung des von Caesar 45 v. Chr. gestifteten Verehrungsbildes der Kleopatra als Isis-Venus aber wird sie zu einem historischen Denkmal epochalen Rangs.

Trotz allem bleiben schließlich noch Fragen offen. Eine vordringliche lautet: Bietet die Statue vom Esquilin nun wirklich den Liebreiz der historischen Kleopatra, dem Caesar und Marcus Antonius nicht widerstehen konnten, der die Römer davon überzeugen mochte,

welche moralische Leistung Octavians es war, ihr nicht zu verfallen, und den auch noch ein heutiger Betrachter hinreißend finden soll? Ein Tempel ist genauso wenig wie ein Museum oder ein Ausstellungsraum ein Schlafzimmer, in das man mit dem Ring des Gyges eindringt, und ein Ausstellungsbesucher will auch nicht zum Voyeur degradiert werden. Es geht vielmehr darum nachzuvollziehen, wie ein großer Künstler des mittleren 1. Jahrhunderts v. Chr. den schwierigen Auftrag Caesars verwirklicht hat, dessen Geliebte, die Mutter seines einzigen Sohnes, die aber auch der regierende Pharao Ägyptens war, im Tempel der Liebesgöttin selbst als eine Hypostase oder Personifikation der Venus auf Erden in der ägyptischen Gestalt der Göttin der Liebe Isis zu vergegenwärtigen. Der Künstler, der diese erhabene Persönlichkeit in vollendeter Nacktheit formen sollte, sein Modell aber nicht unbekleidet sehen durfte, hat die vom Auftraggeber offenbar gutgeheißene Entscheidung getroffen, aus seiner vom hellenistisch-römischen Verismus geprägten Sehweise heraus ein Porträt derselben zu schaffen, das im Bildniskopf möglichst genau die Züge Kleopatras wiedergab und in der Gestaltung des unbekleideten Körpers das ägyptisch-ptolemäische Schönheitsideal heranzog, um das Bild, das er sich selbst von dieser jungen Frau in ihren fließenden, den körperlichen Liebreiz hervorhebenden Gewändern machen konnte, möglichst authentisch erscheinen zu lassen. Man darf nicht sagen, daß in der Statue vom Esquilin die nackte Kleopatra vor uns steht. Es ist vielmehr Kleopatra als Isis-Venus in ihrer wahren Schönheit. Denn was bleibt, stiften die Künstler, wenn es gestattet ist, das Urteil Hölderlins über die Dichtung, in dieser Weise auf die bildende Kunst zu übertragen.

Nachtrag

Eine völlig unerwartete Bestätigung der möglichen Rückführung der spezifischen Stilform der »Venus vom Esquilin« auf ein ptolemäisches Schönheitsideal ist der Nachweis einer mit der römischen Statue unmittelbar zu vergleichenden und bis in die Einzelheiten ähnlichen Frauenstatue im Museum der Bibliothek von Alexandria.

Hubertus von Pilgrim hat mir als erster während der Drucklegung des Katalogs der von mir vorbereiteten Ausstellung »Kleopatra und die Caesaren« Anfang Mai des Jahres 2006 eine Fotografie zur Verfügung gestellt. Bald darauf, am 13. Mai 2006, wurde diese schon 2000 von Franck Goddio im versunkenen Teil der Stadt Thonis bei Kanopos westlich von Alexandria gefundene Statue in der Ausstellung »Versunkene Schätze. Archäologische Entdeckungen unter Wasser« im Martin-Gropius-Bau Berlin (11.05. -04.09.2006) ausgestellt, und ich konnte sie dort am 30. Mai 2006 untersuchen. Diese leider ohne Kopf und ohne Basis geborgene Statue zeigt eine erstaunliche Ähnlichkeit zur sogenannten »Venus vom Esquilin«, auch wenn die Statue in Alexandria nicht nackt, sondern mit einem durchsichtigen Gewand bekleidet ist. Die auseinanderstehenden Brüste, der tief ausgehöhlte Nabel, die beiden Falten über dem Dreieck der Scham sind aber unmittelbar mit der Statue vom Esquilin vergleichbar. Diese Details bezeugen, daß die entsprechenden Charakteristika bei der Statue in Rom ägyptisch-ptolemäischer Natur sind. Die Statue, die in der Bibliothek von Alexandria aufbewahrt wird, ist ein echt spätpptolemäisches Werk; die Statue in Rom übernimmt dessen ikonologische Eigenart und erweist den ägyptisch-ptolemäischen Zusammenhang, den die sogenannte »Venus vom Esquilin« haben muß und den man bei einer Weihung des Gaius Julius Caesar voraussetzen darf, wenn es zutrifft, daß sie Kleopatra VII. als Venus-Isis darstellt.

BERICHT VON STEFAN WINGHART,
LANDESKONSERVATOR
DES FREISTAATES THÜRINGEN

ERFURT –
GRUNDLAGEN UND PROBLEMFELDER
DER DENKMALPFLEGE
STEFAN WINGHART

Erfurt, die Hauptstadt des Landes Thüringen, blickt auf eine mehrtausendjährige Geschichte zurück. Der Anfang der heutigen Stadt liegt im Jahre 743 nach Christus, als Papst Zacharias die Gründung des Bistums Erfurt durch Bonifatius »an einem Ort, der schon lange eine Stadt heidnischer Bauern gewesen sei«, bestätigte. Als Bonifatius später Bischof von Mainz wurde, vereinigte er seine Gründung Erfurt mit seinem neuen Bistum Mainz, was für die Geschichte Erfurts von entscheidender Bedeutung war: Bis zur Auflösung der geistlichen Fürstentümer im Jahre 1803, also ein volles Jahrtausend, blieb die Stadt mainzisch.

Diese früheste Phase ist freilich nur archäologisch nachweisbar. Die Entwicklung hin zum heutigen Stadtbild wird mit den ältesten erhaltenen Bauwerken erstmals für die Zeit um 1100 materiell faßbar. In der Mitte des 12. Jahrhunderts errichtete man eine Stadtmauer, die etwa 150 Hektar Fläche einschloß. Kurz darauf war diese Fläche auch vollständig besiedelt. Damit war Erfurt mit geschätzten 10.000 bis 20.000 Einwohnern eine der größten Städte des Reiches im Hochmittelalter.

Der Rahmen der Stadtentwicklung war somit bis ins 19. Jahrhun-

dert vorgegeben. Geringfügige Erweiterungen des Befestigungsringes im 14. und 15. Jahrhundert ermöglichten die Stadtentwicklung bis 1870.

Erfurt war im Mittelalter nicht nur eine große, sondern auch eine reiche Stadt. Grundlage dieses Wohlstandes war der Handel mit Waid, einer Pflanze, die blauen Farbstoff für die Textilfärbung lieferte und erst nach der Entdeckung der neuen Welt durch Indigo ersetzt wurde. Infolge dieses Reichtums entstanden im mittelalterlichen Stadtgebiet eine Vielzahl von bedeutenden sakralen und profanen Bauwerken, die heute noch in großer Zahl erhalten sind. Da auch der zweite Weltkrieg Erfurt nur vergleichsweise gering beschädigte, treffen wir hier einen Baubestand einer mittelalterlichen Großstadt an, wie er in Deutschland in dieser Weise kaum Vergleiche finden dürfte.

Dieser Stadtorganismus, der noch weitgehend durch mittelalterliche Strukturen geprägt ist, muß nun die städtischen Funktionen des 21. Jahrhunderts erfüllen, woraus zwangsläufig Zielkonflikte entstehen, die auch Gefahren für Kulturdenkmale mit sich bringen. Es ist die Aufgabe des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie, den Erhalt des historischen Erbes kompatibel zu den Anforderungen einer modernen Landeshauptstadt zu gestalten.

Diese Aufgabe ist enorm: In der Altstadt sind noch circa zwanzig mittelalterliche Kirchen, Kapellen, Klöster und Türme abgebrochener Kirchen sowie die in ihrem Bestand in Mitteleuropa einmalige, im Teilen aus dem 11. Jahrhundert stammende Synagoge erhalten. In den Kirchengebäuden ist eine umfangreiche künstlerische Ausstattung seit dem 12. Jahrhundert in Gestalt von Wandmalerei, Plastik, Glasfenstern und Chorgestühlen erhalten. Zahlreiche Stadthöfe mit repräsentativen Vorderhäusern und Wirtschaftsgebäuden gehören zum Stadtbild, wobei es für Erfurt typisch ist, daß älteste Teile dieser Höfe aus dem 12./13. Jahrhundert stammen und in der Gotik, der Renaissance, im Barock, im Klassizismus und im Historismus umgebaut, ergänzt und damit jeweils um neue historische Schichten bereichert wurden.

All diese vielschichtigen und wertvollen Gebäude, die zugleich gebaute Geschichtsquellen darstellen, erfordern hohe Sensibilität bei

Sanierungsmaßnahmen. Daß die Erhaltung dieses umfangreichen und kostbaren Erbes eine intensive Betreuung und umfangreiche Finanzmittel erfordert, versteht sich. Diese Anforderung betrifft nicht nur den Umgang mit der heute noch sichtbar erhaltenen historischen Substanz, sondern bezieht sich ebenso auf die archäologischen Ausgrabungen, die innerhalb der Altstadt grundsätzlich im Vorfeld von Baumaßnahmen stattzufinden haben, oder aber auf die Erhaltungsmaßnahmen an der Zitadelle Petersberg, eine der größten und besterhaltenen barocken Stadtfestungen in Mitteleuropa.

Die Altstadt von Erfurt hatte vor allen Dingen während der letzten zwei Jahrzehnte der DDR unter permanenter Vernachlässigung gelitten und erhebliche Schäden erfahren. Schwerwiegende Bausünden, wie völlig überdimensionierte Wohngebäuderiegel am Rande der Altstadt hatten zudem für erhebliche Beeinträchtigungen im Erscheinungsbild gesorgt. Als 1989 das mittelalterliche Handwerker- viertel um die Andreaskirche aufgrund des schlechten Bauzustands abgerissen und durch modifizierten Plattenbau ersetzt werden sollte, entzündete sich an dieser Maßnahme der Bürgerprotest, der ebenso wie der in Leipzig oder Berlin und letztlich in der ganzen DDR zur politischen Wende führen sollte.

Seither ist, wovon sich Kulturtouristen und Städtereisenden in ständig steigender Anzahl überzeugen, viel geschehen. Die historische Bausubstanz konnte mit erheblichen öffentlichen wie privaten Mitteln entscheidend verbessert werden, entstandene Baulücken wurden durch teils gelungene, teils leider auch weniger gelungene moderne Bauwerke aufgefüllt.

Wo viel Licht ist, ist freilich auch viel Schatten. Auch Erfurt hat mit den typischen Problemen zu kämpfen, mit denen jede Stadt im Osten Deutschlands konfrontiert ist und die selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Denkmalpflege haben: Der dramatische Bevölkerungsabfluß nach der Wende ebenso wie die demographische Entwicklungsbedingen erhebliche Leerstände in historischer Bausubstanz, die teilweise unkontrollierte Entstehung von großflächigem Einzelhandel an der Peripherie saugt Kaufkraft aus der Innenstadt ab und führt zusätzlich zu einer Verödung der innerstädtischen Geschäfts-

viertel. Es ist zusammen mit den Verantwortlichen der Stadt und des Landes auch die Aufgabe der Denkmalpflege, hier für eine Umkehr der Dynamik zu sorgen. Zu Teilen scheint dies zu gelingen: Die Bevölkerungsentwicklung verläuft inzwischen entgegen der allgemeinen Tendenz in Ostdeutschland wieder leicht positiv, zudem ist gerade bei jungen Familien wieder eindeutig ein Trend zum Wohnen in der historischen Altstadt zu registrieren. Es wird für die Denkmalpflege eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein, die Voraussetzungen für diesen Trend, der in der Sehnsucht nach einem geschichtlich gewachsenen, vielschichtigen und authentischen Umfeld zu suchen ist, zu erhalten und dafür zu sorgen, daß sie nicht zu bloßen Attrappen verkommen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde stellt eine wissenschaftliche Denkmalpflege, der die Erforschung der gebauten historischen Quellen obliegt, eine der Schlüsselfunktionen in der Schaffung der »weichen Standortfaktoren« dar: Sie gewährleistet das Bewußtsein der Bürger für die in vielen Wechseln und Friktionen gewachsene gebaute Umwelt, schafft Identifikation und Verwurzelung und ist damit ein nicht zu unterschätzender Faktor für die wirtschaftliche Gesundung ganzer Städte und Regionen.

BERICHT VON DANI KARAVAN

DANI KARAVAN

WAY OF HUMAN RIGHTS

In 1988 I was asked to participate in a competition for creating an environmental sculpture intended for Kartausergasse, which is actually a passageway found between the old wing and the new wing of the Germanisches Nationalmuseum in Nuremberg. Usually I do not participate in competitions, but this time I let Prof. Brockhaus, director and chief curator of the Wilhelm Lehmbruck Museum in Duisburg, persuade me. In this competition participated also the artists: Sol LeWitt, Richard Serra, Günther Uecker, Claus Bury and Otto Herbert Hajek. Serra and LeWitt did not stay in the competition because they suggested existing projects.

The Kartausergasse is a narrow passageway for pedestrians surrounded by buildings from different historical periods, built in different styles, forms and from different materials. I was looking for a way to harmonize both sides of the street without hiding the façade of the buildings. I chose to use columns, which optically create a wall along the passageway but pedestrians who walk here can still see in between the columns the façade of the different buildings. Now I had to decide how many columns to build. At that time, the French celebrated the 200th Jubilee of the »Declaration of Human Rights«

in the French Revolution. This declaration consists of 17 articles so I thought about dedicating each column to an article in the declaration, but 17 columns were not enough to create the effect I wished for. Following the same line of thoughts, I turned to the »Universal Declaration of Human Rights« adopted by the UN in 1948 that consists of 30 articles. The number 30 suited my project. I divided the columns along the street and I found out, to my surprise, that these columns »grew out« of existing columns found under the street and support the bridge over the underground passage connecting the old wing with the new wing of the museum.

I decided to build a gate at the northern side of the street opposite the old gate. The gate was built out of contemporary materials, white concrete, the same material used in casting the columns. I then found out that I must leave a passage for emergency cars near the old gate. Consequently I decided to bury one column in the ground and leave only its upper end exposed. The wall and the building forced me to determine the heights of the columns to no more than 8 meters and the diameter to 80 centimeters.

The first column is positioned near the gate at the northern side, then 27 more columns form a line down to the southern end interrupted by one tree, an oak tree (instead of column 21) and stone slabs (instead of columns 24 and 30).

Each of the 30 elements in the line-up is inscribed with a brief version of one of the Universal Declaration's articles. The inscription is in German and in other language. The additional 30 languages are those spoken by nations or people who suffered from or fought against the Third Reich as well as nations, which throughout history suffered from suppression. They start with Article 1 on the first column in the north and end with article 30 in the south. All languages are arranged in the order of the distance of the corresponding countries from Nuremberg. The only exception is article 1 inscribed in Yiddish, the language spoken by the Jews who lived in Nuremberg.

The western end of the gate bears the Hebrew writing for the commandment »Thou shall not kill« (»LO TIRZACH«).

I was not asked to create in Nuremberg the »Way of Human Rights«. This was not one of the competition's conditions. It was the place itself that called for it, the city Nuremberg known as the city of the Nazi Party Rallies and the city in which the criminal National Socialist Race laws were declared.

During the work process I encountered many problems and more than once I thought about stopping the project and leaving Nuremberg.

Only when the work was completed and inaugurated in an impressive ceremony in 1993, the city mayor said to me: »Now I understand what you have done for Nuremberg. With the help of your work I want to turn a page in the city's history and announce our intention to give a human rights award every 2 years. This price will not only be a sum of money but also a part of your work – a small model of the »Way of Human Rights«.« I could not believe it. It sounded like a paradox: a human rights award in Nuremberg? Nuremberg was declared by the UN as the city of human rights in 2000 and for 10 years now, every 2 years, a human rights award has been given to human rights fighters who put their life in danger for this cause. I did not dream then that my work, my environmental sculpture, would cause the turn of a page in the city's history but today Nuremberg is indeed a city conscious of human rights. The citizens take care of the sculpture. Young and old people stop by from time to time and read the engraved articles.

They are probably disappointed as I am, that mankind does not always respect the words in the articles.

In the last ceremony that took place in 2005, the prize was given to a bereaved mother from Uzbekistan, a human rights fighter who put her life in danger. After the ceremony I was asked by teachers from a local school to meet with children aged 8-9 who wanted to show me their idea to create the way of children rights in Nuremberg.

Maybe, in spite of everything, art has the power to prevent violence and encourage the recognition and respect for every human being's rights.

ÖFFENTLICHE
JAHRESTAGUNG DES ORDENS
VOM 27. BIS 30. MAI 2006
IN BERLIN

VORTRÄGE UND LESUNGEN
IN DER HEILIG-GEIST-KAPELLE ZU BERLIN

HOCHSCHULREFORM IN DEUTSCHLAND –
ERSTE EINDRÜCKE AUS DER PRAXIS

OLIVER GÜNTHER*

Sehr geehrter Herr Ordenskanzler,
sehr geehrte Ordensmitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst ein ganz herzliches Willkommen in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und in dieser wunderbaren Kapelle, deren Renovierung erst vor wenigen Monaten abgeschlossen wurde. Es ist uns eine große Ehre, Sie hier zu Gast zu haben, ebenso wie es uns eine große Ehre ist, mit Herrn Kollegen Albach einen der Unsrigen in Ihren Reihen zu haben.

Viele von Ihnen sind mit den Höhen und Tiefen der deutschen Hochschullandschaft nach wie vor aufs engste vertraut. Dennoch gestatte ich mir, Ihnen in den kommenden Minuten einen kurzen Einblick zu geben in das, was uns hier bewegt – einen kurzen Zwischenbericht aus einer Situation heraus, in der sich vieles im Um-

* Professor Dr. Oliver Günther, Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Spandauer Str. 1, 10178 Berlin

bruch befindet und aus der sich – das sage ich vorweg, da bin ich ausgesprochen optimistisch – in der Tat ein neuer Aufbruch für die deutschen Universitäten entwickeln kann.

Ich bin seit 1993 an dieser Fakultät, bin wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen von persönlichen Erfahrungen an amerikanischen Universitäten geprägt und kann im Rückblick nur sagen: Vieles ist an den deutschen Universitäten heute besser als vor 13 Jahren, und viele Entwicklungen der letzten Jahre gehen genau in die richtige Richtung.

Die von der letzten Regierung angestoßenen Hochschulreformen werden von dieser Fakultät zwar nicht einstimmig, aber doch mehrheitlich klar positiv gesehen.

Das Konzept der Juniorprofessur findet in der Fakultät und an der Universität insgesamt breite Zustimmung. Die Juniorprofessur repräsentiert in nahezu idealer Weise, was wir von unseren jungen Kolleginnen und Kollegen erwarten. Frühzeitige Selbständigkeit! Internationale Orientierung und eine Bereitschaft, sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen! Heute scheint dies alles fast schon selbstverständlich, aber viele von Ihnen wissen, wie umstritten dieses Konstrukt Juniorprofessur in den letzten Jahren war und teilweise noch ist, wobei gerade auch hier in Berlin die schlechten Erfahrungen mit der Assistenzprofessur in den 70er Jahren wohl eine wichtige Rolle spielten. Aber 2006 ist nicht 1969. Wir sind mit unseren fünf Juniorprofessoren sehr zufrieden, die ersten werden wohl bald Rufe auf Professuren auf Lebenszeit erhalten. Daneben plant die Universität, für besonders qualifizierte Juniorprofessoren einen Tenure-Track einzuführen, wobei dieser – um Hauskarrieren zu unterbinden – nur für Juniorprofessoren in Frage kommt, die nicht an unserer Universität promoviert haben.

Auch der Übergang von den Diplom- und Magisterprogrammen zu einem zweistufigen Bachelor-Master-System – Stichwort Bologna-Prozeß – wird an unserer Fakultät mehrheitlich positiv gesehen. Natürlich gab es hierzu wie überall in der Republik auch in unserer Fakultät heftige Debatten, und es geschah mit nur einer Stimme Mehrheit im Fakultätsrat, daß wir vor etwa einem Jahr die Abschaf-

fung des Diplomprogramms beschlossen haben. Seit dem Wintersemester 2005/06 werden an dieser Fakultät keine neuen Diplomstudenten mehr aufgenommen, sondern nur noch Studierende, die einen Bachelor oder einen Master anstreben. Als forschungsorientierte Fakultät planen wir, uns verstärkt auf die Master- und Doktorandenausbildung zu konzentrieren.

Schließlich wurde mit der endlich losgetretenen Exzellenzinitiative der letzten Bundesregierung, an der wir uns in vielfältiger Form beteiligen, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan.

Aber leider gibt es nicht nur Licht, sondern auch Schatten. So ist es ausgesprochen bedauerlich, daß die letzten Jahre von massiven Kürzungen geprägt waren, was die personelle und finanzielle Ausstattung der Fakultät angeht. Sie alle wissen es, das Land Berlin ist ein – um es mal vorsichtig auszudrücken – finanzschwaches Bundesland, und dieser Zustand schlägt uneingeschränkt durch auf die Universitäten. Wenn ich die letzten 10 Jahre Revue passieren lasse, sehe ich massive Kürzungen im Sachmittelbereich wie im Personalbereich. Unser Gebäude hat zwar mit seinen bald 100 Jahren seinen durchaus eigenen Charme, aber wie Sie bei Ihrem Entree sicherlich bereits bemerkt haben, ist diese Kapelle leider nur wenig repräsentativ für den Zustand der übrigen Räume. Dort haben sich die Bauunterhaltungsmaßnahmen in den letzten 100 Jahren nämlich auf das Allernotwendigste beschränkt. Was Personalmittel angeht, so sind von 30 Lebenszeitprofessuren 1993 heute noch 20 übrig. Im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter summieren sich die Kürzungen von 1993 bis heute auf etwa 40 %. Demgegenüber nimmt die Anzahl der Studierenden nach wie vor zu, von etwa 1500 Mitte der 90er Jahre auf derzeit etwa 2200. Wenn Sie die genannten Zahlen in Relation zueinander setzen, werden Sie feststellen, die Betreuungsrelation von Dozenten zu Studierenden hat sich seit 1993 annähernd halbiert.

Was an den Berliner Universitäten derzeit passiert, erinnert mich an das, was ich als gelegentlicher Autofahrer in Berlin zunehmend erlebe: Wenn Schlaglöcher auftreten, wird nicht etwa das Schlagloch repariert. Nein, nein. Man stellt ein Schild auf – da steht dann drauf

»Straßenschäden« – und deklariert Tempo 30. Nun, ich brauche Ihnen nicht zu erläutern, daß eine Geschwindigkeitsbegrenzung im Bildungsbereich andere Konsequenzen hat als im Straßenverkehr.

Was tun wir, um diese unerquicklichen Entwicklungen wenigstens teilweise zu kompensieren? Erstens spielt die Drittmittelinwerbung heute sicherlich noch eine wichtigere Rolle an dieser Fakultät als noch vor 10 Jahren, und die kontinuierlichen Erfolge helfen uns, zumindest in der Forschung die Haushaltskürzungen zu kompensieren. Im Bereich der Lehre hilft dies allerdings nicht weiter, jedenfalls so lange nicht, solange wir in Deutschland nicht endlich auch ein System der Overhead-Finanzierung, also ein leistungsorientiertes System zur Finanzierung der Gemeinkosten bekommen, wie wir es von unseren amerikanischen Kollegen kennen.

Zweitens bemühen wir uns mit zunehmender Intensität um Spenden auch aus privaten Quellen. Auch der Aufbau eines aktiven und nachhaltig zu finanzierenden Alumnivereins zählt zu diesen Bemühungen. Sicherlich wäre es naiv, hier auf amerikanische Verhältnisse zu hoffen. Aber zwischen dem Spendenvolumen von Harvard und der an vielen deutschen Universitäten üblichen Null spannt sich doch ein gewisses Spektrum auf, über das es nachzudenken gilt.

Drittens hoffen wir natürlich auch auf politische Rückendeckung, und ich muß sagen, die sich neuerdings wieder verstärkende Tendenz, in der Hochschulfinanzierung zunehmend föderalistisch zu denken und die Rolle des Bundes systematisch zurückzudrängen, weil die Bildung ja Ländersache ist, scheint mir vor diesem Hintergrund geradezu aberwitzig. Die Schweiz, nicht unbedingt ein abschreckendes Beispiel für eine erfolgreiche Hochschulpolitik, hat die Führungsrolle des Bundes im Bildungsbereich gerade noch einmal ausgebaut. Wir marschieren in die entgegengesetzte Richtung, und ich muß sagen, mir wird bei der Perspektive, zukünftig noch stärker auf unseren Landeshaushalt angewiesen zu sein, angst und bange. Viele von Ihnen wissen es, am kommenden Montag werden diese Fragen in der Anhörung von Bundestag und Bundesrat zur Föderalismusreform noch einmal aufgegriffen. So mancher von Ihnen hatte sich ja auch schon im Vorfeld in diese Diskussion eingebracht, um

für die deutschen Universitäten das Schlimmste zu verhindern. Als Betroffener danke ich Ihnen für Ihr Engagement.

Sehr verehrte Ordensmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, damit will ich meinen kurzen Einblick in das Tagesgeschäft beschließen. Auch wenn immer wieder Stolpersteine zu überwinden sind, bin ich zuversichtlich, daß es uns gemeinsam gelingen wird, in den nächsten Jahrzehnten – so langfristig muß man allerdings wohl denken – an die gerade auch durch diese Universität repräsentierte große Vergangenheit anzuknüpfen, eine neue Balance zwischen exzellenter Forschung und wirksamer Lehre zu finden, und so auch weiterhin unserem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt verbleibt mir nur noch, Ihnen einen schönen Abend zu wünschen in diesen wunderbaren Räumlichkeiten. Vielen Dank.

DIE HEILIG-GEIST-KAPELLE
IN DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN
FAKULTÄT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
ZU BERLIN – EIN BAU- UND KUNSTDENKMAL
AUF DEN ZWEITEN BLICK

JÖRG HASPEL*

Sehr geehrter Herr Ordenskanzler, Herr Prof. Dr. Albach,
sehr geehrter Hausherr, Herr Dekan Prof. Dr. Günter,
hochverehrter Herr Kertész,
sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder und Freunde des Ordens
Pour le mérite,
sehr geehrte Gäste,

die Heilig-Geist-Kapelle ist gewissermaßen ein Denkmal auf den zweiten Blick, unspektakulär, ja unscheinbar an der Spandauer Straße gelegen. Jedenfalls wirkt der Backsteinbau auf Anhieb nicht als beherrschendes Monument im disparaten Stadtzentrum von Berlin. Trotz seiner exponierten Ecklage präsentiert sich das mittelalterliche Baudenkmal heute kaum als Denkmalbau im Straßenbild

* Professor Dr. Jörg Haspel, Landeskonservator des Landes Berlin und Direktor des Landesdenkmalamtes Berlin, Klosterstraße 47 – Altes Stadthaus – 10179 Berlin

und wird wohl auch nur von aufmerksamen Passanten überhaupt als merkwürdiges Bauzeugnis registriert. Ein Grund für die Unauffälligkeit ist sicher der Maßstab des kleinen Gotteshauses mit seinen gotischen Spitzbogenfenstern und dem Maßwerkgiebel. Er kann sich gegen den Maßstabssprung der umgebenden Großstadtarchitektur des 20. Jahrhunderts nur schlecht zur Geltung bringen.

Die sozialistische Zentrumsgestaltung der Hauptstadt der DDR, aber auch die Innenstadtplanung seit dem Mauerfall zerstörten das Bauwerk zwar nicht, ja berührten es nicht einmal, aber sie bezogen sich auch nicht auf diesen Merkpunkt in der historischen Stadttopographie. Gegenüber der Tradition des Stadtgrundrisses und einem der ältesten Bau- und Kunstwerke von Berlin überhaupt verhält sich die Nachkriegsstadt indifferent, wenn nicht ignorant. So steht der Sakralbau zwar in bester Altstadtlage unweit von Rathaus, Marienkirche und Museumsinsel, aber eher beiläufig am Weg in die Spandauer Vorstadt. Einverleibt in den Baukomplex der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität aus dem frühen 20. Jahrhunderts oder meinethalben auch von der kompakten Hochschulbaugruppe unter ihre Fittiche genommen, jedenfalls aber ohne adressenbildenden eigenen Zugang zur öffentlichen Straße, und durch den markanten benachbarten Fakultätsturm eher dominiert als selbst positiv ausgezeichnet, muß sich die vor hundert Jahre profanierte Kapelle nunmehr als Nebengebäude in einem modernen Funktionszusammenhang behaupten.

Um so mehr freue ich mich, daß Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mitglieder und Freunde des Ordens Pour le Mérite, den Weg hierher in dieses unscheinbare Denkmal der Architektur- und Stadtgeschichte von Berlin gefunden haben. Eine Heilig-Geist-Kapelle ist, zumal wenige Tage vor Pfingsten, hoffentlich kein schlechter Ort für Vorhaben und Vereinigungen, die der grenzüberschreitenden Verständigung dienen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
als wir vor wenigen Monaten den Abschluß der Grundinstandsetzung und Restaurierung feiern und diesen Raum der Wirtschaftswissen-

schaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität wieder zum Gebrauch zurückgeben konnten, machte verschiedentlich das Wort vom »Glücksfall«, den der Bau und seine Sanierung bedeute, die Runde. Gemünzt war dies zunächst auf den Umstand, daß es vor allem private Spender und Stifter waren, deren erhebliche Vorleistung die denkmalgerechte Sanierung dieses landeseigenen Bauwerks initiiert hatten. War es doch dem Gründungsdekan der Fakultät, Professor Dr. Wulf Plinke und seiner Frau, Professor Dr. Andrea Plinke, gelungen, rund die Hälfte der erforderlichen Mittel bei Förderern und Gönnern wie der Deutschen Bank mit Herrn von Graevert-May, bei dem Ehepaar Dr. Pia und Klaus Krone, bei Ruth Cornelsen von der Cornelsen Kulturstiftung und bei der Deutschen Stiftung Denkmalschutz einzuwerben oder eben zu erbetteln. Dieses zahlungskräftige bürgerschaftliche Denkmalengagement brachte zwar nicht mehr Mittel in den bekanntlich sehr klammen Berliner Landes- und Hochschulhaushalt, aber es bot sicher die beste Gewähr, daß die Heilig-Geist-Kapelle immer wieder mit Priorität in die öffentliche Haushalts- und Bauplanung eingestellt werden konnte. Und ein kleines Glück war es sicher auch, daß die langwierige Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen eine Art Arbeits- und Gesprächsgemeinschaft hatte entstehen lassen, wie sie auf Baustellen, auch auf Hochschul- oder Denkmalbaustellen, immer seltener anzutreffen ist. Als übergeordneten, historischen Glücksfall aber würdigten die Rednerinnen und Redner vor allem den Umstand, daß mitten in der von gewaltigen historischen Brüchen und Entwicklungsschüben, in einer von Krieg und konfrontativem Nachkriegsstädtebau gezeichneten Berliner Innenstadt ein Bauwerk überlebt hatte, das gewissermaßen von Kopf bis Fuß, vom Dachfirst bis zum Fundament, aus dem Mittelalter der Stadt stammt, also getrost zu den äußerst dezimierten baulichen Gründungsurkunden von Berlin gerechnet werden darf. Als erster schriftlicher Hinweis auf die Existenz des Berliner Heilig-Geist-Spitals gilt ein Gildebrief an die Bäcker aus dem Jahr 1272, dessen Echtheit zwar nicht ganz unbestritten ist, der aber explizit zwei Armenhöfe erwähnt, für die die Bäcker bei Verfehlungen Brote abzuliefern hatten, sozusagen als Ordnungsstrafe oder Bußgeld in

Naturalien. Es wird davon ausgegangen, daß es sich um das ehemalige St.-Georg-Hospital, vormals gelegen in der Gegend des heutigen Alexanderplatzes, handelt und um das Spital, an dessen Existenz diese Kapelle erinnert. Namentlich erwähnt wird ein »Hospital zum Heiligen Geist« erstmals 1288 in einem weiteren Gildebrief der Stadt, nunmehr für die Schneider, die zur Abgabe von Wachs verpflichtet werden. Demnach hätte das Spital zu diesem Zeitpunkt, wenn nicht bereits über eine Kapelle oder gar über diese Kapelle, so wenigstens über einen Bet- und Altarraum verfügt, für den die geforderte Wachsmenge bestimmt war. Mit Gewißheit angenommen werden darf die Existenz eines Sakralraums auf jeden Fall seit dem frühen 14. Jahrhundert, wie sich aus einer Schenkungsurkunde vom 11. April 1313 ergibt:

Daher möchte ich Burchard, Ritter, genannt Gruelhut, daß es zur sicheren Kenntniß aller gegenwärtigen und zukünftigen Christgläubigen gelange, daß ich ... vor allen versammelten Rathmannen Berlins in ihrem Beisein wissentlich, gern und nach reiflicher Überlegung dem Herrn Arnold, Priester, Leiter und Vorsteher des Hauses zum h. Geist ebendasselbst, vier Hufen mit der Pacht und allem Nießbrauch, gelegen in Weißensee, mit Zustimmung meiner Erben als Schenkung verliehen habe, sie frei, ruhig und friedlich Zeit seines Lebens zu besitzen, zum Heil und zum Trost meiner Seele und meiner lebenden und toten Verwandten ... Sodann soll das Gedächtniß und die Bitte für mich und alle meine Verwandten alle Vierteljahr, zu Ostern, Johannis, Michaelis und Weihnachten am folgenden Montag ... bei dem Abendgottesdienst und der Todtenmesse eifrig, fromm und andächtig von den Priestern, die das Haus zu leiten beordert sind, beständig geschehen.

Es sind sozusagen die moralisch-ökonomischen Beweggründe der Stifter und des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Armenwesens, über die uns die zitierte Urkunde unterrichtet. Das Heilig-Geist-Spital war Teil der sozialen Infrastruktur und des religiösen Lebens in der mittelalterlichen Stadt. Die wohltätige Versorgung der Spitalinsassen war Bürgerpflicht und Christenpflicht zugleich,

sie bot aber auch Aussicht auf Unterstützung für das eigene Seelenheil der Stifter und ihrer Angehörigen.

Freilich sagt die ausführlicher zitierte Schenkungsurkunde nichts über die Entstehungs- und Baugeschichte des ehemaligen Gotteshauses aus, in dem wir heute zusammengekommen sind. Es ist nicht abschließend urkundlich oder bauarchäologisch erwiesen, konnte bisher aber auch umgekehrt nicht definitiv ausgeschlossen werden, daß die erwähnten frühesten Meldungen zur Kapelle eines Heilig-Geist-Spitals in Berlin sich auf einen Vorgängerbau beziehen, aus dem oder an dessen Stelle dieses Bauwerk hervorgegangen ist. Insbesondere die Frage, ob die Spitalkirche ebenfalls jenem verheerenden Stadtbrand von 1380 zum Opfer gefallen ist, der angeblich »alle öffentlichen Gebäude, zahlreiche Bürgerhäuser und alle Kirchen außer der Klosterkirche« zerstört haben soll, beschäftigt bis heute die Zunft der interessierten Stadt- und Architekturhistoriker. Wenn es nämlich stimmt, was das elf Jahre nach dem Brand angelegte Stadtbuch überliefert, wonach »kaum 6 Häuser stehen geblieben« seien, dann wäre es ein unerhörter Zufall oder eben ein unglaublicher Glücksfall, wenn ausgerechnet die Armenhofkapelle zu den wenigen Bauwerken gezählt haben sollte, die die Feuersbrunst ohne größeren Schaden überstanden hatten.

Stilgeschichtlich aber und aus Sicht einer vergleichenden Bauforschung, die das historische Architekturzeugnis selbst, seine Materialien und Verarbeitung, als Primärquelle begreift, erscheint es plausibel, daß die Kapelle bereits um 1300 begonnen und in der Folgezeit aus dieser mittelalterlichen Substanz heraus lediglich angepaßt und renoviert worden ist. Was die Archiv- und Aktenlage nicht hergibt, weder bestätigt noch widerlegt, könnten demnach die Quellenlage am Bau und deren historisch-naturwissenschaftliche Auswertung – etwa die Thermolumineszenz-Datierung von sieben analysierten Backsteinproben – belegen: nämlich, daß ein Ursprungsbauwerk zwischen 1285 und 1310 zu datieren ist und wir heute in diesem altüberlieferten Bauwerk zusammengekommen sind.

Für die weitere Entwicklung seit dem späten Mittelalter liefern Archivalien und das Bauwerk selbst unzählige und im wesentlichen

auch konkordante Informationen. Explizit erwähnt wird die Kapelle erstmals 1426 im Rahmen eines aktenkundig gewordenen Streitfalls zwischen dem Hospitalverwalter und den beiden Hospitalpriestern (wie ja überhaupt der Streit der produktivste Vater aller archiva-lischen Überlieferung ist). Ein halbes Jahrhundert später ist der Neubau eines Turmes und des Dachstuhls verbürgt. Darauf verweist nicht nur die 1723 bei Reparaturarbeiten am Turm gefundene schriftliche Nachricht: »Anno 1476 ist der H. Geist Thurm neu ge-bauet, und zum Theil die Kirche, was das Dach anbelanget, weil die Mauer noch im guten Stande gewesen.« Diese Datierung haben jüngst vielmehr auch dendrochronologische Untersuchungen bestä-tigt, also die Ermittlung der Jahresringe und Fälldaten der histori-schen Dachhölzer mittels entnommener Holzproben und Bohrkern-analysen.

Das Gewölbe, unter dem wir versammelt sind, entstand eindeutig nach der erwähnten Erneuerung des Dachtragwerks und trat anstelle einer flachen Holzdecke, von der Reste oberhalb der Gewölbeansätze bis heute im Dachraum erhalten geblieben sind. Gegen 1520, so die im Vergleichs- und in Analogieverfahren mit anderen spätmittelalter-lichen Sternengewölben und ihrer Ausmalung der Region erfolgten jüngsten Datierungen, erfolgte die dreijochige Einwölbung – womög-lich auch als eine letzte kirchenbauliche Abwehrreaktion auf die 1517 durch Luthers Thesenanschlag eingeleitete, in der Mark Brandenburg aber erst 1539 unter Kurfürst Joachim II. eingeführte Reformation. Die erhaltenen Konsolfiguren, die sich ikonographisch auf das Patro-zinium des Hospitals beziehen (Christus als Schmerzensmann, Gott-vater mit Tiara und Weltkugel, Hl. Geist als Taube; Evangelisten-symbole etc.), könnten diese Interpretation stützen, zumal wenn gewissermaßen im Umkehrschluß heute feststellbar Fehlstellen an einigen Konsolen, etwa abgeschlagene Nasen oder unkenntlich ge-machte Gesichtszüge, sich als Spuren einer *damnatio memoriae* oder Ergebnisse eines Ikonoklasmus beweisen lassen sollten.

Zu den wichtigsten nachreformatorischen Änderungen zählte der Einbau von festem Kirchengestühl und mehr noch von seitlichen Emporen, die für 1597 verbürgt sind. Rund 30 Emporenbilder, in

der Regel Stiftungen privater Einzelpersonlichkeiten, dienten als Schmuck zur Unterweisung in der kirchlichen Lehre und zur Selbstdarstellung der ebenso wohlhabenden wie karitativen Stifter. Die überwiegende Mehrzahl der Bilder hat überdauert, auch die beiden Weltkriege sowie den Kalten Krieg, und befindet sich heute in Kirchen bzw. kirchlichen Einrichtungen im Westteil der Stadt.

Mitte des 17. Jahrhunderts erweitert die Spitalkapelle vorübergehend ihre Funktion. Nahe der Stadtmauer am Spandauer Tor, unweit auch vom Zeughaus auf der anderen Seite der Spreeinsel gelegen, diente sie offenbar früher schon Feldkaplänen und Feldpredigern zum Gottesdienst beim Truppenauszug. Im Jahr 1655 erhob Friedrich Wilhelm die Kapelle zur »kurfürstlichen Garnisons-Kirche« und wies ihr eine ständige Pfarrstelle für die Friedensgarnison zu, vielleicht die älteste protestantische Einrichtung dieser Art in Deutschland. Bis Anfang 1703 unweit von hier die – im Zweiten Weltkrieg zerstörte – neue Berliner Garnisonskirche geweiht wurde, fanden die Gottesdienste der Garnison in der Heilig-Geist-Kapelle statt. Die vor der heutigen Eingangstür erhaltene Kopie des Epitaphs für den 1699 verstorbenen Garnisonsprediger Christoph Nagel (das Original war an der Südseite innen eingemauert und wurde mit den Gebeinen 1905 in die Garnisonskirche überführt und im Krieg Opfer der Bomben) erinnert an die Vergangenheit des Hauses als Berliner Garnisonskirche. Auch die Katastrophe einer Pulverturmexplosion, der 1720 mehrere Hospitaliten zum Opfer fielen und die auch Kapellendach und -turm in Mitleidenschaft zogen, ist auf die spital- und garnisonsspezifische Randlage in der Stadt oder, wenn man so will, auf die militärstrategische Nähe zu den Befestigungsanlagen und Bastionen am Spandauer Tor zurückzuführen.

Die weitere Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert ließe sich zusammenfassend vielleicht als eine Art kontrollierter und konservierender Rückbau beschreiben, gelegentlich allerdings aufs äußerste gefährdet durch einen drohenden Totalverlust. 1816 erfolgte aus Kostengründen statt der erforderlichen und vom Hospital geforderten Reparatur der Abbruch des kleinen Kirchturms am Westgiebel, in den folgenden Jahren gingen die Mehrzahl älterer Hospitalbauten

und Kirchenanbauten verloren, ebenso die Friedhofsmauer. Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Bestand beschränkten sich immer mehr auf die gotische Kapelle, die an der Südostecke des Armenhofs als Gelenk für eine Gruppe neu entstandener Hospitalbauten überdauerte.

Das Schlußkapitel der innerstädtischen Standorttradition dieser Sozialeinrichtung sollte aber die Gründung der Berliner Börse einläuten. Letztere hatte im 18. Jahrhundert unter Friedrich Wilhelm I. ihren Ausgang vom Lusthaus bzw. Pomeranzenhaus auf der heutigen Museumsinsel genommen. Um 1860 entstand am gegenüberliegenden Spreeufer der vielbeachtete Berliner Börsenneubau nach Plänen von Friedrich Hitzig. Er bildete den Grundstein für das historische Finanzzentrum Berlin. Die Hauptstadt war nicht nur der größte Börsenplatz im deutschen Kaiserreich, noch weit vor Hamburg oder Frankfurt am Main, sondern bis zum Zweiten Weltkrieg einer der bedeutendsten Börsenstandorte weltweit. Die Erfolge des Finanzplatzes Berlin strahlten auch auf das benachbarte Spitalgelände aus. 1886 traten dort die Verantwortlichen den Rückzug an und verlegten den Spitalbetrieb vor die Tore der Großstadt. Die Berliner Kaufmannschaft konnte das begehrte Nachbarareal erwerben.

Die Tage der Kapelle, die als Restposten einer mehrhundertjährigen Spitaltradition in dem sich ausbreitenden Stadt- und Finanzzentrum christlichen Minderheiten zur Religionsausübung überlassen worden war, schienen gezählt. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Börse und zum Vereinshaus der Berliner Kaufleute und Industriellen sollte statt dessen die neue Handelshochschule entstehen, eine Ausbildungsstätte für Spitzenkräfte der Berliner Wirtschaft sozusagen. Die beweglichen Ausstattungstücke der Kapelle vermachten die Ältesten der Kaufmannschaft dem Märkischen Museum, die beiden Glocken einer bedürftigen Stiftung zur Nachnutzung und das Bauwerk bzw. das Abbruchmaterial wurde für einen originalgetreuen Nachbau an anderer Stelle angeboten. Den 1904 ausgeschriebenen Architekten-Wettbewerb gewann das renommierte Berliner Büro Cremer & Wolfenstein. Der prämierte Entwurf ging vom Abriß des Gotteshauses aus, die Bauherren und Auftraggeber aus der Berliner Wirtschaft sowieso, und die verant-

wortlichen Kommunalpolitiker aus dem benachbarten Rathaus wollten dem Denkmal mit einem Abschiedsbesuch die Ehre erweisen:

Am 23. März 1904 hat sich der Magistrat von Berlin in der Kapelle zum heiligen Geist versammelt, um dies anscheinend dem Untergang geweihte ehrwürdige kleine Gotteshaus noch einmal zu besichtigen und von ihm Abschied zu nehmen. Es soll nicht untersucht werden, ob es möglich gewesen wäre, den alten Bau, dessen Jahreszahl 1313 sich dem Gedächtnis leicht einprägt, zu retten, der nicht einmal im Wege stand wie die ehemalige Spittelkirche [gemeint ist die Getrauden-Spitalkirche JH], vielmehr lediglich Opfer baulicher Ausnutzung geworden ist, jedenfalls muß jeder Freund der Geschichte Berlins das lebhafteste Bedauern empfinden, daß von den nur vier mittelalterlichen Kirchen Berlins wiederum eine verschwinden soll.

Es kam, was vermutlich weder Anhänger der Modernisierungs- und Fortschrittsfraktion noch Berliner Geschichts- und Heimatfreunde für möglich gehalten haben dürften. Allenthalben regte sich der Widerstand gegen den drohenden Denkmalverlust. Auch überregionale Blätter kritisierten die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft. Der Denkmalkonflikt zieht Kreise, das Unverständnis wächst, zumal die Eliminierung des Traditionsbaus weder zwingend noch angemessen erscheint für die Einrichtung einer Wirtschaftshochschule. Über Monate schwelt der Streit. In der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat mehren sich die Stimmen, die sich für eine Erhaltung und Einbeziehung des Baudenkmals in den Handelsschulkomplex aussprechen. Anfang Januar 1905 lenken auch die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft ein. Die Beteiligten gehen auf einander zu, der Magistrat erteilt einen Dispens von der gültigen Bauordnung, stimmt der Erhöhung der Traufkante und einem straßenbildprägenden Turmbau am Gelenk zwischen Alt- und Neubau zu; die Kaufmannschaft erklärt sich im Gegenzug einverstanden mit der Erhaltung und traditionsgerechten Instandsetzung des Außenbaus. Beide Seiten sind sich einig, daß das Innere für die Zwecke der Hochschule in einen Hörsaal umgestaltet, mithin also auch die Em-

poren beseitigt und die Emporenbilder in ein umlaufendes Holzpaneel eingelassen werden können.

Wenn es stimmt, daß der Denkmalwert sich gelegentlich nicht nur aus dem historischen Dokumentationswert, sondern auch aus dem aktuellen Streitwert bemißt, der Bau- und Kunstzeugnissen oder Geschichtszeugnissen für die öffentliche Meinungsbildung und für die Selbstverständigung der Gesellschaft über ihre Vergangenheit zukommt, dann kann die Denkmalbedeutung der Heilig-Geist-Kapelle kaum hoch genug eingeschätzt werden. Markiert der öffentliche Denkmalstreit um dieses mittelalterliche Bauzeugnis doch offenbar über Berlin hinaus einen wichtigen Ausgangspunkt für die nach 1900 erstarkenden Heimatschutzbestrebungen und vielleicht eine Vorform des heute vielbeschworenen zivilgesellschaftlichen Denkmalengagements, also einer NGO oder eben einer staats- und regierungsunabhängigen Bürgerbewegung in Sachen Denkmalschutz. So gesehen erweist sich die Heilig-Geist-Kapelle im historischen Rückblick nicht nur als ein Gegenstand der seit dem frühen 19. Jahrhundert entstandenen modernen Denkmalpflege in Preußen, sondern sie ist auch ein Zeugnis der Geschichte der Berliner Denkmalpflege geworden, sozusagen ein Denkmal der Denkmalfreunde und Konservatoren einer Hauptstadt, die bisweilen als ebenso denkmalreich wie denkmalfeindlich gilt.

Ihren Ruf als historischer Glücksfall, von dem eingangs unter Verweis auf die Wiedereinweihung vor wenigen Monaten die Rede war, verdankt die Kapelle also auch vielbeachteten Rettungsanstrengungen, wie sie zur Wende vom 19. ins 20. und zuletzt wieder zum 21. Jahrhundert zu verzeichnen waren. Die Kapelle ist nicht nur besser über das 20. Jahrhundert gekommen als manch anderer mittelalterliche Sakralbau von Alt-Berlin – man denke etwa an die nur als Kriegsrüne und Mahnmahl gesicherte Franziskanerklosterkirche oder auch an die historischen Substanzverluste der aus den Trümmern wiederaufgebauten Nikolaikirche. Die Spitalkapelle hat auch bedeutende Projekte überdauert, die sich im Laufe der Jahrhunderte in der Umgebung angesiedelt hatten und mit großen Hoffnungen ins Werk gesetzt worden waren. An die historische Garnison von

Berlin, an die alte Garnisonskirche und den alten Garnisonsfriedhof erinnert heute vor Ort kein historisches Bauzeugnis mehr, nur noch indirekt eine Art Fehlstelle im Stadtgrundriß, nämlich nur wenige Schritte von hier die unsägliche Innenstadtbrache mit Parkplatz und Straßenbahnanschluß vor dem Hackeschen Markt. Wie die Garnisonstradition scheint auch die Börsentradition im Straßenbild der Nachbarschaft ausradiert. Die wegen ihrer großartigen Säulenarchitektur vielgerühmte und in Ausschnitten auch gern als Vorbild an aufblühenden Finanzplätzen kopierte Berliner Börse ist nach dem Krieg bereits zum wiederholten Mal durch zeitgeistige Neubauten ersetzt worden. Und an die älteste Synagoge von Berlin erinnern, vis-à-vis hinter dem Plattenbauriegel an der Spandauer Straße, nur noch die kümmerlichen Reste einer archäologischen Spurensicherung im Abstandsgrün.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
bei der jüngst abgeschlossenen Restaurierung haben die Beteiligten hohe Sorgfalt, vielleicht sogar eine gewisse Scheu walten lassen im Umgang mit dem überlieferten Bauwerk. Der mittelalterliche Dachstuhl blieb, trotz erheblicher Kontroversen wegen statischer Probleme und schädlicher Holzschutzkontaminationen, erhalten. Das reparierte und ertüchtigte Dachtragwerk kann sich heute sogar im Wortsinn sehen lassen, nämlich durch zwei neue Fensteröffnungen, sogenannte Befundfenster, im Obergeschoß. Die notwendige moderne Haustechnik – Kabel, Leitungen, Installationen, Heizkörper – wurden »zerstörungsfrei« eingebracht ohne Eingriffe in historische Wände, Decken oder Fußboden und unauffällig, aber wartungsfreundlich hinter dem umlaufenden Wandpaneel geführt. Und bei der Freilegung der Gewölbeausmalung oder der Konsolfiguren widerstanden Stifter, Haus- und Bauherren sowie Konservatoren der naheliegenden Versuchung, über die ermittelten Befunde hinaus Ergänzungen vorzunehmen, auch wenn gute Eingebungen dazu unter dem Sternengewölbe einer Heilig-Geist-Kapelle sicher nicht ausgeblieben wären. Selbst die freigelegten, gereinigten, wieder verlegten und durch Nachbrände ergänzten Terracotta-Platten des Fußbodens,

der auf historisches Niveau abgesenkt ist und mit kleinen quadratischen Holzeinlassungen auf die ehemaligen Emporen Pfeiler verweist, sind mit unerhörter Akribie untersucht und konserviert worden.

Bau- und Bodendenkmalpfleger sowie Restauratoren sind mit der materiellen Überlieferung dieses Baudenkmals sehr skrupulös umgegangen. Kustoden oder Konservatoren sind von Staats oder Gesetzes wegen auf Zeit bestellte Hüter von Denkmalen. Mit Ihrer heutigen Zusammenkunft und der Lesung von Imre Kertész in der restaurierten Heilig-Geist-Kapelle gibt der Orden Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste, geben Sie, meine Damen und Herren Ordensmitglieder und Ordensfreunde, auch diesem konservatorischen Anliegen einen Sinn. Dafür danke ich sehr herzlich.

Zitate und Angaben sind der Festschrift zur Wiedereröffnung der Heilig-Geist-Kapelle im Oktober 2005 entnommen: Die Heilig-Geist-Kapelle in Berlin. Geschichte – Forschung – Restaurierung, hrsg. von der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Landesdenkmalamt Berlin. Petersberg 2005

LESUNG

IMRE KERTÉSZ

AUS: »ROMAN EINES SCHICKSALLOSEN«

9

Nach Hause kehrte ich ungefähr zu der gleichen Zeit zurück, wie ich fortgegangen war. Auf jeden Fall war der Wald ringsum schon längst grün, auch über den Leichengruben war Gras gesprossen, und der Asphalt des seit Anbruch der neuen Zeiten so vernachlässigten Appellplatzes, der mit den Resten erloschener Feuerstellen, mit Lumpen, Papier und Konservendosen übersät war, begann in der hochsommerlichen Hitze zu schmelzen, als man in Buchenwald auch mich fragte, ob ich Lust hätte, die Reise anzutreten. Wir wären zumeist junge Leute, so hieß es, unter der Führung einer stämmigen Exzellenz vom ungarischen Lagerkomitee, eines schon grau werdenden Mannes mit Brille, der unterwegs die Dinge für uns erledigen wollte. [...] Das Leben, fügte er hinzu, müsse weitergehen, und, ja, wirklich, etwas anderes konnte es nicht tun, das sah ich ein, nachdem die Dinge nun einmal so standen, daß es überhaupt etwas tun konnte, versteht sich. [...]

Den Weg legten wir auf Lastwagen, Fuhrwerken, zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück – je nachdem, womit uns die verschiedenen Armeen dienen konnten. [...] Am Bahnhof habe ich

die Straßenbahn genommen, weil ich mein Bein sehr zu spüren begann, nun, und weil unter vielen auch eine mit der von einst bekannten Nummer kam. Eine dürre alte Frau mit einem merkwürdigen altmodischen Spitzenkragen rückte auf der offenen Plattform ein wenig von mir ab. Bald ist dann ein Mann mit Mütze und Uniform gekommen und hat meine Fahrkarte verlangt. Ich sagte ihm, daß ich keine habe. Er schlug vor, ich solle eine lösen. Ich sagte, ich käme aus der Fremde und hätte kein Geld. Da sah er meine Jacke an, dann mich, dann auch die alte Frau, und schließlich gab er mir zu verstehen, daß die Benutzung von Verkehrsmitteln Vorschriften unterworfen sei, und diese Vorschriften habe nicht er erfunden, sondern diejenigen, die über ihm säßen. »Wenn Sie keine Fahrkarte lösen, müssen Sie aussteigen«, war seine Ansicht. Ich sagte ihm, daß mir aber das Bein schmerze, worauf sich die alte Frau abwandte und in die Gegend hinausschaute, das aber irgendwie so beleidigt, als hätte ich es, weiß Gott warum, ihr zum Vorwurf gemacht. Doch da kam aus dem Wageninnern, schon von weitem lärmend, ein stattlicher, schwarzhaariger, zerzauster Mensch herausgetrampelt. Er trug ein offenes Hemd, einen hellen Leinenanzug, eine schwarze, an einem Riemen von seiner Schulter hängende Schachtel und in der Hand eine Aktentasche. Was denn das sei, schrie er und befahl: »Geben Sie mir eine Fahrkarte!«, während er dem Schaffner ein Geldstück reichte oder besser: hinstieß. Ich versuchte, ihm zu danken, doch er unterbrach mich und blickte erregt in die Runde: »Es müßten sich eher gewisse Leute schämen«, sagte er, doch der Schaffner war schon im Wageninnern, die alte Frau aber schaute nach wie vor hinaus. Darauf wandte er sich an mich, das Gesicht jetzt milde: »Kommst du aus Deutschland, mein Junge?« »Ja.« »Aus dem Konzentrationslager?« »Natürlich.« »Aus welchem?« – »Aus dem in Buchenwald.« Ja, er hatte davon gehört, wußte auch, daß es »einer der Kreise des Nazi-Infernos« war, so hat er sich ausgedrückt. »Von wo haben sie dich verschleppt?« »Aus Budapest.« »Wie lange warst du dort?« »Ein Jahr, alles in allem.« »Du hast wahrscheinlich viel gesehen, mein Junge, viele Greuel«, meinte er da, und ich habe nichts gesagt. »Na ja«, fuhr er fort. »Hauptsache, es ist aus und vorbei«,

seine Miene hellte sich auf, er zeigte auf die Häuser, an denen wir gerade vorbeirumpelten, und erkundigte sich, was ich jetzt wohl empfand, wieder zu Hause, beim Anblick der Stadt, die ich damals verlassen hatte. Ich sagte: »Haß.« Er schwieg eine Weile, bemerkte dann aber, er müsse mein Gefühl leider verstehen. Im übrigen habe »je nach den Umständen«, so meinte er, auch der Haß seinen Platz, seine Rolle, »ja seinen Nutzen«, und er nehme an, fügte er hinzu, wir seien uns da einig, und er wisse wohl, wen ich haßte. Ich sagte: »Alle.« Er schwieg wieder, dieses Mal etwas länger, und fragte dann: »Hast du viel Schreckliches durchmachen müssen?«, und ich sagte, es käme darauf an, was er unter schrecklich verstehe. Bestimmt, sagte er da, mit einem etwas unbehaglichen Ausdruck im Gesicht, hätte ich viel entbehren, hungern müssen, und wahrscheinlich sei ich auch geschlagen worden, und ich sagte: »Natürlich.« »Lieber Junge«, rief er da, wobei er, wie mir schien, doch langsam die Geduld verlor, »warum sagst du bei allem, es sei natürlich, und immer bei Dingen, die es überhaupt nicht sind!« Ich sagte, im Konzentrationslager sei so etwas natürlich. »Ja, ja«, sagte er, »dort schon, aber ...«, und hier stockte, zögerte er ein bißchen, »aber ... ich meine, das Konzentrationslager an sich ist nicht natürlich!«, endlich hatte er gewissermaßen das richtige Wort erwischt, und ich erwiderte dann auch nichts darauf, denn ich begann allmählich einzusehen: über bestimmte Dinge kann man mit Fremden, Ahnungslosen, in gewissem Sinn Kindern, nicht diskutieren, um es so zu sagen. [...]

Nach ein paar Schritten erkannte ich unser Haus. [...] Auf unserem Stockwerk klingelte ich dann an unserer Tür. Sie öffnete sich auch bald, aber nur so weit, wie der innere Verschuß, irgend so ein Haken oder eine Sperrkette, es zuließ, und ich war etwas überrascht, da ich mich von früher nicht an eine solche Vorrichtung erinnerte. Aus dem Türspalt schaute mich das gelbe, knochige Gesicht einer fremden Frau etwa mittleren Alters an. Sie fragte, wen ich suche, und ich sagte zu ihr, ich wohnte hier. »Nein«, sagte sie, »hier wohnen wir« und wollte die Tür schon wieder schließen, was ihr aber nicht gelang, da ich den Fuß dazwischengestellt hatte. Ich versuchte ihr zu

erklären, das sei ein Irrtum, denn von hier sei ich weggegangen, und es sei ganz sicher, daß wir hier wohnten, sie hingegen versicherte mir, ich täuschte mich, weil ohne jeden Zweifel sie hier wohnten, und gleichzeitig schüttelte sie freundlich, höflich, aber bedauernd den Kopf und versuchte, die Tür zu schließen, während ich versuchte, sie aufzuhalten. In einem Augenblick, als ich zu der Nummer hochsah, ob ich mich nicht vielleicht doch in der Tür geirrt hätte, gab offenbar wohl mein Fuß nach, denn da hat sich ihr Bemühen als erfolgreich erwiesen, und ich hörte noch, wie sie in dem zufallenden Schloß den Schlüssel gleich zweimal umdrehte.

Auf dem Weg zum Treppenhaus zurück stockte ich vor einer vertrauten Tür. Ich klingelte, und bald erschien eine dicke, stattliche Frau. Schon wollte sie – auf bereits bekannte Art – die Tür wieder zumachen; da blitzte hinter ihr eine Brille auf, und aus dem Halbdunkel schälte sich das graue Gesicht von Herrn Fleischmann heraus. Neben ihm tauchten ein umfangreicher Bauch, Pantoffeln, ein großer roter Kopf, ein kindlicher Scheitel und der ausgebrannte Stummel einer Zigarre auf: der alte Steiner, beide, wie ich sie zurückgelassen hatte, so als wäre es gestern gewesen, am Vorabend des Zollhaus-Tages. Sie standen da, schauten mich an, riefen meinen Namen, und der alte Steiner umarmte mich, so wie ich war, samt Mütze, verschwitzt, in meiner gestreiften Jacke. Sie holten mich herein, ins Zimmer, und Frau Fleischmann ist in die Küche geeilt, um zu schauen, ob »ein Häppchen zu essen« da sei, wie sie sich ausdrückte. Ich mußte die üblichen Fragen beantworten: woher, wie, wann, auf welche Weise, dann fragte ich und erfuhr, daß in unserer Wohnung tatsächlich inzwischen andere Leute wohnten. Ich wollte wissen: »Und wir?«, und weil sie sich irgendwie schwertaten, fragte ich: »Mein Vater?«, worauf sie dann endgültig verstummt sind. Nach kurzer Zeit hob sich langsam eine Hand – ich glaube, die von Herrn Steiner – in die Höhe, machte sich auf den Weg und ließ sich dann, wie eine vorsichtige alte Fledermaus, auf meinem Arm nieder. Dem, was sie dann sagten, konnte ich im wesentlichen so viel entnehmen, daß »wir an der Echtheit der Trauerbotschaft leider nicht zweifeln

können«, weil sie auf dem »Zeugnis ehemaliger Kameraden« beruhe, demgemäß mein Vater »nach kurzem Leiden verschieden« sei, in einem »deutschen Lager«, das sich aber eigentlich auf österreichischem Gebiet befinde, na ... wie heißt es doch gleich ..., und ich sagte: »Mauthausen.« »Mauthausen!« riefen sie erfreut, worauf sie sich wieder verdüstern: »Ja, genau.« Ich fragte sie dann, ob sie nicht vielleicht Nachricht von meiner Mutter hätten, und sie sagten gleich: aber ja, doch, und zwar eine erfreuliche, sie lebt, ist gesund, vor ein paar Monaten war sie hier im Haus, sie selbst hatten sie gesehen und mit ihr gesprochen, sie hatte nach mir gefragt. Und meine Stiefmutter? wollte ich auch noch wissen und erfuhr: »Na ja, sie hat inzwischen wieder geheiratet.« »Ach«, forschte ich weiter, »wen denn?«, und da sind sie wieder über den Namen gestolpert. Der eine hat gesagt: »Irgendeinen Kovács, wenn ich mich nicht irre«, der andere: »Nein, nicht Kovács, eher Futó.« Ich habe gesagt: »Sütő«, und auch jetzt nickten sie erfreut und waren nun ganz sicher: »Richtig, Sütő, natürlich« – genauso wie gerade zuvor. Sie verdanke ihm viel, »eigentlich alles«, sagten sie dann: er habe »das Vermögen hinübergerettet«, er habe »sie in den schweren Zeiten versteckt« – so haben sie es formuliert. »Vielleicht«, sann Herr Fleischmann noch ein wenig nach, »hat sie es ein bißchen eilig gehabt«, und dem stimmte auch der alte Steiner zu. »Aber letzten Endes«, meinte er noch, »ist das verständlich«, was dann wieder der andere Alte zugab.

Dann saß ich noch ein Weilchen bei ihnen herum, weil ich schon lange nicht mehr so gesessen hatte, in einem bordeauxrot bezogenen, weichen Samtfauteuil. Auch Frau Fleischmann war inzwischen zurückgekommen und hatte auf einem weißen Porzellanteller mit Zierrand Schmalzbrote gebracht, mit Streupaprika und dünnen Zwiebelringen verziert, denn sie erinnerte sich, daß ich das früher sehr gern gemocht hatte, was ich auch sogleich bezüglich der Gegenwart bekräftigte. Unterdessen erzählten die beiden Alten, »ja, auch hier zu Hause« sei es »nicht leicht« gewesen. Ihr Bericht gab mir den Eindruck eines wirren, verwickelten und nicht nachvollziehbaren Geschehens von nebelhaften Umrissen, die eigentlich nichts so recht

erkennen und verstehen ließen. Es war mehr die häufige, fast schon ermüdende Wiederholung eines Wortes, was mir an ihrer Litanei auffiel, ein Wort, mit dem sie jede neue Wende, jede Veränderung, jede Bewegung bezeichneten: so »kamen« zum Beispiel die Judensternehäuser, »kam« der fünfzehnte Oktober, »kamen« die Pfeilkreuzler, »kam« das Ghetto, »kam« die Sache am Donau-Ufer, »kam« die Befreiung. Nun und dann war da der übliche Fehler: als hätte dieses ganze verwischte, in Wirklichkeit unvorstellbar erscheinende und auch in den Einzelheiten – so wie ich sah – für sie nicht mehr vollständig nachvollziehbare Geschehen nicht in der gewohnten Abfolge von Minuten, Stunden, Tagen, Wochen und Monaten stattgefunden, sondern gewissermaßen auf einmal, irgendwie in einem einzigen Wirbel, Taumel, etwa auf so einer merkwürdigen, unerwartet in eine Ausschweifung ausartenden Nachmittagsgesellschaft, wo die Teilnehmer – weiß Gott warum – plötzlich alle aus dem Häuschen geraten und zuletzt überhaupt nicht mehr wissen, was sie tun. Irgendwann sind sie dann verstummt, und nach einer kurzen Stille hat der alte Fleischmann auf einmal die Frage an mich gerichtet: »Und was für Pläne hast du für die Zukunft?« Ich war etwas überrascht und habe gesagt, daran hätte ich noch nicht so recht gedacht. Da regte sich auch der andere Alte und beugte sich auf seinem Stuhl zu mir. Auch die Fledermaus erhob sich wieder und ließ sich diesmal auf meinem Knie nieder statt auf meinem Arm. »Vor allem«, sagte er, »mußt du die Greuel vergessen.« Ich war noch mehr überrascht und habe gefragt: »Wieso?« »Damit du«, antwortet er, »leben kannst«, und Herr Fleischmann nickte und fügte hinzu: »Frei leben«, worauf der andere Alte nickte und hinzufügte: »Mit einer solchen Last kann man kein neues Leben beginnen«, und da hatte er bis zu einem gewissen Grad recht, das mußte ich zugeben. Nur verstand ich nicht ganz, wie sie etwas verlangen konnten, was unmöglich ist, und ich habe dann auch bemerkt, was geschehen sei, sei geschehen, und ich könne ja meinem Erinnerungsvermögen nichts befehlen. Ein neues Leben – meinte ich – könnte ich nur beginnen, wenn ich neu geboren würde oder wenn irgendein Leiden, eine Krankheit oder so etwas meinen Geist befiele, was sie mir ja hoffentlich nicht wünschten.

»Und überhaupt«, fügte ich hinzu, »habe ich von Greueln nichts bemerkt«, und da sah ich, daß sie ziemlich verblüfft waren. Was das heißen solle, wollten sie wissen, ich hätte »nichts bemerkt«? Da habe ich sie nun aber gefragt, was sie denn wohl in diesen »schweren Zeiten« gemacht hätten. »Na ja ... wir haben gelebt«, sagte der eine nachdenklich. »Wir haben zu überleben versucht«, fügte der andere hinzu. Also hatten auch sie einen Schritt nach dem anderen gemacht – wie ich bemerkte. Was für Schritte, wollten sie wissen, und da habe ich auch ihnen erzählt, wie das zum Beispiel in Auschwitz zugegangen war. Pro Eisenbahnzug – ich will nicht behaupten, daß es unbedingt jedes Mal so war, denn das kann ich nicht wissen –, zumindest in unserem Fall aber ist mit ungefähr dreitausend Personen zu rechnen. Nehmen wir davon etwa tausend Männer an. Rechnen wir für die Untersuchung ein, zwei Sekunden, eher eine als zwei. Den ersten und den letzten lassen wir weg, die zählen ja nie. In der Mitte jedoch, wo auch ich stand, muß man also mit einer Wartezeit von zehn bis zwanzig Minuten rechnen, bis man zu dem Punkt gelangt, wo sich entscheidet: gleich das Gas oder noch einmal davongekommen. In der Zwischenzeit aber bewegt sich die Reihe ständig fort, geht immer weiter voran, und ein jeder macht immer einen Schritt, einen kleineren oder einen größeren, je nach Betriebsgeschwindigkeit.

Daraufhin ist eine Stille entstanden, die bloß von einem Geräusch unterbrochen wurde: Frau Fleischmann nahm mir den leeren Teller weg und trug ihn hinaus, und ich sah sie nicht mehr zurückkommen. Die zwei Alten aber fragen, was das mit der Sache zu tun habe und was ich damit sagen wolle. Ich sagte, nichts Besonderes, nur war es nicht einfach so, daß die Dinge »kamen«, wir sind auch gegangen. Nur jetzt wirkt alles so fertig, so abgeschlossen, unveränderlich, endgültig, so ungeheuer schnell und so fürchterlich verschwommen, so, als sei es »gekommen«: nur jetzt, wenn wir es im nachhinein, von hinten her sehen. Und, freilich, auch wenn wir das Schicksal schon im voraus kennen. Dann bleibt uns, in der Tat, nur noch die einleuchtende Erkenntnis, wie die Zeit vergeht. Dann ist zum Beispiel ein dummer Kuß vom gleichen Grad der Notwendigkeit wie, sagen

wir, ein Tag des Stillhaltens im Zollhaus oder wie die Gaskammern. Bloß, ob wir von hinten oder von vorn schauen, beides sind falsche Betrachtungsweisen – war meine Meinung. Schließlich sind mitunter auch zwanzig Minuten, für sich genommen, eine lange Zeit. Jede Minute hat begonnen, hat gedauert und ist zu Ende gegangen, bevor die nächste begann. Nun aber – sagte ich – ziehen wir doch einmal in Betracht: jede dieser Minuten hätte eigentlich auch etwas Neues bringen können. In Wirklichkeit hat sie nichts gebracht, natürlich – aber dennoch muß man zugeben: sie hätte etwas bringen können, schließlich hätte während einer jeden etwas anderes geschehen können als das, was zufällig geschah, in Auschwitz ebenso wie etwas, nehmen wir einmal an, hier zu Hause, als wir Vater verabschiedet haben.

Auf diesen letzten Satz hin ist der alte Steiner irgendwie in Bewegung geraten. »Aber was hätten wir denn tun können?« fragte er mit einer halb zornigen, halb klagenden Miene. Ich sagte: nichts, natürlich; oder – so fügte ich hinzu – irgend etwas, was genauso unvernünftig gewesen wäre, wie daß wir nichts getan haben, natürlich, wie immer natürlich. »Aber es geht ja gar nicht darum«, versuchte ich weiter, es ihnen zu erklären. »Also worum denn eigentlich?« fragten sie, nun schon etwas die Geduld verlierend, und ich erwiderte, wobei ich fühlte, wie ich selbst immer wütender wurde: »Um die Schritte. »Jeder hat seine Schritte gemacht, solange er konnte: auch ich, und das nicht nur in der Kolonne in Birkenau, sondern schon hier zu Hause. Ich habe sie mit meinem Vater gemacht, mit meiner Mutter, mit Annamaria und auch – vielleicht die schwersten – mit der älteren Schwester. Jetzt könnte ich ihr sagen, was es bedeutet, »Jude« zu sein: nichts, für mich nichts und ursprünglich nichts, solange die Schritte nicht einsetzen. Nichts von alldem ist wahr, es gibt kein anderes Blut, es gibt nichts, bloß ..., ich stockte, doch da ist mir plötzlich der Ausdruck des Journalisten eingefallen: es gibt bloß die gegebenen Umstände und in ihnen neue Gegebenheiten. Auch ich habe ein gegebenes Schicksal durchlebt. Es war nicht mein Schicksal, aber ich habe es durchlebt – und ich begriff nicht, warum es ihnen nicht in den Kopf ging, daß ich nun eben etwas damit anfangen,

es irgendwo festmachen, irgendwo anfügen mußte, daß es jetzt nicht mehr genügen konnte, mir zu sagen, daß es ein Irrtum war, ein Unfall, so eine Art Ausrutscher, oder daß es eventuell gar nicht stattgefunden hat, womöglich. Ich sah schon, sah es sehr wohl, daß sie mich nicht recht verstanden, daß meine Worte ihnen nicht so recht behagten, ja, daß das eine oder andere ihnen geradezu auf die Nerven ging. Ich sah, wie Herr Steiner mich hie und da unterbrechen, hie und da beinahe schon aufspringen wollte, ich sah, wie ihn der andere Alte zurückhielt, und ich hörte, wie er zu ihm sagte: »Lassen Sie ihn, sehen Sie denn nicht, daß er einfach reden will? Lassen Sie ihn doch reden«, und ich redete auch, wahrscheinlich umsonst und wohl auch etwas unzusammenhängend. Aber auch so habe ich ihnen erklärt, daß man nie ein neues Leben beginnen, sondern immer nur das alte fortsetzen kann. Ich und kein anderer hat meine Schritte gemacht, und ich behaupte, mit Anstand. Der einzige Fleck, der einzige Schönheitsfehler, den man mir eventuell vorwerfen könnte, das einzig Zufällige sei, daß wir uns jetzt hier unterhielten – doch dafür konnte ich nichts. Ob sie denn wollten, daß diese ganze Anständigkeit und alle meine vorangegangenen Schritte nun ihren ganzen Sinn verlören? Warum dieser plötzliche Gesinnungswandel, warum diese Widerspenstigkeit, warum dieser Unwille einzusehen: wenn es ein Schicksal gibt, dann ist Freiheit nicht möglich: wenn es aber – so fuhr ich fort, selbst immer überraschter, immer erhitzter – die Freiheit gibt, dann gibt es kein Schicksal, das heißt also – ich hielt inne, aber nur, um Atem zu holen –, das heißt also, wir selbst sind das Schicksal – dahinter war ich plötzlich gekommen, und zwar in diesem Augenblick mit einer solchen Klarheit wie bisher noch nie. Ein bißchen bedauerte ich sogar, nur sie und nicht intelligentere, sozusagen würdigere Gegner vor mir zu haben. Aber sie waren nun einmal da, sie sind – so ahnte ich wenigstens in diesem Augenblick – überall da, und jedenfalls waren sie auch dagewesen, als wir meinen Vater verabschiedet hatten. Auch sie hatten ihre Schritte gemacht. Auch sie hatten im voraus alles gewußt, auch sie hatten alles vorausgesehen, auch sie hatten sich von Vater verabschiedet, als sei es schon sein Begräbnis, und später waren sie sich auch bloß darüber in die

Haare geraten, ob ich mit der Vorortbahn oder besser mit der Straßenbahn nach Auschwitz fahren sollte ... da aber ist nicht nur Herr Steiner, sondern auch der alte Fleischmann aufgesprungen. Er versuchte zwar noch immer, den anderen zurückzuhalten, aber es gelang ihm nicht mehr. »Was?« fuhr dieser mich an, mit hochrotem Gesicht, sich mit der Faust auf die Brust schlagend: »Am Ende sind wir noch die Schuldigen, wir, die Opfer?«, und ich versuchte, ihm zu erklären: es gehe nicht um Schuld, sondern nur darum, daß man etwas einsehen müsse, schlicht und einfach, allein dem Verstand zuliebe, des Anstands wegen, sozusagen. Man könne mir, das sollten sie doch versuchen zu verstehen, man könne mir doch nicht alles nehmen; es gehe nicht, daß mir weder vergönnt sein sollte, Sieger, noch Verlierer zu sein, weder Ursache noch Wirkung, weder zu irren noch recht zu behalten; ich könne – sie sollten doch versuchen, das einzusehen, so flehte ich beinahe schon: ich könne die dumme Bitternis nicht herunterschlucken, einfach nur unschuldig sein zu sollen. Doch freilich, ich merkte, sie wollten gar nichts einsehen, und so bin ich dann, Sack und Mütze nehmend, gegangen, begleitet von ein paar wirren Worten, Bewegungen, einigen unvollendeten Gebärden und in der Schweben bleibenden Sätzen.

Unten nahm mich die Straße in Empfang. Zu meiner Mutter mußte ich die Straßenbahn nehmen. Aber jetzt ist mir schon eingefallen: richtig, ich habe ja kein Geld und so habe ich dann beschlossen, zu Fuß zu gehen. Um Kraft zu sammeln, bin ich noch für einen Augenblick auf dem Platz, bei der Bank von vorhin stehengeblieben. Dort vorn, wo ich dann würde gehen müssen und wo die Straße sich zu verlängern, zu verbreitern, ins Unendliche zu verlieren schien, waren die Schäfchenwolken über den bläulichen Hügeln schon violett und der Himmel purpurn. Auch war es, als hätte sich um mich herum etwas verändert: der Verkehr hatte sich beruhigt, die Schritte der Menschen waren langsamer geworden, ihre Stimmen leiser, ihre Blicke milder, und es schien, als würden sie ihre Gesichter einander zuwenden. Es war die gewisse Stunde – selbst jetzt, selbst hier erkannte ich sie –, die mir liebste Stunde im Lager, und ein schneidendes, schmerzliches, vergebliches Gefühl ergriff mich: Heimweh.

Alles war auf einmal wieder da, wurde lebendig und stieg in mir hoch, all die seltsamen Stimmungen, all die winzigen Erinnerungen überfielen, durchzitterten mich. Ja, in einem gewissen Sinn war das Leben dort reiner und schlichter gewesen. Alles fiel mir wieder ein, an alle erinnerte ich mich der Reihe nach, an die, die mich nicht interessierten, ebenso wie an die, die allein schon durch die Registratur, allein schon durch mein Dasein gerechtfertigt waren: Bandi Citrom, Pjetka, Bohusch, der Arzt und alle anderen. Und zum erstenmal dachte ich jetzt mit einem ganz kleinen Vorwurf an sie, irgendwie mit einem liebevollen Groll.

Aber wir wollen es nicht übertreiben, denn gerade da ist ja der Haken: ich bin da, und ich weiß wohl, daß ich jeden Gesichtspunkt gelten lasse, um den Preis, daß ich leben darf. Ja, und wie ich so über den sanft in der Abenddämmerung daliegenden Platz blicke, die vom Sturm geprüfte und doch von tausend Verheißungen erfüllte Straße, da spüre ich schon, wie in mir die Bereitschaft wächst und schwillt: ich werde mein nicht fortsetzbares Dasein fortsetzen. Meine Mutter wartet auf mich und wird sich wahrscheinlich sehr über mein Auftauchen freuen, die Arme. Ich erinnere mich, früher hatte sie den Plan, daß aus mir einst ein Ingenieur, ein Arzt oder dergleichen werde. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch so werden, wie sie es wünscht; es gibt keine Absurdität, die man nicht ganz natürlich leben würde, und auf meinem Weg, das weiß ich schon jetzt, lauert wie eine unvermeidliche Falle das Glück auf mich. Denn sogar dort, bei den Schornsteinen, gab es in der Pause zwischen den Qualen etwas, das dem Glück ähnlich war. Alle fragen mich immer nur nach Übeln, den »Greueln«: obgleich für mich vielleicht gerade diese Erfahrung die denkwürdigste ist. Ja, davon, vom Glück der Konzentrationslager, müßte ich ihnen erzählen, das nächste Mal, wenn sie mich fragen.

Wenn sie überhaupt fragen. Und wenn ich es nicht selbst vergesse.

Aus: Imre Kertész: »Roman eines Schicksallosen«, Rowohlt Verlag, Berlin 1996.

TISCHREDE
VON HANS MAGNUS ENZENSBERGER
ANLÄSSLICH DER EINLADUNG
DES STAATSMINISTERS

HANS MAGNUS ENZENSBERGER

KULTURPOLITIK UNTER DER ZIRKUSKUPPEL.
EINE TISCHREDE

Sehr geehrter Herr Minister, liebe Ordensschwwestern und -brüder, meine Damen und Herren,

wer wüßte es nicht: Das Thema, über das zu reden mir aufgetragen ist, steckt voller Fallstricke. Kulturpolitik: Nicht nur weiß niemand genau, was dieser zwittrige Begriff genau genommen bedeutet. Er gleicht einem Kentaur, einem Hippogryphen, einer Sphinx, mit einem Wort: einer Chimäre. Fest steht nur, daß die Kulturpolitik jenseits des Feuilletons für alle, die mit ihr zu tun haben, mehr Widrigkeiten als Freuden bereithält. Es ist somit keiner zu beneiden, der tagaus tagein ex officio damit befaßt ist.

Gewiß ist es erfreulich, daß der Staat sich überhaupt der Kultur annimmt, ein Umstand, der auf eine lange deutsche Tradition zurückgeht. Bekanntlich rührt das auch daher, daß die deutsche Einheit eine ziemlich späte Errungenschaft gewesen ist. Die Kleinstaaterei ist unser Lieblingsspielzeug geblieben, und so leistet sich jedes Residenzstädtchen bis heute sein Theater, sein Orchester, sein Museum, das eine oder andere Festival und manche andere Annehmlichkeiten. Wenn der Bund es nicht richtet, wird es schon das Land oder die

Gemeinde tun – ein Zustand, um den uns manche Leute im Ausland, vornehmlich, aber nicht ausschließlich Künstler, gelegentlich beneiden.

Das ist nett, aber teuer. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Kulturpolitik vor allem dann von sich reden macht, wenn es um Geld geht. Ich kann mir lebhaft vorstellen, wie es in den vielen zuständigen Ausschüssen, Räten und Gremien zugeht. Sie sind gewöhnlich nicht mit Komponisten, Bildhauern oder Autoren besetzt, sondern mit Verbandsvertretern, die gerne zu solchen Sitzungen eilen. Ihre Mitglieder sind sich der Tatsache wohl bewußt, daß sie immer am Katzentisch der Politik sitzen. Zwar kann sich kein Finanzminister und kein Stadtkämmerer ihrer gänzlich entledigen; das Geheul der Zeitungen klänge den Politikern allzu schrill in den Ohren, wollten sie allzu deutlich aussprechen, was sie von diesen ewig unzufriedenen Kostgängern halten; und im übrigen gibt es ja auch Volksvertreter, die sich hin und wieder in der Oper oder auf einer Vernissage sehen lassen.

In jedem Fall aber stellt die Kulturpolitik, sobald es im Etat knirscht, das ideale Bauernopfer dar. Zwar bringt es bitter wenig, hier ein Goethe-Institut und dort eine Bibliothek oder eine Musikschule zu schließen; im Gegenteil, es handelt sich um die gezielte Vernichtung von Investitionen. Aber dort, wo Entscheidungen getroffen werden, sind die sogenannten weichen Faktoren immer als erste dran; denn wer möchte sich schon mit der Industrie, mit den Bauernverbänden oder mit den Sportkonzernen anlegen? Und außerdem: Sind die sogenannten Kulturschaffenden nicht selber schuld daran, daß ihr Budget sich so wunderbar als Verfügungsmasse eignet? Konstitutionell unfähig, sich politisch zu organisieren, sind sie nicht in der Lage, ihre Interessen als Wähler zu vertreten und durchzusetzen. Mit der Strom- und der Pharma-Lobby ist noch keine Regierung fertig geworden; die Kulturindustrie hingegen braucht niemand zu fürchten, obwohl sie nach der Zahl der Beschäftigten und nach ihrem Umsatz die Landwirtschaft und andere Branchen bei weitem übertrifft.

Ich muß übrigens zugeben, daß mich das gar nicht weiter stört. Ich bin nämlich froh, wenn ich darauf verzichten kann, daß der Staat

mir unter die Arme greift. Ich bin schon froh, wenn er mir keine Knüppel zwischen die Beine wirft, wie er es mit seinem hirnlosen Versuch getan hat, die deutsche Rechtschreibung zu ruinieren. Als Schriftsteller bin ich freilich in einer relativ glücklichen Lage; denn die Produktionskosten eines Buches liegen im niedrigen vierstelligen Bereich. Wehe aber dem, der eine Oper auf die Bühne bringen oder einen Film drehen will! Sein Aufwand geht in die Millionen, und deshalb wird er früher oder später als Bitt- und Antragsteller auftreten müssen.

Auch in diesem Fall wird man jedoch daran erinnern dürfen, daß die Fütterung von Künstlern nicht zu den Geboten unserer Verfassung gehört. Wer Theater spielen, Installationen hervorbringen oder Gedichtbände schreiben will, sollte sich darüber im klaren sein, daß er sich auf höchst riskante Tätigkeiten einläßt. Für den Fall, daß er mit seiner Arbeit kein Auskommen findet, sollte er darauf verzichten, sich beim Staat zu beklagen. Jammernde Künstler sind kein schöner Anblick.

Sie sehen schon, Herr Minister, meine Damen und Herren, ich habe Ihnen keine starken Ratschläge und keinen Trost zu bieten. Vielleicht erlauben Sie mir aber wenigstens zwei kleine Anregungen. Meine erste Bitte geht dahin, sich, soweit es nur geht, von der Verbeamtung der Kultur zu verabschieden. Die Tätigkeiten, um die es sich hier handelt, stehen dem Dienstrecht fern; sie kennen keine Pensionsansprüche, keinen Bundesangestelltentarif und keine Garantien. Lassen Sie deshalb in Ihrer ministeriellen Güte Zeitverträge walten, vertreiben Sie die Gewerkschaften aus dem Musentempel, geben Sie den Leuten Autonomie, und verabschieden Sie sich von dem häßlichen Laster des Kameralismus.

Meine zweite Bitte schneidet hoffentlich weniger tief und schmerzhaft in die Gepflogenheiten deutscher Behörden ein. Wo es an Mitteln fehlt, sollte man es, denke ich, unterlassen, das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen. Das geschieht tagtäglich in einem Marathon von Veranstaltungen, Weltausstellungen, Podiumsgesprächen und Kongressen, für die sich in unserer Sprache die Bezeichnung event eingebürgert hat. Flugtickets von und zu den entferntesten Destina-

tionen, Hotels, Pressekonferenzen, Sicherheitskräfte, großes Buffet – für diesen Zirkus fehlt es sonderbarerweise nie an Geld. Der gastgebende Würdenträger erzielt ein stattliches Echo in der Presse und darf in der Tagesschau auftreten. Produziert wird normalerweise wenig oder nichts. Entscheidend ist die Repräsentation. Für das, was ein solches Großereignis kostet, könnte man Dutzende von Übersetzern ins Brot setzen, angehende Filmemacher mit Kameras und Schneidetechnik ausrüsten und ganze Bibliotheken gründen. So etwas ist preiswert, aber unauffällig. Dazu braucht es keine Gala, und ich versichere Ihnen, was dabei herauskäme, kann keine Großveranstaltung leisten. Mit der Kultur verhält es sich wie mit den Brötchen. Gewöhnlich sind es die kleinen, die am besten schmecken.

Es mag Ihnen merkwürdig vorkommen, daß ich mich aus diesem Anlaß mit solchen Bemerkungen hervorwage; denn wir befinden uns hier schließlich selber auf einer Tagung. Ist das nicht ein performativer Widerspruch? Als mildernden Umstand mögen Sie immerhin gelten lassen, daß wir so wenige sind. Unser Treffen ist keine Mammutveranstaltung. Das ist gut; denn jeder von Ihnen weiß aus Erfahrung, daß sich die Ergiebigkeit einer Unterhaltung umgekehrt proportional zu ihrer Teilnehmerzahl verhält. Und somit, meine Damen und Herren, Gott und allen Musen befohlen!

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES ORDENS

IM GROSSEN SAAL

DES KONZERTHAUSES BERLIN

AM GENDARMENMARKT

29 . MAI 2006

BEGRÜSSUNGSWORTE
DES ORDENSKANZLERS
HORST ALBACH

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, lieber Protektor des Ordens
Pour le mérite,
Königliche Hoheiten, Exzellenzen, Herr Gesandter, liebe Freunde
des Ordens, verehrte Gäste, meine Damen und Herren.

Ich eröffne hiermit die öffentliche Sitzung des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich und danke Ihnen für Ihr Kommen.

Dear Doctor Preston, dear Professor Rumore, we pay tribute today to a member of our Order, your father and father-in-law, Professor Gordon Craig. I welcome you very cordially. Professor Craig was an outstanding scientist and a wonderful person. I express my personal sympathy with you on the death of your father. When your father was initiated in the Order in 1991, George Kennan gave the speech of introduction. Today Karl Dietrich Bracher will speak in his memory. When Marie Luise Kaschnitz became a member of the Order, she told a friend that the members of the German Order Pour le mérite are considered to be equals to the »Immortels« of the French Academy. Be that as it may: for us your father is an Immortal indeed!

Meine Damen und Herren: Ich stelle mich Ihnen als neuer Kanzler des Ordens vor. Ich habe dieses Amt übernommen in der Hoffnung, daß Gott mir dazu nicht nur den Verstand, sondern auch die Kraft gibt, den Anforderungen dieses Amtes gerecht zu werden. Es ist eine freudige Pflicht, meinem Vorgänger im Amt, Herrn Professor Zachau, für zwölf Jahre arbeits- und erfolgreichen Wirkens zu danken. Er wurde eine große Strecke seines Weges begleitet von den

beiden Vizekanzlern, den Herren Professoren Fuhrmann und Busmann. Auch ihnen gilt mein herzlicher Dank. Die neuen Vizekanzler sind Dr. Hans Magnus Enzensberger und Professor Erwin Neher. Herr Neher ist für die Durchführung einer Innovation des Ordens verantwortlich: Am Tage nach der Frühjahrstagung stellen sich Mitglieder des Ordens für Diskussionen mit Studenten der Hochbegabten-Förderwerke an den Berliner Universitäten zur Verfügung. Morgen werden acht Mitglieder des Ordens mit 72 Stipendiaten der Studienstiftung des deutschen Volkes zu Gesprächen zusammentreffen. Im Anschluß an die Herbstsitzungen werden wir Gespräche mit Schülern der örtlichen Oberschulen und Gymnasien führen. Die Mitglieder des Ordens werden immer wieder gefragt, warum der Orden als Institution sich nicht öffentlich zu drängenden Problemen in unserer Gesellschaft äußert. In einem Aufsatz aus Anlaß des einhundertjährigen Bestehens des Ordens, den Theodor Heuss im Jahre 1942 in der Frankfurter Zeitung veröffentlichte – freilich wegen der prekären Lage des Ordens und seiner eigenen Person unter anderem Namen –, sprach der spätere erste Bundespräsident und Protektor vom Orden als einem »Areopag des Geistes«. Jakob Burckhardt sah im Orden eine großartige Mischung großer Geister und wollte die Synergien der interdisziplinären Diskussion im Orden zum Wohle der Gesellschaft genutzt sehen. Frau Staatsministerin Weiss hat im vergangenen Jahr im Kreise des Ordens die Frage gestellt, ob der Orden nicht ein »redender Orden« werden könne. Nach reiflicher Überlegung und sehr harmonischer Diskussion sind die Mitglieder zu dem Ergebnis gekommen, bei der traditionsreichen Strategie zu bleiben: »Der Orden redet nicht, es reden die Mitglieder!« Von sich aus reden die Mitglieder des Ordens nicht gerne über ihre Verdienste. Daher redet heute der Kanzler mit Freude über die Tätigkeiten der Mitglieder im vergangenen Jahre. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Bericht lücken- und beispielhaft sein muß. Vieles, was die Mitglieder des Ordens auf Ordenssitzungen zu einem konkreten Thema sagen, erscheint in den Jahresbänden des Ordens. Die Stammzellenforschung war Thema der Herbstsitzung in Gelsenkirchen im Jahre 2002. Die grundlegenden Referate wurden von

dem Mediziner Gerok, von dem Theologen Jüngel und von der Entwicklungsbiologin Nüsslein-Volhard gehalten. Im Herbst des vergangenen Jahres wurde in Erfurt über das Thema »Beschäftigung und Arbeitslosigkeit« diskutiert. An dieser Diskussion beteiligten sich die Wirtschaftswissenschaftler Giersch und Solow, der Jurist Casper, der Soziologe Dahrendorf, der Theologe Jüngel und der Künstler v. Pilgrim mit grundlegenden Referaten. Im Herbst dieses Jahres werden wir über das Zusammenwachsen Europas und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im erweiterten Europa am Beispiel von Görlitz und Zgorzelec sprechen. Der Historiker und frühere Außenminister Polens, unser Mitglied Professor Geremek, wird das interdisziplinäre Gespräch einleiten. All dies ist in den Jahresbänden des Ordens nachzulesen. In Zukunft werden die Referate, thematisch zusammengefaßt, auch als Sonderdrucke verfügbar sein.

Ich möchte an dieser Stelle nicht von den bedeutenden nationalen und internationalen Ehrungen, Auszeichnungen, Vorträgen und Preisen reden, welche die Mitglieder im abgelaufenen Jahr erhalten und gehalten haben. Ich berichte über Tätigkeiten der Mitglieder. Ich habe sie aus der Fülle der Tätigkeiten sehr subjektiv und beispielhaft ausgewählt.

Der Autor des in einer namhaften deutschen Tageszeitung als Vorabdruck erschienen Buches »Die Intrige« ist Peter von Matt. Er gehört dem Orden seit 1996 an. Dani Karavan, der Schöpfer der Stelen auf der Straße der Menschenrechte in Nürnberg, hielt im vergangenen Jahr in Nürnberg, der »UNO-Stadt der Menschenrechte«, die Laudatio auf Frau Tamara Chicunova aus Usbekistan, der der Internationale Menschenrechtspreis für ihr Engagement gegen Folter und Todesstrafe zuerkannt wurde. Günter Blobel spendete seinen Nobelpreis für Medizin 1999 in Höhe von 1,8 Millionen DM für den Wiederaufbau der Frauenkirche und für den Neuaufbau der Synagoge in Dresden. Manfred Eigen, der bereits im Alter von 47 Jahren zum Mitglied des Ordens gewählt wurde, hat vor einigen Jahren zusammen mit zwei Partnern das Unternehmen Evotec gegründet und in-

zwischen über 600 Arbeitsplätze geschaffen. Peter Busmann erwähnte in seiner Festrede auf der Öffentlichen Sitzung vor zwei Jahren sein Dorf- und Schulentwicklungsprojekt in Peru. Das Projekt ist unter maßgeblicher Beteiligung Busmanns weitergeführt worden und steht vor dem erfolgreichen Abschluß. Es übt inzwischen Vorbildfunktion für Nachfolgeprojekte in Peru aus. Unserem Ordensmitglied Albert Schöne haben drei seiner Schüler ein Geschenk zum achtzigsten Geburtstag gemacht: Sie gaben siebzehn seiner Reden über Literatur in dem Band »Vom Betreten des Rasens« heraus. Darin findet sich eine Rede über die Göttinger Sieben, die dem Orden den Grundton für seine Tagung in Göttingen 2007 gibt. Die Mitglieder des Ordens werden sich mit dem Thema beschäftigen, das Henry David Thoreau in seinem berühmten Essay »On Civil Disobedience« behandelt hat. Das Buch »Einstein's Deutschland« von Fritz Stern erschien im vergangenen Jahr in chinesischer Übersetzung mit einem Vorwort, in dem nachdrücklich auf die Forderungen Einsteins eingegangen wird, die Menschenrechte zu achten. Wenn ein Mitglied des Ordens im Alter von über achtzig Jahren sagt, er habe im vergangenen Jahr eigentlich nichts geleistet, er habe nur intensiv an der 11. Auflage seines Lehrbuches über »Innere Medizin« gearbeitet, so halte ich das für ein bemerkenswertes Understatement einer außerordentlich berichtenswerten Leistung: Wolfgang Gerok gibt damit ein nachahmenswertes Beispiel dafür, daß in unserer Zeit der Hoch- und Feinstspezialisierung ein allgemeines, Spezialisierungen verbindendes Lehrbuch möglich und gefragt ist. Das hat Vorbildfunktion für die Medizin, aber auch für viele andere Fächer.

Meine Damen und Herren, das waren einige Beispiele für die Wirkung der Mitglieder des Ordens in der Gesellschaft. Ich finde es großartig zu sehen, wie die Mitglieder des Ordens aus wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Verantwortung nach wie vor für die Menschen weltweit tätig sind.

Lassen Sie mich zum Schluß den »Sinfonischen Blechbläsern Berlin« danken, die die Öffentliche Sitzung des Ordens begleiten. Sie

spielen am Ende der Sitzung den Ungarischen Tanz Nr. 5 von Johannes Brahms. Brahms wurde im Jahre 1887 zum Mitglied des Ordens gewählt.

Hochverehrter Herr Bundespräsident, verehrte Frau Preston, liebe Gäste: Ich gebe nun das Wort an Karl Dietrich Bracher.

GEDENKWORTE

GORDON ALEXANDER CRAIG

26. NOVEMBER 1913 – 30. OKTOBER 2005



Gordon A. Craig

Gedenkworte für
GORDON ALEXANDER CRAIG

von
Karl Dietrich Bracher

Wir gedenken des großen Historikers Gordon Alexander Craig, der im Alter von nahezu 92 Jahren am 30. Oktober 2005 in Kalifornien gestorben ist. Dem Orden Pour le mérite gehörte er seit 1990 an, und vor zehn Jahren, 1996, hielt er uns, damals noch in der Aula der Universität Bonn, einen facettenreichen Festvortrag über die »Gedanken eines Historikers am Ende des Jahrhunderts« – mit eindrucksvollen Beispielen von Hoffnungen des Fortschritts wie auch der tiefen Enttäuschungen, die Wissenschaft und Kultur in Demokratien und Diktaturen den Zeitgenossen gebracht haben. Schon in den frühen sechziger Jahren hatten meine Frau und ich Gordon Craig mit seiner sehr verehrten Gattin in all seiner Liebenswürdigkeit, seinem gediegen geistreichen Humor und zugleich wissenschaftlichen Ernst in Stanford kennengelernt, als unermüdlichen Professor und als reich belesenen Homme de lettres. Wie in Amerikas Universitäten beeindruckte er in Deutschland durch seine straffe, freundliche Erscheinung als Historiker, Redner und Gesprächspartner.

Geboren am 26. November 1913 in Glasgow, Schottland, am Vorabend des Ersten Weltkriegs also, gelangte Gordon Craig schon 1914 mit seinen Eltern nach Kanada und 1925 in die USA. Eine welthisto-

rische Konstellation seines Lebens war ihm gleichsam vorgegeben, und er hat sie dann auch ergriffen, nicht unähnlich dem 1914 geborenen und vor kurzem verstorbenen englischen Hitlerbiographen Alan Bullock – auch er Pionier unserer Zeitgeschichte dann nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch Gordon Craig stellte sich in einen viel weiteren historischen Zusammenhang, zurück bis Machiavelli und zum Dreißigjährigen Krieg. In seinen ersten großen Studien über die besondere Problematik des Verhältnisses von Militär und Politik, von Armee und Zivilgestalt in drei Jahrhunderten europäischer und deutscher Geschichte erforschte er das vielumstrittene Thema mit vergleichendem Blick zumal auf Preußens kommende Rolle in Europa. Dabei war biographisch von Bedeutung, daß es Craig während seines Studiums in Princeton und Yale schon 1935 gelang, eine längere Reise mit einer Studiengruppe von Undergraduates nach Deutschland zu unternehmen, wo er sich bereits mit den Phänomenen beginnender totalitärer und militärischer Entwicklung in einem hochstehenden Kulturland konfrontiert sah. Die zentrale Frage nach deren geschichtlichen Hintergründen und Ursachen beschäftigte ihn sehr während der folgenden schicksalhaften Jahre, die er als Rhodos-Scholar 1936-1938 in Oxford verbringen konnte. Und seit 1935 führte er nun auch seine Tagebücher über mehr als 60 Jahre, die in Stanford der Veröffentlichung harren.

Im amerikanischen Kriegsjahr 1941 wurde Craig in Princeton promoviert, lehrte dort wie schon in Yale und arbeitete dann im Rahmen des militärischen »Office of Strategic Services« (OSS) auch mit namhaften emigrierten Wissenschaftlern aus Deutschland, des weiteren als Captain bei der US-Marine im Pazifik. So war er mit Aufgaben befaßt, die neben der militärischen Strategie auch das politische Ziel der Kriegsführung wie dann die Probleme einer demokratischen Friedensordnung in einem besiegten Deutschland und befreiten, doch weiterhin zerstörten Europa angingen. Schon 1943 war Craig Mitherausgeber eines Buches über »The Makers of Modern Strategy« von Machiavelli bis zum Atomzeitalter (Neuausgabe 1986), ihm folgte der wichtige Band über »The Diplomats 1919-1939« (1953). Wenig später erschien Craigs grundlegendes

Hauptwerk über »The Politics of the Prussian Army« (1955). Und nach dem Lehrstuhl in Princeton (1950) erhielt Craig in der Mitte des Lebens, 1961, den Ruf in den Westen der USA, an die Stanford University und wurde danach ebenda zum »Wallace Sterling Professor of the Humanities« berufen. Er wirkte wesentlich mit am Aufstieg Stanfords zur Spitzenuniversität auch in den Geisteswissenschaften, nicht zuletzt durch seine vortrefflichen Vorlesungen: »His lectures introduced generations of students to the drama of European history«, rühmt sein Nachfolger James Sheehan. 1962 wurde er Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin und lehrte dort immer wieder. Auch als Präsident der »American Historical Association« gewann der vierfache Ehrendoktor weithin Achtung. Vor »Inter Nationes« in Bonn sprach er damals (1983) über sein Herzenthema: »Deutschland und die Vereinigten Staaten: Geschichtliche Parallelen und Unterschiede und ihr Niederschlag in der Außenpolitik« (spannend angesichts der erbitterten Nachrüstungsdebatte unter Schmidt und Kohl).

Wachsende Anerkennung aber erfuhren nun auch Gordon Craigs in viele Sprachen, zumal ins Deutsche übersetzten Geschichtswerke. Von diesen Büchern muß hier noch die Rede sein, in dankbarer Erinnerung an den unermüdlichen Forscher und begnadeten Lehrer: Dabei hielt er nicht nur als Wissenschaftler, sondern als Stilist die literarische Welt bis zum Ende seines Schaffens auch durch die Fülle seiner informativen wie geistreichen Buchbesprechungen, namentlich in der »New York Review of Books«, in Atem.

Ein Grundmotiv seiner Studien war und blieb die Fragestellung, ob und wie die Erfahrungen des Scheiterns Europas und teilweise auch Amerikas nach dem Ersten Weltkrieg nun nach dem Zweiten zu einer dauerhaften Friedensordnung genutzt werden könnten. Das schon erwähnte bedeutende Werk, das Craig 1953 mit dem aus Deutschland emigrierten Meineckeschüler und Renaissanceforscher Felix Gilbert (Mitglied unseres Ordens 1981-1991) herausgegeben hat, »The Diplomats«, suchte wesentlich im Bemühen und Versagen von Staatsmännern und Diplomaten die Antworten zu finden. Und auch die junge Bundesrepublik Deutschland selbst rückte Craig früh

in den historischen Zusammenhang: so in seiner Schrift über »Deutsche Staatskunst. Von Bismarck bis Adenauer« (1958 und 1965) sowie in seiner geradezu klassischen Analyse der »Schlacht von Königgrätz. Preußens Sieg über Österreich« (1964). Aber es war schon Craigs bahnbrechendes Werk von 1955 über die Politik der preußischen Armee 1640-1945, das zuvor in genauer Forschung und Darstellung, doch umfassend zugleich die damals so scharf und polemisch gestellte Frage nach der primären Rolle Preußens in der europäischen und deutschen Kriegspolitik jener drei Jahrhunderte zu beantworten unternahm.

Es zeigte sich nun, daß Craig dabei schon jene weitere Frage vor Augen stand, an die er dann auch zur Erklärung der Kriegsmotive Preußens und dann Deutschlands erinnert, um diese nicht nur zu verurteilen, sondern in historischer Wahrheitssuche zu verstehen, wenn auch betont ohne Apologie: War es nicht fast immer die Furcht vor einer Wiederholung jenes alleszerstörenden Dreißigjährigen Krieges, der ohne eine eigentliche Machtbeteiligung Deutschlands vor sich gegangen war, weil es ja kein Staat war, auch wenn es sich als »Reich« bezeichnete?

Was das Land und die Deutschen aber eben nicht hatten, waren Schutz und Einheit durch eigene Herrschaft inmitten Europas. Mit dieser Erklärung nun gelang Gordon Craig auf höchst scharfsinnige Weise beides: die schonungslose Darstellung der preußischen, dann deutschen Geschichte, aber auch ihrer inneren und äußeren Zusammenhänge, die es zu bedenken galt, wenn man nun, nach drei Jahrhunderten und zwei furchtbaren Zerstörungskriegen, es endlich besser machen wollte. Und weitergreifend hat Craig wiederholt, so noch 20 Jahre später in einem Aufsatz über »Preußische Offiziere gegen den Militarismus« (in der mir gewidmeten Festschrift von 1987), die bemerkenswerten Beispiele tapferen Widerstands im ganzen 19. Jahrhundert von Heinrich von Kleist bis Fritz von Unruh rühmend beschrieben: Sie nahmen ihren Abschied, wenn Unrecht geschah. Die Darstellung einer positiven Kehrseite preußisch-deutscher Tapferkeit eröffnet Perspektiven bis hin zum 20. Juli 1944.

Seit den siebziger und achtziger Jahren stehen nun also vor uns, gleichsam als Inspiratoren und Wächter mahnend, Craigs zweibändige Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert (1974 und 1979) und (im Rahmen der Oxford History of Modern Europe) das Werk über »Deutschland 1866-1945« (1980), vom vielleicht allzu kraftvollen Beginn des Bismarckreichs bis zum schrecklichen Ende des ruchlosen Hitlerreichs. Dazu kommt Craigs seinerzeit weithin beachtetes Buch »Über die Deutschen« (1982): Ungemein reichhaltig, uns von vielen Seiten mit Kritik und Sympathie betrachtend und überaus lesbar. Craig nimmt damals den ersten Historikerpreis im Rathaus zu Münster entgegen, und er wirkte mit uns im Beirat der neuen Preußenausstellung. Ein »weiser Moderator im deutsch-amerikanischen Dialog« (Volker Ulrich, in: Die Zeit).

Die unerwartete Freiheitsrevolution von 1989, die »Wende« zur Wiedervereinigung für Deutschland und, folgend, in Europa ermöglichte es schließlich auch Gordon Craig, den alten Wunsch nach »Wanderungen durch die Mark Brandenburg« im Sinne Theodor Fontanes zu verwirklichen. Der 84jährige tat es noch mit seinem eindrucksvollen Buch über den Dichter (1997). Noch immer war er bewundernswert rüstig und guten Mutes, aufmerksam und aufgeschlossen für das Historische wie das Gegenwärtige. Schon vorher begab er sich mit Büchern über Zürich im 19. Jahrhundert (»Geld und Geist«, 1988) und über »Die Politik der Unpolitischen. Deutsche Schriftsteller und die Macht« (1993) über Staats- und Kriegsgeschichte hinaus in Gefilde von Kultur und Wissenschaft. Sein letzter Aufsatzband von 2003 trug den köstlichen, auch selbstironischen Titel: »Ende der Parade. Über deutsche Geschichte«.

Wir haben einen großen Historiker verloren. Er wird seinen vielen Lesern und Schülern auf beiden Seiten des Atlantik sehr fehlen: als Altmeister amerikanischer Geschichtswissenschaft wie zugleich verlässlicher Brückenbauer und Freund der europäischen, deutschen und preußischen Geschichte. Mit seinem Leben und Werk bleibt er uns unvergessen. Wir danken ihm.

VORTRAG VON
ERNST-JOACHIM MESTMÄCKER

ERNST-JOACHIM MESTMÄCKER

EUROPÄISCHE PRÜFSTEINE DER HERRSCHAFT
UND DES RECHTS*

I. Herrschaft fordert Legitimation, Recht fordert gleiche Freiheit. Wir sind es gewohnt, die Legitimation von Herrschaft mit dem demokratischen Prozeß zu identifizieren und die Rechtsordnung als ein Produkt der staatlichen Herrschaft zu verstehen. In der Europäischen Union hat sich das Verhältnis von Herrschaft, Staat und Recht jedoch grundlegend gewandelt. Gewiß verdanken die Europäischen Verträge ihre Geltung der Ratifizierung durch die mitgliedstaatlichen Parlamente. Das deutsche Bundesverfassungsgericht ist darauf bedacht, diese Legitimation festzuhalten. Das ist schon deshalb unerläßlich, weil die Befugnis zu zwingen bei den Mitgliedstaaten verbleibt. Aber das Gemeinschaftsrecht legitimiert in seinem Anwendungsbereich auch den Rechtszwang. Der EuGH interpretiert den EG-Vertrag als Verfassungsurkunde einer Rechtsgemeinschaft. Ihr Gegenstand ist die Wirtschafts- und Währungsunion. Die Staaten sind zwar die wichtigsten Rechtssubjekte der Union geblieben,

* Eine englische Fassung des Vortrags kann beim Ordenssekretariat angefordert werden.

aber sie sind es nicht mehr allein. Sie teilen diesen Status mit ihren Bürgern und den Bürgern in anderen Mitgliedstaaten.

Auf dieser Grundlage ist die EU zu einer Organisation von weltweiter politischer und wirtschaftlicher Bedeutung geworden. Um ihren Standort zu bestimmen, wird sie häufig mit den Vereinigten Staaten von Amerika verglichen. Dafür sprechen die Größe des Wirtschafts- und Währungsraums und die Wirkungen, die davon auf Dritte, auch auf die Vereinigten Staaten, ausgehen. In dieser Perspektive ist die Europäische Union die wichtigste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. In der World Trade Organisation (WTO) läßt sich ein labiles Gleichgewicht zwischen der EU und den USA feststellen. Auf Großfusionen, die geeignet sind, den Wettbewerb auf Weltmärkten zu beschränken, sind die europäische und die US-amerikanische Fusionskontrolle nebeneinander anwendbar. Die Kontrollverfahren werden auf Grund bilateraler Vereinbarungen zwischen der US-amerikanischen und der europäischen Behörde aufeinander abgestimmt, ohne aber die eigenständige wirtschaftsrechtliche Beurteilung zu präjudizieren.

Wichtiger als Kategorien der Gleichgewichtspolitik sind jedoch die Hinweise, die aus einem Vergleich mit dem US-amerikanischen Recht und dem internationalen Wirtschaftsrecht für die Eigenart der europäischen Rechtsordnung zu gewinnen sind. Folgt man einer in den USA verbreiteten, in Brüssel von einer einflußreichen Lobby vertretenen Meinung, dann gibt es nur eine Richtung, in der sich das europäische Recht entwickeln sollte: in Richtung auf das amerikanische Recht. Dem Optimismus, mit dem der Export des eigenen Rechts vertreten wird, steht jedoch eine große Skepsis in der Berücksichtigung fremder Rechtserfahrungen gegenüber. Eine These lautet, die Berücksichtigung fremden Rechts in der Auslegung der eigenen Rechts- und Verfassungsordnung sei mit der Rückbindung an den demokratischen Prozeß unvereinbar. Die widerstreitenden Meinungen spalten selbst die Richter des US Supreme Court.¹ Für die EU gilt dagegen das Prinzip, daß zu ihrer Rechtsordnung die Rechtsgrundsätze gehören, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind. Auf dieser Grundlage prüft der EuGH die Hoheitsakte der Gemeinschaft

auf ihre Vereinbarkeit mit den Grundrechten, wie sie insbesondere in der Europäischen Menschenrechtskonvention normiert sind. Diese Grundsätze schließen die vergleichende Berücksichtigung US-amerikanischen Rechts in der EU selbstverständlich nicht aus.

Die politischen Leistungen, die von der EU und ihren Mitgliedstaaten für eine gemeinsame Rechtsordnung erbracht werden, zeigt ferner ein Vergleich mit multilateralen völkerrechtlichen Verträgen. Deren geringe rechtstatsächliche Bindungswirkung ist oft bemerkt worden. Sie läßt sich hauptsächlich auf den Mangel an kollektiven Sanktionen bei Vertragsverletzungen zurückführen. Hier bestätigt sich die andernorts heiß umstrittene These, daß man mit einem völkerrechtlichen Vertrag, den man selbst auslegt, nur die Option erwirbt, ihn zu brechen. Die ökonomische Analyse des Völkerrechts hat denn auch keine Mühe, diesen Befund auf das ökonomisch rationale Verhalten der Staaten zurückzuführen.² In der EU beruht die Durchsetzung ihrer Normen auf der gemeinsamen Rechtsordnung, die von der Kommission, hauptsächlich aber im Zusammenwirken der europäischen und mitgliedstaatlichen Gerichte durchgesetzt wird. Dieses Zusammenwirken folgt aus der Transformation der staatsgerichteten Grundfreiheiten des Vertrages in subjektive Rechte der Bürger, die sie auch vor den mitgliedstaatlichen Gerichten geltend machen können. Das gilt für die Freiheiten des Warenverkehrs, der Dienstleistungen, der Niederlassung, des Personenverkehrs und des Kapitalverkehrs. Die Symbiose des europäischen und des mitgliedstaatlichen Rechts setzt das übergeordnete öffentliche Interesse der Gemeinschaft voraus. Es läßt sich nicht auf den Interessenausgleich zwischen den an einem Konflikt unmittelbar beteiligten Staaten, Unternehmen oder Bürgern zurückführen. Vielmehr setzt sich das Gemeinschaftsrecht kraft seines Vorrangs im Falle von Konflikten gegen das mitgliedstaatliche Recht durch. Bleibt die Sanktion von Vertragsverletzungen den Beteiligten überlassen, wie es in der WTO zutrifft, so entscheidet über die Lösung des Konflikts letztlich nicht das Recht, sondern die Verteilung der Macht.

Die Rolle der EU und ihres Rechts zeigen schließlich die Regeln, nach denen neue Mitglieder aufgenommen werden. Der Beitritt ist

an die Voraussetzung gebunden, daß der beitretende Staat demokratisch und marktwirtschaftlich verfaßt ist und bereit, das Gemeinschaftsrecht in dem Bestand zu übernehmen, den es zum Zeitpunkt des Beitritts hat. Die verbreitete Forderung, auf diese Garantie des gemeinschaftlichen Besitzstandes zu verzichten, verkennt die Qualität der zu treffenden Entscheidung. In der politischen Diskussion stehen die Fragen nach dem Wohlstandsgefälle und den daraus folgenden finanziellen und wirtschaftlichen Ausgleichsleistungen ganz im Vordergrund. Im Hinblick auf die Rechtsordnung der Gemeinschaft tritt jedoch eine andere Frage in den Vordergrund. Jeder Staat, der in die Gemeinschaft eintritt, wird damit aktiver und passiver Teilnehmer an ihrer Rechtsordnung. Die Regierungen der Mitgliedstaaten oder ihre Bevölkerungen entscheiden über einen Mitgesetzgeber. Der Befund ist grundlegend und unabhängig von der Stimmenverteilung im Rat und der Sitzverteilung im Parlament und der Zusammensetzung der Kommission. Der Beitritt zur EU ist freiwillig. Die Beitrittskandidaten bewerben sich in der Gewißheit, daß die Vorteile der Mitgliedschaft die Einbußen an Souveränität überwiegen. Das ist das genaue Gegenteil eines hegemonialen Liberalismus.

Ein Dialektiker könnte Freude daran haben, daß in den neuen Mitgliedstaaten die Marktwirtschaft an die Stelle sozialistischer Planwirtschaften tritt, die sich zu ihrer Legitimation stets auf die Ideen von Karl Marx berufen haben. Es gehört zum Marxschen Erbe, dem rechtsfeindlichen Herrschaftssystem des Kapitalismus die Gesellschaft als Opfer mit emanzipatorischem Potential gegenüberzustellen. Heute gehört es zur europapolitischen Diskussion, Neoliberalismus zu sagen, wenn man Kapitalismus meint, und Fortschritte von der »Zivilgesellschaft« zu erwarten. Das kosmopolitisch vermeintlich deformierte Europa wird auf die Suche nach Legitimation geschickt. Ich zitiere:

Seine [Europas] Achillesferse sind seine Legitimationsprobleme: Weder die neoliberale Marktrationalität, noch die bürokratische Rationalität supranationaler Technokratien, geschweige denn die politische Rationalität nationaler Staatsinteressen sind in der

Lage, dem europäischen Projekt die benötigte Legitimation zu verschaffen.³

Dazu bedürfe das kosmopolitisch deformierte oder das »neoliberal eingefrorene Markteuropa«⁴ der Legitimationskraft der Politik.

Die Rechtsordnung der Gemeinschaft ist jedoch kein bloßer Überbau für politisch unbeherrschbare Wirtschaftsprozesse. Sie ist vielmehr bestimmt und geeignet, die staatlichen und privaten Herrschafts- und Machtpotentiale, die mit marktwirtschaftlichen Systemen notwendig verbunden sind, so zu begrenzen, daß sie mit der Selbständigkeit und dem Wohlstand europäischer Bürger vereinbar bleiben. Ohne die Währungsunion wären die Mitgliedstaaten nicht in der Lage, ihre währungspolitische Selbständigkeit und die Stabilität ihrer Währungen zu gewährleisten. Die Kapitalverkehrsfreiheit, deren Auswirkungen zu erschrockenen politischen Reaktionen geführt haben, gehört zu den notwendigen Bedingungen einer Währung, die weltweit honoriert werden will. Deshalb war es unerläßlich, die Einführung der Währungsunion mit der Kapitalverkehrsfreiheit zu verbinden, die auch im Verhältnis zu Drittstaaten gilt. Der durch den Vertrag von Maastricht ebenfalls eingefügte Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft bei freiem Wettbewerb kennzeichnet wettbewerbliche Märkte als Voraussetzung für die Wirksamkeit der währungspolitischen Instrumente.

II. Europäische Prüfsteine für Herrschaft und Recht folgen aus den nun näher zu betrachtenden kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Besonderheiten der EU. Sie sollen hier nicht in Auseinandersetzung mit dem institutionellen Gleichgewicht zwischen Parlament, Rat, Kommission, Gerichtsbarkeit und Mitgliedstaaten behandelt werden. Auch geht es nicht um eine Alternative zu dem in den Gründerstaaten Frankreich und Holland gescheiterten Verfassungsvertrag. Zu prüfen ist vielmehr die Legitimation des auf wirtschaftlichen Freiheitsrechten beruhenden gegenwärtigen Systems. Sie bleibt neben der Frage nach der demokratischen und gesellschafts-

politischen Zukunft der EU erheblich. Jedenfalls wäre es ein verhängnisvoller, von der gegenwärtigen politischen Diskussion jedoch nahegelegter Irrtum, politischer Fortschritt sei nur zu erwarten, wenn man die ökonomische Orientierung der Gemeinschaft überwinde.

1. Die Entwicklung der europäischen Rechtsordnung im letzten halben Jahrhundert war nicht programmierbar, nicht kodifizierbar und folgte keinem konditionalen Planprogramm. Sie setzte, wie Helmut Coing bei einer Veranstaltung unseres Ordens 1983 gesagt hat, das Recht als Element der europäischen Kultur voraus.⁵ Über viele Jahrhunderte prägend war der Einfluß des römischen Privatrechts. In der europäischen Aufklärung bildete es die Grundlage für die Herausbildung der Grundrechte. Und es war die beiderseitige Öffnung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften füreinander, die erst ihre gemeinsame Bedeutung für marktwirtschaftliche Ordnungen erklärt. Die Wirtschaftswissenschaften haben es leichter als die Rechtswissenschaften vom Reichtum der Nation zum Reichtum der Nationen fortzuschreiten. Aber das Privatrecht folgt den Transaktionen, aus denen Märkte und Wettbewerb ohne Rücksicht auf nationale Grenzen entstehen, wie ein Schatten. Trotz bis heute nicht überwundener methodischer Schwierigkeiten sind Ökonomie und Recht fest aneinander gebunden. Die Klammer bildet die strenge Zucht der Knappheit ökonomischer Ressourcen und die politische Symbiose des Wohlstands der Menschen mit dem öffentlichen Interesse der Staaten.

Zum Erbe der europäischen Aufklärung gehört ferner die strikte Trennung des Rechts von Religion und Moral. Zur Trennung von Recht und Religion heißt es bei Kant, keine bürgerliche Verfassung könne einen Religionszwang begründen, gegen ihn sei sogar der gewaltsame Widerstand gerechtfertigt.⁶ Die Trennung von Recht und Moral hat unerwartete Relevanz durch das neue Antidiskriminierungsrecht in Art. 13 EGV erhalten, der durch den Vertrag von Amsterdam in das primäre Gemeinschaftsrecht aufgenommen wurde.

2. Die historisch wichtigste Erklärung für den politischen Willen, die europäischen Gemeinschaften als Gemeinschaften des Rechts zu begründen, folgte daraus, daß sie fortgesetzte Friedensverträge waren. Der Gedanke findet sich noch in der Präambel des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Aber ihren Abschluß hat diese Entwicklung erst mit der deutschen Wiedervereinigung gefunden. Sie trifft zusammen mit einem qualitativen Wandel im Prozeß der europäischen Integration. Er folgt aus der Öffnung für die Aufnahme von neuen Mitgliedern, die in ihrer Mehrheit ein halbes Jahrhundert als sozialistische Planwirtschaften dem Sowjetblock angehört haben.

Die Bereitschaft der ursprünglichen und der neuen Mitglieder der EU, sich der Herrschaft des Rechts, wenn nicht zu beugen, so doch sich seiner Entwicklung anzuvertrauen, verweist auf scheinbar widersprüchliche Ursachen: auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und auf den Mißbrauch des Rechts im Dienst faschistischer und kommunistischer Diktaturen. Gemeinsam ist diesen Erfahrungen jedoch der Blick in die Abgründe des Naturzustandes. Der Krieg ist nicht die einzige Erscheinungsform des Naturzustandes, aus dem, wie Immanuel Kant gesagt hat, nur das Recht herausführt. Daran ist zu erinnern, wenn es in der gegenwärtigen lebhaften Diskussion über die Zukunft Europas heißt, der Gedanke des Friedens durch Recht sei nach 50 Jahren europäischer Integration überholt und taugte nicht mehr zu ihrer Legitimation. Der Naturzustand ist jedoch keine Erinnerung an glücklich überwundene Gefahren, auch keine Fiktion, welche die Segnungen der Zivilisation in um so hellerem Licht erstrahlen und ihre Bürden leichter tragen läßt. Der Rückfall in die gesetzlose Freiheit ist in keiner Gesellschaft und schon gar nicht im Verhältnis von Staaten zueinander ausgeschlossen. Er bleibt auch in rechtlich geordneten Gesellschaften in den Versuchungen der Macht, sei es staatlicher oder gesellschaftlicher Macht, gegenwärtig.

3. Die politischen und rechtlichen Besonderheiten der EU lassen sich durch den Begriff eines europäischen Gesellschaftsvertrages, eines *Contrat social*, kennzeichnen. Der Begriff entspricht dem Ursprung

und dem gegenwärtigen Stand der Union. Sie soll zu einer neuen politischen Qualität führen, beruht aber nach wie vor auf einem Vertrag. Der Selbstbestimmung und Herrschaft zugleich legitimierende Begriff hat eine ehrwürdige Tradition von John Locke bis Rousseau und Kant. Er ist offen für die systematische Interpretation der Rechtsordnung der Gemeinschaft und der für sie geltenden normativ geprägten Ziele. Rechtssubjekte dieses Vertrages sind außer den Mitgliedstaaten ihre Bürger. Diese Bürger haben gerichtlich durchsetzbare Rechte gegenüber den Gemeinschaftsinstitutionen und gegenüber den Mitgliedstaaten auf Anwendung der inhaltlich eindeutigen, an keine politischen Vorgaben gebundenen Normen des Gemeinschaftsrechts.

Die Möglichkeit, die Europäische Union in dieser Tradition zu interpretieren, wird aus ganz verschiedenen Gründen in Frage gestellt. Zu unterscheiden ist die Kritik an der Legitimationskraft von Freiheitsrechten überhaupt von der Kritik an der Legitimationskraft wirtschaftlicher Freiheitsrechte.

Folgt die Freiheit, wie es bei Thomas Hobbes heißt, aus dem Schweigen der Gesetze, dann lassen sich aus Freiheitsrechten keine Prinzipien für die gesellschaftlichen Ordnungen ableiten, die aus ihnen entstehen. In nicht zufälliger Gefolgschaft heißt es bei Carl Schmitt: Die Freiheit konstituiert nichts.⁷

Ganz anderer Art sind die Einwände, die im Namen vermeintlich verdrängter Politik und universaler Menschenrechte gegen die Legitimationskraft wirtschaftlicher Freiheitsrechte geltend gemacht werden. In der Tradition von John Locke habe der einzelne nur Rechte gegen den Staat, aber keine Pflichten. Deshalb komme es darauf an, Individualrechte gegen die öffentliche Gewalt zu transformieren in Pflichten⁸ gegenüber anderen Menschen.⁹ Harsche Kritik richtet sich sodann gegen das Substrat der Civil society, nämlich gegen die Rechte und Pflichten der Bürger, die sie privatautonom begründen. Ohne Legitimation durch rationale Diskurse erschöpfe sich der Gebrauchswert dieser Bürgerfreiheiten im Genuß privater Autonomie. Ganz fehle dem »possessiven Individualismus« der Sinn für soziale Verpflichtungen und der gleichmäßige Respekt

vor der Würde des Menschen.¹⁰ Auf diese Weise lassen sich Regeln und Institutionen des Privatrechts, die weltweit auf der rechtsgeschäftlichen Privatautonomie beruhen, nicht diskreditieren. Richard Epstein hat die Gründe zusammengefaßt: »Wir verlassen uns am besten auf unsere vorsichtige Skepsis, die zuerst mit unserer kollektiven Kenntnis von allgemeinen Regeln menschlichen Verhaltens rechnet (ohne die Recht nicht möglich sein würde); und die zweitens mit unserer kollektiven Unkenntnis menschlicher Wertschätzungen rechnet; diese erklärt, warum freiwilliger Tausch die wichtigste Methode ist, wirtschaftliche Ressourcen zu übertragen.«¹¹ Mein Lehrer Franz Böhm hat diesen Befund mit der Privatrechtsgesellschaft auf den Begriff gebracht. Ohne dieses Substrat der Civil society, das den Mitgliedstaaten der EU gemeinsam ist, wäre der gemeinschaftsrechtlich durchgesetzte Binnenmarkt nicht möglich. Der planwirtschaftliche Sozialismus hat in seinem Geltungsbereich die Privatrechtsordnung weitgehend funktionslos werden lassen. Ihre Wiederherstellung ist in den neuen Mitgliedstaaten eine Voraussetzung für die Teilnahme an der europäischen Rechtsgemeinschaft.

4. Zusammenhänge und mögliche Konflikte zwischen Binnenmarkt und Menschenrechtspolitik sind nicht nur gesellschaftspolitisch kontrovers. Sie betreffen zugleich die grund- und menschenrechtliche Legitimation der Grundfreiheiten. Sie sind in den Worten des Präsidenten des EuGH, Vassilios Skouris, wirtschaftliche Grundrechte.¹² Dieser Rang wird gemeinschaftsrechtlich erheblich, wenn es um die Anwendung und Auslegung des menschenrechtlich begründeten Antidiskriminierungsrechts geht. Rechtsgrundlage ist der durch den Vertrag von Amsterdam in den EGV aufgenommene Artikel 13 Abs. 1. Die Vorschrift ermächtigt die Gemeinschaft, mit Hilfe der ihr übertragenen Zuständigkeiten, »geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.« Welche Vorkehrungen geeignet sind, solche Diskri-

minierungen zu bekämpfen, sagt der Vertrag nicht. In den an die Mitgliedstaaten gerichteten Richtlinien wird vorausgesetzt, daß sie geeignete und erforderliche Mittel sind, um Diskriminierungen im Verhältnis der Bürger zueinander zu verbieten.¹⁵ Die Richtlinien, die Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf verbieten, bleiben hier wegen der Besonderheiten ihres arbeitsrechtlichen Anwendungsbereichs außer Betracht. Einen durchgängigen Bezug auf den Binnenmarkt stellen die Richtlinien her, die Diskriminierungen aus Gründen der Rasse und des Geschlechts beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zum Gegenstand haben. Dieser Anwendungsbereich wird anhand der Transaktionen normiert, die nach der Rechtsprechung des EuGH unter die Warenverkehrs- oder Dienstleistungsfreiheit fallen können. Adressaten der Verbote sind mithin hauptsächlich Unternehmen, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Marktstellung oder die Marktwirkungen ihres Verhaltens. Als Sanktion sind »abschreckende« Schadensersatzansprüche vorgeschrieben.

Die verschiedenen deutschen Entwürfe¹⁴ zur Umsetzung dieser Richtlinien übernehmen deren weiten Anwendungsbereich, weitergehend erfassen sie jedoch alle in Art. 13 EGV genannten Diskriminierungsmerkmale. Die Grundsatzfragen, zu denen das Gemeinschaftsrecht Anlaß gibt, reichen über das deutsche Gesetzgebungsverfahren hinaus. Sie betreffen die Begründung der geltenden und die Ausgestaltung der zukünftigen Richtlinien.

Der moralische Appell, der von den Diskriminierungsmerkmalen und von den politischen Aktionen der Kommission¹⁵ ausgeht, ist stark. Aber das moralische Gefühl, das sich gegen solche Diskriminierungen auflehnt, bedeutet nicht, daß ihm mit Rechtszwang Geltung verschafft werden sollte. Vielmehr mahnt das Gebot der Trennung von Recht und Moral zur Vorsicht.

Mit Schadensersatz- und Unterlassungsansprüchen sanktionierte Diskriminierungsverbote für Privatrechtssubjekte treffen den Wesensgehalt der Vertragsfreiheit. Zu ihrer Begründung gehört die Verhältnismäßigkeit von Eingriff, Schutzzweck und den abzuwehrenden Gefahren. Die Gefahren, die von Unternehmen ohne Marktmacht für die geschützten Personen ausgehen, sind notorisch gering.

Es braucht uns nicht zu beunruhigen, daß wir das Brot des Bäckers nicht dessen Fürsorge für unser leibliches Wohl, sondern seinem Gewinnstreben verdanken (Adam Smith).

Die rechtliche Legitimation der Vertragsfreiheit folgt aus dem Prinzip der Selbstbestimmung und der Verbindlichkeit geschlossener Verträge. Ökonomisch ist die Vertragsfreiheit das Spiegelbild der Preisfreiheit. Das Gebot der Gleichbehandlung ist für Inhaber staatlicher oder wirtschaftlicher Macht legitim, in Anwendung auf Privatrechtssubjekte im normalen Zivilrechtsverkehr ist es mit der Privatautonomie grundsätzlich unvereinbar.

Die Richtlinien begründen Ansprüche auf Schadensersatz, wenn ein Vertragsschluß wegen der Diskriminierungsmerkmale verweigert wird. Bei dem häufigen Fehlen eindeutiger äußerer Anhaltspunkte wird die Beklagte oder der Beklagte gezwungen sein, sich durch den Hinweis auf lautere Motive zu entlasten. Dazu eignen sich der Hinweis auf ihren Ruf, ihre Geschäftspraktiken oder ihren Charakter. Der Freiheitsgehalt des Privatrechts und seine wirtschaftliche Funktionalität beruhen aber gerade darauf, daß vertragliche Rechte und Pflichten ohne Ansehen der Person und der Tugendhaftigkeit der Beteiligten entstehen oder nicht entstehen.

Zu den auf Recht und Moral zugleich verweisenden Gründen für die Diskriminierungsverbote gehören die »gemeinsamen Werte«.¹⁶ Die Gemeinschaftsinstitutionen bestätigen damit eine Strategie, die Niklas Luhmann treffend gekennzeichnet hat: Die Bezugnahme auf Werte eröffnet die Möglichkeit, sich Legitimität zu beschaffen und sich zugleich die Entscheidung von Wertkonflikten – also aller Entscheidungen – offenzuhalten.¹⁷ Die Richtlinien postulieren in ihren Begründungserwägungen »die Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz aller Menschen vor Diskriminierungen als allgemeines Menschenrecht«.¹⁸ Der grundlegende Unterschied zwischen der Gleichheit vor dem Gesetz und einem allgemeinen Menschenrecht bleibt unbeachtet. Das Prinzip der Gleichheit im Verhältnis der Menschen zueinander wiederholt nur die Frage nach Inhalt und Grenzen ihrer Rechte und Pflichten. Freie Gesellschaften sind antagonistische Gesellschaften, weil sich die Menschen in vergleichender Selbstliebe

als ungleich erfahren. Aus den legitimen Gegensätzen der Meinung und der Interessen folgt in unserer Gesellschaft kraft der Vereinigungsfreiheit die Vielfalt rivalisierender Gruppen und Verbände. Diese Struktur kennzeichnet die Herausforderungen an das Recht, die gleiche Freiheit unter allgemeinen Regeln zu gewährleisten.

Die Richtlinien beschränken sich nicht auf den privatrechtlichen Rechtsschutz von Diskriminierungsopfern. Die Mitgliedstaaten sind darüber hinaus verpflichtet, Verbände, Organisationen und andere juristische Personen, die ein Interesse an der Einhaltung der Antidiskriminierungsvorschriften haben, zu fördern und ihnen Klagebefugnisse einzuräumen. Wir sollten die qualitativen Veränderungen jedoch nicht außer acht lassen, die sich bei Individualrechten vollziehen, wenn sie kollektiv wahrgenommen werden. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß gesellschaftliche Gruppen in der Wahrnehmung moralisch motivierter Rechte rücksichtsvoller sind als der Staat.

Lange vor den schlimmen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit indoktrinierten Gesellschaften hat John Stuart Mill auf die weltweiten Gefahren der zunehmenden gesellschaftlichen Kontrolle der einzelnen hingewiesen. Sie sei um so drückender, wenn sie durch die Gesetzgebung unterstützt werde: »Die Neigung der Menschengattung, sei es als Herrscher oder als Mitbürger, die eigenen Meinungen und Neigungen anderen als Regel vorzuschreiben, wird so nachhaltig gefördert, von einigen der besten und einigen der schlimmsten Eigenarten der menschlichen Natur, daß sie kaum je wirksam begrenzt werden konnte, außer durch einen Mangel an Macht.«¹⁹

Der Homo oeconomicus ohne Macht oder Privilegien gehört zu den weniger gefährlichen Mitmenschen.

III. In den Antidiskriminierungsrichtlinien zeigt sich die Tendenz, alle am Binnenmarkt teilnehmenden Unternehmen gesellschaftlich zu kontrollieren. Das widerspricht den jetzt zu behandelnden Strukturmerkmalen der Wirtschafts- und Währungsunion.

1. Der europäische Gesellschaftsvertrag hat von Anfang an und in seinem Vollzug zu einem grundlegenden Wandel im Verständnis der

tradierten Kategorien des Staats- und Völkerrechts geführt. Die Auflösung des Begriffs der unteilbaren und nicht übertragbaren Souveränität ist dafür das wichtigste, aber nicht das einzige Beispiel. In den Kernbereichen der Integration, in der Währungsunion, im Binnenmarkt, im Wettbewerbs- und Beihilfenrecht und in Teilen der Außenwirtschaftspolitik haben die Staaten die Rolle des Souveräns mit der des regelgebundenen Akteurs vertauscht. Für die marktbezogenen oder marktwirksamen Tätigkeiten orientieren sich diese Regeln an privatwirtschaftlichen und privatrechtlichen Kategorien. Die Staaten können nicht mehr frei darüber entscheiden, ob sie den Purpur des Hoheitsträgers ablegen und sich als Fiskus auf die Ebene des Privatrechts begeben wollen.

2. Das Unwahrscheinliche des europäischen Projekts folgt ebenso aus seinem Gegenstand, aus dem Vorhaben nämlich, die politische Integration mit Hilfe einer rechtlich geordneten Wirtschaftsgemeinschaft zu verwirklichen. Wer das Politische an der Wirtschaftsgemeinschaft vermißt, sollte bedenken, daß sie an die Stelle der im französischen Parlament gescheiterten europäischen Verteidigungsgemeinschaft getreten ist. Aus leicht einsehbaren Gründen reichte bei unseren Nachbarn die Erinnerung an den Krieg nicht aus, um auf das einseitige Recht der Selbstverteidigung zu verzichten.

Die gut dokumentierte Entstehungsgeschichte läßt bis heute wirksame Kräfte und Gegenkräfte erkennen: Konrad Adenauer und Walter Hallstein kam es im Verhältnis zu Frankreich aus politischen Gründen auf gemeinsame Institutionen an; Ludwig Erhard dachte mehr an den Markt und fürchtete die Gefahren des Dirigismus. Dieses Spannungsverhältnis hat die Entwicklung der EG, zum Beispiel im Verhältnis von Wettbewerbspolitik und Industriepolitik, begleitet. Die Prinzipien, die zum Erfolg beigetragen haben, verweisen nicht auf fortschreitende Politisierung, sondern auf unabhängige, an Rechtsregeln gebundene Institutionen.

Das Vertrauen in unabhängige Institutionen, repräsentiert durch deutsche Erfahrungen mit dem Bundesverfassungsgericht und der Bundesbank, war der wohl wichtigste deutsche Beitrag zur Verfas-

sungsstruktur der EG. Es geht nicht um »Entpolitisierungen«. Es geht vielmehr um die Selbstbindung von Staaten. Sie sind in Kenntnis ihrer eigenen Anfälligkeit für Opportunismus bereit, in bestimmten Bereichen auf die Wahrnehmung kurzfristiger Eigeninteressen zugunsten der von ihnen mitbestimmten Gemeinschaftsinstitutionen zu verzichten. Dazu gehören der Europäische Gerichtshof, der »das Recht« zu wahren hat, das in den Texten der Gemeinschaftsverträge nur in Umrissen formuliert ist; die Kommission, die das Gemeinschaftsinteresse eigenständig zu wahren hat, und schließlich die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank.

3. Das für die EU grundlegende Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit überwindet einen Kern des traditionellen Staatsegoismus: Das Verbot gewährleistet für die Bürger der Gemeinschaft den gleichen Zugang zu den Rechts- und Wirtschaftsordnungen der Mitgliedstaaten. Damit unvereinbar ist die Begrenzung der vom Staat zur Verfügung gestellten öffentlichen Güter auf die eigenen Staatsangehörigen. Auch die Freiheiten, die den Binnenmarkt konstituieren, gehen auf dieses Diskriminierungsverbot zurück, sind darauf jedoch nicht mehr beschränkt. Sie gelten nach dem Prinzip des Herkunftslandes auch für unterschiedslos anwendbare Beschränkungen, die aus der Verschiedenheit der nationalen Rechtsordnungen folgen. Den Abstand, der zwischen Grundsatz und Umsetzung bestehen kann, hat der politische Widerstand gegen die Dienstleistungsrichtlinie gezeigt, die das Prinzip des Herkunftslandes für alle Dienstleistungen verwirklichen sollte. Das Europäische Parlament hat davon wenig übriggelassen.

Grenzen von Binnenmarkt und Wettbewerb sind auch in den Bereichen deutlich geworden, die in den romanischen Ländern zum Service public gehören und in unserem Land dem schnell um- und aufgewerteten Begriff der Daseinsvorsorge unterfallen. In Frankreich gehört der Service public zum Kern der Souveränität. Die Sprengkraft der hier zu lösenden Probleme zeigt die Energiewirtschaft. Man mag in dem Bündel der hier zu bedenkenden wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und geopolitischen Interessen den Beleg für

die letztlich dominierende Macht des nur Politischen sehen. Wenn man die Geschichte der europäischen Energiepolitik bedenkt, die einmal als Kohlepolitik begonnen hat, gibt es jedoch gute Gründe, die Teilprobleme mit den Mitteln des Gemeinschaftsrechts abzuarbeiten, die einer solchen Lösung zugänglich sind. Die Telekommunikation beweist, daß diese Aufgabe auch in den traditionellen Bereichen der Daseinsvorsorge und des Service public gelingen kann. Aber selbst das Ende des Telefonmonopols, an das wir uns kaum noch erinnern, wird im Namen der Daseinsvorsorge, der Unmoralität des Wettbewerbs und der europäischen Deregulierungswut beklagt. Verloren haben wir ein Monopol, das unter verfassungsrechtlichem Schutz Gebühren erheben konnte, wenn es nach den Regeln kameralistischer Buchhaltung Finanzmittel benötigte, das sich von Rechts wegen auf alle neuen Kommunikationstechniken erstreckte und jede im selbstdefinierten öffentlichen Interesse der Deutschen Bundespost liegende Tätigkeit finanzieren durfte.

4. Die Unternehmen, die von den Grundfreiheiten Gebrauch machen, nehmen damit am Binnenmarkt und am System unverfälschten Wettbewerbs teil. Der funktionale Zusammenhang von offenen Märkten und Wettbewerb ist wirtschaftswissenschaftlich evident, normativ aber nicht selbstverständlich. In der europapolitischen Diskussion weckt der Wettbewerb als Rechtsprinzip in seiner Anwendung auf staatliche Maßnahmen sehr alte Vorbehalte. Hegel hat sie in Auseinandersetzung mit der »Staatsökonomie« von Adam Smith und Ricardo vorausgesehen. Der Vernünftigkeit, die im System der Bedürfnisse aufscheint, stellt er das Feld gegenüber »wo der Verstand der subjektiven Zwecke und moralischen Meinungen seine Unzufriedenheit und moralische Verdrießlichkeit ausläßt«.²⁰ Verdrießlich sind die Kritiker, die auf der Suche nach Politik oder Moral in und für Europa sind. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die Grundfreiheiten als negative Rechte. Sie wirken negativ in dem Sinne, daß Eingriffe in den Binnenmarkt verboten sein können, ohne daß der EuGH verpflichtet ist, über Alternativen zu den gemeinschaftsrechtswidrigen Maßnahmen zu urteilen. In den plan-

wirtschaftlichen Systemen des Sozialismus war dies bei planwidrigen Entwicklungen die Aufgabe der staatlichen Schiedsgerichte. Im Binnenmarkt übernimmt diese Aufgabe im Grundsatz der unverfälschte Wettbewerb.

Mit dem Gegensatz von negativen und positiven Freiheiten kommt eine der großen Kontroversen der Gegenwart in den Blick: Es ist das Verhältnis von bloß negativ wirkenden Freiheitsrechten und den positiven Rechten auf die Teilhabe an der richtig verstandenen Freiheit. Die negative Freiheit schützt unsere Selbständigkeit, die richtig verstandene positive Freiheit appelliert an unser besseres Selbst. Isaiah Berlin hat gezeigt, warum die positiven Freiheiten immer in Gefahr sind, zum Vorwand für Herrschaft zu werden.²¹ Er zeigt, daß die diktatorischen Regime des vorigen Jahrhunderts keine Schwierigkeiten hatten, das bessere Selbst für ihre eigenen Untertanen und für unterworfenen Fremde zu definieren. Deshalb ist bei dem vielfach geforderten Übergang von der durch nur negative Freiheiten definierten negativen Integration zur positiven Integration Umsicht geboten. Auch die EU entgeht nicht der Dynamik des Gleichheitssatzes und nicht der Antinomie der negativen und positiven Freiheiten.

Zum Binnenmarkt gehört neben den Grundfreiheiten die Rechtsangleichung. Sie ist der Ursprung des großen Unbehagens an einer Gemeinschaftsgesetzgebung, die in ihrer oft pedantischen Detailliertheit zum Inbegriff der europäischen Bürokratie geworden ist.

Bei aller Kritik: Die Grenzen des Marktes müssen in Auseinandersetzung mit tradierten und oft gegensätzlichen Präferenzen der Mitgliedstaaten ermittelt werden. Der Ausgleich zwischen Wettbewerb und zwingenden öffentlichen Interessen gehört zu den großen Herausforderungen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten. Der Wettbewerb der Regulierungssysteme gibt nur eine Teilantwort. Kriterien für die politischen Entscheidungen folgen aus den Grundsätzen der Einzelermächtigung für die Organe der EG, den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität und den Vorbehalten zugunsten zwingender öffentlicher Interessen der Mitgliedstaaten. Zu beherzigen ist die Warnung von Benjamin Constant: »Große

Staaten, gegründet auf Freiheit und Gleichheit, erliegen gleichwohl dem Irrglauben an die Überlegenheit uniformer Systeme.«²²

5. Die EU ist eine Wirtschaftsgemeinschaft, sie ist keine Sozialgemeinschaft. Die Systeme sozialer Sicherheit sind weiter in der fast ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Das Nebeneinander von Binnenmarkt und staatlichen Sozialsystemen wird vielfach als unerträglicher Widerspruch empfunden. Auf Gemeinschaftsebene als ungelöste Zukunftsaufgabe, auf der Ebene der Mitgliedstaaten als Diskrepanz zwischen der Einbuße an wirtschaftspolitischer Gestaltungsfähigkeit und staatlicher Verantwortung für das Sozialsystem. Einen Vorschlag, den Gegensatz von nur negativer und positiver Integration zu überwinden, hat Fritz W. Scharpf vorgelegt.²⁵ Er möchte Sozialdumping verhindern. Darunter versteht er Auswirkungen des grenzüberschreitenden Wettbewerbs, die geeignet sind, in den betroffenen Mitgliedstaaten zur Reduzierung von Sozialleistungen zu führen. Kompetitive Deregulierungen und Steuervergünstigungen seien zu verbieten. Der Maßstab sei eine zwischen den Mitgliedstaaten zu vereinbarenden Untergrenze nationaler Sozialausgaben. Dafür sei die Korrelation zwischen Wohlstand und Sozialausgaben statistisch zu ermitteln und von den Mitgliedstaaten in Abhängigkeit von dieser Korrelation festzuschreiben. Der Vorschlag stellt in Rechnung, daß es unrealistisch wäre, einen gemeinsamen Sozialstandard zu erreichen und durchzusetzen. Er stellt nicht in Rechnung, daß es wenig aussichtsreich erscheint, den hohen deutschen Sozialstandard gegen den Wettbewerb im Binnenmarkt abzusichern. Er stellt ferner nicht in Rechnung, daß ein Fallrecht gegen unlauteren Wettbewerb der Regulierungssysteme das Ende von Binnenmarkt und Wettbewerbssystem bedeuten würde.

Die Europäische Union kann und wird uns die Last der Neuordnung der eigenen Sozialsysteme nicht abnehmen. Mit einer unverteiltenden Sozialpolitik ist unter vorhersehbaren Bedingungen nicht zu rechnen, und sie ist auch nicht zu wünschen. Trotzdem bestätigt die Europäische Union »die sanft zivilisierende Kraft des Rechts«. Es bildet zugleich den Rahmen für die Wirtschafts- und Währungs-

union, die offenen Märkten und Wettbewerb verpflichtet ist. Wer europäische politische Herausforderungen sucht, findet hier ein weites, noch zu bestellendes Feld.

Anmerkungen

- 1 Atkins v. Virginia 536 US 304 (2002).
- 2 Umfassend dazu Posner, International Law: A Welfarist Approach, The Law School, The University of Chicago, September 2005.
- 3 Beck/Grande, Das kosmopolitische Europa, 2004, S. 234.
- 4 Habermas, Die postnationale Konstellation, 1998, S. 149.
- 5 Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste, Reden und Gedenkworte, 19. Band 1983, S. 55-69.
- 6 Kants handschriftlicher Nachlass. Reflektionen zur Moralphilosophie, Akademieausgabe, Bd. 19, Reflektionen, 8051, S. 594.
- 7 Verfassungslehre, 1928, Neudruck Berlin 1954, S. 200.
- 8 In dieser Tradition definieren die Rechte auf »life, liberty and property« die Civil society. Vgl. John Locke, Two Treatises of Government, Chapter VII, Of Political or Civil Society, London 1832, S. 383 et seq.
- 9 Weiler, Constitution of Europe, Cambridge 1999, p. 356. Gegen die Fixierung der Menschenrechte auf die Kontrolle des staatlichen Gewaltmonopols auch Habermas, Zur Legitimation durch Menschenrechte, in: ders., Die postnationale Konstellation, 1998, S. 182.
- 10 Habermas, Die postnationale Konstellation, 1998, S. 142, auch S. 185.
- 11 Skepticism and Freedom, A modern case for classical liberalism, Chicago and London 2003, S. 42.
- 12 Das Verhältnis von Grundfreiheiten und Grundrechten im europäischen Gemeinschaftsrecht, DÖV 2006, 89, 95.
- 13 Richtlinie 2000/43 EG des Rates vom 29.6.2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, ABl. vom 19.7.2000 L 180/22; Richtlinie 2000/78 EG des Rates vom 27.11.2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. EG vom 2.12.2000 L 303/16; Richtlinie 2002/73 vom 23.9.2002, zur Änderung der Richtlinie 76/207 des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, ABl. EG Nr. L 269/15; Richtlinie 2004/113

- EG des Rates vom 13.12.2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, ABl. EG vom 21.12.2004 L 373/37. Der EuGH hat mit Urteil vom 23.2.2006 entschieden, daß es die Bundesrepublik versäumt hat, die Richtlinie 2000/78 EG fristgerecht umzusetzen.
- 14 Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien, 14.12.2004, Bundestagsdrucks. 15/453; Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung, Mai 2006.
 - 15 Europäische Kommission, Grünbuch, Gleichstellung sowie Bekämpfung von Diskriminierungen in einer erweiterten Europäischen Union, Mai 2004.
 - 16 Präambel der Grundrechtscharta der EU.
 - 17 Das Recht der Gesellschaft, 1993, S. 97.
 - 18 Übereinstimmende Begründungserwägungen in den zitierten Richtlinien.
 - 19 On Liberty, in: Alan Ryan Mayer (ed.), Mill. The Spirit of the Age, On Liberty, The Subjection of Women, New York, London 1997, S. 52.
 - 20 Rechtsphilosophie § 189.
 - 21 Two Concepts of Liberty, in: Henry Hardy (ed.), Liberty, Oxford 2001, p. 166-217.
 - 22 Political Writings, Cambridge, 2003, p. 73 et sequ.
 - 23 Scharpf, Regieren in Europa, 1999.

AUSHÄNDIGUNG DES ORDENSZEICHENS

AN WIM WENDERS

Aushändigung der Ordenszeichen durch den Ordenskanzler
HORST ALBACH an

WIM WENDERS

bei der Öffentlichen Sitzung im Großen Saal des Konzerthauses,
Berlin, am 29. Mai 2006

PETER BUSMAN sprach die Laudatio auf WIM WENDERS:

Herr Bundespräsident,
verehrte Festversammlung,
lieber Wim Wenders!

Ein befreundeter Künstler, der Architekt, Bildhauer und Maler gewesen ist, wagte einmal die Vermutung, daß Michelangelo, der auch Architekt, Bildhauer und Maler war, würde er heute leben, Filmregisseur geworden wäre.

Jetzt wurde ein Großer dieser Kunst, Wim Wenders, in den Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste gewählt.

Und hier: Zuschauer, immer überall,
dem allen zugewandt, und nie hinaus

Diese zwei Zeilen aus der Achten der Duineser Elegien von Rilke zitiert Wim Wenders zu Beginn seiner Beschreibung eines »Recht unbeschreiblichen Films«, nämlich »Der Himmel über Berlin«. Und

er fährt dann fort: »Zuerst kann man kaum etwas beschreiben, außer einen Wunsch, oder Wünsche.

Damit fängt es ja an, wenn man einen Film machen will, oder ein Buch schreiben, oder ein Bild malen, oder eine Musik komponieren, oder überhaupt etwas erfinden.«

Und Wim Wenders schreibt dann weiter: »Natürlich habe ich mir nicht nur alleine einen Film über Berlin gewünscht, noch mehr habe ich mir gewünscht, gerade hier, daß er von Menschen handele, und damit von der ständigen und einzigen Frage: ›Wie soll man leben?‹ Somit steht Berlin in diesem Wunsch auch stellvertretend für ›die Welt‹.«

Mit diesem Zitat möchte ich nicht nur den »Genius loci« anrufen, sondern auch ein Beispiel dafür geben, daß Wim Wenders nicht nur ein außergewöhnlicher Filmmacher ist, sondern auch – vielleicht sogar als Bedingung und Voraussetzung dafür – anschaulich beschreiben und erzählen kann.

Ohne die spontane Offenheit für Begegnungen mit Menschen, mit deren Erzählungen und Schicksalen, mit Orten und vor allem Landschaften und – für einen Fotografen und Filmmacher elementar: – mit sich immer verändernden und überraschenden Lichtsituationen, ohne all dies gäbe es nicht die vielen Wim-Wenders-Filme in der Welt, nicht in dieser Fülle, nicht in dieser Form und nicht in dieser Qualität.

Der am 14. August 1945 in Düsseldorf geborene Künstler wächst in einem konservativen Milieu auf. Schon die große Sehnsucht des Schülers heißt Amerika. Er spielt mit dem Gedanken, Maler zu werden – später ist die Begegnung mit dem Werk des Malers Edward Hopper für ihn eine Offenbarung.

Wenn man genau hinguckt, haben seine Filme in der Tat in ihrer Grundstimmung etwas mit den Bildern dieses genialen amerikanischen Malers zu tun, zuletzt ganz offensichtlich in dem Film »Don't come knocking«, den er mit Sam Shepard gemacht hat.

Die Kurzfilme, die Wim Wenders bereits als Student der Filmhochschule in München drehte, waren nach seinen eigenen Worten: »Mehr Filme eines Malers, der versucht hat, statt mit Leinwand und

Farben mit seiner Filmkamera weiter zu malen. Es waren fast ausschließlich Landschaftsbilder, in denen nicht mal Leute vorkamen – die tauchten erst nach und nach auf.«

Rezensenten seiner Filme sprechen in der Tat oft davon, daß ihm Bilder noch wichtiger seien als Worte und Inhalte. Sein Kameramann Robby Müller sagte nach der Arbeit an einem Film, es sei einfach wunderbar gewesen, mit diesem Visionär zu arbeiten. Eine solche Aussage wirft Licht auf das Charisma und die verantwortungsvolle Haltung des Regisseurs und Autors seinem Team gegenüber.

Schauspielerinnen und Schauspieler, mit denen er einmal gearbeitet hat, arbeiten immer wieder gern mit ihm zusammen, oft regen sie ihn sogar zu neuen Filmen an, viele von ihnen sind mit ihm weltbekannt geworden, so: Bruno Ganz, Hanns Zischler, Solveig Dommartin, Rüdiger Vogler und Otto Sander, um nur wenige zu nennen.

Aus meiner eigenen Arbeit als Architekt kann ich gut den Gewinn nachvollziehen, der darin besteht, an mehreren Projekten und verschiedenen Lösungsmöglichkeiten gleichzeitig zu arbeiten, wo sehr oft Nebenwege zu Hauptwegen werden. So geschehen bei der Arbeit mit dem berühmten Francis Coppola, der ihm 1977 die Regie von »Hammett« anbietet. In den Herstellungspausen inszeniert Wenders in Portugal den Film »Der Stand der Dinge«, welcher die Arbeit in einem Filmteam problematisiert und reflektiert. Der Film ist ein viel größerer Erfolg als die eigentliche Hauptarbeit von »Hammett« – ausgezeichnet mit dem Goldenen Löwen in Venedig 1982.

Reflexion zieht sich wie ein Roter Faden durch das Gesamtwerk des Künstlers. Dazu gehört, daß er mit Genuß – oft nur für Eingeweihte erkennbar – aus den Werken anderer zitiert, zum Beispiel sich auf »Filmeinstellungen« der legendären Filmemacher Alfred Hitchcock oder John Ford bezieht. Er kopiert sie nicht, verwandelt sie aber für das Kinopublikum unverwechselbar in einen »Film von Wim Wenders«.

Für mich ist es ein Zeichen von Größe, daß Wim Wenders in der Lage ist, das Schaffen anderer, auch von Zeitgenossen, zu würdigen. Sich selbst sozusagen als Glied in der cineastischen Kette zu sehen.

Dazu paßt zum Beispiel, wenn er Schauspieler wie Heinz Rühmann aus dem Ruhestand direkt in seinen Film »In weiter Ferne so nah« holt, oder Jeanne Moreau oder Curt Bois, der praktisch so alt war wie das Kino selbst. Wer von Ihnen »Der Himmel über Berlin« gesehen hat, wird nicht vergessen, wie dieser alte Mann »seinen« Potsdamer Platz sucht, den er auch heute vergeblich suchen würde, wäre er noch am Leben.

Von einem seiner Kenner und Bewunderer hörte ich im Rundfunk den Satz: »Wenders' Filme werden immer getragen von Musik, ja sie sind auf eine verzauberte Weise selbst Musik mit ihrer Mischung aus Poesie und Melancholie.«

Als er anfang, Filme zu machen, war sein Ausgangspunkt die Musik. »Alabama« zum Beispiel war inspiriert von Bob Dylan und Jimmy Hendrix. 1987 sagt er: »Ich bin erst ein Deutscher geworden dadurch, daß ich sieben Jahre nicht hier gelebt habe.« »Identität ist etwas, was man nur erreicht, indem man durch andere Dinge hindurchgeht.« Daß der weltweite Rang dieses Meisterregisseurs des Autorenfilms so groß ist, hängt gewiß damit zusammen, daß er an dieses Phänomen der Identitätssuche rührt.

Wie viele Menschen haben schon gedacht und auch gesagt, daß sie eigentlich »ganz anders« seien, etwas anderes sein möchten, so wie der hier von mir gelobte Künstler sich vielleicht auch als Maler und Fotograf sieht, und beides auf seine Weise – eben anders – geworden ist. Der Dichter Ödön von Horvath läßt eine seiner Figuren sagen: »Eigentlich bin ich ein ganz anderer, aber ich komm nicht dazu!«

Nach einer solchen millionenfachen Resonanz gibt es natürlich vielfache Anerkennung in Form von Preisen und Auszeichnungen. Ich selbst empfinde es als ausgesprochen stimmig, daß Wim Wenders auch Ehrendoktor der Theologie ist – an der Sorbonne in Paris. Er ist Mitglied der Akademie der Künste in Berlin, Vorsitzender der Europäischen Filmakademie und lehrt als Professor an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg.

Ich bewundere an ihm auch den Mut, politisch – vor allem sozialpolitisch – Stellung zu beziehen, wie in dem amerikakritischen Film »The land of plenty«.

So reich an Namen und Werken, wie die Geschichte des Kinos ist, so kurz ist sie auch. Im Jahr 1895 haben die Brüder Skladanowski in Berlin den deutschen Film aus der Taufe gehoben. Auch über sie hat Wim Wenders mit »Im Laufe der Zeit« einen Film gemacht. Die Grundlagen dafür hatte bereits 70 Jahre zuvor der Franzose Louis Jacques Mandé Daguerre gelegt, der darauf am 31. Mai 1842 in das erste Kapitel der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite gewählt wurde. Zuvor hatte ihm durch Vermittlung Alexander von Humboldts Friedrich Wilhelm IV. im Schloßchen Monbijoux ein eigenes Lichtbild-Kabinett einrichten lassen.

Aber schon lange Jahre davor hat im griechischen Altertum ein großer Geist, ganz ohne Technik, nur mit seiner starken bilderreichen Sprache das Wesen der Lichtbildprojektion beschrieben: »Plato mit seinem berühmten Höhlengleichnis«. Man muß nur die Höhlenrückwand mit einer Leinwand, die Figuren im Rücken des Betrachters mit dem durchlaufenden Film und die Sonne mit dem Projektor gleichsetzen. Das war vor etwa 2.400 Jahren. Gemessen daran ist die Zeitdifferenz der heutigen Aufnahme von Wim Wenders in den Orden Pour le mérite zu der Aufnahme seines Vorgängers Daguerre vor 164 Jahren nicht mehr als ein Atemzug der Geschichte.

Ich heiße Sie im Kreis des Ordens herzlich willkommen!

WIM WENDERS dankte mit folgenden Worten:

Pour le mérite, sehr verehrter Herr Bundespräsident,
für das Verdienst, lieber Herr Ordenskanzler,
der Verdienste wegen, liebe Ordensmitglieder.

Aber welche Meriten, liebe Gäste, hat ein Filmemacher?

Nachdem ich mich ein wenig in der Geschichte des Ordens umgeschaut habe und in den letzten beiden Tagen auch einige der Mitglieder persönlich kennenlernen durfte, habe ich mir diese Frage durchaus ernsthaft gestellt: Welche Meriten hat ein Filmemacher?

Auszeichnungen, Preise, Titel – das alles zählt hier nicht viel. Wenn man sich diesen Orden anguckt, sieht man: So was haben die alle schon zuhauf, das imponiert niemandem. Da muß man schon was anderes mitbringen. Aber was?

Wie ich mich in der Ordensgeschichte nach einem Kollegen umgeschaut habe – Herr Busmann hat es schon erwähnt –, habe ich keinen Mitstreiter gefunden. Bis zurück zur Gründung im Jahr 1842 muß man gehen, als Alexander von Humboldt tatsächlich jenen Louis Daguerre aufgenommen hat, als Erfinder, Maler und eben »Lichtbildner«. Seitdem gab es keinen Alfred Steglitz oder keinen August Sander, um nur zwei Photographen zu nennen, die Ordensmitglieder geworden wären. Die Erfindung des Kinos mit den Brüdern Lumière in Frankreich oder dem Max Skladanowski hier in Berlin ist auch spurlos am Orden vorübergegangen.

Die große Zeit des deutschen Kinos im ersten Drittel des Jahrhunderts, ja da hätte man die Thea von Harbou wählen können oder den Fritz Lang, den Joseph von Sternberg, den Erich von Stroheim, den Friedrich Wilhelm Murnau oder eben jene Lotte Eisner, die den Beginn des Kinos nicht nur in Deutschland, vor allem aber den Expressionismus und das deutsche Stummfilm-Zeitalter begleitet hat wie keine andere Denkerin, Journalistin oder Autorin.

Nach dem Krieg – ja, auch ein Helmut Käutner hätte hier stehen sollen, können, müssen, wollen. Und bei den ausländischen Filmschaffenden, da darf ich ja gar nicht dran denken, an einen Bergmann, einen Rossellini oder einen Fellini, ich höre mit dieser Liste lieber gleich auf. Ich sage das jetzt nicht, um dem Orden irgendwelche Versäumnisse vorzuwerfen, wo ich doch nur gerade selbst aufgenommen bin, ich möchte Ihnen eigentlich nur klarmachen, wen ich mitbringe, für wen ich hier auch ein bißchen stellvertretend stehe, wen ich hier sozusagen hinter mir aufreihen möchte, vielleicht auch, um die Frage des Verdienstes etwas aufwerten zu können. Ich stehe im Moment, für mich selbst, mit leerem Gepäck hier, was die Meriten betrifft. Erst recht, wenn ich mir vor Augen halte, wie ich Filme mache, nämlich, daß ich alles von den Malern gelernt habe,

von den holländischen Landschaftsmalern, von Vermeer, von Kaspar David Friedrich bis hin zu Edward Hopper. Bei jeder Einstellung, die ich mache, müßte ich mich vor all diesen Herren verbeugen, weil sie mir das Bildermachen beigebracht haben, mehr als das die Geschichte der Photographie oder des Kinos getan haben.

Dann kommt man beim Filmemachen nicht drum herum, sich mit Autoren auseinanderzusetzen, nicht nur, wenn man einen Roman als Vorlage benutzt, sondern überhaupt beim Drehbuchs schreiben. Und da hatte ich das Glück, mit einigen hervorragenden Vertretern der schreibenden Zunft arbeiten zu dürfen: von Peter Handke angefangen bis zu Sam Shepard oder Peter Carey.

Also auch da macht der Filmemacher Anleihen bei einer der anderen Künste, die hier im Orden durch keine Geringeren als Martin Walser oder Hans Magnus Enzensberger vertreten ist. Die Musik darf ich auch nicht vergessen, gut, daß Sie schon darauf angesprochen haben, Herr Busmann. Ohne Musik wäre ich gar kein Filmemacher geworden, auch von da kommt eine ständige Inspiration. Dann die Schauspieler, das Theater, dem das Kino seine ganze Vorgeschichte verdankt, die Dramaturgie ...

Wenn ich dann die Historiker in den Reihen der Ordensmitglieder anschau: Ohne Geschichte wäre das Kino auch nichts, ohne Verarbeitung der Geschichte, auch nichts ohne die Philosophie, also ohne Moral und Ethik.

Auch die Wirtschaftswissenschaftler brauchen wir dringend, das Kino ist auch eine Industrie ..., ganz zu schweigen von den Rechtswissenschaftlern und Juristen, das sind oft meine wichtigsten Mitarbeiter.

Und wenn ich daran denke, daß sich das Kino im Moment gerade neu definiert über neue digitale Techniken, dann weiß ich, daß hier die Naturwissenschaftler ihre Hände im Spiel haben ...

Und so kann ich dann vielleicht auf einem großen Umweg das Verdienst, für das ich hier hoffentlich einmal stehen mag, definieren als »das Dritte«, das im Kino in der Zusammenarbeit mit all diesen Wissenschaften und Künsten gelegentlich entsteht, oder, besser ge-

sagt, immer wieder entsteht. (Wenn die »siebte Kunst« nur klauen würde bei allen anderen, würde ja nie etwas Neues dabei herauskommen.) Es entsteht beim Filmemachen in der Tat mitunter etwas Neues, was mehr ist als nur die Summe seiner »Zutaten«, also dem, was die Autoren, die Maler und Photographen, die Musiker, die Schauspieler, die Produzenten, die Juristen, die Philosophen oder die Architekten beisteuern. (Die Architekten in dieser Runde hätte ich fast ganz vergessen! Mit keiner dieser Künste ist ein Filmmacher mehr verbunden als mit der Architektur! Gemeinsam stellen wir »Gebäude in Raum und Zeit« her ...)

Dieses »Dritte« jedenfalls ist das, was ich als das mögliche »Verdienst« des Filmmachers definieren könnte: nämlich eine zeitgenössische, populäre und gleichzeitig kunstvolle Sprache zu finden, der es gelingt, in der Flüchtigkeit der bewegten Bilder trotzdem etwas Gültiges herauszuarbeiten, einen Zeitgeist, eine Stimmung, die eben alle anderen Künste und Wissenschaften mit einschließt.

Im Moment aber, vor allem nach den letzten beiden Tagen, muß ich eingestehen: Ich komme mir nicht so vor, als ob ich mit diesem Verdienst jetzt schon hier stünde. Ich wünsche mir aber, daß Sie in den nächsten Jahren Gelegenheit haben werden zu sagen: »Das haben wir richtig gemacht!« Ich hoffe, daß es mir innerhalb des Ordens gelingen wird, Ihnen zu vermitteln, was das Kino als die siebte – vielleicht einzige übergreifende – Kunst mit all Ihnen, Ihren Künsten und Wissenschaften, zu tun hat. Und ich will mich nach Kräften bemühen, stellvertretend für all die, die ich vorhin genannt habe und für viele mehr, weiterhin dieses »Dritte« zu produzieren und somit auch letzten Endes ein Verdienst, das diese Ehre rechtfertigt, die Sie mir heute haben zuteil werden lassen.

Danke!

TISCHREDE VON
BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER
BEIM ABENDESSEN FÜR DIE MITGLIEDER DES
ORDENS POUR LE MÉRITE
AM 29. MAI 2006 IM SCHLOSS BELLEVUE

Sehr geehrte Mitglieder des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste,
sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Professor Albach,

seien Sie herzlich willkommen im wiedereröffneten Schloß Bellevue! Ich freue mich, daß ich Sie heute hier begrüßen kann – zwischen den Farbraumkörpern Gotthard Graubners. Sie sollen dem Raum Atmosphäre, Wärme geben, und ich finde, das gelingt ihnen gut. Die beiden Werke heißen »Begegnungen«. Das ist ein schöner, stimmiger Titel. Denn ein Ort der Begegnung und des Gespräches – das soll Schloß Bellevue nach seiner Renovierung wieder sein.

In Schloß Bellevue sollen sich Menschen begegnen, die auf ganz unterschiedlichen Gebieten Beeindruckendes leisten und dabei auch neue Wege gehen. Darum freuen meine Frau und ich uns darüber, die Mitglieder des Ordens Pour le mérite hier im Schloß empfangen zu können. Denn kurz gefaßt: Wir brauchen Eliten in Deutschland. Eliten sind Vorbilder, sie wirken als Antriebskräfte, und sie zeigen Richtung an. Beides brauchen wir in Deutschland: Motivation, ja Inspiration, und Orientierung. Denn wir befinden uns in einer Zeit,

in der längst noch nicht alle Antworten gefunden sind auf die vielen neuen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen. Deshalb brauchen wir Menschen, die denken: nachdenken und vordenken. Menschen wie Sie – die Mitglieder des Ordens Pour le mérite.

Meine Damen und Herren, am Anfang dieses Jahrhunderts stehen wir – ich habe es angedeutet – vor großen Fragen: Kann aus dem Umbruch, den wir beobachten, in der Welt ein Aufbruch werden? Welche Vorstellung vom Gemeinwesen und von der Rolle des einzelnen können wir dafür entwickeln? Wie schaffen wir es, die Globalisierung mit Zuversicht und Optimismus zu gestalten?

Nicht nur in Schloß Bellevue, sondern auch auf meinen Reisen, überall treffe ich Menschen, die in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen Antworten auf diese Fragen suchen und dabei Vorbildliches leisten. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie das Beste aus ihren Fähigkeiten – und wenn Sie so wollen, aus ihren Träumen – machen und dabei wissen: Es geht nicht allein um mich, um meine Leistung, um meinen Erfolg. Was ich kann, was ich positiv erfahren habe, was mir gelingt, das soll auch anderen dienen.

Ich denke zum Beispiel an meine Begegnung mit den Sportlerinnen und Sportlern bei den Paralympics in Turin. Bei diesen Wettkämpfen der behinderten Sportler beeindruckte mich natürlich der Leistungswille, aber noch mehr beeindruckte mich die Lebensfreude dieser Menschen mit Behinderungen. Ich empfand diese Sportler als Mutmacher für uns alle.

Ich denke auch an meine Treffen mit den Trägern des Deutschen Zukunftspreises. Dieser Preis des Bundespräsidenten für Technik und Innovation wird in diesem Jahr zum zehnten Mal vergeben. Wer ihn bekommt, hat nicht nur eine große wissenschaftliche Leistung vollbracht, sondern ist auch von dem Willen angetrieben, mit seinem Projekt das Leben der Menschen zu verbessern.

Ich denke an die jungen Leute, die ich bei den vielen Wettbewerben, deren Schirmherr ich bin, treffe und mit denen ich ins Gespräch komme. Einer dieser Wettbewerbe ist »Jugend forscht!«, andere sind »Jugend musiziert« und »Jugend debattiert«. Es ist beeindruckend,

mit wieviel Motivation sich die Schüler an diesen Wettbewerben beteiligen und wie aktiv sie an die gestellten Aufgaben herangehen. Zuletzt – vor zwei Wochen – hatten wir die Preisverleihung anlässlich eines Wettbewerbs von Schülerinnen und Schülern zu entwicklungspolitischen Fragen. Auf ganz unterschiedliche Weise haben sich die jungen Leute mit den Lebenswelten von Gleichaltrigen in Afrika, Asien und Lateinamerika auseinandergesetzt. Sie sollten sich eine Vorstellung davon machen, wie ihre Altersgefährten in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas leben. Sie sollten Ideen entwickeln, wie das Leben in diesen Ländern besser werden kann. Es stellte sich heraus: Diese jungen Menschen hatten ein sehr konkretes Ideal von der Welt, davon, wie auch in Afrika, in Lateinamerika oder in Asien alle Menschen gut leben sollten. Und ich fand das gut so, denn wenn selbst junge Menschen keine Ideale mehr hätten, wenn selbst junge Menschen keine Vorstellung von guter Ordnung haben, dann frage ich mich: Was soll unser Antrieb sein? Aber diese jungen Leute hatten Ideale. Sie waren neugierig, waren offen, sie wollten etwas bewirken.

Herr Professor Dahrendorf hat ja meine Rede zur Auflösung des Deutschen Bundestages etwas persifliert, als er sagte: Tony Blair würde das ganz anders machen, er würde voller Optimismus sprechen. Ich dagegen habe eher die Schwierigkeiten unseres Landes unterstrichen. Ich bleibe dabei: Man muß den Deutschen auch sagen, welche Herausforderungen sie zu bewältigen haben. Aber nachdem ich die jungen Menschen erlebt habe und diese Grundzuversicht und diesen Glauben an sich selber, muß ich sagen: Ich neige dazu, jetzt auch als Bundespräsident noch positiver zu sprechen. Aber ich will dabei die Herausforderung nicht unterschätzen, denn das ist immer noch – jedenfalls bei uns in Deutschland – eine Gefahr, daß wir die Dimensionen der notwendigen Veränderungen möglicherweise unterschätzen.

Für uns in Deutschland ist es von großer Bedeutung, daß noch mehr Menschen an ihre Talente, an ihre Fähigkeiten, an ihre Träume und Visionen glauben.

Ich bin überzeugt, daß wir uns deshalb in Deutschland erneut und intensiv mit dem Thema Bildung befassen müssen: Um sie zu fördern, brauchen wir Veränderungen in vielen Bereichen: bei den Schulen, den Hochschulen, in der Weiterbildung, beim lebenslangen Lernen. Wir brauchen aber vor allem Veränderungen, Impulse, die die Köpfe der Menschen erreichen. Bildung ist mehr als Wissensvermittlung und Wissensaufnahme. Bildung meine ich in dem umfassenden Sinn, in dem auch der Orden Pour le mérite sie verkörpert: als Quelle von kulturellem Reichtum, als geistige Selbständigkeit, als Urteilsvermögen. Die jungen Menschen müssen durch Bildung in die Lage versetzt werden, urteilen zu können, sie sollen strukturiert und selbständig denken können.

Wir brauchen ein neues Bewußtsein für diese fundamentale Bedeutung von Bildung. Das Nachdenken über Bildung, die Auseinandersetzung darüber, was das Ziel von Bildung sei, haben in unserem Land eine große Tradition. Ich möchte noch einmal Lord Dahrendorf zitieren: Sie haben, Herr Professor Dahrendorf, einmal von dem Bürgerrecht auf Bildung gesprochen. Mir ist wichtig, daß uns in Deutschland die Bildung des Menschen um des Menschen willen gelingt – ganz im Sinne des Humboldtschen Bildungsideals: Bildung um der Persönlichkeit willen. Wir dürfen dieses Bildungsideal nicht in einen Gegensatz zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung von Bildung bringen. Mir ist außerdem die staatliche Verantwortung für die Bildung wichtig und die Verantwortung des einzelnen. Jedereinzeln hat diese Verantwortung, seine Bildungschancen zu nutzen, damit ihm ein möglichst selbstbestimmtes, freies, glückliches Leben gelingt. Und ich glaube, wir müssen das Bürgerrecht auf Bildung heute ergänzen um eine Bürgerpflicht zur Bildung. Wir diskutieren in Deutschland immer wieder – und ich habe nichts dagegen – über Rechte. Wir müssen aber auch sehen, daß das Pendant zu den Rechten die Pflichten der Menschen sind, und ich Sorge mich, ob nicht die Bürgerpflicht zur Bildung eher vergessen wird.

Bildung bedeutet Anstrengung, Bildung braucht Leidenschaft – manchmal durchaus auch in des Wortes doppelter Bedeutung. Auch ein Quantum Leiden gehört ja dazu, wo es darum geht, sich zu bil-

den. Denn, und jetzt zitiere ich: »Ohne Leidenschaft gibt es keine Genialität«. Das stammt nicht von mir, das stammt von dem ehemaligen Mitglied des Ordens Pour le mérite Theodor Mommsen. Sie, meine Damen und Herren, leben vor, welche Früchte geistige Anstrengung und künstlerischer Einsatz tragen können!

Die Ausstellung über den Orden, die jüngst in der Alten Nationalgalerie eröffnet wurde, führt den Besuchern diese Lebensleistungen in der Wissenschaft und den Künsten eindrucksvoll vor Augen. Ich wünsche mir, daß sich viele und gerade junge Menschen von dem Vorbild der Mitglieder des Ordens inspirieren lassen.

Herr Professor Albach hat heute darüber gesprochen, daß sich Mitglieder des Ordens künftig mit Studenten treffen und mit ihnen diskutieren werden. Ich finde das ausgezeichnet. Wir brauchen solche Wege, junge Menschen zu beflügeln.

Ich habe heute die Ehre und das Vergnügen, Sie, die Ordensmitglieder, nicht nur im Porträt bei einer Ausstellung zu erleben, sondern im Original. Ich freue mich sehr darüber, mit Ihnen heute wieder zusammenzusein, ich freue mich auf unsere Gespräche, und ich sage noch einmal: Herzlich willkommen!

Der Ordenskanzler HORST ALBACH antwortet auf die Tischrede mit folgenden Worten:

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, hochverehrte Frau Köhler,

Es ist ein guter Brauch, daß Sie die Mitglieder des Ordens und ihre Angehörigen zum Diner einladen. Sie machen uns damit zu »Dinariern«. Das ist nach Marianne Weber die höchste Rangstufe, die ein Hochschullehrer erreichen kann: Extraordinarius, Ordinarius, Dinarium! Unter den Heidelberger Professoren waren das diejenigen, die von Marianne Weber zum Diner bei Kerzenlicht eingeladen wurden, in Deutschland sind es also diejenigen, die von Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin zum Diner im Schloß Bellevue eingeladen werden.

Wenn etwas zum Brauch wird, wird es nicht deshalb auch schon zur Gewohnheit. Im Gegenteil: Wir sehen diesem Ereignis jedes Jahr mit freudiger Erwartung, ja, Spannung entgegen. Wir stellen uns die Frage: »Was wird unser Protektor uns wohl in diesem Jahr mit auf den Weg geben?« Im vorigen Jahr war es Afrika. Ich komme darauf noch zurück. So möchte ich Ihnen im Namen aller Anwesenden sehr herzlich dafür danken, daß wir den Tag unserer Öffentlichen Sitzung mit diesem Höhepunkt ausklingen lassen dürfen.

Gestatten Sie mir, daß ich Sie zunächst zu der gelungenen Restaurierung dieser Räume beglückwünsche. Neue Farben, andere Bilder an den Wänden, das ist anregend, ja, spannend. Einige der Bilder sind vertraut wie die beiden großen Gemälde von Gotthard Graupner an den Wänden dieses herrlichen Raumes, aber sie sind nicht déjà vu: sie sprechen in ihrer farblich aufgefrischten und lichtvollen Umgebung anders zu uns als zuvor. Es sind neue »Begegnungen«. Zu dem Gesamteindruck preußischer Bescheidenheit tragen diese Bilder wesentlich bei. Ich wünsche Ihnen, daß Sie sich in Ihren neuen Räumen wohl fühlen.

Bei Ihrem Neujahrsempfang habe ich Sie auf Ihre Rede an die Unternehmer anläßlich des Wirtschaftsforums in Tuttlingen angesprochen und Ihnen dazu gratuliert. Sie sagten, Sie hätten aber auch viel Kritik bekommen. Ich habe Ihre Rede daraufhin auch in der Langfassung gelesen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hatte ja nur eine gekürzte Version veröffentlicht. Ich habe sie gelesen mit Blick auf die Unternehmer im Orden: Ich bin sicher, jedes Mitglied des Ordens ist Unternehmer im umsatzsteuerrechtlichen Sinne. Ich habe keine Stelle in Ihrer Rede gefunden, an der die Kritik von Ordensmitgliedern ansetzen könnte. Im Gegenteil: Ihr Hinweis auf die »erfolgreiche Kombination von Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt« hat mir besondere Freude gemacht, denn er geht auf die Lehre vom Unternehmer von Erich Gutenberg zurück, der diesen Kombinationsprozeß in den Mittelpunkt seiner revolutionären Theorie stellte und ihn als »limitational« bezeichnete – die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital stehen in einem durch den technischen Fortschritt determinierten festen Verhältnis zueinander. Für Klassenkampf bleibt kein Raum.

Ihre Kritik an den Banken werden alle mittelständischen Unternehmer mit Freude vernommen haben, sie werden sich gleichwohl so schnell wie möglich darauf einstellen müssen, daß das »Hausbank-Prinzip« weltweit der Vergangenheit angehört. Die Partnerschaft, die Sie beschwören, ist zerbrochen und wohl auch nicht wieder neu zu begründen.

Ihre Kritik an den »stattlichen Gehältern« richtet sich wohl weniger gegen die Unternehmer als gegen die Manager. Diese Kritik ist berechtigt, und sie treibt gegenwärtig die Cromme-Kommission um. Diese Diskussion erinnert mich an Arbeiten über den »gerechten Preis«, die wir vor einer ganzen Reihe von Jahren in Bonn durchgeführt haben. Dabei haben wir auf die Beichtbücher aus dem 15. und 16. Jahrhundert zurückgegriffen, die sich in der Bibliothek des Klosters Maria Laach finden. Darin sind nicht nur die Sünden aufgeschrieben, die Unternehmer begangen und im Beichtstuhl gebeichtet haben. Darin sind auch die Strafen für ungerechtfertigt hohe Löhne und Preise vermerkt, welche die Priester verhängten. Dazu mußten sie wissen, was der »gerechte Preis bzw. Lohn« ist. In der Scholastik war das zunächst der »Kostenpreis«. Mit dem »Kostenpreis« im Sinne von Bonaventura (1221-1274) lassen sich die »stattlichen Gehälter« der Manager sicherlich nicht rechtfertigen. Es erscheint mir auch fraglich, ob die Manager sich zur Rechtfertigung ihrer Gehälter auf das Prinzip der »standesgemäßen Nahrung« des Thomas von Aquin (1225-1274) berufen könnten. Thomas würde sie wohl eher als »turpe«, als habgierig, bezeichnet haben.

Sie fragen in Ihrem Vortrag also mit vollem Recht nach dem Punkt, wo das gerechte Gehalt aufhört und die Habgier beginnt. Aber da deutsche Manager sich ja auch als die legitimen Nachfolger von Fürsten und Königen verstehen, könnten sie versuchen, sich auf Ludovicus Molina (1535-1600) zu berufen, der ein Gehalt für gerechtfertigt hielt, das den Aufstieg in den nächsthöheren Stand ermöglicht. In der Spätscholastik hat sich dann allerdings die Auffassung durchgesetzt, daß der Marktpreis der »gerechte Lohn« sei. Das findet sich nicht nur bei de Lugo (1583-1660), sondern auch bei Martin Luther, bei ihm allerdings unter dem Vorbehalt, daß der Marktpreis

nicht durch Absprachen unter den Anbietern zustande gekommen ist.

Bisher sind, das sei nebenbei bemerkt, die personellen Verflechtungen in Aufsichtsräten noch nicht als »organisatorische Erleichterungen von Absprachen« (UK Agricultural Tractors Fall) über Manager-Gehälter vom Kartellgericht beurteilt worden. Es ist aber auch nicht nachgewiesen, daß es ein Marktgehalt auf einem funktionsfähigen Manager-Markt gäbe, auf den sich ein deutscher Manager berufen könnte.

Und schließlich: Sie haben, Herr Bundespräsident, in Ihrer Rede ja nur die offensichtlichsten Punkte der Kritik an den Unternehmern angesprochen. Die Liste der Probleme von und mit Unternehmern ist sicher länger. Hinzu kommt noch eine Dunkelziffer von Verhaltensweisen, die mit denen eines »königlichen« oder zumindest »ehrbaren« Kaufmanns nicht vereinbar sind. Dieses Problem war auch schon in der Spätscholastik bekannt. Petrus von Aragon (?-1592) bezeichnete die Lage eines Theologen und damit sicherlich erst recht die eines Bundespräsidenten, der zwar die Unternehmer ins Gebet, nicht aber in den Beichtstuhl nehmen kann, als sehr schwierig. Es wäre leichter, so Petrus von Aragon, die Trinität zu erfassen als den Kaufleuten auf ihre Schliche zu kommen.

Sie haben in Ihrer Rede an die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmer appelliert. Sie haben jüngst angemahnt, daß die Gewerkschaften ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Auf dem Katholikentag in Saarbrücken haben Sie von der »Doppelmoral mancher Politiker« gesprochen. Manche Ereignisse der letzten Monate drängten einen solchen Appell geradezu auf.

Im vergangenen Jahr haben Sie, verehrter Herr Bundespräsident, die Anregung gegeben, der Orden möge Schwarzafrika seine Aufmerksamkeit zuwenden. Wir haben versucht, diese Anregung umzusetzen. Wir sind bisher leider ohne Erfolg geblieben. Ich möchte Ihnen aber heute abend zumindest versichern, daß Anregungen unseres Protektors niemals zu den Akten gelegt werden.

Nochmals herzlichen Dank für Ihre Einladung!

ANHANG

Aus der Chronik des Ordens
2005 – 2006

1. Zuwahlen 2006
2. Berichte über die Interne Herbsttagung 2005 in Erfurt und die
Ordenstagung 2006 in Berlin
3. Satzung des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste
4. Bildteil
5. Verzeichnis der derzeitigen Mitglieder des Ordens Pour le mérite
für Wissenschaften und Künste

ZUWAHLEN

Am 28. Mai 2006 in Berlin

Inländische Mitglieder

REINHARD SELTEN (Wirtschaftswissenschaftler)

CHRISTIAN TOMUSCHAT (Jurist)

Ausländisches Mitglied

JAMES J. SHEEHAN (Historiker)

BERICHT ÜBER DIE TAGUNGEN
DES ORDENS POUR LE MÉRITE IM JAHR 2005/2006

Die Herbsttagung 2005

Fand in Erfurt statt. Seit 1990 besuchen die Mitglieder des Ordens im Wechsel Städte in den neuen Bundesländern und Städte in der alten Bundesrepublik. Das Besuchsprogramm in den neuen Bundesländern dient dazu, sich über die bisher erbrachten Aufbauleistungen zu informieren und die nach wie vor großen Probleme in den neuen Bundesländern an Ort und Stelle kennenzulernen und die Schwierigkeiten ihrer Lösung zu verstehen. So lautete das Generalthema der Erfurter Tagung »Beschäftigung und Arbeitslosigkeit«. Über die Ergebnisse wird in diesem Jahresband ausführlich unterrichtet.

Über den Stand der städtebaulichen und denkmalpfleegerischen Maßnahmen und Projekte in Erfurt nach 1990 informierten sich die Mitglieder des Ordens im Rahmen der Stadtbesichtigung anhand der Vorträge des Thüringer Landeskonservators Dr. Winghart und des Kurators des Augustiner-Klosters Schmelzer. Domkapitular Dr. Hauke führte durch den Erfurter Dom. Pfarrer Staemmler erläuterte in der Predigerkirche die Rolle der christlichen Kirchen in der heutigen Gesellschaft Erfurts. Nur 15 % der Einwohner Erfurts sind evangelische oder katholische Christen. Von nennenswerten Erfolgen der Missionsarbeit der Kirchen kann in Erfurt nicht gesprochen werden.

Auf der internen Sitzung der Ordensmitglieder wurde über die Zuwahl von neuen Mitgliedern beraten. Auf der Tagesordnung stand auch die Diskussion einer Anregung von Frau Staatsministerin Weiss, ob der Orden nicht auch dadurch »wirken« wolle, daß er sich in seiner Gesamtheit gelegentlich zu Fragen von öffentlichem Interesse äußere. Diese Anregung lag durchaus nahe, da Bundespräsident Heuss den Orden einen »Areopag des Geistes« genannt hatte und Wolf Lepenies den Gedanken eines »Redenden Ordens« in die Dis-

kussion eingebracht hatte. Die Ordensmitglieder beschlossen, bei der traditionellen Formel zu bleiben: »Der Orden redet nicht, es reden die Mitglieder.«

Zum Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern gab es Gelegenheit – freilich nie ausreichend angesichts eines vollen Programms. Nicht zuletzt der Ausflug nach Arnstadt bot dazu Zeit. Der Besuch der Johann-Sebastian-Bach-Kirche wurde zu einem Erlebnis. Kirchenmusikdirektor Gottfried Preller spielte auf der Wender-Orgel (1703) Werke von Johann Sebastian Bach, darunter auch das bewegende »Herr, Gott, nun schließ den Himmel auf«, und auf der Steinmeyer-Orgel (1913, 2000) »Weimars Volkslied« von Franz Liszt.

Eine Neuerung im Programm der Tagungen war die Lesung von Martin Walser am Samstag vor der Tagung. Walser las aus seinem Werk über Victor Klemperer »Das Prinzip Genauigkeit«, eine bewegende Schilderung der Leiden des jüdischen Romanisten während der Nazi-Zeit.

Die Frühjahrstagung 2006

fand wie immer am Sitz des Protektors des Ordens, des Bundespräsidenten, in Berlin statt. Diese Öffentliche Tagung findet zeitlich möglichst nahe dem Gründungstag des Ordens, dem 29. Mai, statt. An der Sitzung nahmen Frau Dr. Deborah Preston und ihr Mann, Professor Rumore, teil. Frau Preston ist die Tochter des am 30. Oktober 2005 verstorbenen Ordensmitglieds Professor Gordon Craig, an dessen Wirken Professor Karl Dietrich Bracher in seinen Gedenkworten erinnerte.

Vor Beginn der Tagung trafen sich die Ordensmitglieder in der Heilig-Geist-Kapelle, dem ältesten kirchlichen Bauwerk Berlins, dessen Restauration kürzlich vollendet wurde. Die Heilig-Geist-Kapelle wurde nach Bürgerprotesten vor dem Abriß gerettet, als das Gebäude für die 1906 gegründete Handelshochschule Berlin errichtet wurde. Es diente während der Zeit der DDR als Mensa für die Studenten. Die Schäden, welche diese Form der Nutzung an den Fresken an-

richtete, stellte die Restauratoren vor erhebliche Probleme. Darüber berichtet Landeskonservator Professor Haspel in diesem Band. Der Hausherr, Dekan Günther, begrüßte die Mitglieder und Gäste und informierte sie über die Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf die Studiengänge an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Kapelle bildete einen eindrucksvollen Rahmen für die Lesung von Imre Kertész aus seinem Werk »Roman eines Schicksallosen«. Das Programm der Tagung wies zwei Schwerpunkte auf, nämlich die Geschichte des Ordens Pour le mérite und die Besichtigung der »Stadt für Wissenschaft, Wirtschaft und Medien« in Berlin-Adlershof.

Ein Teil der Geschichte des Ordens wurde anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »Pour le mérite – Vom kollegialen Gelehrtenkabinett zur nationalen Bildnissammlung« von Horst Fuhrmann behandelt. Professor Peter-Klaus Schuster, Generaldirektor der Staatlichen Museen Berlin und zugleich Direktor der Nationalgalerie, machte in seiner Eröffnungsrede deutlich, daß es bei dieser Ausstellung von 31 Gemälden von Mitgliedern des Ordens aus dem 19. Jahrhundert mehr um den historischen Wert der Portraits als um ihre künstlerische Bedeutung geht. Die Gemälde könnten – so seine Vision – Ausgangspunkt für die Einrichtung einer deutschen »National Portrait Gallery« sein. Beim anschließenden Abendessen in der festlich erleuchteten Friedrichswerderschen Kirche, inmitten antiker Skulpturen und nächst dem Schlossplatz, trug Professor Lehmann, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, seine Vorstellungen von der Neugestaltung des Schlossplatzes und der Schaffung eines Humboldt-Forums der Kunst, Kultur und Wissenschaft für einen Dialog der Weltkulturen unter Einbeziehung der außereuropäischen Sammlungen der Staatlichen Museen und auch des Auswärtigen Amtes vor. Seine faszinierende und die Teilnehmer überzeugende Vision »predigte« Herr Lehmann zur Freude der Teilnehmer von der Kanzel der Kirche herab. Dazu zwang ihn die Akustik des kirchlichen Raumes.

Der Besuch in Adlershof konzentrierte sich auf die Besichtigung von BESSY unter der Führung von Professor Eberhardt und Dr. Braun. Eine Teilgruppe besuchte das Max Born-Institut für nichtlineare Optik und Kurzzeitspektographie. Professor Sandner erläuterte die Forschungsarbeiten des Instituts. Eine andere Teilgruppe traf den Existenzgründer und Geschäftsführer Dr. Scholz, der aufbauend auf den Leistungen eines Forschungsinstituts für Lasertechnik der DDR nach der Wende sein Unternehmen in Adlershof gründete. Dr. Scholz ist nicht nur ein erfolgreicher »Schumpeter-Unternehmer«, sondern inzwischen auch ein beliebter »Schumpeter-Bürgermeister« seiner Wohngemeinde.

Vier Neuerungen kennzeichneten die Berliner Tagung. Hans Magnus Enzensberger, Vizekanzler des Ordens, hielt bei dem Mittagessen, zu dem der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Neumann, die Mitglieder und ihre Begleitungen traditionell einlädt, eine Tischrede über »Kulturpolitik unter der Zirkuskuppel«. Staatsminister Neumann begrüßte die Anwesenden in einer kurzen launigen Rede. Früher war es umgekehrt: Da nutzten Staatsminister bzw. Staatsministerin die Gelegenheit zu Ausführungen über die Kulturpolitik des Bundes, und der Kanzler dankte kurz. Da sich das neue Konzept nach übereinstimmender Ansicht der Teilnehmer bewährt hat, wird auch in Zukunft ein Mitglied des Ordens eine kulturpolitische Tischrede halten.

Eine zweite Neuerung enthielt die Rede des Kanzlers bei der Öffentlichen Sitzung im Konzerthaus am Gendarmenmarkt. Bundespräsident Horst Köhler bezeichnete sie am Abend als einen »Geschäftsbericht«. Das traf das Konzept der Rede. Allerdings unterschied sich dieser Geschäftsbericht von einem Geschäftsbericht im betriebswirtschaftlichen Sinne. Er enthielt nicht die dort übliche Vollständigkeitserklärung des Vorstands.

Die dritte Innovation der Berliner Tagung war die musikalische Begleitung der Öffentlichen Sitzung. Mit dem Ungarischen Tanz Nr. 5 von Johannes Brahms wurde der Grundsatz eingeführt, daß vor allem Werke von früheren oder lebenden Mitgliedern des Ordens gespielt werden.

Last, but not least ist über eine Innovation außerhalb der eigentlichen Tagung zu berichten. Am Dienstag nach der Tagung trafen sich Mitglieder des Ordens mit einer großen Anzahl von Stipendiaten der Studienstiftung des deutschen Volkes zu Gruppengesprächen in dem alten Staatsratsgebäude, Schlossplatz 1, in dem heute die European School for Management and Technology (esmt) ihren Sitz hat. Präsident Derek Abell begrüßte die Teilnehmer, Frau Dr. Irrgang, die Leiterin des Berliner Büros der Studienstiftung des deutschen Volkes, hieß die erschienenen Mitglieder des Ordens, unter ihnen viele Studienstiftler, willkommen. Manche der Gruppengespräche dauerten weit über die vorgesehene Zeit hinaus. Nach Ansicht aller Teilnehmer war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Die Innovation ist am »Markt« nicht gescheitert. Die »Dienstagsgespräche« mit Studenten und mit Schülern werden fortgesetzt.

Wie in jedem Jahr war das Abendessen auf Einladung des Herrn Bundespräsidenten und seiner Frau Gemahlin in Schloß Bellevue der festliche Höhepunkt der Tagung. Die Rede des Bundespräsidenten ist in diesem Jahresband abgedruckt. Anregende und vergnügliche Gespräche dauerten bis in den späten Abend.

ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE
SATZUNG

Der Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste,

den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen durch Stiftungsurkunde vom 31. Mai 1842 dem Orden Friedrichs des Großen Pour le mérite als Friedensklasse für die Verdienste um die Wissenschaften und die Künste hinzugefügt hat, der nach dem Wegfall der Monarchie durch Beschluß seines Kapitels vom 26. Februar 1922 (genehmigt vom Preußischen Staatsministerium am 4. März 1924) den Charakter einer freien Vereinigung von hervorragenden Gelehrten und Künstlern erhalten hatte, hat sich, nachdem das deutsche Volk in der Bundesrepublik seinem staatlichen Leben am 23. Mai 1949 eine neue Ordnung gegeben hat, in der Sitzung seines Kapitels vom 31. Mai 1952 als eine freie, sich selbst ergänzende Gemeinschaft neu bestätigt.

Das Kapitel hat am 31. Mai 1954 beschlossen, den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, das Protektorat des Ordens zu übernehmen. Der Herr Bundespräsident hat dieser Bitte entsprochen.

Das Kapitel hat am 27. Juni 1963 eine revidierte Satzung beschlossen, die an die Stelle der Satzung vom 18. Juni 1956 tritt, sowie am 4. Juni

1969 eine Ergänzung der Satzung durch § 10 und am 29. Mai 1990 eine Änderung der §§ 2 und 10 der Satzung.

§ 1

(1) Mitglieder des Ordens können nur Männer und Frauen werden, die durch weit verbreitete Anerkennung ihrer Verdienste in der Wissenschaft oder in der Kunst einen ausgezeichneten Namen erworben haben.

(2) Sie tragen als Zeichen ihrer Mitgliedschaft den Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste in seiner historischen Form. Sie sind der Tradition des Ordens verpflichtet.

(3) Die Stiftungsurkunde vom 31. Mai 1842 bestimmt die Form des Ordenszeichens wie folgt:

»Der doppelt gekrönte Namenszug Friedrichs II. umgibt, viermal wiederholt, in Kreuzform ein rundes goldenes Schild, in dessen Mitte der Preußische Adler steht. Die Ordensdevise umgibt ringförmig, auf blau emailliertem Grund, das Ganze, die Namenszüge mit den Kronen verbindend. Das Ordenszeichen wird an einem schwarzen, mit Silber umränderten Band um den Hals getragen.«

(4) Die Abzeichen sind Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Jedes Mitglied ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß nach seinem Tode sein Abzeichen unverzüglich dem Bundesministerium des Innern in Bonn zurückgegeben wird.

§ 2

(1) Die Mitglieder des Ordenskapitels müssen deutsche Staatsangehörige sein. Es können jedoch auch Angehörige anderer Staaten, die seit Jahren als Gelehrte oder Künstler in Deutschland leben und wirken, zu Mitgliedern gewählt werden. Wenn Mitglieder deutscher Staatsangehörigkeit diese Staatsangehörigkeit verlieren oder wenn

Mitglieder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, treten sie ohne weiteres in die Reihe der ausländischen Mitglieder.

(2) Die Zahl der Ordensmitglieder ist vorbehaltlich der in § 10 getroffenen Sonderregelung auf dreißig festgesetzt; sie wird nach dem Ausscheiden eines Mitgliedes jeweils wieder ergänzt.

(3) Von diesen Mitgliedern sollen in der Regel je zehn auf die Geisteswissenschaften, die Naturwissenschaften und die Künste entfallen.

§ 3

Außer den dreißig Mitgliedern des Kapitels kann das Kapitel auch Angehörige anderer Staaten zu Mitgliedern des Ordens wählen. Die Zahl der ausländischen Mitglieder soll die der Mitglieder des Kapitels nicht übersteigen; bei ihrem Ausscheiden sollen Ersatzwahlen nicht erforderlich sein.

§ 4

Die Mitglieder des Kapitels treten mindestens einmal im Jahr am 31. Mai als dem Stiftungstag des Ordens oder in den folgenden Wochen zu einer Kapitalsitzung zusammen. Hierzu lädt der Kanzler rechtzeitig unter Mitteilung der Tagesordnung ein.

§ 5

(1) Die Mitglieder des Kapitels wählen aus ihrer Mitte durch Stimmzettel mit einfacher Mehrheit der Anwesenden den Kanzler sowie den ersten und zweiten und gegebenenfalls einen dritten Vizekanzler, die den Kanzler bei dessen Verhinderung nach Rangfolge vertreten. Bei Verhinderung der Vizekanzler bestimmt der Kanzler seinen Vertreter von Fall zu Fall.

(2) Scheidet der Kanzler oder ein Vizekanzler aus seinem Amt, so bestimmt das Kapitel den Nachfolger in freier Wahl.

(3) Kanzler und Vizekanzler müssen inländischen Wohnsitz haben.

(4) Jede der drei in § 2 Absatz 3 genannten Gruppen muß durch den Kanzler oder einen Vizekanzler vertreten sein.

§ 6

(1) Bei jeder Vakanz stellen der Kanzler und die Vizekanzler tunlichst in gemeinsamer Besprechung Vorschläge für die Ersatzwahl auf. Hierfür können alle wahlberechtigten Mitglieder Anregungen an den Kanzler richten.

(2) Die Vorschläge der Kanzler sind mit Angaben über Leben und Werke der vorgeschlagenen Persönlichkeiten den Mitgliedern des Kapitels vierzehn Tage vor dem Wahltag zu übersenden.

(3) Eine Wahl kann nur stattfinden, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Kapitels sich an ihr beteiligen. Ausdrückliche Stimmenthaltung gilt als Teilnahme an der Wahl.

(4) Gewählt wird in der Sitzung des Kapitels auf der Grundlage der Vorschläge der Kanzler. Mitglieder, die verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, können jedoch ihre Stimme in geschlossenem Umschlag an den Kanzler senden.

§ 7

(1) Gewählt ist, wer zwei Drittel der Stimmen der in der Kapitalsitzung anwesenden Mitglieder und die Mehrheit der Stimmen der an der Wahl teilnehmenden Mitglieder auf sich vereinigt.

(2) Sind in der Kapitalsitzung mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend, so kann das Kapitel, auch unabhängig von den Vor-

schlagen der Kanzler, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden die Wahl vornehmen.

(3) Kommt eine Wahl aufgrund der Absätze 1 und 2 nicht zustande, so kann das Kapitel mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden einen neuen Kandidaten vorschlagen. Dieser Vorschlag ist unter Angabe des Stimmverhältnisses den abwesenden Mitgliedern mit der Aufforderung mitzuteilen, binnen zwei Wochen ihre Stimmen an den Kanzler zu senden. Gewählt ist, wer die Mehrheit der an der Wahl teilnehmenden Mitglieder auf sich vereinigt.

§ 8

Für die Wahl ausländischer Mitglieder sind die §§ 6 und 7 entsprechend anzuwenden.

§ 9

(1) Nachdem der Gewählte die Wahl angenommen hat, stellt der Kanzler das Ergebnis der Wahl fest.

(2) Er übersendet dem neuen Mitglied eine Urkunde, in der er Wahl und Annahme der Wahl feststellt, das neue Mitglied in der Gemeinschaft des Ordens begrüßt und die Wahl in aller Form bestätigt.

(3) Das Ergebnis der Wahl ist dem Herrn Bundespräsidenten als dem Protektor des Ordens sowie allen Mitgliedern des Ordens mitzuteilen und zu veröffentlichen.

§ 10

(1) Mitglieder, welche das 80. Lebensjahr vollendet haben, werden in die in § 2 festgelegte Mitgliederzahl nicht eingerechnet. Sie behalten ihre vollen Rechte.

(2) Es können insofern neue Mitglieder über die in § 2 festgelegte Zahl der Mitglieder hinaus gewählt werden.

(3) Es sollen aber in einem Jahr nicht mehr als zwei zusätzliche Mitglieder gewählt werden. Die Gesamtzahl der Mitglieder darf vierzig inländische und vierzig ausländische Mitglieder nicht überschreiten.

Der in der Kapitelsitzung am 27. Juni 1963 in Bonn beschlossenen und mir vorgelegten Neufassung der Satzung des Ordens erteile ich die Genehmigung.

Bonn, den 19. September 1963

Der Bundespräsident
Lübke

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Höcherl

Der in der Kapitelsitzung am 4. Juni 1969 in Bonn beschlossenen und mir vorgelegten Änderung der Satzung des Ordens (Einfügung eines § 10) erteile ich die Genehmigung.

Bonn, den 30. Juni 1969

Der Bundespräsident
Lübke

Der Bundeskanzler
Kiesinger

Der Bundesminister des Innern
Benda

Der in der Kapitalsitzung am 29. Mai 1990 in Bonn beschlossenen und mir vorgelegten Änderung der Satzung (§ 2 Absatz 2 und § 10) erteile ich die Genehmigung.

Bonn, den 5. Oktober 1990

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Kohl

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

BILDTEIL



Öffentliche Sitzung
im Konzerthaus am Gendarmenmarkt

Von links:
Staatsminister Bernd Neumann,
Bundespräsident Horst Köhler, Wim Wenders



Sitzung der Ordensmitglieder

Ordenskanzler Horst Albach heftet Wim Wenders
das Kleine Ordenszeichen an



Öffentliche Sitzung
im Konzerthaus am Gendarmenmarkt

Von links:

Peter Busmann, Wim Wenders, Horst Albach
nach der Aufnahme von Wim Wenders in den Orden



Sitzung der Ordensmitglieder

Paul Baltes, Christiane Nüsslein-Volhard, Herbert Giersch



Sitzung der Ordensmitglieder

Karl Dietrich Bracher, Hubertus von Pilgrim, Wolfgang Gerok



Eröffnung der Ausstellung
»Pour le mérite – Vom königlichen Gelehrtenkabinett
zur nationalen Bildnissammlung« in der Alten Nationalgalerie

Peter-Klaus Schuster, Generaldirektor der Staatlichen Museen zu
Berlin, bei seiner Eröffnungsrede



Eröffnung der Ausstellung
»Pour le mérite – Vom königlichen Gelehrtenkabinett
zur nationalen Bildnissammlung« in der Alten Nationalgalerie

Albrecht Schöne, Imre Kertész, Paul Baltes



Eröffnung der Ausstellung
»Pour le mérite – Vom königlichen Gelehrtenkabinett
zur nationalen Bildnissammlung« in der Alten Nationalgalerie

Horst Fuhrmann vor dem Bild »Die Ruderer«
von Hans von Marées



Eröffnung der Ausstellung
»Pour le mérite – Vom königlichen Gelehrtenkabinett
zur nationalen Bildnissammlung« in der Alten Nationalgalerie

Von links:

Deborah Preston, die Tochter von Gordon Craig,
ihr Mann Frank Rumore, Gunilla Strömholm,
Stig Strömholm, Dani Karavan



Eröffnung der Ausstellung
»Pour le mérite – Vom königlichen Gelehrtenkabinet
zur nationalen Bildnissammlung« in der Alten Nationalgalerie

Von links:
Peter Raue und Albrecht Schöne



Eröffnung der Ausstellung
»Pour le mérite – Vom königlichen Gelehrtenkabinett
zur nationalen Bildnissammlung« in der Alten Nationalgalerie

Von links:
Albrecht Dihle, Gunilla Strömholm, Stig Strömholm



Abendessen in der Skulpturenhalle
der Friedrichswerderschen Kirche

Von links:

Eberhard Jüngel mit dem Präsidenten der Humboldt-Universität
zu Berlin, Christoph Marksches



Abendessen in der Skulpturenhalle
der Friedrichswerderschen Kirche

Von links:

Klaus-Dieter Lehmann, Präsident der Stiftung Preußischer
Kulturbesitz, Ministerialdirektor Hermann Schäfer,
Renate Albach, Horst Albach



Abendessen in der Skulpturenhalle
der Friedrichswerderschen Kirche

Christiane Nüsslein-Volhard, Vreneli Busmann, Peter Busmann,
Bärbel Armbruster, Ernst-Joachim Mestmäcker



Abendessen in der Skulpturenhalle
der Friedrichswerderschen Kirche

Der Kanzler begrüßt die Gäste von der Kanzel
(der Akustik wegen!)



Abendessen in der Skulpturenhalle
der Friedrichswerderschen Kirche

Gesamtansicht des Innenraums

VERZEICHNIS
DER DERZEITIGEN
MITGLIEDER DES ORDENS
POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN
UND KÜNSTE

MITGLIEDER

I = Inländische Mitglieder
A = Ausländische Mitglieder
Stand: 30. Juni 2006

MAGDALENA ABAKANOWICZ (A) IN WARSCHAU, POLEN	BILDHAUERIN
HORST ALBACH (I) IN BONN ab 2005: KANZLER DES ORDENS	BETRIEBSWIRTSCHAFTLER
BERNARD ANDREAE (I) IN ROM, ITALIEN	ARCHÄOLOGE
PAUL B. BALTES (I) IN BERLIN	PSYCHOLOGE, GERONTOLOGE
PINA BAUSCH (I) IN WUPPERTAL	BALLETTDIREKTORIN UND CHOREOGRAPHIN
HANS BELTING (I) IN KARLSRUHE	KUNSTHISTORIKER
GÜNTER BLOBEL (A) IN NEW YORK, USA	ZELLBIOLOGE
PIERRE BOULEZ (A) IN PARIS, FRANKREICH	KOMPONIST UND DIRIGENT
KARL DIETRICH BRACHER (I) IN BONN	HISTORIKER UND POLITIKWISSENSCHAFTLER
ALFRED BRENDEL (A) IN LONDON, ENGLAND	PIANIST UND MUSIKSCHRIFTSTELLER
WALTER BURKERT (A) IN ZÜRICH, SCHWEIZ	ALTPHILOLOGE
PETER BUSMANN (I) IN KÖLN 1997-2005: VIZEKANZLER	ARCHITEKT
GERHARD CASPER (A) IN STANFORD, CA., USA	RECHTSGELEHRTER
SIR HENRY CHADWICK (A) IN OXFORD, ENGLAND	KIRCHENHISTORIKER
ALBRECHT DIHLE (I) IN KÖLN	ALTPHILOLOGE

UMBERTO ECO (A) IN MAILAND, ITALIEN	SEMIOTIKER
MANFRED EIGEN (I) IN GÖTTINGEN	CHEMIKER
HANS MAGNUS ENZENSBERGER (I) IN MÜNCHEN ab 2005: VIZEKANZLER	SCHRIFTSTELLER
ALBERT ESCHENMOSE (A) IN KÜSNACHT, SCHWEIZ	CHEMIKER
LUDWIG FINSCHER (I) IN WOLFENBÜTTEL	MUSIKWISSENSCHAFTLER
DIETRICH FISCHER-DIESKAU (I) IN BERLIN	KAMMERSÄNGER
LORD NORMAN FOSTER (A) IN LONDON, ENGLAND	ARCHITEKT
HORST FUHRMANN (I) IN STEINEBACH 1992-2005: VIZEKANZLER	HISTORIKER
WALTER GEHRING (A) IN THERWIL, SCHWEIZ	BIOLOGE
WOLFGANG GEROK (I) IN FREIBURG/BR.	MEDIZINER
BRONISŁAW GEREMEK (A) IN WARSCHAU, POLEN	HISTORIKER
HERBERT GIERSCH (I) IN SAARBRÜCKEN	NATIONALÖKONOM
SOFIA GUBAIDULINA (A) IN APPEN, DEUTSCHLAND	KOMPONISTIN
HERMANN HAKEN (I) IN SINDELFINGEN	PHYSIKER
NIKOLAUS HARNONCOURT (A) IN ST. GEORGEN	MUSIKER
FRIEDRICH HIRZEBRUCH (I) IN ST. AUGUSTIN	MATHEMATIKER
ROBERT HUBER (I) IN GERMERING	CHEMIKER
EBERHARD JÜNGEL (I) IN TÜBINGEN	THEOLOGE
ERIC R. KANDEL (A) IN NEW YORK, USA	NEUROBIOLOGE
DANI KARAVAN (A) IN TEL AVIV, ISRAEL	BILDHAUER UND ARCHITEKT
IMRE KERTÉSZ (A) IN BUDAPEST, UNGARN	SCHRIFTSTELLER
GYÖRGY KURTÁG (A) IN PARIS, FRANKREICH	KOMPONIST
JUTTA LAMPE (I) IN BERLIN	SCHAUSPIELERIN
ELISABETH LEGGE-SCHWARZKOPF (A) IN ZUMIKON, SCHWEIZ	KAMMERSÄNGERIN
JEAN-MARIE LEHN (A) IN STRASBOURG, FRANKREICH	CHEMIKER
PETER VON MATT (A) IN DÜBENDORF, SCHWEIZ	GERMANIST
ERNST-JOACHIM MESTMÄCKER (I) IN HAMBURG	RECHTSGELEHRTER
RUDOLF L. MÖSSBAUER (I) IN GARCHING	PHYSIKER
ERWIN NEHER (I) IN GÖTTINGEN ab 2005: VIZEKANZLER	BIOPHYSIKER
CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD (I) IN TÜBINGEN	ENTWICKLUNGSBIOLOGIN
HUBERTUS VON PILGRIM (I) IN PULLACH	BILDHAUER UND KUPFERSTECHER
ARIBERT REIMANN (I) IN BERLIN	KOMPONIST UND PIANIST
BERT SAKMANN (I) IN HEIDELBERG	MEDIZINER

ALBRECHT SCHÖNE (I) IN GÖTTINGEN	GERMANIST
REINHARD SELTEN (I) IN BONN	WIRTSCHAFTSWISSEN- SCHAFTLER
RICHARD SERRA (A) IN NEW YORK, USA	BILDHAUER
JAMES J. SHEEHAN (A) IN STANFORD, CA., USA	HISTORIKER
ROBERT M. SOLOW (A) IN CAMBRIDGE, MASS., USA	WIRTSCHAFTSWISSEN- SCHAFTLER
FRITZ STERN (A) IN NEW YORK, USA	HISTORIKER
STIG STRÖMHOLM (A) IN UPPSALA, SCHWEDEN	RECHTSGELEHRTER
JACQUES LÉON TITS (A) IN PARIS, FRANKREICH	MATHEMATIKER
CHRISTIAN TOMUSCHAT (I) IN BERLIN	JURIST
GÜNTHER UECKER (I) IN DÜSSELDORF	BILDHAUER
MARTIN WALSER (I) IN ÜBERLINGEN	SCHRIFTSTELLER
ROBERT WEINBERG (A) IN CAMBRIDGE, MASS., USA	KREBSFORSCHER
CHARLES WEISSMANN (A) IN ZÜRICH, SCHWEIZ	MOLEKULARBIOLOGE
CARL FRIEDRICH FRHR. VON WEIZSÄCKER (I) IN STARNBERG	PHYSIKER UND PHILOSOPH
WIM WENDERS (I) IN BERLIN	REGISSEUR
NIKLAUS WIRTH (A) IN ZÜRICH, SCHWEIZ	INFORMATIKER
HANS GEORG ZACHAU (I) IN MÜNCHEN 1992-2005: KANZLER DES ORDENS	MOLEKULARBIOLOGE
ANTON ZEILINGER (A) IN WIEN, ÖSTERREICH	PHYSIKER
ROLF ZINKERNAGEL (A) IN ZÜRICH, SCHWEIZ	IMMUNOLOGE

Im Jahr 2005 ist gestorben

GORDON A. CRAIG (A)	30. OKTOBER
---------------------	-------------

Im Jahr 2006 ist gestorben

GYÖRGY LIGETI (I)	12. JUNI
-------------------	----------

INHALT

Interne Herbsttagung des Ordens 2005

Martin Walser – Lesung: »Das Prinzip der Genauigkeit. Über Victor Klemperer«	7
Diskussion: »Arbeit und Beschäftigung«	33
Bernard Andreae – Vortrag: »Die wahre Schönheit Kleopatras«	99
Stefan Winghart – Bericht: »Erfurt – Grundlagen und Problemfelder der Denkmalpflege	121
Dani Karavan – Bericht: »Way of Human Rights«	127

Öffentliche Jahrestagung des Ordens 2006

Oliver Günther – Vortrag: »Hochschulreform in Deutschland – Erste Eindrücke aus der Praxis«	137
Jörg Haspel – Vortrag: »Die Heilig-Geist-Kapelle in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin – Ein Bau- und Kunstdenkmal auf den zweiten Blick«	143
Imre Kertész – Lesung aus: »Roman eines Schicksallosen«	155
Hans Magnus Enzensberger – Tischrede: »Kulturpolitik unter der Zirkuskuppel	167

Öffentliche Sitzung des Ordens 2006

Begrüßungsworte des Ordenskanzlers	175
Gordon Alexander Craig – Gedenkworte von Karl Dietrich Bracher	185
Ernst-Joachim Mestmäcker – Vortrag: »Europäische Prüfsteine der Herrschaft und des Rechts«	195
Aushändigung des Ordenszeichens an Wim Wenders	217
Peter Busman – Laudatio auf Wim Wenders	219
Bundespräsident Horst Köhler – Tischrede	227

Anhang

Aus der Chronik des Ordens	237
1. Zuwahlen 2005	238
2. Tagungsberichte	
Herbsttagung in Erfurt 2005	239
Frühjahrstagung in Berlin 2006	240
3. Satzung	245
4. Bildteil.	253
5. Mitglieder des Ordens (Stand 30.6.2006)	271

Sekretariat des
Ordens Pour le mérite für
Wissenschaften und Künste
bei dem Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien
Leiter: Ministerialrat Dr. Horst Claussen
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn

Tel.: (01888 681 3587)
Telefax: (01888 681 5 3587)
e-mail: K21@bkm.bmi.bund.de

Bildnachweise:
Seiten 255 und 257: Bundesbildstelle, 11044 Berlin
Seiten 256, 258-270: Axentis.de / Lopata

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2006
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Walbaum
Druck: Hubert & Co, Göttingen
ISSN 0473-145-X
ISBN-10: 3-8353-0054-7
ISBN-13: 978-3-8353-0054-5

